

DAS ARGUMENT 100

Ideologischer Klassenkampf

Editorial

Statt der Hundertfeier: Nachdenken über unsere Arbeit 903

Wolfgang Fritz Haug

Zwei Kapitel über ideologischen Klassenkampf 905

Frank Niess

Zur Logik und Geschichte des Antisozialismus 936

Mathias Greffrath

Schelskys Weg von der „Technokratie“ zum „Klassenkampf“ 949

* * *

Frigga Haug

Ergebnisse der Leserbefragung 966

Sozialismus-Diskussion (II)

Wolfgang Abendroth

Perspektiven des Kampfes für den Sozialismus in der BRD 976

Ken Coates

Perspektiven der britischen Arbeiterbewegung 989

Aktuelle Analyse: Biermanns Kölner Konzert (K.-H. Götze) 996

Dokumentation: Erklärungen zum Fall Biermann 1004

Kongreßbericht: Internationaler Hegel-Kongreß 1012

Besprechungsschwerpunkte: Psycholinguistik; Industrie-
soziologie; Erwachsenenbildung; Faschismus; Sozialismus
in Kuba 1007

DAS ARGUMENT

Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften

Herausgeber:

Wolfgang Fritz Haug

Ständige Mitarbeiter:

Wolfgang Abendroth (Frankfurt/Main), Wilhelm Alff (Bremen), Günther Anders (Wien), Hans Dieter Boris (Marburg), Frank Deppe (Marburg), Hans-Ulrich Deppe (Frankfurt/Main), Bruno Frei (Wien), Peter Furth (Berlin/West), Helmut Gollwitzer (Berlin/West), Manfred Hahn (Bremen), Heinz-Joachim Heydorn † (Frankfurt/Main), Klaus Holzkamp (Berlin/West), Urs Jaeggi (Berlin/West), Baber Johansen (Berlin/West), Lars Lambrecht (Hamburg), Thomas Metscher (Bremen), Reinhard Opitz (Köln), Kurt Steinhaus (Düsseldorf), K. H. Tjaden (Kassel), Erich Wulff (Hannover)

Verlagsleitung und Anzeigen:

Dr. Christof Müller-Wirth, Postfach 21 0730, 7500 Karlsruhe 21,
Telefon 0721 / 55 59 55, Fernschreiber 7 825 909

Redaktion:

Karl-Heinz Götze, Sibylle Haberditzl, Dr. Frigga Haug, Dr. W.F. Haug
Dieter Krause, Karl-Ernst Lohmann, Rolf Nemitz, Prof. Dr. Friedrich
Tomberg, Gerhard Voigt

~~Redaktion dieses Heftes: Prof. Dr. Jörg Jochen Berns, Walter Busch,
Dr. Herbert Claas, Jobst Dahle, Karl Heinz Götze, Rainer Kawa,
Prof. Dr. Gerhard Pickerodt, August Soppe~~

Redaktionssekretariat:

Karl-Ernst Lohmann, Rolf Nemitz

Redaktionsanschrift: Altensteinstraße 48 a, 1000 Berlin 33.

Telefon 030 / 8 31 49 15



ISSN 0004-1157

Das Argument erscheint 1976 in 6 Heften (alle 2 Monate) mit einem Jahresumfang von insgesamt 1056 Seiten. Kündigung des Abonnements ist unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist nur zum Jahresende möglich. — Preis des Doppelheftes 9,— DM; Schüler und Studenten 7,— DM (im Abonnement 7,50 DM bzw. 6,— DM). — Die Redaktion bittet die Leser um Mitarbeit am Argument, kann aber für unverlangt eingesandte Beiträge keine Haftung übernehmen. Eingesandte Manuskripte müssen in doppelter Ausführung in Maschinschrift einseitig beschrieben und mit einem Rand versehen sein. Aufsätze sollen nicht mehr als 25 Manuskriptseiten, Rezensionen nicht mehr als 2 Manuskriptseiten umfassen. — Für unverlangt eingesandte Besprechungsbücher kann keine Haftung übernommen werden. — Copyright © Argument-Verlag GmbH, Berlin-Karlsruhe. Alle Rechte — auch das der Übersetzung — vorbehalten. — Konten: Deutsche Bank, Filiale Karlsruhe 105114, Postscheckkonto Karlsruhe 136360—759. — Gesamtherstellung: C. F. Müller, Großdruckerei und Verlag GmbH, 75 Karlsruhe 21, Rheinstraße 122, Telefon 0721 / 55 59 55.
1.—12. Tausend Dezember 1976

Beilagenhinweis

Diese Ausgabe enthält eine Bestellkarte des Argument-Verlages sowie einen Prospekt vom Verlag „Das Europäische Buch“, Berlin; und vom „forum ds-Verlag“, Karlsruhe.

Editorial

Statt der Hundertfeier: Nachdenken über Grundlagen unserer Arbeit

Die hundertste Nummer einer Zeitschrift an der Schwelle zu ihrem 19. Jahrgang, dazu der zwölfte Titel einer mitten in der Krise gestarteten Buchproduktion, weit über eine Million verkaufter *Argument*-Hefte und -Sonderbände — sind das nicht ebensoviele Gründe zu feiern? Allein schon das Überleben ist eine Leistung. Wir werden Grüsse, die uns anlässlich der Nummer hundert erreichten, gesondert veröffentlichen. Aber in dieser „Festausgabe“ selbst wollen wir unsere Arbeit demonstrativ *fortsetzen*. Zwei Schwerpunktthemen werden auf die typische *Argument*-Weise bearbeitet. Nur eines zeichnet sie vor sonstigen Themen aus: Beide machen Grundlagen und Bedingungen der theoretischen Praxis zum Gegenstand — d. h. der Praxis, Erkenntnisse zu entwickeln, zu diskutieren und im Streit durchzusetzen. So macht der Hauptaufsatz des Heftes deutlich, daß der *ideologische Klassenkampf* jeder Diskussion, soweit sie gesellschaftlich relevante Aspekte enthält, die Bedingungen vorgibt. Es ist illusionär zu meinen, über irgendeine erkenntnistheoretische oder soziologische usw., überhaupt „weltanschauliche“ Frage ließe sich unbefangen in einem herrschaftsfreien Raum diskutieren. Wenn wir die „Herrschaft“ in diesem Raum thematisieren, so deshalb, um bewußter zu machen, wie sehr die theoretischen Auseinandersetzungen in die Spannungen und Kämpfe der praktischen Gesellschaftsveränderung einbezogen sind.

Der zweite Themenschwerpunkt betrifft die politischen Rahmenbedingungen einer Zeitschrift, die ihre Position an einem noch nicht existierenden, sondern erst sich entwickelnden und zu schaffenden Linksbündnis orientiert; je weiter wir von einem solchen Bündnis entfernt sind, desto mehr muß der Widerspruch zwischen gegebener Situation und übernommener Aufgabe zur politischen Zerreißprobe führen. Wir freuen uns, endlich den angekündigten Beitrag von Wolfgang Abendroth bringen zu können. Mit dem Artikel von Ken Coates eröffnen wir eine Serie begleitender Veröffentlichungen ausländischer Sozialisten. Das Zentrum unserer *Sozialismus-Diskussion* liegt natürlich in der Bundesrepublik, im Spannungsfeld zwischen Sozialdemokraten, Sozialisten, Kommunisten, Gewerkschaftern und verschiedenen Gruppen, die sich an der Arbeiterbewegung orientieren. Redaktionell leicht wäre es, mit Stimmen aus der lebhaften Diskussion z. B. in unseren westlichen Nachbarländern ganze Hefte zu füllen. Schwierig, weil gegen den Widerstand der herrschenden Zustände in Gang zu bringen, ist die eigene Diskussion. Eine der Schwierigkeiten ist angesprochen in der „Erklärung zum Fall Biermann“, die wir, begleitet von einer kurzen Analyse des Kölner

Biermann-Konzerts, im Anhang dokumentieren. Wir haben vor, die *Sozialismus-Diskussion* im nächsten Heft u. a. mit Beiträgen des bisherigen Rektors der Universität Bremen, Josef Steinberg (SPD), und des Leiters des Instituts für marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Josef Schleifstein (DKP), fortzusetzen*. Einen Schritt zur Verbesserung der Wechselbeziehung zwischen der Zeitschrift und ihren Lesern sehen wir in den Ergebnissen der Leserumfrage, die wir in diesem Heft vorstellen.

In Heft 97 hatten wir eine Anfrage aus Portugal veröffentlicht und Spenden zur Finanzierung von Patenschaftsabos erbeten. Als Antwort gingen 250 Mark ein. Wir haben sie verwandt für die portugiesischen Freunde, für das Vietnamesische Studienwerk und für Gefängnisinsassen, von denen uns immer wieder Anfragen erreichen. Namens der Empfänger danken wir den Spendern sehr herzlich.

Diesmal rufen wir auf, für das Vietnamesische Studienwerk (VSW) zu spenden. Das VSW setzt sich zum Ziel, den rund 600 der 1200 in der Bundesrepublik und West-Berlin studierenden Vietnamesen, die in ihr Land zurückkehren und am Aufbau des Sozialismus mitwirken wollen, durch finanzielle Unterstützung den Abschluß ihres Studiums zu ermöglichen. Vietnam kann ihnen gegenwärtig keine Devisen zur Verfügung stellen. Die meisten dieser Kommilitonen studieren Fächer wie Maschinenbau, Landwirtschaft, Naturwissenschaften; dazu kommen ca. 10 Mediziner. Viele stehen kurz vor dem Abschluß völlig mittellos da. Angesichts dieser Situation hat sich ein „Freundeskreis der vietnamesischen Studenten in der Bundesrepublik“ gebildet, zu dessen Gründungsmitgliedern Helmut Gollwitzer und W. F. Haug gehören. Wir rufen auf, diesem Freundeskreis beizutreten und mit einer monatlichen Spende zwischen 5 und 50 Mark für die Zeit von etwa zwei Jahren beizutragen, daß die vietnamesischen Maschinenbauer, Chemiker, Ärzte usw. ihr Studium abschließen und ihrem Land beim Aufbau nützen können. Informationen und Beitrittsformulare sind erhältlich beim Vietnamesischen Studienwerk, Neuhauser Str. 3, 7000 Stuttgart 70, Dr. Do Ngoc Quynh, Tel. (07 11) 45 16 86. Postscheck Stuttgart 1729 82-702.

* Es ist möglich, daß die Beiträge nicht rechtzeitig eintreffen und wir die *Sozialismus-Diskussion* erst in Argument 102 fortsetzen können.

Wolfgang Fritz Haug

Zwei Kapitel über ideologischen Klassenkampf

I. „Der Kampf gegen das Klassenkampfdenken“ — Ein Kapitel bundesdeutscher Ideologie

Gibt es das überhaupt: Klassen, Klassenkampf, Ideologie, Ideologischen Klassenkampf? An der Oberfläche verneinen alle offiziellen und offiziösen Mäuler diese Frage. Nichts von alledem gibt es in bundesdeutschen Landen. Aber der Ton, in dem die Frage verneint wird, klingt bedeutsam aggressiv, drohend, nach Feldgeschrei. Mit der Frage nach unseren Titelbegriffen betreten wir offensichtlich ein Kampffeld. Was für ein Kampf tobt hier? Wer kämpft hier gegen wen oder was und mit welchen Waffen? Was steht auf dem Spiel?

Gekämpft wird anscheinend zunächst gegen das Bewußtsein von der Existenz von Klassen und gegen das sich äußernde Bewußtsein, die Rede von Klassen. Wer von Klassen redet, will Klassenbewußtsein hervorrufen; wer Klassenbewußtsein hervorrufen will, will die Bundesrepublik in einen Klassenstaat verwandeln. „Bewußtsein bestimmt das Sein“, scheint die erste, an der Oberfläche bediente Regel in diesem Kampf. Kein Geringerer als der im durchaus besten Sinne bürgerliche Bundespräsident Gustav Heinemann forderte von denen,

„die sich täglich an der Bildungsfront herumzuschlagen haben, ... Abwehr von Ideen und Vorstellungen, ... auf dem Weg über Schule und Hochschule aus der Bundesrepublik einen Klassenstaat oder Weltanschauungsstaat zu machen ...“¹

Er fügte hinzu, diese Ideen seien mit dem Grundgesetz der Bundesrepublik „nicht in Einklang zu bringen“. Wer oder was war gemeint? Die Gefahr eines „Gewerkschaftsstaats“? Oder die Gefahr eines „Unternehmerstaats“, den die Bundesrepublik nach unlängst veröffentlichter Auffassung des Deutschen Gewerkschaftsbunds darstellt? Und haben wir jetzt einen klassenlosen Staat? Welche und wessen Ideen sind gemeint, die auf dem Weg über Bildung und Wissenschaft diese Vorstellung vom „klassenlosen Staat“ zu stören drohen? Gustav Heinemanns Nachfolger im Amt, Bundespräsident Scheel, warnte „die Jugend vor dem Mißbrauch der Demokratie“. Er verdeutlichte diese Warnung: Wo die Ziele von Gerechtigkeit, Menschlichkeit, Frieden „für ‚Zwecke der Tarnung‘ mißbraucht würden, um in Wahrheit für Klassenkampf, Klassenhaß und Dikta-

¹ Gustav Heinemann, Ansprache vor dem Wissenschafts- und Bildungsrat, in: Bulletin der Bundesregierung Nr. 13. 31. 1. 1974, S. 117.

tur einer Minderheit die Werbetrommel zu rühren, seien alle Demokraten zur ... Abwehr aufgerufen“². Wer ist die Minderheit? Auch diese Äußerung ist unklarer, undeutlicher, als die starken Ausdrücke es vermuten lassen. Ist Undeutlichkeit eine Waffe in diesem mysteriösen Kampf? Ist es Zufall, daß die Appelle in diesem „Abwehr“-Kampf, die wir zu untersuchen begonnen haben, Gegner und Gefahr weniger direkt benennen als vielmehr *zu verstehen geben*? Was ist das für eine Art von Kommunikation, in der *zu verstehen gegeben* wird?

„Seit 27 Jahren leben wir ohne Klassenkampf“³, verkündeten der ehemalige sozialdemokratische Minister Karl Schiller und der ehemalige Bundeskanzler Ludwig Erhard im Bundestagswahlkampf von 1972, den sie gemeinsam gegen die SPD führten. Also gibt es seit 1945 keinen Klassenkampf mehr in Westdeutschland? War der Faschismus dagegen eine Zeit des Klassenkampfes? Oder gar die ganze bisherige Geschichte als Vorgeschichte der Bundesrepublik? Wieder die Undeutlichkeit!

„Doch jetzt will man uns vorgaukeln, daß ein neuer Klassenkampf nötig sei.“

Wer gaukelt vor? Auch dieser Adressat wird nicht genannt, sondern nur zu verstehen gegeben. Genannt wird von Erhard und Schiller die Zielvorstellung:

„Arbeiter, Angestellte, Beamte, freie Berufe, Selbständige und Unternehmer, sie alle müssen zusammenwirken.“

Aber war das nicht von 1933 bis 1945, also im deutschen Faschismus, daß diese alle „zusammenwirken“ mußten? Sie mußten es unter dem Befehl ihrer „Wirtschaftsführer“ (so waren die Unternehmer vom Staat umbenannt worden). Verwechseln Erhard und Schiller das „Dritte Reich“ mit der Bundesrepublik? Oder was verwechseln sie sonst? Gehört am Ende die „Verwechslung“ zur Struktur dieser Art von Kommunikation? Dient die Undeutlichkeit — also das Offenlassen wesentlicher Stellen in den Aussagen — zur Abstützung der *Verwechslung*?

Nehmen wir die Äußerungen beim Wort: Klassenkampf gibt es seit 1945 in Westdeutschland nicht mehr, sondern seither gilt: „alle müssen zusammenwirken“. Wozu dann das Feldgeschrei? Welcher Kampf wird dann gekämpft von unseren bisherigen Gewährsleuten? Offenbar ist es der Kampf gegen die *Idee* vom Klassenkampf und gegen ihre Verbreitung. Der Feind, den es abzuwehren gilt, scheint das „Klassenkampfdenken“.

2 FAZ, 2. 11. 1974.

3 „Klassenkampf ist großer Krampf“, Inserat z.B. in der FAZ vom 6. 11. 1972.

In der Tat hatte Ludwig Erhard kurz zuvor bei der Evangelischen Akademie in Loccum heftige Angriffe gegen die „modernen‘ Ideologen“ gerichtet. Als Kampfziel proklamierte er

„die endgültige Überwindung des sich wieder regenden Klassenkampfdenkens und Widerstand gegen eine bewußt künstlich gezüchtete Proletariermentalität...“⁴

Der Feind scheint ein Denken, eine Mentalität, zudem ein Produkt bewußter Bildung („bewußt künstlich gezüchtet“). Sind wir in einen Kampf der Ideen, einen Krieg von Geistigem gegen Geistiges geraten? Die „Gefahr“ scheint darin zu bestehen, daß sich der Gedanke einer nichtexistenten Sache ausbreiten könnte. Besteht die Gefahr am Ende darin, daß die nichtexistente Sache durch das Denken an sie — zu existieren beginnt? Das Denken der bewußten Sache erscheint bei einem andern Gewährsmann, dem derzeitigen Innenminister der sozialliberalen Regierung, als „Betrachtung der Welt“. Auf dem Bundeskongreß der „Jungdemokraten“ mahnte er, „die Welt nicht nach Art extremer Linker zu betrachten“. Eintretend in den Kampf der Weltbetrachtungen, gemeinhin Weltanschauungen genannt, führte Maihofer aus:

„Die Vorherrschaft des Kapitals von gestern sei ebenso zu verwerfen wie die Vorherrschaft der Arbeit von morgen. Die Aufgabe des Liberalismus bestehe in der Überwindung des Klassenstaates.“⁵

Also gibt es den Klassenstaat doch? Und die Aufgabe des Liberalismus ist seine Überwindung? Andererseits ist die Vorherrschaft des Kapitals eine Sache von gestern? Muß man etwas von gestern heute überwinden? Oder ist der wirkliche Drehpunkt die *Vorherrschaft der Arbeit von morgen*? Daß aus dem Morgen ein Heute wird, scheint allerdings unaufhaltsam.

Hören wir auf damit, die Aussage beim Wort zu nehmen! Gerade in ihrer Undeutlichkeit trägt sie die Bedeutung. Was sie *zu verstehen gibt*, ist anscheinend folgendes: Wir haben eine Klassengesellschaft, und um sie vor der Gefahr einer sozialistischen Revolution zu bewahren, müssen wir Sorge tragen, daß der Staat relativ selbständig über den Klassen und ihrem Gegensatz steht, z. B. sozialpolitisch den Gegensatz entschärft und am Ausbrechen hindert. Zugleich kann derart nüchtern nicht darüber geredet werden; Leugnung des Gegensatzes gehört zum ABC des Krisenmanagements. Daher muß auch die Vorherrschaft des Kapitals als eine von gestern ausgesprochen werden. Der Zusatz „von gestern“ läßt diesen Begriff für die unheimliche Sache die Zensur (gemeint ist die informelle, die Selbstzensur) passieren. Der Sprachmodus des Zu-verstehen-Gebens hat

4 Die Tagung war aus Anlaß des 25. Jahrestages der Veröffentlichung von Müller-Armacks „Wirtschaftslenkung und Wirtschaftsmacht“, der Grundlegung der „sozialen Marktwirtschaft“, einberufen. FAZ, 10. 10. 1972.

5 FAZ, 11. 2. 1974.

darüber hinaus die Bedeutung, daß er zugleich über die Sache spricht und das Sprechen über sie regelt; zugleich stellt er eine Verhaltensregelung dar. Diese Regelung analytisch zu begründen, würde ihre Durchsetzung gefährden. Andererseits muß sie mit einer Art von Begründung vorgebracht werden, damit ihre „Notwendigkeit“ kommuniziert werden kann. Hierzu ist die Sprechweise optimal, die das dumpfest-mögliche, gerade das Ergebnis noch verstehende Bewußtsein hervorruft.

Fragend nach dem ideologischen Klassenkampf, gerieten wir auf der politischen Oberfläche der Bundesrepublik mitten ins Getümmel. Nun scheint es, daß wir die Auseinandersetzung — wenn auch nur von einer Seite, die in sich aber differenziert ist — erkannt haben. *Kampf dem Klassenkampf* scheint die Lösung in dieser Sphäre. Und da Klassenkampf als durchs Klassendenken hervorgerufen gedacht wird, heißt die unmittelbare Parole *Kampf dem Klassendenken*, bzw. allen Ideen oder „Weltbetrachtungsweisen“, die Klassengegensätze zum Gegenstand haben. Aber noch bietet dieser Kampf uns ein rätselhaftes Bild. Wer ist sein Subjekt? Welche Interessen kämpfen gegen Klassenkampf? Wer ist der Gegner? Warum sind die Verhältnisse so labil, daß nicht direkt gesprochen, sondern nur zu verstehen gegeben werden kann?

Verlassen wir die Sphäre der Politik und richten den Blick in die Sphäre der Ökonomie! Sehen wir zu, welche Auskünfte wir dort an der „Oberfläche“ erhalten bzw. welche uns die Oberen öffentlich zu geben bereit sind. Zu unserem Thema sprach z. B. der Vorstandsvorsitzende der Hoechst AG, Herr Sammet, auf deren Aktionärsversammlung von 1974:

„Wir wissen heute, daß ‚Kapital und Arbeit‘ im Unternehmen zusammenarbeiten und nicht gegeneinander. Wer das leugnet und daraus eine Polarisierung macht, der heizt die Ideologie des Klassenkampfes wieder an.“⁶

Zur Erläuterung ist hinzuzufügen, daß Sammet dabei die Mitbestimmungspläne derselben sozialliberalen Regierungsparteien im Auge hatte, deren Vertreter wir — in Gestalt zweier Bundespräsidenten und eines Innenministers — unter unsern bisherigen Gewährsleuten des Kampfes gegen den Klassenkampf aufführten. Offenkundig sind die Verhältnisse komplizierter; ein Kämpfer gegen den Klassenkampf beschuldigt den andern des heimlichen Klassenkampfdenkens. In der Tat warf auch der ehemalige Kanzlerkandidat der CDU/CSU, Rainer Barzel, der sozialliberalen Regierung vor, daß sie

„... Arbeiter manipuliere und heimlich mit am Klassenkampf orientierten Plänen zu anderen Ordnungen arbeite...“⁷

6 Blick durch die Wirtschaft, 7. 11. 1974.

7 Daher, weil sie heimlich die Gesellschaft ändern wolle, sei die Regierung auch nicht in der Lage, erfolgreich die Wirtschaftskrise zu bekämpfen. FAZ, 2. 6. 1975.

Das Klassenkampfdenken scheint ein Gespenst, das auch seine Feinde heimsucht. Doch zurück zur Aktionärsversammlung: Die Ideologie des Klassenkampfes entsteht, so hören wir, aus der Leugnung des „Wissens“ vom „wirklichen Sachverhalt“, daß Kapital und Arbeit nicht gegeneinander arbeiten — im Unternehmen. Immerhin, wir „wissen“ jetzt auch: es gibt sie, Kapital und Arbeit. (Die Anführungszeichen dürfen wir getrost weglassen. Sie sind die Zange, mit der die Kohle angefaßt wurde. Aber da ist eine Kohle, und sie glüht.) Wir wissen, wer in unserem Beispiel spricht: das Kapital von Hoechst, personifiziert durch seinen Vorstandsvorsitzenden. Und wir begreifen das Problem, das hier von der Kapitalseite vorsichtig, mit Sammethandschuhen gleichsam, angepackt wird: Es gilt die Polarisierung von Arbeitern und Kapitalisten im Unternehmen zu verhindern. — Das Gutachten von Henry Anjac über die Entwicklungschancen der westdeutschen Wirtschaft im Vergleich zur französischen kam zur Genugtuung des westdeutschen Kapitals (auch des in der BRD investierten ausländischen Kapitals) zur Prognose der wirtschaftlichen Überlegenheit Westdeutschlands. In seiner Begründung deutet es uns an, was an der Unterdrückung der Polarisierung von Arbeitern und Kapitalisten so interessant ist:

„Und nicht zuletzt: Die gesellschaftliche Integration in der Bundesrepublik ist besser (als in Frankreich), die Klassen — wenn das Wort überhaupt am Platze ist — werden durch das Einkommen definiert und nicht als problematisch empfunden.“⁸

Verdeutlichen wir uns den Angriff von Sammet! Was gibt er zu verstehen? Die Gewerkschaften fordern die Mitbestimmung für die Lohnabhängigen; wir „wissen“ aber, daß Kapital und Arbeit zusammenarbeiten; wer darüber hinaus eine besondere Zusammenarbeit bei der Bestimmung über das Unternehmen verlangt, der gefährdet die jetzt bestehende Zusammenarbeit; er ruft Gegensatz und Kampf hervor, weil das Kapital gegen die Erfüllung dieser Forderung kämpfen wird. Kampf dem Klassenkampf enthüllt sich hier konkreter als bisher: Im Interesse des Kapitals wird versucht, den bloßen Gedanken an ein nachdrückliches Verfechten der Arbeiterinteressen durch die Arbeiter bei diesen möglichst gar nicht erst aufkommen zu lassen, seine Äußerung und Verbreitung zu etwas „Unmöglichem“ zu machen, also zu tabuieren. Sind Klassen etwas, worüber man nur sagen kann: „Darüber spricht man nicht“? Dann wäre also der Kampf gegen den Klassenkampf — selber Klassenkampf und zwar „von oben“?

Betrachten wir näher, mit welchen Formulierungen der Kampf gegen das „Klassenkampfdenken“ der Arbeiter — und natürlich auch gegen den Gedanken von bürgerlichen Köpfen, der Kampf der Arbeiter sei im Grunde berechtigt und werde letztendlich unaufhaltsam zur „Vorherrschaft der Arbeit von morgen“ führen — ausgetragen wird. Wieder betrachten wir, wie sich dieser Kampf der Gedanken und Formulierungen an der Oberfläche darstellt. Einer der

8 „Die Deutschen werden das Rennen machen“, Blick durch die Wirtschaft. 28. 10. 1975.

Herausgeber der „Frankfurter Allgemeinen“, Jürgen Eick, arbeitet in einem Leitartikel den Gedanken aus, den wir von Sammet gehört haben. Hier die Kurzformel:

„Der These vom Klassenkampf, von der Spaltung, muß man die These von der Einheit der Unternehmung gegenüberstellen.“⁹

Die Frage ist nur, wie man diese These wirksam der andern gegenüberstellt, damit sie nicht bloß gegenüberstehen bleibt, sondern die Gegenthese überwältigt, zumindest aber in die Basis des Unternehmens überhaupt eindringt, Besitz ergreift von den Köpfen wenigstens eines Teils der Lohnabhängigen. Die Aufgabe ist nicht einfach. Soll man den Gegensatz leugnen? Das würde angesichts der Alltags-erfahrung der Lohnabhängigen nicht verfangen. Aber der Klassen-gegensatz hat viele Erscheinungsformen. Außerdem gibt es andere, nicht vom Klassenverhältnis rührende Gegensätze. Dessen eingedenk hält Jürgen Eick ein Plädoyer, das in seinem Eifer, das Kapital weißzuwaschen, auf Brechts „Kongreß der Weißwäscher“¹⁰ vor-
tragen werden könnte.

„Natürlich gibt es den Konflikt zwischen den Arbeitnehmern und der Leitung der Unternehmen. Wer wollte das leugnen? Aber er ist nur einer von vielen. Im Alltag dominieren andere, nicht weniger wichtige Spannungen, zum Beispiel zwischen den verschiedenen Ressorts: Produktion kontra Vertrieb, Werbung kontra Finanzressort, Zentrale kontra Außenstellen; da ist der Kampf aller Ressorts untereinander um Einfluß auf die Geschäftsführung als Ganzes; da ist aber auch der Kampf der Ideen, der Vorschläge, der Investitionsvorhaben; und da ist das unvermeidliche Gerangel, das sich aus der hierarchischen Struktur ergibt: etwa der Kampf der Gleichran-
gigen um Beförderung, die Spannungen zwischen Arbeitern, Vor-
arbeitern, Meistern, des Prokuristen mit den ihm unterstellten Leu-
ten. Diese Probleme gibt es auch im Staatsdienst (und da ganz beson-
ders!), den ja auch der fanatischste Marxist nicht verstaatlichen
kann, weil er es bereits ist. Und da ist das ganze Drum und Dran
des Arbeitsplatzes — bis hin zur Altersversorgung, zum Kantinen-
essen. Man kann in einem Unternehmen auf sehr viele Arten glück-
lich oder unglücklich sein. Wer das alles auf das Konto Konfronta-
tion zwischen Kapital und Arbeit buchen will, verbiegt einfach die
Tatsachen.

Das marxistische Klassenkampfdenken versucht, mitten durch die Unternehmen eine Trennungslinie zwischen Arbeitgebern und Ar-
beitnehmern zu ziehen. Aber wo soll denn diese imaginäre Linie,
die das Unternehmen in zwei Teile dividiert, eigentlich verlaufen?
Die politischen Kartographen des Klassenkampfes hätten da in der
Praxis große Mühe. Auch die Vorstandsmitglieder der Großunter-
nehmen waren einmal kleine Angestellte und sind, obwohl Arbeit-
geber, kündbar (leichter kündbar als ältere Angestellte). Die Über-
gänge zwischen Leitenden und Nichtleitenden sind flüssig und per-
manent in Bewegung. Alle in einer Firma Tätigen, egal, welche
Funktionen sie ausüben, sitzen in einem Boot.“

⁹ Jürgen Eick, Von der Einheit des Unternehmens, FAZ, 20.11.1973, S. 1.

¹⁰ Vgl. den Argument-Sonderband AS 11, „Brechts Tui-Kritik“, No-
vember 1976.

Warum nicht noch die Kämpfe zwischen dem Genußtrieb und der auf Akkumulation bedachten Entsagungsmoral, den zwei Seelen in der Brust der Kapitalisten, anführen? — Immerhin, teile und herrsche, lenke ab und herrsche, die praktischen Strategien des betrieblichen Konfliktmanagements, die dem Plädoyer von Eick entsprechen, haben bewiesen, daß sie nicht wirkungslos sind, wenn auch nur von begrenzter Reichweite. Der analytische Wahrheitswert von Eicks Aussagen ist dagegen verschwindend gering. Auch haben die Arbeiter und Angestellten z. B. bei den Streikkämpfen die Interessensfronten relativ schnell herausgefunden, ohne im marxistischen Klassenkampfdenken geschult zu sein. Umgekehrt, das Interesse am Marxismus entspringt den Kämpfen, nicht die Kämpfe dem Marxismus. Der Marxismus vermag in den Kämpfen zu orientieren, aber er hat nicht die welt schöpferische Macht, die ihm unsere bisher vernommenen Helden des Klassenkampfes zuschreiben. Vor allem wissen sie selber — dafür haben sie ihre Agenten —, daß ein *besonderes* „Klassenkampfdenken“ namens Marxismus zum Ausdruck bestimmter Streikkämpfe in der Bundesrepublik, wenn überhaupt, dann allenfalls in Spurenelementen beigetragen haben kann, einfach deshalb, weil nicht mehr davon vorhanden war. Kampf dem Marxismus allein genügt also nicht beim Kampf gegen das Klassenkampfdenken. In den Organisationen und Organen des weit überwiegenden Teils der Arbeiterbewegung, Gewerkschaften und Sozialdemokratie, war der Marxismus fast völlig zum Schweigen gebracht. Ihn noch mehr zum Schweigen zu bringen, war nicht mehr möglich. Und doch gab es noch immer (oder schon wieder) „Klassenkampfdenken“. Gab es Möglichkeiten, elementarer gegen das „Klassenkampfdenken“ vorzugehen?

Derselbe Jürgen Eick versuchte zwei Jahre später eine umfassendere Taktik. Man hatte seit langem die Begriffe Arbeiter und Kapitalist verdrängt und durch Arbeitnehmer und Arbeitgeber ersetzt. Es war gelungen, aus dem Gebrauch dieser Ersatzbegriffe geradezu eine Staatsbürgerpflicht zu machen. Die Arbeiterorganisation hatten „gezwungen“ werden können, sich als „Arbeitnehmerorganisation“ gegenüber den „Arbeitgeberverbänden“ auszusprechen. Die ihre Arbeitskraft hingeben mußten gegen Lebensunterhalt, mußten sich als Nehmende, als Empfänger einer Gabe bekennen und die wirklichen Nehmer ihrer Arbeit als die wahren Geber anerkennen. Damit schienen die Grundbegriffe eines jeden möglichen Marxismus verdrängt. Diese Sprache würde er nicht sprechen können, weil sie alle seine Wahrheiten verleugnete. — Und nun artikuliert sich in der „Arbeitnehmer-Arbeitgeber“-Sprache noch immer „Klassenkampfdenken“. Die alte Sprachregelung genügte nicht, um gegen die Mitbestimmungsforderung vorzugehen.

„Letztlich entspringt dieser klassenkämpferischen Sicht auch die Forderung nach Mitbestimmung.“¹¹

11 Jürgen Eick, Durch die klassenkämpferische Brille, FAZ, 23. 12. 1975, S. 1. Hieraus auch die folgenden Zitate.

... die verstaubte Klassenkampffideologie... ist wieder im Schwange. Man folgt dem ‚naturegegebenen‘ Gegensatz von den Interessen der Arbeitnehmer einerseits, der Arbeitgeber... andererseits. Obwohl diese beiden Gruppen jeweils in Unternehmen aufs engste zusammenarbeiten...“ „So weit beherrscht bereits marxistisches Denken, in dessen Mittelpunkt der Klassenkampf steht, die Szene. Nahezu ausschließlich dominiert das Antipoden-Paar ‚die Arbeitnehmer, die Arbeitgeber‘. Man hat nur noch den Produktionsprozeß im Auge und die beiden daran beteiligten Gruppen, die nach marxistischer Denkweise obendrein in einem nicht auflösbaren Interessengegensatz stehen.“

Das Antipoden-Paar — genauer: Das Antagonisten-Paar — Arbeitgeber-Arbeitnehmer, erfunden, dem marxistischen Klassenkampfdenken die sprachliche Artikulationsmöglichkeit zu entwenden, wird hier erfahren als gespenstisch vom Marxismus heimgesucht. Was tun? — Eick versucht, das „Antipoden-Paar“ durch ein verlässlicheres zu ersetzen: Die Wirtschaft, da Verbraucher!

„Wo ist eigentlich der Verbraucher geblieben? Wieso hat er sich derart in die Ecke schieben lassen? Die Antwort ist einfach: Weil es ihn bei Marx nicht gibt, und weil mehr Marx unter uns ist, als viele wahrhaben wollen.“

„Es ist gefährlich zu vergessen, daß alle wirtschaftlichen Bemühungen letztlich dem Wohlbefinden der Verbraucher dienen und nur von da ihren Sinn erhalten. Die Wirtschafts- und Finanzpolitik muß das allgemeine Wohl (nicht das einer Gruppe oder Klasse) im Auge haben, und dieses wird ausschließlich vom Verbraucher repräsentiert; denn Verbraucher — das sind wir alle.“

Die Äußerungen ergeben, nimmt man sie beim Wort, keinen Sinn. Die unmittelbaren Botschaften sind etwa von folgender Struktur: „Die verstaubte Klassenkampffideologie ist nicht verstaubt.“ Wenn alle Entscheidungen der Unternehmer letztlich uns allen dienen, was wir doch alle erfahren — warum sollten wir es vergessen und warum sollte dies Vergessen gefährlich sein? Bestimmt auch hier das Bewußtsein das Sein? Dient, wenn wir „vergessen“, daß sie uns dient, die Wirtschaft nicht mehr uns allen? Oder bedeuten Eicks Formulierungen, daß alle Gesellschaftsmitglieder durch aktive Kontrolle dafür sorgen und die hierfür erforderliche Macht erhalten müssen, daß die Wirtschaft tatsächlich allen diene? Aber so viel Marx ist nicht unter uns, daß dies der Sinn von Eicks Botschaft wäre. Wieder dürfen wir nicht wörtlich nehmen, sondern müssen so verstehen, wie uns zu verstehen gegeben wird. Die Sätze, die zu verstehen geben, tun dies z. B. mit Hilfe von Auslassungen. Ergänzen wir einen solchen elliptischen Satz:

„Es ist gefährlich [beim Kampf gegen das Klassenkampfdenken] zu vergessen, daß alle wirtschaftlichen Bemühungen [so dargestellt werden müssen, daß sie scheinbar] letztlich dem Wohlbefinden der Verbraucher dienen und nur von da ihren Sinn erhalten.“

Als Gefahr ist jede andere Redeweise aufzufassen und mit geeigneten Mitteln zu bekämpfen. — Wieder erfüllt das zu-verstehende Sprechen zwei Funktionen auf einmal: es begründet eine

Sprachregelung und führt sie zugleich vor; es spricht *in ihr über sie*. — Wir verfolgen hier nicht das widersprüchliche Schicksal des Vorschlags von Eick, der natürlich weder seine private Erfindung ist, noch die Probleme anders als um den Preis neuer Probleme „löst“. Z. B. wird ein dreiviertel Jahr später, aufgrund gefährlich anwachsender unbefriedigbarer „Verbraucher“-Ansprüche an die westdeutsche Gesellschaft, Kurt Reumann in einem Leitartikel in derselben „Frankfurter Allgemeinen“ einen Seitenhieb gegen „Ideologen“ führen, die den Jugendlichen „einreden wollten“, diese Gesellschaft „als Konsumgesellschaft oder Klassengesellschaft (zu empfinden)“¹². — Uns interessieren bestimmte Ideologeme hier nur als Material, an dem die allgemeine Struktur des Vorgangs zu untersuchen ist.

Beim Versuch, uns in den undeutlichen und widersprüchlichen Erscheinungen zu orientieren, in denen sich auf dem von uns betretenen Gebiet ein zunächst rätselhafter Kampf-der-seinen-Namen-nicht-nennt, ein wahrer Anti-Kampf darbietet, sind wir nun auf eine Kampftechnik gestoßen, für die es einen geläufigen Begriff aus Wirtschaft und Politik gibt: *Sprachregelung*¹³. Das bisher gesichtete Material besagt, daß Sprachregelung weder, wie bei Hannah Arendt, mit Lüge gleichgesetzt werden kann, noch in ihrem Wesen erfaßt ist, wenn man sie, wie Margret Boveri, als von der Regierung bzw. von irgendeiner Unternehmensführung ausgehende Regelung der Interpretation bestimmter Maßnahmen oder einer bestimmten Geschäftspolitik¹⁴ auffaßt. Im „Kampf gegen das Klassenkampfdenden“ scheint das Angriffsziel tiefer zu liegen. Es geht um Gedanken, Sichtweisen, „Weltbetrachtung“, „Ideologie“ — die Bedeutung dieser Angriffsziele wird zu konkretisieren sein. Da ohne Sprache weder gedacht noch ein Denken geäußert werden kann, versucht die Sprachregelung bei der Artikulationsmöglichkeit von Denken anzusetzen. Unmittelbarer Angriffspunkt ist die Sagbarkeit, mittelbar die Denkbare der Verhältnisse. Negativ kann versucht werden, bestimmte sprachliche Ausdrücke zu Zeichen der Staatsfeindlichkeit zu stempeln. Bei Ausdrücken wie Klasse, Arbeiter, Klassenkampf, Kapitalismus, Kapitalist, Profit, ja sogar Gesellschaft oder Faschismus¹⁵ hat sich diese negative Sprachregelung im westlichen Nach-

12 Kurt Reumann. Die Krise der Aufstiegs-gesellschaft, FAZ, 2. 9. 1976. S. 1.

13 Zur „Sprachregelung“ in Wirtschaft und Politik vgl. Gerhard Voigt. Goebbels als Markentechniker, in: W. F. Haug (Hrsg.), Warenästhetik — Beiträge zur Diskussion, Weiterentwicklung und Vermittlung ihrer Kritik, Frankfurt/1975, S. 242 ff.

14 „Auch mächtige Konzerne werden ihre Vertreter in den verschiedenen Ländern in bezug auf einheitlich zu vertretende Grundsätze ihrer Kredit-, Produktions- und Absatzpolitik ‚sprachregeln‘.“ M. Boveri, Wir lügen alle, Olten 1965, S. 538; z. n. Voigt, a. a. O., S. 242 f.

15 Vgl. dazu auch W. F. Haug, Notizen über einen aktuellen Gebrauch der Begriffe „Wissenschaft“ und „Ideologie“, in: *Das Argument* 66/1971. S. 446 ff.

kriegsdeutschland zeitweilig durchsetzen lassen. Die Grenze zwischen „staatsfreundlichen“, „staatsfeindlichen“ und „neutralen“ Wörtern verschiebt sich im Laufe der Auseinandersetzungen ständig. Die positive Sprachregelung stellt sprachliche Artikulationsmittel für das Benennen und Denken der Verhältnisse bereit, die den „sprachregelnden“ Interessen konform sind. Für das Wie haben wir ein erstes deutliches Beispiel: Eicks Angebot einer Sprachregelung versucht, Sprachmaterial für ein Benennen der Verhältnisse bereitzustellen, das die Privatwirtschaft als nicht nur den Kapitalbesitzern, sondern schlechthin allen Gesellschaftsmitgliedern dienende Einrichtung ausspräche. Kurz, das Private wird als Öffentliches, das Sonderinteresse als Allgemeines aussprechbar gemacht. Verdichtet sich da nicht allmählich der Verdacht, daß dieser „Kampf dem Klassenkampfdenkens“, im genauen Gegensatz zu seinem wörtlichen Auftreten, selber — *Klassenkampf auf dem Gebiet des Denkens der Verhältnisse* ist? Sehen wir zu, was unser Material, was die Helden des Kampfes gegen das Klassenkampfdenkens uns hierzu selbst sagen! Wie wir schon gesehen haben, sind sie untereinander keineswegs einig. Lauschen wir ihrem Streit! Vielleicht sagen sie einander unangenehme Wahrheiten.

Einer der Beschuldigten war Ludwig v. Friedeburg. Sein Sturz als hessischer Kultusminister war das Ergebnis einer langfristig geplanten, breit angelegten und nach allen Regeln der „ideologischen“ Kriegskunst durchgeführten Kampagne. Am heftigsten tobte der Kampf um den Entwurf von „Rahmenrichtlinien“ für das Schulfach Gesellschaftslehre. Dieser Entwurf stellte einen Fortschritt innerhalb der bürgerlichen Grenzen dar. Er entmythologisierte die „Gemeinschaftskunde“, um an ihre Stelle ein funktionalistisches Konzept zu setzen, das vor allem die Vermittlung von Regeln zur Konfliktaustragung und Konsensusfindung anstrebte. Alle grundlegende Sozialkritik, die den Klassengegensatz zur Kenntnis nimmt, war aus diesem Modell ausgeschlossen; denn Klassengegensätze können natürlich nicht als vorübergehende Systemstörungen aufgefaßt werden, für deren Beseitigung Regeln zu vermitteln sind¹⁶. Dennoch wurde von der Rechten dieser Entwurf als eine Ausgeburt des „Klassenkampfdenkens“ bekämpft. Karl Korn, einer der Herausgeber der „Frankfurter Allgemeinen“, schrieb im Leitartikel:

„Die hessischen Rahmenrichtlinien sind ein Instrument des Klassenkampfes, weil sie den Konflikt zum Ausgangspunkt... machen...“¹⁷

Friedeburg hatte zur Verteidigung des Entwurfs auf die Toleranzforderung der hessischen Verfassung verwiesen; Toleranz vertrage sich nicht mit der Verdrängung, sondern nur mit dem Bewältigen-Können sozialer Konflikte. Darauf Korn:

¹⁶ Vgl. Gerwin Schefer, *Gesellschaftslehre und Primarstufe. Kritik der hessischen Rahmenrichtlinien*, in: *Argument* 80, Schule und Erziehung (V), 1973, S. 120 ff.

¹⁷ FAZ, 25. 7. 1973, S. 1.

„Es ist ein durchsichtiges Täuschungsmanöver, wenn v. Friedeburg... die Toleranz, die in der hessischen Verfassung steht, bemüht. Die Idee der Toleranz ist eine normative Kulturidee... dann liegt sie normativ, d.h. verpflichtend, über dem Klassenkonflikt...“¹⁸

Zwei gegenläufige Übertreibungen werden hier vorgenommen. Das funktionalistische Demokratiemodell wird zum Klassenkampfmodell „übertrieben“, die Toleranzidee dagegen zur Tabuierung des Konflikts. Die erste Übertreibung ist taktisch unmittelbar verständlich: Sie verknüpft die Rahmenrichtlinien mit einer bereits etablierten Tabuzone, gegen die schon wirksam mobilisiert worden ist, dem Klassenkampf; es findet dabei eine „Übertragung“ publizistischer Effekte statt. Die andere Übertreibung operiert mit einem Begriff „normativer“, „verpflichtender“, kurz *herrschender Idee*, der die Wirklichkeit und Wirksamkeit einer über der Gesellschaft sich erhebenden, sie bestimmenden kulturellen Institution zugeschrieben wird. Wir werden sehen, daß Ludwig von Friedeburg den strukturellen Gehalt dieser Auffassung nicht bestreitet; allerdings interpretiert er innerhalb dieser Struktur eine bestimmte Idee anders (wodurch natürlich auch das Verhältnis zur Struktur modifiziert wird). Unser Gegenstand zeigt hier einen weiteren Aspekt: Eine Dimension der Kämpfe dreht sich um die Interpretation solcher „verpflichtender Kulturideen“ im Rahmen ihrer selbstverständlichen Anerkennung als solcher. Diese Anerkennung scheint im vorliegenden Beispiel nichts Mysteriöses zu haben, geht es doch um eine Verfassungsnorm. Wir können mit aller Vorsicht provisorisch davon sprechen, daß hier um die Interpretation gegebener *ideologischer Mächte* gekämpft wird in der Perspektive, aus ihnen positive oder negative Sanktionen gegen bestimmte Maßnahmen oder auch nur Denkweisen und ihre sprachlichen Äußerungsformen abzuleiten.

Friedeburg drehte später, nach seinem erzwungenen Rücktritt, in einer Rezension des Pamphlets eines seiner Gegner, Helmut Schelsky¹⁹, den Spieß um. Schelskys Buch ist eines der Zeugnisse eines angestrebten Versuchs rechter Gegenoffensive gegen die große Strömung sozialliberaler und gewerkschaftlicher Tendenzen in der Gesellschaft und gegen die linke Intelligenz, eines angestrebten und vielfältigen Versuchs, im ideologischen Prozeß der Bundesrepublik eine „Tendenzwende“ herbeizuzwingen. Im Rahmen dieses Versuchs gibt es eine Gruppe konservativer Ideologen, die extreme taktische Schwankungen vornahmen. Zum Beispiel versuchten Dregger und v. Bethmann angesichts rapider Wirkungseinbußen der negativen Sprachregelung, die lange Zeit den Begriff „Kapitalismus“ zum staatsfeindlichen Zeichen gemacht hatte, den nicht mehr zu tabuierenden Begriff umzufunktionieren in einen positiven Kapitalismus-

18 Ebd.

19 Helmut Schelsky, *Die Arbeit tun die anderen. Klassenkampf und Priesterherrschaft der Intellektuellen*, Opladen 1975.

Begriff²⁰. Auch wenn diese Vorstöße relativ vereinzelt blieben und bleiben mußten, ist ihre Untersuchung doch lehrreich. Einer dieser Vorstöße wurde von Schelsky unternommen. Nachdem er jahrzehntelang „wie kein anderer als Apostel einer ‚nivellierten Mittelsstandsgesellschaft‘ gegen das Klassendenken zu Felde gezogen“²¹ war, schwenkte er um und wandte den Klassenbegriff gegen die Linksintellektuellen, die ihn mit wachsendem Erfolg in die sozialtheoretische und -kritische Diskussion wieder einführten. „Man traut seinen Augen nicht“, merkt Friedeburg an und blendet den strategischen und taktischen Hintergrund vollkommen aus, vermutlich nicht so sehr aus Mangel an Klarsicht als vielmehr aus Respekt für die Tabuierung der entscheidenden Zusammenhänge. Sagt er Schelsky auch die eine oder andere unangenehme Wahrheit, die wir aufnehmen können, so enthält er sich der entscheidenden Wahrheit. Wir wollen im Verlauf dieser Untersuchung deutlich machen, welcher „ideologischen Macht“ Friedeburg mit dieser Zurückhaltung im Entscheidenden Tribut zollt. — Statt Schelskys Schwenkung aus den allgemeinen strategischen Kampfbedingungen abzuleiten, aus denen sich auch erklärt, warum er bisher „gegen das Klassendenken zu Felde gezogen“ war, wird nur am Lack gekratzt, und Friedeburg deutet eine psychologisierende Erklärung an, die wahrscheinlich nicht einmal falsch ist, sondern eben nur das Wesentliche mit Schweigen übergibt:

„Seine Wandlung zum Klassenkämpfer aber — ‚Wer „Klasse“ sagt, nimmt damit auch bereits am „Klassenkampf“ teil‘ (S. 168)²² — ist jüngsten Datums und muß wahrscheinlich lebensgeschichtlich verstanden werden . . . , daß die Studentenbewegung ihn . . . erreichte. Daher spielen dann auch die Schüler und Studenten eine so große Rolle in seiner neuen Herrschaftsklasse.“

So antwortet der des Klassenkampfdenkens bezichtigte und als Minister gestürzte v. Friedeburg mit einer Retourkutsche: Klassenkampfdenkern praktizieren die ändern, er selber steht in der sozialliberalen Mitte, die weiterhin nicht an Klassen denkt, sondern gegen den Klassenkampf kämpft:

„Der neomarxistisch wiedererstandenen Parole von der totalen Herrschaft der Kapitalistenklasse setzt er (Schelsky) spiegelbildlich die Parole von der totalen Herrschaft der Intellektuellenklasse entgegen . . . Heilslehre, Heilsglaube, Heilsversprechen, Heilsverkündigung, wo man hinschaut.“

20 Vgl. z. B. J. Ph. Freiherr v. Bethmann, Wider die Kritiker des „Kapitalismus“, in: Blick durch die Wirtschaft, 21. 2. 1972. „Auch wer . . . sich an dem kritiklosen Gebrauch des Begriffs ‚Kapitalismus‘ stößt“, heißt es in einer Vorbemerkung der Redaktion, „wird die Ausführungen mit großem Gewinn lesen . . .“

21 Ludwig v. Friedeburg in seiner Rezension von Schelskys „Die Arbeit tun die ändern . . .“, Frankfurter Rundschau, 19. 4. 1975. Hieraus auch die folgenden Friedeburg-Zitate.

22 Zitat aus Schelsky, a. a. O. (vgl. Fn. 19).

Die Landkarte wird kompliziert. Während dieser Anschauung zufolge Neomarxisten und Neokonservative sich einen — Heilsversprechen gegen Heilsversprechen setzenden — Klassenkampf der Ideen liefern, kämpft zugleich eine besonnene Mitte gegen das Klassenkampfdenken von links und rechts und gegen den Klassenkampf. Immerhin haben wir eine „unangenehme Wahrheit“ gehört, den Vorwurf einer Schwenkung um 180 Grad, die uns zu denken geben kann. Worin bestand Schelskys Schwenkung? Hat sich sein Verhältnis zu den gesellschaftlichen Klassen geändert? Oder nur sein Verhältnis zum Gebrauch des Klassenbegriffs? Fragen wir ihn selber!

Beim Parteitag der CSU von 1973 hielt Schelsky einen Vortrag. Darin beriet er, der Soziologe, die CSU in Fragen der Taktik zur Wählergewinnung. Im Vorjahr hatte die CDU/CSU den unter Vorformen der Devise „Freiheit oder Sozialismus“ gegen die sozialliberale Koalition geführten Wahlkampf drastisch verloren. Offenbar bezog sich Schelsky kritisch auf diese Wahlkampfführung, als er sagte, es gehe in der Bundesrepublik

„nicht um die demnächst durch die sozial-liberale Regierung zu verwirklichende marxistisch-planwirtschaftliche Sozialisierung unseres Wirtschaftssystems . . . Ich glaube, dieses Dilemma wirkt nicht überzeugend.“²³

Offenkundig ist an diesen drei Wörtern, „wirkt nicht überzeugend“, der Angelpunkt abzulesen: Wahrheitswert und Überzeugungswert werden getrennt beurteilt. Daß der erste = 0 ist, werden wohl die Wahlstrategen selber gewußt haben; daß auch der zweite nur gering war, hatte der Ausgang der Bundestagswahlen von 1972 bewiesen, und Schelsky will anscheinend erreichen, daß die Lehren daraus gezogen werden. Zu suchen ist ein überzeugend wirkendes „Dilemma“ für die kommenden Wahlkämpfe. Bevor der Soziologe seinen Vorschlag unterbreitet, untersucht er eine Erfolgsgrundlage der SPD und formuliert die Aufgabe, die in Gestalt eines Wahlsiegs der CDU/CSU gelöst werden müßte. Ohne daß die CDU/CSU „in überzeugenden und eindrucksvollen Gegenformeln geantwortet“ hätte, habe die SPD sich erfolgreich als „Arbeitnehmer-Partei“ dargestellt. Nun begründet Schelsky, warum es „im Grunde genommen eine Täuschung“ sei, die CDU/CSU als Unternehmer-Partei zu bezeichnen. Der Ausdruck „Täuschung“ suggeriert, es ginge um die Wahrheit. Eigentümlicherweise artikuliert jedoch Schelsky in dieser Sprache, in der Tatsachen oder Sachverhalte auf empirisch bestreitbare Weise ausgedrückt zu werden pflegen, etwas ganz anderes, nämlich Überlegungen zum *Überzeugend-Wirken*. Wir haben hier eine eigentümliche Sprechweise vor uns, die das Wesentliche

23 Helmut Schelsky, Die selbständigen und die betreuten Menschen, in: Frankfurter Rundschau, 3. 10. 1973, S. 12 (1. Teil); ders., Von den Betreuern bedrohte Freiheit, Die Münchner Rede des Soziologen Helmut Schelsky, Fortsetzung und Schluß, in: Frankfurter Rundschau, 4. 10. 1973, S. 12. Eine gekürzte Fassung erschien am 29. 9. 1973 in der FAZ. Am 26. 10. erschien der Aufsatz im Bayernkurier, S. 26—28.

auf andere Weise verundeutlicht sagt als die bisher untersuchte Weise des zu-verstehen-gebenden Sprechens.

Warum ist es eine „Täuschung“, die CDU/CSU als „Unternehmerpartei“ einzuschätzen oder zu bezeichnen? — Schelsky antwortet mit dem Hinweis, daß wir heute rund 82 % Arbeitnehmer haben und nur 10 % Selbständige (bzw. 18 %, wenn man die mitarbeitenden Familienangehörigen hinzuaddiert). — Offenbar gibt dieser Hinweis zu verstehen: jede mögliche rechte Mehrheit setzt voraus, selbst wenn sie alle „Selbständigen“ für sich gewönne, fast doppelt so viele „Arbeitnehmer“ als Wähler hinzuzugewinnen. Daraus läßt sich zwar nicht beweisen, daß die CDU und die CSU keine Unternehmerparteien sind, wohl aber, daß sie *nicht* als solche *erscheinen* dürfen. Wir können mit Schelskys Worten sagen: Das Dilemma von Arbeitnehmerpartei und Unternehmerpartei „wirkt nicht überzeugend“ — auf die Nichtunternehmer nämlich, die es nicht überzeugen wird, die Partei der Unternehmer zu wählen. Anders gesagt: Gelänge es, bei einer Wahl die Alternative Unternehmerpartei oder Arbeitnehmerpartei überzeugend darzustellen, würde eine riesige Mehrheit für die Arbeitnehmerpartei unabwendbar. Hier ist offensichtlich der archimedische Punkt, um den sich alle Versuche, eine „rechte“ Mehrheit zu bekommen, drehen müssen.

Es ist nützlich, sich zu vergewissern, ob und in welcher Form die rechten Protagonisten sich dieses Problems bewußt sind.

Alfred Dregger, der Führer der hessischen CDU, deren früher liberalere Führung durch seine Fraktion („Adel und Banken“) von rechts her aufgerollt worden ist, sprach das Grundproblem der Rechten schon 1971, in seiner die ganze nachmalige Rechtspolitik entwerfenden Rede im Hause des Bankiers von Bethmann, recht deutlich aus. Er sprach generalstabsmäßig von einem Zangenangriff sozialer Kräfte von der Art der Gewerkschaften, gesetzlichen Krankenkassen usw., die für den Ausbau sozialer Strukturen der Lebenssicherung eintraten und damit die alten privaten Strukturen bedrohten.

„Wenn wir diesen Angriff abwehren wollen, können wir dies nur mit unseren Arbeitnehmern, nicht gegen sie.“²⁴

Der da sprach, sprach bewußt als Vertreter von Unternehmern und zu einem Publikum von Unternehmern über die Notwendigkeit, für die eigene Massenbasis „unsere Arbeitnehmer“ zu gewinnen. Mehr verklausuliert, aber in der Substanz identisch äußerte sich der von Dregger offenkundig überzeugte Bankier Philipp von Bethmann etwas später in einer jener Reden, die dazu beitrugen, die neue aggressive Rechtsstrategie durchzusetzen:

„Es ist jedenfalls realistischer, ein paar hunderttausend Unternehmer zu höherer Einsicht in puncto Wettbewerb und anderen Einschränkungen ihrer Freiheit zu bringen, als aus dem ganzen Volk ein Volk von ‚sozialistischen Menschen‘ zu machen.“²⁵

24 Frankfurter Rundschau, 4. 3. 1971.

25 Blick durch die Wirtschaft, 21. 2. 1972.

Abgesehen davon, daß zu bezweifeln ist, ob dies auf Dauer wirklich leichter und nicht vielmehr einfach unmöglich ist, bringt v. Bethmann hier die Bündnisnotwendigkeit auf eine einprägsame, aber etwas übertriebene Formel: *hier ein paar hunderttausend Unternehmer — dort ein ganzes Volk.* — Neuerdings hat auch der Wirtschaftsredakteur der „Frankfurter Allgemeinen“ die Bündnisnotwendigkeit für die Unternehmer deutlich ausgedrückt — diese Deutlichkeit ist, wie wir immer wieder gesehen haben, alles andere als selbstverständlich:

„Die Notwendigkeit, aktiv in die politischen Auseinandersetzungen einzugreifen, ergibt sich für die Unternehmer auch daraus, daß sie nur eine kleine Gruppe unserer Gesellschaft sind. Es gibt in der Bundesrepublik rund 26 Millionen Erwerbspersonen, aber nur noch 2,5 Millionen Selbständige einschließlich der rund 645 000 landwirtschaftlichen Unternehmer. Zu diesen 2,5 Millionen kommen noch die leitenden Manager hinzu. Eine solche Minderheit gerät aber nur dann nicht in eine ständige Defensive, wenn es ihr gelingt, ihren Standpunkt überzeugend darzulegen und Verbündete zu finden.“²⁶

Das notwendige Engagement, heißt es bei Jeske weiter,

„reicht weit über die ideologische Konfrontation hinaus, die in den letzten Jahren die deutsche Szenerie prägte“.

Notwendig erscheint das Engagement in der ideologischen Konfrontation, notwendig die permanente Überzeugungsarbeit, notwendig sind schließlich Bündnisse. Nur so entsteht und hält sich, so ergänzen wir, ein „historischer Block“ unter der Vorherrschaft (Hegemonie) des Großbürgertums (Gramsci), zusammengehalten durch Interessenkompromisse und Überzeugungskitt, der politisch machtfähig ist, also sich wesentlichen Einfluß auf den Staatsapparat sichern kann. Daß dieser „Block“ nicht identisch ist mit einer Partei, sondern sich in den strukturellen *ideologischen Mächten* (Engels) etabliert und so Einfluß jenseits der Grenze der „Unternehmerpartei“ auszuüben vermag, wird im Fortgang unsrer Untersuchung deutlicher werden. Doch läßt sich einiges jetzt schon absehen: Wenn ein durch den Vorwurf des „Klassenkampfdenkens“ gestürzter Minister zu seiner Verteidigung den Vorwurf zurückzugeben und sich als wahren Gegner des „Klassenkampfdenkens“ darzustellen versucht, dann deutet diese Eigenart der „ideologischen Konfrontation“ (Jeske) auf ein Feld ideologischer Hegemonie, dessen Mächtigkeit noch weit in eine „Arbeitnehmerpartei“ hinein durch Unterwerfung anerkannt wird.

Doch zurück zum CSU-Parteitag und zu Schelskys Suche nach einem „überzeugend wirkenden Dilemma“. Das Problem: „Ein paar hunderttausend Unternehmer“, „eine kleine Gruppe unserer Gesellschaft . . ., eine solche Minderheit“, ist sich bewußt, daß sie ihre Vormachtstellung „nur mit unseren Arbeitnehmern, nicht gegen sie“ verteidigen kann. Für dieses Grundproblem ist eine Lösung zu fin-

26 J. J. Jeske, Mit der Politik leben. Die Herausforderung der Unternehmer, FAZ, 19. 7. 1976, S. 1. Dieser Leitartikel, der vor den Bundestagswahlen erschien, mündete in einen Aufruf zu verstärkter Aktivität.

den. — Zunächst einmal, eröffnete Schelsky den CSU-Delegierten, ist es unabdingbar notwendig, daß sämtliche Reste von „Klassenideologie“ „über Bord geworfen werden“²⁷. — Kämpft er im Gegensatz zu v. Friedeburgs Vorwurf doch noch immer gegen das Klassenkampfdenken? — Die „Klassenideologie“ also müsse liquidiert werden „zugunsten neuer, zukunftsfruchtiger Entscheidungen und Begriffe“. Was Schelsky hier unter „Begriffen“ versteht, wird deutlich, wenn man seinen Vorschlag sich ansieht: Anzusetzen sei bei einer, wie soziologische Erhebungen zeigen, massenhaft verbreiteten *Wertung*, einem vermittelten und meinungsförmig auftretenden Interessenausdruck, einer Vorstellung von „Sinn“. Die große Mehrzahl auch der „Arbeitnehmer“ hält es in der Tat für außerordentlich sinnvoll, etwas *selbständig* zu unternehmen. Wenn es nun gelinge, hier einzuhaken und „einen umgedachten Begriff der Selbständigkeit“ in die politische Sphäre einzubringen, worin sich diese alltägliche Neigung zu selbständigem Tun vertreten *meint*, so ließen sich „Arbeitnehmerwähler“ gewinnen.

Dazu müßte es allerdings zugleich gelingen, die Verbindung des Begriffs der „Selbständigen“ mit dem ökonomisch unabhängigen Teil des „Mittelstands“ zu lösen.

Man beachte die Begriffsarbeit, die Schelsky dem CSU-Parteitag vorführt: Die „Selbständigen“ sollen umdefiniert werden in *Dispositive*; als Gegenbegriff sollen die „Unselbständigen“ umdefiniert werden zu *Exekutiven*. — Was sind Dispositive? Jeder, der in seinen Tätigkeiten selber über Gegenstände bzw. seine eigene Arbeitskraft disponiert, und sei es auch nur wie der Lastwagenfahrer, der im Rahmen seiner Lehnabhängigkeit selbständig disponiert, ob er irgendwann überholt oder nicht, Gas gibt oder verlangsamt, ist ein Dispositiver. Dispositiv ist auch die Hausfrau, die sich den Vormittag selbständig einteilt, die entscheidet, ob sie zuerst die Betten oder zuerst die Küche macht. Dispositives Potential ist zu sehen in jedem Streben nach einem „über den gewohnten Normen liegenden Zusatzeinkommen“, worin

„vor allem jener individuelle Lebensplan zum Zuge kommt, der sich etwa in Sonderanschaffungen, Hausbau, Reisen, kostspieligen Hobbys betätigt...“, also im Grunde genommen alle Gebiete von Verbrauch, Besitz, Arbeit, Freizeit...“,

ein „persönliches Alter“ nicht zu vergessen.

Was sind Exekutive? Zunächst gehören „jüngere Frauen“, auch „Hilfsschüler“ zu den Exekutiven; für sie ist Fließbandarbeit — also Arbeit ohne dispositiven Freiraum — „entlastend“. Damit man die Klassenenthobenheit des Begriffs der Unselbständigen sehen soll, fügt Schelsky noch die „Formularausfüller“ hinzu, für die er u. a. Kassenärzte als Beispiel wählt.

Auf jeden Fall aber verbietet sich — wegen des Grundproblems der 82 % — der Gebrauch des „nivellierenden Begriffs der „Arbeitnehmer“ für die Partei der Selbständigen.

²⁷ Helmut Schelsky, Die Selbständigen..., a. a. O.; hieraus auch die folgenden Zitate.

„Ich will es kurz politisch sagen: Man muß den selbständigen Arbeiter ansprechen.“

Auf den antizipierten Einwand, der Arbeiter sei doch Lohnarbeiter, also Lohnabhängiger, Schelskys Begriff mithin so sinnvoll wie der Begriff des „selbständigen Abhängigen“, erwidert er:

„Das ist kein Widerspruch, sondern ein politisches Ziel.“

Nun geht er daran, Formeln für den Wahlkampf abzuleiten. Auf der einen Seite steht die Partei der Selbständigen. Auf der andern Seite steht die Partei der Unselbständigen oder der Betreuten. Dies sind keine Klassenbegriffe, und bis hierher ist Schelsky konsequenter Kämpfer gegen das Klassenkampfdenken geblieben. Wir sehen jetzt auch, warum. Grundproblem ist: Die Verhinderung der Bildung eines „historischen Blocks“ der „Arbeitnehmer“, der überwältigenden Mehrheit der Gesellschaftsmitglieder. Soweit die Individuen in der Gesellschaft ihre Interessenlage mit Klassenbegriffen denken, beginnt der riesige Block der „Arbeitnehmer“ sich zu bilden. Hätte er sich erst einmal voll ausgebildet, wäre der Klassenkampf für die Kapital- und Großgrundbesitzerklassen verloren. Kampf dem Klassenkampfdenken enthüllt sich als zentrale innergesellschaftliche ideologische Konfrontation unserer Epoche. Wie wir gesehen haben, entspringt er aus relativ klarem Klassenkampfdenken der Unternehmer und ihrer politischen und ideologischen Repräsentanten. — Der Begriff der Klasse kehrt bei Schelsky erst dort wieder, wo er damit rechnen muß, daß seine Strategie durchschaut und öffentlich als das, was sie ist, als Klassenstrategie enthüllt wird. Die potentiellen Verräter des Verrats sind es, die er als „Klasse“, ja als „Ausbeuterklasse“ identifiziert. Zur Abstützung seines Vorschlags, die Fronten im Wahlkampf darzustellen, wirft er der interessiert zuhörenden CSU rasch eine Theorie der Verschwörung und der heimlichen Gier nach Herrschaft und Ausbeutung hin, die sich in erster Linie gegen die sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Kader richtet, in zweiter Linie gegen sämtliche Intellektuelle, die möglicherweise in den historischen Block der „Arbeitnehmer“ eingebunden und zu seinen „Ideologen“ werden könnten. Es ist die Klasse der „Betreuer“ und ihrer „Sinnvermittler“²⁸, die beim Wahlkampf für die sozialliberale Koalition den Menschen „Betreuung“ in Gestalt „sozialer Sicherheit“ versprechen. In Wahrheit will die Klasse der Betreuer nur ihre eigne Herrschaft, um dann die vermeintlich Betreuten für sich arbeiten zu lassen usw. Wir verfolgen diesen Strang der vorbeugenden Projektion²⁹ des an die eigne Adresse erwarteten

28 Mit der interessanten Kategorie der „Sinnvermittler“ habe ich mich bereits auseinandergesetzt in „Die Kampagne um das Zentralinstitut für Soziale Medizin vor dem Hintergrund eines neuen McCarthyismus“, *Argument* 71/1972, S. 5 ff.

29 Nur eine Probe: „Zu der verlangten Wahrhaftigkeit gehört also, daß man auf den Machtcharakter — die Herrschaftsgier der Betreuer — hinter diesen Plänen hinweist.“ Wörtlichkeit und Bedeutung treten hier extrem weit auseinander. Der Leser versuche, die Bedeutung „direkt“ auszusagen!

Vorwurfs an diejenigen, von denen man ihn erwartet³⁰, nicht weiter, sondern begnügen uns damit zu konstatieren, daß hier ein stützendes projektives Feindbild entworfen wird. Aber was ist es, was dadurch unmittelbar gestützt werden soll (im Dienste der mittelbar dadurch zu stützenden Kapitalherrschaft)?

Das unmittelbare Material Schelskys waren Bewußtseinsformen des Alltags, genauer Formen, in denen die Privatheit sich häuslich einrichtet. Schauen wir uns diese Formen genauer an: Wie schon der junge Marx genial formulierte, daß der Lohnarbeiter in der Arbeit außer sich und außer der Arbeit bei sich ist, so ist generell das Bestreben, zu sich zu kommen und Befriedigung zu finden, *gesellschaftlich geformt*, hier nämlich aus dem Gesellschaftlichen ins *Private* verwiesen. Am Bewußtsein, das gesellschaftlich derart geformten Bestrebungen unmittelbar entspringt, setzt Schelsky an. Als konzeptiver Ideologe versucht er, die vorhandenen mächtigen Ideologeme umzugruppieren, in eine ideologische Formation zu bringen, in der sich der Arbeiter-mit-Hobby neben dem Bankier ausgedrückt finden soll. Darin manifestiert sich nichts anderes als der Versuch, die Hegemonie der Bourgeoisie im Ideologischen neu zu konkretisieren, wie es den entwickelten gesellschaftlichen Verhältnissen angemessen ist. Daß Schelskys Vorschlag im Wesentlichen verworfen wurde, sogar die „neue soziale Frage“ und „Freiheit oder Sozialismus“ auf die Tagesordnung des folgenden Bundestagswahlkampfes gesetzt wurden, die CDU/CSU sich also selber als „Betreuerpartei“ (neue soziale Frage) empfahl, macht Schelskys Vorstoß deswegen nicht uninteressant. Gleichgültig gegen die später verworfenen Inhalte ist nämlich die Struktur des Vorgangs; an ihr lassen sich Grundgesetze des ideologischen Klassenkampfes studieren. Doch wir müssen präzisieren: nicht des ideologischen Klassenkampfes schlechthin, sondern des von seiten der großbürgerlichen Minderheit „von oben“, d. h. im Besitz der Kommandohöhen der Wirtschaft und der unter ihrer Hegemonie stehenden ideologischen Apparate geführten. *Der Kampf gegen das Klassenkampfdenken ist eine Erscheinungsform des ideologischen Klassenkampfes-von-oben.*

Um uns das Wesen und die Wirkungsweise der „ideologischen Formation“ zu verdeutlichen, an der bestimmte Modifikationen vorzunehmen der Sinn von Schelskys Vorstoß war, lassen wir ihn selber sagen, wie er den Vorgang einordnet. Als Mitglied der „Grundsatz-Kommission“ der CDU hat er offenkundig intensiv nachgedacht über die soziale Bedeutung von „Grundsätzen“. Dies zeigt sich in seiner

30 Albert Osswald, damals noch hessischer Ministerpräsident, warf Schelsky z. B. eine „Verschleierungsstrategie“ vor; ohne freilich auf die Klassengrundlagen einzugehen, bezichtigte er Schelsky, „Politik nicht mehr an rationalen Kriterien zu messen, sondern an Vorurteilen. Nicht gesellschaftliche Bedingungen und Strukturen sollen in Richtung auf mehr Freiheit verändert werden, sondern nur das Bewußtsein.“ Damit ist etwas Richtiges getroffen, wenn auch kaum im Ansatz begriffen. Vgl. Albert Osswald, Antwort auf Schelsky, in: Frankfurter Rundschau, 5. 11. 1973.

Einschätzung der Ursachen für die Niederlage der Rechten in der Bundestagswahl von 1972,

„... daß hier ein Grundsatzkampf bereits viel früher, woanders an Universitäten, an Hochschulen, an Forschungsinstituten, den Institutionen der Publizistik, den Massenmedien verloren worden ist...“

Auf der andern Seite sieht er — gleichsam durch die sozialliberale Koalition hindurch — auf der Linken den Ausgang eines andern „Grundsatzkampfes“ bereits vorentschieden:

„Die Bruderzwiste der Linken können doch nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich hier längst eine theoretische, ideologische Volksfront konstituiert hat. Diese gemeinsamen denkerischen Grundlagen sind auch praktisch politisch wichtig.“

Also existieren für das „ganze Volk“, von dem der Bankier v. Bethmann sprach, gegenüber den „paar hunderttausend Unternehmern“ bereits die „gemeinsamen denkerischen Grundlagen“, auf denen sich „eine theoretische ideologische Volksfront konstituiert“? Ziehen wir gewisse Übertreibungen ab, die dem Zweck der CSU-Agitation geschuldet sind, dann bleibt eine analytische Skizze, die die Umrisse der Hauptformationen im „ideologischen Klassenkampf“ absehen läßt. Der „Grundsatzkampf“ wäre demzufolge als die Auseinandersetzung der allgemeinsten und zugleich „höchsten“ — das heißt die anderen in einer Art Hierarchie dominierenden — Formen gesellschaftlichen Bewußtseins der Individuen aus den verschiedenen Klassen. Bei dieser Auseinandersetzung stünde die Bildung ideologischer Formationen auf dem Spiel, die, auf der Ebene der Ideologie, ein hegemonial strukturiertes Klassenbündnis repräsentieren bzw. genauer „sein in ihm herrschendes Bewußtsein“ ausdrücken, oder, mit Schelskys Worten: eine theoretische ideologische Volksfront konstituieren.

Schelsky handhabt diese allgemeinen Begriffe bewußt unklar, zweideutig. Er läßt offen, ob er unter der „Volksfront“ einen künftigen historischen Block unter der Hegemonie der Arbeiterklasse meint, oder schlicht und einfach die jetzige sozialliberale Koalition und ihre Wähler. Verschwommen konstatiert er

„eine Monopolisierung des Freiheits- und Fortschrittsgedankens zugunsten der linkslastigen Politik. Das Ergebnis dieser parteiischen Philosophie im wahrsten Sinne des Wortes ist die Bildung der in der Bundesrepublik längst vorhandenen geistigen Volksfront... , die vor allem im Namen der ‚Emanzipation‘ reagiert und taktiert.“

Der Sinn seiner Empfehlungen soll demgegenüber sein, den „Grundsatzkampf“ auf dem „Kampffeld um die Zustimmung der Jugend“ usw. gegen das Demokratisierungskonzept der Sozialdemokraten zu gewinnen. Die Bedeutung des aktuellen *Kampfes um die Zustimmung* wird von Schelsky in den höchsten Tönen beschworen:

„daß mit dieser geistig-politischen Grundsatzentscheidung im kommenden Jahrzehnt in Westdeutschland eine Strukturauseinandersetzung und eine Strukturentscheidung vor sich geht, die von weltgeschichtlichen Einfluß sein wird, weil sie Modellwirkung haben wird.“

Im Rahmen dieser Auseinandersetzung könne die Wirksamkeit der geistigen, philosophischen Hintergründe kaum überschätzt werden. Um machtfähig zu sein oder zu werden, müsse man

„auf intellektuelle Sinnfragen, wenn Sie wollen auf philosophische Grundfragen“

eine Antwort wissen. Hören wir auch noch Schelskys Schlußsatz, der die Realität der ideologischen Mächte noch einmal in vielsagenenden Worten umschreibt:

„Und so möchte ich in der Tat unter diesem Gesichtspunkt fragen, wovon wollen wir eigentlich morgen leben? Immer noch von der über Jahrhunderte hin erworbenen moralischen Substanz, der individuellen Verantwortung, der Selbständigkeit der Person oder von der entlastenden Anonymität, im günstigsten Fall wohlgemeinter Kollektivbeschlüsse?“

Natürlich klingen diese Formulierungen merkwürdig, um nicht zu sagen „altfränkisch“. Es gibt Versammlungen, auf denen man sie — im Gegensatz zu einem Parteikongreß der Rechten — nicht verlesen könnte, ohne einen Lachsturm hervorzurufen. „Von der moralischen Substanz leben“ muß Menschen, die von ihrer eignen Hände Arbeit leben, sonderbar vorkommen. Aber es sind nur die Wörter, die verschroben klingen; die Bedeutung ist nichts Verschrobenes. Man muß nur fragen, wer denn das „Wir“ ist, das sich hier über seine historischen Überlebenschancen in der Gesellschaft verständigt. Und man muß weiterfragen, was denn die in Jahrhunderten gewordenen und tradierten ideologischen Mächte sind, deren eine Schicht hier als „Moral“ beschworen wird. Wofür sind schließlich diese Mächte „Substanz“, d. h. was beruht auf ihnen? Für die Reproduktion welcher Verhältnisse sind sie funktional? Was regulieren sie? Was rechtfertigen sie? Wodurch werden sie aufgelöst und wie wirkt ihr Auflösungsprozeß zurück auf die Gesellschaft? — Was Schelsky hier anruft³¹, ist das Subjekt der bürgerlichen Ideologie: die als individuelle im Gegensatz zur kollektiven aufgefaßte Verantwortung, also die *private* Verantwortung oder Selbständigkeit der Person; wir könnten unter Zuhilfenahme einer Formulierung von Lucien Sève sagen: der ideologische Ausdruck der spezifisch bürgerlichen Individualitätsform.

Der Grundsatzkampf enthüllt sich als ein Kampf um das gesellschaftliche Bewußtsein. Als welches Subjekt identifiziert sich das

31 Vgl. dazu Althussers Auffassung von der ideologischen Anrufung des Individuums als Subjekt, die wir im allgemeinen Teil dieser Untersuchung diskutieren werden.

Individuum? Wie begreift es sein gesellschaftliches Wesen? Wie diese gesellschaftlichen Verhältnisse? Wie die Ursachen für sein gesellschaftliches Leiden? Von der Antwort auf diese Fragen hängt das Wogegen und das Wofür ab, welches sich in gesellschaftlich-politischem Engagement ausdrücken wird. Die „intellektuellen Sinnfragen oder philosophischen Grundfragen“ sind nur der allgemeinste abstrakte Nenner dieser Fragen, ihr — im Sinne der ideologischen Struktur — höchster, d. h. formal dominierender ideeller Ausdruck. In Zeiten der Umorientierung, die eine Anpassung der herrschenden ideologischen Formation — bei Strafe des Untergangs — notwendig machen, werden die „Sinnvermittler“ besonders wichtig, weil sie nicht mehr nur fertigen „Sinn“ kontrollierbar, durch Normen determinierbar „vermitteln“, sondern als konzeptive Ideologen wirksam werden können, die in ein sich auftuendes Vakuum hineinarbeiten. Einen dieser konzeptiven Sinnvermittler haben wir bei seiner Arbeit beobachten können. Vor einer politischen Organisation, die als institutioneller Auftraggeber und Anwender in Frage kam, präsentierte er einen Beitrag zur ideologischen Konzeption in Form der „Umdefinierung des Selbständigkeitsbegriffs“ und damit der, wie er sich wohl bewußt war, hierarchisch höchsten „moralischen“, d. h. die Individuen als privates Subjekt ideell orientierenden und stabilisierenden Idee. Er tat es hinter dem Rauchschleier heftigster Ausfälle gegen „die Sinnvermittler“. Die „moralische Substanz der individuellen Verantwortung“ schließt den Begriff des Kollektivs und damit auch der Klasse aus. Scheinbar wird hier nur um eine Moral gekämpft; in Wirklichkeit dreht sich der Kampf um den dominierenden integrativen ideologischen Ausdruck der bürgerlichen Herrschaft, die er als subjektive Freiheit erscheinen läßt. Auf dieser allgemeinen Ebene scheinen sich die Gegner v. Friedeburg und Schelsky aber wiederum einig. Ihr Streit geht um die Konkretisierung dieser allgemeinen Idee zur Rechtfertigung jeweils besonderer sozial-politischer Strategien. Die Sprache, die nur zu verstehen gibt, die wir untersucht haben, ist offensichtlich die Sprache dieser umfassenden Ideologie des historischen Blocks des Bürgertums, soweit sie über die Realitäten sprechen muß, die ihr entgegenstehen, die sie zu Unsagbarkeiten machen muß und daher, beim ideologischen Kampf gegen sie, nurmehr zu verstehen geben kann. Die Warnung vor dem Klassendenken (das den Staat in einen Klassenstaat, ja eine Diktatur der Minderheit verwandeln wolle), an der wir unsere Untersuchung begannen, enthüllt sich jetzt als ein Ausdruck im ideologischen Kampf der „kleinen Minderheit“, von der der Redakteur der „Frankfurter Allgemeinen“ sprach, einem Kampf gegen die Möglichkeit, daß die 82 % lohnabhängigen Gesellschaftsmitglieder, die große Mehrheit mithin, sich zum historischen Block formieren. — Was wir herausgefunden haben, gilt nur für diese, die wirkliche Minderheitsseite im ideologischen Kampf. Die Formen, in denen ihre Gegenseite, die Masse der Lohnabhängigen mit den ihr sich anschließenden Intellektuellen, in diesen Kampf eintritt, werden den Gegenstand einer weiteren Untersuchung bilden müssen.

II. „Ideologischer Klassenkampf“ — Überlegungen zur Problematik des Begriffs

Der Begriff macht Schwierigkeiten: Wer den „ideologischen Kampf“ führen will oder zu führen bekennt, sagt er damit, daß er im „Ideologischen“ bleibt? Ist „theoretischer Kampf“, den Engels neben dem ökonomischen und dem politischen Kampf als eine der drei Hauptformen des Klassenkampfes begriff, das gleiche wie „ideologischer Kampf“? Fällt die wissenschaftliche Theorie, die doch für den „wissenschaftlichen Sozialismus“ offenbar grundlegend wichtig ist, in den Bereich der „Ideologie“? Aber unterscheidet nicht Marx im Vorwort von „Zur Kritik der politischen Ökonomie“ zwischen der Möglichkeit „naturwissenschaftlich treu“ konstatierender Erkenntnis der materiellen Umwälzung in den ökonomischen Produktionsbedingungen und den „ideologischen Formen“ von Recht, Politik, Religion, Kunst und Philosophie, worin sich die Menschen des Widerspruchs zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen „bewußt werden und ihn ausfechten“ (MEW 13, S. 9)? Wenn man der Marxschen Redeweise folgt, muß man dann nicht unterscheiden zwischen Auseinandersetzungen *in diesen ideologischen Formen* und der Auseinandersetzung *mit diesen Formen* (bzw. der Theorie über sie) ausgehend von der Analyse der ökonomischen Produktionsbedingungen? Begreifen nicht Marx und Engels als *Ideologie* gerade die von ihrer Basis zwar „in letzter Instanz“ determinierten, gleichwohl von ihr abgelösten, gegen sie institutionell verknöcherten Formen, die sich ihrer unmittelbar bekundeten „Ideen-Logik“ zufolge gerade nicht aus der Basis herleiten? Löst sich dann etwa der „ideologische Kampf“ für Marxisten auf in „ideologiekritischen Kampf“? Anders formuliert: kämpfen Marxisten mithin nicht *in* den vorgefundenen ideologischen Formen wie Recht, Politik, Religion, Kunst, Philosophie, sondern *gegen* diese Formen? So gestellt, widerlegt sich die Frage von selbst, denn Marxisten kämpfen „selbstverständlich“ nicht *gegen* die Politik, sondern u. a. auch *politisch*. Gegebenenfalls müssen sie auch mit juristischen Mitteln kämpfen; und nicht nur in der Kunst und der Philosophie, sondern auch in der Religion kommen die Interessengegensätze der Gesellschaft zum Ausdruck und werden je nach geschichtlichem Erbe und Ausgang der aktuellen Kämpfe in diesen Institutionen auf deren je besondere Weise ausgefochten. Also es gibt sie, die Kämpfe in diesen „ideologischen“ Formen, und es wäre widersinnig, sie im Namen eines „ideologiekritischen“ Kampfes gegen diese „ideologischen“ Formen aufzugeben.

Haben wir uns nun im Kreise gedreht? Bleiben unsere theoretischen Anstrengungen in den Kreis des „Ideologischen“ eingeschlossen? Müssen wir den Anspruch prinzipieller Ideologiekritik aufgeben? Uns zurückziehen auf die Unterscheidung „wissenschaftliche Ideologie“ gegen „unwissenschaftliche Ideologie“? Aber ist das nicht erst der Anfang eines Rückzugs, der weiter zurückzustecken zwingt? Wird man nicht Grade der Wissenschaftlichkeit bestimmter Ideologien unterscheiden müssen, zuerst auf der Gegenseite, dann bei sich

selber? Muß man die Waffe scharfer Unterscheidung aus der Hand geben?

Oder schlagen wir den gordischen Knoten dieser Probleme durch, indem wir „Ideologie“ zum lebensnotwendigen Fleisch und Blut jeder möglichen Gesellschaft erklären³² und den Kampf der Klassen auf entsprechender Realitätsebene als Kampf der Ideologien³³ auffassen? Diese Auffassung scheint sich bestärkt zu finden, wenn wir der „Ideologie“ mit Althusser materielle Existenzweise in je spezifischen „Apparaten“ des Staates zuerkennen, deren Gesamtheit die Funktion hat, die Reproduktion der Produktionsverhältnisse zu gewährleisten. So notwendig wie „Erziehung“ und „Ausbildung“ er-

32 Vgl. die ebenso interessante wie problematische Darstellung des Ideologieproblems im Kontext der Basis-Überbau-Theorie bei A. Bauer u. a., *Basis und Überbau in der Gesellschaft*, Frankfurt 1974. Dieses im Auftrag des Rates für wissenschaftliche Forschung in der DDR herausgegebene Bändchen soll später gesondert besprochen werden. Hier nur ein erster Beleg: „... die durch den Kopf der Menschen hindurchgehenden Verhältnisse, die den ideologischen Überbau ausmachen“ (22) — hier wird „Ideologie“ einseitig ideell aufgefaßt, zudem verabsolutiert zur Bewußtseinsform schlechthin. Nachdem so von jedem möglichen Bewußtsein von den Verhältnissen jeder möglichen Gesellschaft gesagt worden ist, daß es „den ideologischen Überbau ausmacht“, wird im Anschluß der Überbau-Begriff entsprechend ausgedehnt und der Begriff der Basis von allen lebendig-konkreten Beziehungen entkleidet (ganz gegen die Auffassung von Marx und Engels): „Die Basis stellt gewissermaßen das ‚Gerippe‘ im Organismus einer jeden möglichen Gesellschaftsformation dar. Im Überbau ist, bildhaft ausgedrückt, das ‚Fleisch und Blut‘ zu sehen, welches das Skelett der ökonomischen Struktur umgibt.“ (Ebd. 7) Das Skelett ist das Tote und Anorganische am Organismus, Fleisch und Blut sind Inbegriff für das Lebendige. Spricht sich hier der Überbau selber als die Hauptsache aus? Und soll das alles von jeder erdenklichen Gesellschaftsformation in der Geschichte gelten? Der Ausdruck „Fleisch und Blut“ ist in dem Zitat in Anführungszeichen gesetzt, weil die Autoren meinen, sich mit dieser Bestimmung des Wesens von Ideologie und Überbau auf Lenin (Werke, Bd. 1, S. 132) berufen zu können. Die Berufung erfolgt zu Unrecht. Lenin spricht dort von der Marxschen Kritik der politischen Ökonomie, daß diese sich „nicht auf die ‚ökonomische Theorie‘ im üblichen“ — nämlich bürgerlichen — „Sinn beschränkt...“, sondern... dem diesen Produktionsverhältnissen entsprechenden Überbau nachgegangen ist und so das Gerippe mit Fleisch und Blut umgeben hat.“ Man sieht, die Formulierung bezieht sich auf Konkretionsstufen der Gesellschaftswissenschaft, hier besonders darauf, daß Marx mit den grundlegenden ökonomischen Formen auch die des „bewußten Seins“ in diesen Formen entwickelt hat.

33 „Auf die kürzeste Formel gebracht: Ideologie ist Klassenbewußtsein.“ Richard Sorg, *Ideologietheorien*, Köln 1976, S. 32 (vgl. die Rezension im vorliegenden Heft).

scheinen dann die „ideologischen Staatsapparate“³⁴. Der Kampf der Marxisten richtet sich natürlich nicht *gegen* Erziehung, sondern *im* Erziehungssystem gegen reaktionäre, arbeiterfeindliche Erziehungsstrategien usw. Und wer wollte bestreiten, daß alle derartigen Kämpfe von höchster Wichtigkeit sind für die Arbeiterbewegung und die in ihrem Einflußbereich mehr oder weniger formell verbündeten demokratischen Bewegungen?

Betrachten wir etwas konkreter, was sich bei solchen Kämpfen abspielt: Zur Logik der Formen „institutioneller Ideologie“ in der bürgerlichen Gesellschaft gehört, daß sie sich formell als *allgemeine* rechtfertigen. In dieser formellen Allgemeinheit setzt die Bourgeoisie ihre Klassenvormachtstellung durch, bekämpft vorbürgerliche Positionen und arrangiert sich — je nach Situation — mit kleinstädtischen, bäuerlichen bzw. mit vorbürgerlichen Mächten, die sich schon aus Gründen der Bereicherung ihrerseits mehr oder weniger verbürgerlichen. Die Durchsetzung dieser besonderen Klasseninteressen in der Form allgemeiner Normen hat unweigerlich die Struktur einer Ableitung konkreter Regelungen aus Prinzipien (Grundideen), die ihrerseits als nicht mehr ableitbar vorgestellt werden. Sie dürften auch gar nicht aus ihrer Funktion der Reproduktion der Produktionsverhältnisse abgeleitet werden; umgekehrt wird die Legitimität der Produktionsverhältnisse abgeleitet aus ihrer Angemessenheit in Beziehung auf bestimmte Grundideen. Diese Grundideen können mehr oder weniger spontan den ökonomischen Bedingungen entspringen, sie können aber auch der von vergangenen Produktionsbedingungen übriggebliebene Ausdruck sein, ehemaliger *Widerschein*, jetzt nur mehr *Schein*. In unserer Zeit ist es u. a. der ideelle Widerschein des durch die Konkurrenz ungezählter kleinerer Kapitale gekennzeichneten liberalen Kapitalismus, allen voran die Freiheitsidee, mit der die von wenigen multinationalen Riesengesellschaften oligopolistische bestimmte spätkapitalistische Gesellschaft gerechtfertigt wird. Zugleich werden noch immer Elemente des religiösen Widerscheins feudal strukturierter Verhältnisse kleiner Agrarwirtschaft zur Legitimation desselben Spätkapitalismus benutzt.

Marx und Engels haben in der „Deutschen Ideologie“ hervorgehoben, daß solche Grundideen, deren Basis vergangen ist, die aber weiterhin legitimatorisch verwendet werden, herabsinken

„zu bloß idealisierenden Phrasen, zur bewußten Illusion, zur absichtlichen Heuchelei... Je mehr sie aber durch das Leben Lügen gestraft werden und je weniger sie dem Bewußtsein selbst gelten,

34 Louis Althusser, *Marxismus und Ideologie*, Berlin/West 1973. Im folgenden beziehen wir uns immer wieder auf den Aufsatz „Ideologie und ideologische Staatsapparate“, S. 111—172. Wenn wir uns kritisch damit auseinandersetzen, sei nicht vergessen, daß Althusser diesen Beitrag als „Skizze für eine Untersuchung“ vorstellt. Er darf die gleiche Vorläufigkeit eines Diskussionsbeitrags „aus der Werkstatt“ geltend machen, wie wir es für den vorliegenden Beitrag tun. — Die Ausgabe ist übrigens voller Druckfehler und teilweise fehlerhaft übersetzt.

desto entschiedener werden sie geltend gemacht, desto heuchlerischer, moralischer und heiliger wird die Sprache dieser normalen Gesellschaft.“ (MEW 3, S. 274)^{34a}

Umgekehrt proportional zum Widerspiegelungscharakter dieser Ideen, d. h. zu ihrem Charakter, spontaner Widerschein der bestehenden Verhältnisse zu sein, treten sie legitimatorisch in Erscheinung, je zynischer mißbraucht, desto heiliger. Marx und Engels zeigen an der zitierten Stelle weiter, daß der Leichtgläubige gerade in Zeiten besonders massiver Heuchelei überall das gesellschaftliche Leben von Ideen und heiligen Grundwerten bestimmt sehen wird. Er wird die heiligen Grundwerte für die wirkliche Grundlage des gesellschaftlichen Seins ansehen.

Aber selbst in solchen Formen, die bestimmt sind durch den immer heuchlerischer werdenden Schein der Herrschaft von Idealen über die Gesellschaft, artikulieren sich — je nach Organisationsniveau und Entwicklungsstand des Klassenbewußtseins — Interessen sei es der Arbeiterklasse, sei es aus dem Umfeld der sich an der Arbeiterbewegung — z. B. an den Gewerkschaften — orientierenden Kräfte. Einem weniger entwickelten Niveau entspricht es, wenn die ideologische Grundstruktur nicht infrage gestellt, sondern die „Form der Allgemeinheit“ beim Wort genommen und zur Zurückdrängung bürgerlicher Sonderinteressen, die sich in diese Form kleiden, benutzt wird.

In dem Maße aber, in dem die Bewegung der Arbeiter sich entwickelt und es ihr gelingt, dem unter bürgerlicher Vormacht stehenden Bündnis (mit Gramsci zu sprechen: dem „historischen Block“ der Bourgeoisie) ein von den Arbeiterorganisationen zusammengefaßtes und geführtes Bündnis entgegenzustellen, das sich auf eine demokratische Produzentengesellschaft hinorientiert, in dem Maße wird die ideologische Struktur selbst infragegestellt. „Ideen“ werden in dieser Perspektive als Ausdruck von Interessen und Bedingungen der Produzentengesellschaft angesehen (und geprüft). Die Rechtfertigung der Produzentengesellschaft findet auf der Ebene der Produzenten statt und nicht im Überbau. Umgekehrt muß sich der Überbau den Ansprüchen seiner Basis stellen.

Die Bewußtseinsart, die hier notwendig (und möglich) ist, ist keine andere als die, von der Marx im „Vorwort“ sagte, sie sei von der Erkenntnisart „naturwissenschaftlich treuen Konstatierens“ ihres Gegenstands, der Produktionsbedingungen. *In einer Produzentenge-*

34a Vgl. dazu auch das Kapital, Band 1, MEW 23, S. 792: „Auf diese fertige Welt des Kapitals“ — gemeint ist „der Westen Europas“, vor allem England um die Mitte des 19. Jahrhunderts — „wendet der politische Ökonom mit desto ängstlicherem Eifer und desto größerer Salbung die Rechts- und Eigentumsvorstellungen der vorkapitalistischen Welt an, je lauter die Tatsachen seiner Ideologie ins Gesicht schreien.“ Marx bezieht sich auf die legitimatorische Überspielung des Gegensatzes zweier „Sorten Privateigentum, wovon das eine auf eigner Arbeit des Produzenten beruht, das andre auf der Ausbeutung fremder Arbeit“ (ebd). Dieser Trick ist mehr als hundert Jahre später noch immer im Gebrauch.

sellschaft sind es nicht primär juristische, politische, religiöse, künstlerische, kurz ideologische Formen, worin den Produzenten die Bedingungen und Aufgaben ihrer Produktion bewußt werden. Soweit das Produzentenbewußtsein bewußtes Sein von Produzenten ist, soweit fallen Form und Inhalt nicht auseinander. Das bewußte Sein von Produzenten ist die Negation jeder Ideologie. Freilich ist damit fürs erste nur eine Zielvorstellung ausgesprochen, deren Verwirklichung einzig in einem langen und widersprüchlichen Umwälzungsprozeß angestrebt werden kann. Vor „Kurzschlüssen“ ist zu warnen.

Ein Kurzschluß pragmatischer Art wäre es, die Perspektive der Gesellschaft assoziierter Produzenten, weil in eine zu weite Ferne reichend, zugunsten der kurzen Reichweite einer Perspektive unmittelbarer Handlungsmöglichkeiten aufzugeben. Die Kämpfe der Sozialisten in der kapitalistischen Gesellschaft haben mit dem Aufbau sozialistischer Gesellschaft dies gemeinsam: sie marxistisch konzipieren und durchführen heißt sie in kommunistischer Perspektive durchführen. Wie alle Begriffe der Theorie des wissenschaftlichen Sozialismus, so ist auch der Ideologiebegriff in seiner Fassung abhängig von der „Perspektive“, in der er gebildet wird. Kurz: in kommunistischer Perspektive gibt es keinen „unkritischen“ Ideologiebegriff. Ein solcher findet sich auch bei Marx und Engels nirgendwo. Die zum Beleg für einen „neutralen“³⁵ Ideologiebegriff immer wieder angeführte Stelle aus dem „Vorwort“ (MEW 13, S. 9) setzt, wie bereits gezeigt, wissenschaftliche Bewußtseinsform den Formen ideologischen Bewußtseins entgegen. Im Kontext heißt es, daß den Produktionsverhältnissen „bestimmte gesellschaftliche Bewußtseinsformen entsprechen“ und daß der „soziale, politische und geistige Lebensprozeß überhaupt“ durch die Produktionsweise des materiellen Lebens „bedingt“ ist. Dies hat — m. E. zu Unrecht — dazu verleitet, aus der These, daß einer bestimmten ökonomischen Basis „bestimmte gesellschaftliche Bewußtseinsformen entsprechen“ und daß jede Ideologie eine solche „bestimmte gesellschaftliche Bewußtseinsform“ ist, umgekehrt zu schließen, Ideologie sei der allgemeine Begriff für jede mögliche gesellschaftliche Bewußtseinsform. Der Umkehrschluß ist unzulässig: „gesellschaftliche Bewußtseinsform“ ist der allgemeinere Begriff, der neben dem Begriff der Ideologie auch den der Wissenschaft umfaßt. In dieser wichtigen Frage ist Lenin zu präzisieren.

Engels verwendet den Begriff der Ideologie in seinen Spätschriften durchweg in der hier dargelegten Weise. Als Ideologie bestimmt er in „Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie“ die

„Beschäftigung mit Gedanken als mit selbständigen, sich unabhängig entwickelnden, nur ihren eignen Gesetzen unterworfenen

35 „Neutral“ nennen wir diesen Ideologiebegriff insofern, als er einen allgemeinen Oberbegriff gesellschaftlichen Bewußtseins, auch entgegengesetzter Klassenideologien darstellen soll. Als Begriff für eine „Form“ wäre er mithin gleichsam überparteilich; sämtliche parteilichen Ideen würden in seine Form fallen, die sie mithin gemeinsam hätten.

Wesenheiten. Daß die materiellen Lebensbedingungen der Menschen, in deren Köpfen dieser Gedankenprozeß vor sich geht, den Verlauf dieses Prozesses schließlich bestimmen, bleibt diesen Menschen notwendig unbewußt, denn sonst wäre es mit der ganzen Ideologie am Ende.“ (MEW 21, S. 303)

Verfolgt man die Skizze von Engels weiter, so erhellt, daß sein Begriff von Ideologie, obwohl kritisch, dennoch *nicht im Ideologiekritischen aufgeht*. Vielmehr wird das Ideologische in seiner *institutionellen Realität* begriffen. Zugleich werden diese Institutionen historisch betrachtet; ihre Kritik beruht auf der Einsicht in ihre *transitorische Notwendigkeit*³⁶. So richtig es ist, daß „falsches Bewußtsein“ im Sinne der verkehrten Auffassung der Beziehung von Gedankenprozeß und materiellem Lebensprozeß nach Marx und Engels notwendige Bedingung für „Ideologie“ ist, so falsch ist auch hier die Umkehrung, die „falsches Bewußtsein“ zum Oberbegriff von „Ideologie“ macht³⁷. Gehen wir noch einmal zu Engels zurück:

„Im Staate stellt sich uns die erste ideologische Macht über den Menschen dar.“ (MEW 21, S. 303)

Dieser Satz bedarf zu seiner Verständlichkeit der Ergänzung durch die Theorie der Entstehung des Staates. Zentral für Marx und Engels ist seine Auffassung als

„aus der Gesellschaft hervorgegangene, aber sich über sie stellende, sich ihr mehr und mehr entfremdende Macht“ (MEW 21, S. 165).

Der Staat wird also *soziogenetisch* aufgefaßt. Sein Ursprung wird im Wechselverhältnis von inneren Klassegegensätzen und durch einen besonderen Zwangsapparat, das Militär, betriebenen äußeren

³⁶ Zum wichtigen marxistischen Begriff der „historisch transitorischen Notwendigkeit“ vgl. W. F. Haug, *Bestimmte Negation*, Frankfurt 1973, S. 179 (zuerst veröffentlicht in *Argument* 74/1972; vgl. dort S. 577 ff.).

³⁷ So etwa, im Gefolge der Kritischen Theorie, bei Herbert Schnädelbach, *Was ist Ideologie?* in: *Argument* 50, Kritik der bürgerlichen Sozialwissenschaft, S. 71 ff. Vgl. dazu die Kritik von Dieter Krause in seinem interessanten, philologisch wohlfundierten Aufsatz „Noch einmal: Was ist Ideologie?“, in: *Argument* 66, S. 541: Schnädelbach habe es aufgegeben, „über die praktische Alternative zum falschen Bewußtsein, die soziale Revolution, auch nur ein Wort mit systematischem Stellenwert zu verlieren“. — Etwas unvermittelt kommt Krause am Schluß zu der Auffassung, es sei eine bürgerliche Haltung, „die Entgegensetzung von Wissenschaft und Ideologie aufrechtzuerhalten“ (S. 549). An diesem Gegensatz festzuhalten scheint ihm gleichbedeutend damit, „jede ‚Affirmation‘ zu meiden“, als ob die Affirmation des wissenschaftlichen Sozialismus mit der Wissenschaft unverträglich sei. Wie so oft scheint hier das Verhältnis von Wissenschaft und Parteilichkeit noch ungenügend geklärt (siehe dazu die *Nachbemerkung* zum vorliegenden Aufsatz).

Gegensätzen begriffen. So verwandeln sich die betreffenden Organe der Gesellschaft

„aus Werkzeugen des Volkswillens zu selbständigen Organen der Herrschaft und Bedrückung gegenüber dem eignen Volk.“ (MEW 21, S. 164)

Die Klassengegensätze sind es nach Engels in letzter Instanz, die den Staat notwendig machen als relativ verselbständigte, scheinbar über den gesellschaftlichen Gegensätzen stehende „öffentliche Gewalt“, die „nicht bloß aus bewaffneten Menschen, sondern auch aus sachlichen Anhängseln, Gefängnissen und Zwanganstalten aller Art“ besteht (MEW 21, S. 165). Struktur der Klassenherrschaft und Abgehobenheit einer eigenen Sphäre des Politischen im Gegensatz zum Sozialen bedingen einander. Die Perspektive, in der Engels diese Theorie des Staates als „erster ideologischer Macht über den Menschen“ entwirft, ist die seines Absterbens in der klassenlosen Gesellschaft, in der mit der Selbstverwaltung³⁸ der Produzentengesellschaft der von der Gesellschaft abgehobene Staatsapparat, der „in allen Fällen wesentlich Maschine zur Niederhaltung der unterdrückten ... Klassen“ (MEW 21, S. 170 f.) ist, funktionslos wird. — Was weiter oben von den zu vermeidenden Kurzschlüssen gesagt wurde, gilt hier natürlich nicht weniger.

Daß die Bestimmtheit des Staates und überhaupt der Sphäre des Politischen durch die ökonomische Basis aus dem Bewußtsein herausfällt und das Verhältnis sich zunehmend als Bestimmtheit des Ökonomischen durchs Politische darstellt, ist primär keine Bewußtseinsfrage. Es ist der Primat des Politischen zwar in letzter Instanz bloßer Schein, aber nichtsdestoweniger „Schein der Tatsachen“, wie Marx es im Kapital nennt (MEW 25, S. 96), d. h. Politik ist eine institutionalisierte Form politischen Handelns, *ideologische Praxisform*, die ihre eigne *objektive Gedankenform* hervorbringt³⁹. Der Gedanke vom Vorrang des Politischen widerspiegelt die Tatsache, daß die Klassenherrschaft mittels des Zwangsapparats des Staates in Form politischer Herrschaft auftritt und die Klassengegensätze in ihre, die „politischen“ Formen zwingt. Die Abgehobenheit des Staates von der Gesellschaft ist handfeste Wirklichkeit, wenn auch von den Basisgegensätzen bestimmte. Der Begriff „falsches Bewußtsein“ erfaßt an dieser „ersten ideologischen Macht“ nur ein Moment, und dieses, solange die andern Momente in ihrem Zusammenhang nicht erfaßt werden, nicht richtig.

Um nicht vom Regen in die Traufe zu taumeln, müssen wir daher die ideologiekritische Reduktion aufs falsche Bewußtsein ebenso verwerfen wie den neutralen Ideologiebegriff. Althusser's „omnihistorischer“ oder „transhistorischer“ Ideologiebegriff ist mit dem von Marx und Engels nicht vereinbar. Dennoch enthält seine Theorie der

38 „Selbstverwaltung“ wird hier nicht im jugoslawischen Sinne verstanden.

39 Vgl. dazu W. F. Haug, Vorlesungen zur Einführung ins „Kapital“, vor allem X. bis XII. Vorlesung.

ideologischen Staatsapparate manche treffende Beobachtung und Überlegung. Berücksichtigt man ihren Grundmangel, trägt sie wichtige Gesichtspunkte zur Bestimmung des gesellschaftlichen Orts und der Gesetzmäßigkeiten des ideologischen Klassenkampfes bei.

Althusser nähert sich der Bestimmung des Ideologischen funktionsanalytisch. Er geht aus von der Notwendigkeit der Reproduktion der Produktionsverhältnisse. Vom ökonomischen Sinn der „Reproduktion“ unterscheidet er eine Gewaltfunktion und die ideologischen Funktionen der Aufrechterhaltung der Produktionsverhältnisse. Die nichtökonomischen Reproduktionsfunktionen werden vom Staat getragen; der Staatsapparat zerfällt mithin in einen repressiven Staatsapparat und in eine Anzahl ideologischer Staatsapparate. Als das „Ideologische“ an den letzteren bezeichnet Althusser ihren Ansatz an der Subjektivität der Individuen. „Subjektivität“ übersetzt er wörtlich mit „Unterworfenheit“. Das Subjekt ist ihm gleichbedeutend mit dem Untertan. Ist das Ideologische in dieser Sicht nun reduziert auf das, was das Verhalten der Individuen über ihre Subjektivität steuert, kurz: auf „Werte“, die über ihre Interiorisation wirken? Ergibt sich hier ein überraschender Berührungspunkt mit der zynisch gewordenen spätbürgerlichen Wissenssoziologie?⁴⁰ Immerhin zeigt Althusser gegen die Reduktion des Ideologischen auf bloßes Bewußtsein, daß die ideologischen Formen durch Institutionen getragen sind, die jeweils ein System von „Ritualen“ vorgeben, die eine entsprechende ideologische Praxis der Individuen formen, welche wiederum deren Bewußtsein ergreift. Während es den Individuen z. B. so scheint, daß sie aus dem Glauben heraus niederknien und beten, leitet Althusser den Glauben aus dem Ritual des niederknienenden Betens her. „Ideologie“ erscheint somit als „staatliche“ Apparatur zur Produktion und Reproduktion innerlicher Zustimmung der Individuen zu den Produktionsverhältnissen. Obwohl dieser Ideologiebegriff funktionalistisch verengt ist, vermag Althusser doch mit ihm gewisse Züge der von ihm in diesen Begriffen beschriebenen Institutionen vor allem der Erziehung und der Religion zu beschreiben⁴¹.

40 Vgl. Peter L. Berger u. Thomas Luckmann, Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie, Frankfurt/M. 1970, im Vorwort von Helmuth Plessner mit einem gewissen Recht folgendermaßen angekündigt: „Zum erstmalig eine Wissenssoziologie des guten Gewissens ... ohne die übliche Furcht vor Ideologie und Entfremdung...“ (S. XVI). Hier werden Wahrheit und Wirklichkeit mit einem Gewaltstreich abgeschafft, vielmehr in phänomenologische Führungszeichen gesetzt und bestimmt als das Für-wirklich- bzw. -wahr-Gehaltene.

41 Da Althusser zugleich den wissenschaftlichen Wert von bloßer Deskription im Gegensatz zur von ihm ungemein besondern *Theorie* recht geringschätzig behandelt, mag diese Art der Anerkennung als verkappte Verurteilung erscheinen. Das heiße jedoch das Kind mit dem Bade ausschütten. Denn im Gegensatz zu Althusssers Versuchen bieten viele Texte über ideologischen Klassenkampf noch nicht einmal die Möglichkeit, wirkliche ideologische Kämpfe in ihren Begriffen zu beschreiben.

Weil Althusser die Verhältnisse in Veränderung zeigt, sondern nur als System beschreibt, taugt seine Analyse wenig für die theoretische Fundierung einer auf den Prozeß der Gesellschaftsveränderung zielenden Praxis. Es wird bei ihm nicht deutlich, daß es allgemeine gesellschaftliche Funktionen sind, die vom Staat an sich gezogen und durch seine „ideologische Form“ bestimmt sind. Für ihn „ist“ z. B. die Familie „ideologischer Staatsapparat“. Er sieht nicht, daß sie zunächst zu den Verhältnissen gehört, unter denen die Menschen ihr materielles Leben produzieren und reproduzieren, zu den Produktionsverhältnissen⁴². Daß der Staat in die Familienverhältnisse „eingreift“, ihre rechtliche Regelung an sich zieht, wie die Kirche ihre religiöse Sanktionierung und die Schule die moralische Formierung, während die Philosophie diese in abstrakter Form logifiziert und mit anderen Regelsystemen in ein ideelles System bringt — dieser differenzierte Prozeß der „ideologischen Formbestimmung“ und Formierung *gesellschaftlicher* Funktionen wird bei Althusser nicht genügend analysiert. Es bleibt bei holzschnittartig vorgetragenen Einseitigkeiten. Nicht anders als Kirche und Schule gelten als ideologische Staatsapparate neben der Familie auch die Kunst und — die Gewerkschaften.

(...)

Nachbemerkung

Die beiden Textstücke stellen Vorgriffe auf eine umfassendere Arbeit dar. Sie basieren auf der Verarbeitung einer Fülle von Material, wovon hier nur ein Bruchteil ausgebreitet worden ist. Es war diese Arbeit am Material, aus der Impulse zur Neuinterpretation einiger zentraler Begriffe der marxistischen Ideologietheorie ergingen. Während das erste Kapitel von der Materialoberfläche allmählich zu abstrakt-verallgemeinernden Thesen fortschreitet, in denen Begriffe einer Theorie des ideologischen Klassenkampfes in angewandter Form enthalten sind, handelt das kurze zweite Kapitel von vornherein auf der abstrakten Ebene der Ideologietheorie, auf der theoretische Widersprüche und Unklarheiten formuliert und Lösungsmöglichkeiten diskutiert werden. Wesentlich für diesen Versuch der Begriffsklärung sind die Materialanalysen. Der Verfasser fordert zur Diskussion seiner allgemeinen Thesen auf und schlägt vor, diese Diskussion gleichfalls am Material zu führen.

Die beiden Kapitel stellen Fragmente „aus der Werkstatt“ dar, die in diesem Zustand zu veröffentlichen sinnvoll schien, weil ihre Diskussion die Weiterarbeit anregen kann, Korrekturen ermöglicht. Um zu vermeiden, daß die beiden Kapitel mit unangemessenen Ansprüchen konfrontiert werden, ist zu beachten, was in ihnen ausgespart wird. Die vielleicht empfindlichste Lücke, die in einer späteren Analyse ausgefüllt werden soll, betrifft die Spezifik, in der die Masse der Lohnabhängigen mit den ihr sich anschließenden Intellek-

⁴² S. dazu Engels in: Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates, MEW 21, S. 27.

tuellen in den ideologischen Klassenkampf eintritt. Nichts wäre falscher, als von einer Symmetrie der Aktionsformen der beiden ungleichen Seiten im ideologischen Klassenkampf auszugehen. — Eine weitere Lücke betrifft die Frage der Parteilichkeit. Der Verfasser hat an anderer Stelle eine Theorie des Verhältnisses von Wissenschaft und Parteilichkeit im Ansatz aus der bestimmten Art entwickelt, in der Marx dieses Verhältnis in der Kritik der politischen Ökonomie praktiziert hat⁴³ und die auch seiner hier skizzierten Auffassung des Verhältnisses von Wissenschaft und Ideologie zugrundeliegt. Obwohl eine wissenschaftliche (d. h. nicht-dezisionistische) Theorie der Parteilichkeit für die marxistische Theorie von besonderer Bedeutung ist, sind die betreffenden Thesen erstaunlicherweise noch kaum ernsthaft diskutiert worden. — Ein dritter angrenzender Komplex schließlich ist die Frage der „Weltanschauung“, sowohl der wissenschaftlichen als auch der privaten und des Verhältnisses beider. Hierzu ist einiges in „Wider den bloß verbalen Materialismus“⁴⁴ skizziert und in der Diskussion zwischen Friedrich Tomberg und dem Verfasser wieder aufgenommen worden⁴⁵.

43 Die Bedeutung von Standpunkt und sozialistischer Perspektive für die Kritik der politischen Ökonomie, in: *Argument* 74/1972, S. 561—585; leicht überarbeitet in: W. F. Haug, *Bestimmte Negation*. Frankfurt 1973 (edition suhrkamp 607).

44 In *Argument* 92/1975, S. 650—701.

45 Friedrich Tomberg, Von der „Kritischen Theorie“ zur wissenschaftlichen Weltanschauung (II), in: *Argument* 98/1976; W. F. Haug, Das sozialistische Kollektiv braucht denkende Individuen. Antwort auf Tomberg, ebd.

Frank Niess

Zur Logik und Geschichte des Antisozialismus in Deutschland und den USA

I.

Seit mehr als hundert Jahren verwendet die bürgerliche Gesellschaft beträchtliche politische Energien und mannigfaltige sozialtheoretische Reflexionen auf den ideologischen Klassenkampf gegen alles, was ihr als Alternative zu sich selbst erscheint und sie daher in ihrer Existenz bedroht. Ob dieser Kampf als Antimarxismus letzten Endes jede Gesellschaftskritik zum Schweigen bringen, als Antibolschewismus oder Antikommunismus dem „realen Sozialismus“ schaden oder als Antisozialismus den Übergang der kapitalistischen Länder zum Sozialismus verhindern soll: in allen Varianten hat diese Gegen-Ideologie das politische Denken und die soziale Bewegung in Deutschland und den USA stark beeinflusst. Sie hat sich aus anderen ideologischen Strömungen als „eine Generaltendenz des 20. Jahrhunderts“ (Eugen Kogon) herausgehoben, zugleich aber auch als „Grundtorheit“ dieser Epoche (Thomas Mann) erwiesen. Trotzdem fehlt ein kritisches Bewußtsein für die drei verschiedenen Formen des Antikommunismus, das seiner ideologischen Potenz entspräche.

Daß die bürgerliche Wissenschaft kein Interesse an der Analyse des Antikommunismus zeigt, ist schon insofern logisch, als sie an seiner Entstehung theoretisch und sozial beteiligt ist. Theoretisch, weil sie das Material für antikommunistische Stereotypen aufbereiten hilft; sozial, weil ihr Status ihr Einverständnis mit den Interessen der Bourgeoisie bedingt. Der Umstand, daß der Beitrag der bürgerlichen Wissenschaft zum Antikommunismus zunächst als Ergebnis von Sozialisationsprozessen und dann erst von Fall zu Fall vielleicht als ideologische Dienstleistung zu verstehen ist, erklärt nicht nur, weshalb diese Wissenschaft kein Interesse an der Analyse des Antikommunismus hat, sondern auch, weshalb sie zu solchem Interesse partiell unfähig ist. Darüber hinaus vermindern schon schlichte metatheoretische Fragen zum Antikommunismus dessen politische Funktionen. Es scheint, daß er nur als obskures Politikum seinen Zweck erfüllen kann. Würde über seine Wirkungsweise Klarheit herrschen, ginge seine stigmatisierende Wirkung verloren. Zwar ist die Verschwiegenheit der bürgerlichen Wissenschaft im Hinblick auf den Antikommunismus¹ nicht total. Doch sind die Versuche libe-

1 Symptomatisch ist, daß nicht einmal neuere enzyklopädische Standardwerke — z. B.: Staatslexikon, 6. Aufl., Freiburg i. Br. 1957; Encyclopaedia Britannica, Chicago/London/Toronto 1960; Brockhaus Enzyklopä-

raler und pazifistischer Autoren oder von Wissenschaftlern, die der „revisionistischen“ Schule in den Vereinigten Staaten zuzurechnen sind², über den Antikommunismus aufzuklären, noch nicht zu einer Theorie gediehen.

Der Linken in der BRD und in den USA fällt eine offensive Auseinandersetzung mit dem Antikommunismus schon deshalb schwer, weil die Kritik des Antikommunismus³ Sanktionen nach sich zieht. Seine Logik impliziert die Unterstellung, daß Opponenten der Regierungspolitik, zumindest aber Gesellschaftskritiker dann, wenn sie den offiziell inexistenten Antikommunismus bemängeln, dem kommunistischen Lager angehören müssen.

Bleiben als kritische Instanzen, die dem Antikommunismus theoretisch zugleich Praxis und Theorie entgegensetzen könnten, Wissenschaft und Politik in den sozialistischen Ländern. Da das Prinzip der „friedlichen Koexistenz“, dem die Außenbeziehungen dieser Länder unterstehen, zumindest nicht ausschließt, daß sich die ideologischen Gegensätze zwischen den beiden Lagern verschärfen, während die wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit gedeiht, ist es plausibel, daß die Kritik des Antikommunismus für die sozialistischen Länder Priorität im internationalen ideologischen Klassenkampf genießt. Solange die westlichen Mächte noch versuchten, die sozialökonomische Entwicklung der Sowjetunion durch Druck von außen zu revidieren, blieb das Prinzip der „friedlichen Koexistenz“ vorerst freilich illusorisch und konnte infolgedessen auch die ideologische Auseinandersetzung mit dem Antikommunismus keine sonderliche Aktualität erlangen. Erst als um die Wende von den fünfziger zu den sechziger Jahren eine Ära der begrenzten Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem, wissenschaftlich-technologischem und abrüstungspolitischem Gebiet begann, fing ein neues Kapitel in der Geschichte des internationalen ideologischen Klassenkampfes an. Zahlreiche Kritiken des Antikommunismus, die nach 1960 in der Sowjetunion und in der DDR erschienen, zeugen von der Bedeutung, die seiner Abwehr beigemessen wird. Nachdem die Beschlüsse der „Internationalen Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien in Mos-

die, 17. Aufl., Wiesbaden 1966; dtv-Lexikon, München 1966; International Encyclopedia of the Social Sciences 1968 — Artikel über Antikommunismus enthalten. Eine Ausnahme macht in einem auf ideologische Konkurrenz zugeschnittenen Werk: Kurt Marko, Antikommunismus, in: C. D. Kernig (Hrsg.), Marxismus im Systemvergleich, Frankfurt/New York 1973, Politik Bd. 1, Sp. 48—58.

2 Vgl. James E. Bristol u. a., Anatomie des Antikommunismus, Olten 1970; und: Robert Griffith/Athan Theoharis, The Specter. Original Essays on the Cold War and the Origins of McCarthyism, New York 1974.

3 Vgl. u. a. Werner Hofmann, Stalinismus und Antikommunismus. Zur Soziologie des Ost-West-Konflikts, Frankfurt/Main 2 1968; Dieter Hirschfeld, Umriss einer Theorie des Antikommunismus, in: DAS ARGUMENT 48, 10. Jg., Oktober 1968, Heft 4/5, S. 335—347; und: Wolfgang Abendroth, Zur Rolle des Antikommunismus heute, in: DAS ARGUMENT 87, 16. Jg., November 1974, Heft 7—9, S. 634—645.

kau 1969“ und des 24. Parteitages der KPdSU 1971 die Eskalation des ideologischen Klassenkampfes unterstrichen hatten, wuchs die kritische Literatur über den Antikommunismus nochmals beträchtlich an⁴. Doch diese Quantität steht in keinem Verhältnis zu ihrer Qualität.

Da diese Kritik des Antikommunismus auf der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus beruht, nimmt sie den in dieser Theorie implizierten Hauptwiderspruch der gegenwärtigen Epoche zwischen sozialistischem und kapitalistischem System zum Anlaß, alle Ideologeme, die der Apologie des Kapitalismus, der anti-revolutionären Prophylaxe gegen Befreiungsbewegungen in der „dritten Welt“ und der Denunziation des praktizierten Sozialismus dienen können, unter „Antikommunismus“ zu rubrizieren und als Varianten ein und desselben Versuchs zur Erosion des „realen Sozialismus“ abzubuchen. Obwohl seine Prämisse letztlich stimmt, ergibt dieses Verfahren einen zu unspezifischen Antikommunismus-Begriff. Ein zweites Manko resultiert daraus, daß die Autoren die antikommunistischen Stereotypen als planmäßig produzierte Ideologeme begreifen und somit teilweise mißverstehen⁵. Die These von der „Ideologieproduktion“⁶ ist — wenn sie verallgemeinert wird — nicht nur wissenschaftlich bedenklich, sondern auch politisch fragwürdig, weil sie mit ihrem stark verschwörungstheoretischen Akzent leicht zu einseitiger Kritik an Personen oder Institutionen verführt und den Eindruck erweckt, daß, wäre diesen erst das Handwerk gelegt, die Massen gegen den Antikommunismus immun und für den Sozialismus empfänglich würden.

Sicherlich: die Fälle von „Ideologieproduktion“ und gezielter „ideologischer Diversion“ gegen die sozialistischen Länder sind Legion⁷. Doch ist die manipulative Technik nur eine der Erscheinungsformen des Antikommunismus. Ohne mindestens ein Stück der Wirklichkeit zu widerspiegeln, und sei es auch extrem verzerrt, könnte der Antikommunismus nicht seine Wirkungen erzielen.

4 Hier können exemplarisch für die vielen Titel nur die jeweils neueste sowjetische und deutsch-sowjetische Gemeinschaftsarbeit in die Analyse einbezogen werden: G. B. Chromuschin (Leiter des Autorenkollektivs), Antikommunismus — ideologische Hauptwaffe des Imperialismus, Berlin 1974; und: F. D. Ryshenko/O. Reinhold (Gesamtredaktion), Der gegenwärtige Antikommunismus — Politik und Ideologie, Frankfurt/Main 1974.

5 Vgl. Chromuschin, a.a.O., u. a. S. 64, 66, 105; Ryshenko/Reinhold, a.a.O., S. 17, 195 f., 201.

6 Vgl. auch Bernd P. Löwe, Theoretische Grundlagen des Antikommunismus, in: SOZIALISTISCHE POLITIK 31, Dezember 1974, S. 61—78, hier z. B.: S. 69, 77.

7 Der Komplex antikommunistischer „Ideologieproduktion“ ist zu groß, um hier diskutiert werden zu können. Am nächsten — weil besonders stark in politische Bedürfnisse und Strategien verflochten — kommt der Vorstellung von planmäßiger Entwicklung die Entstehung der Totalitarismus- und Entideologisierungstheorie. Beispiele der Programmatik

Im Bewußtsein vieler Bundesbürger und Amerikaner wurde offenbar der Kapitalismus, bei allen Vorbehalten gegen seine sozialen Implikationen, wegen des Durchbruchs von der stationären zur dynamischen Wirtschaft nicht nur als ideale Produktionsweise, sondern auch als schier unverbesserliche Lebensweise (Way of Life) so sehr internalisiert, daß davon der Kapitalismus jeden Entwicklungsstadiums noch ideologisch gegen den Kommunismus seinen Nutzen hatte. Und was auch ideologisch gegen diesen zählt, sind die Dispositionen und Begleiterscheinungen des Konkurrenzkapitalismus, die bis in die Gegenwart fortwirken. Wäre nicht die ökonomische Freiheit des einzelnen *conditio sine qua non* des Kapitalismus gewesen und hätten nicht bürgerliche Revolutionen oder Reformen vom Ende des 18. Jahrhunderts an einen Kanon von liberalen, demokratischen und sozialen Grundrechten hervorgebracht⁸, besäße der Kapitalismus heute wohl kaum die ideologische Attraktion, wie sie der Antikommunismus ausdrückt.

Umgekehrt enthält natürlich auch das Schreckbild, das die bürgerlichen Ideologen vom Kommunismus zeichnen, wahre Komponenten. Zwar erscheinen auch sie in historisch exaltierter Form; doch kann der methodologische Kniff des Antikommunismus kein Grund für ihr Verschweigen sein: die Restriktionen der Bürgerrechte, die im Stalinismus gipfelten⁹, das Zurückbleiben des Lebensstandards — besonders für den individuellen Konsum — hinter dem der entwickelten kapitalistischen Länder^{8a}. Wenn es der antikommunisti-

und Instrumentarien „ideologischer Diversion“: das Containment („Eindämmungs“-)Konzept des damaligen (1947) Leiters der Planungsabteilung im amerikanischen Außenministerium George F. Kennan, vgl. dessen *Memoirs*, Bd. 1, 1925—1950, Boston 1967, S. 547 ff.; zur Geschichte des X-Artikels „The Sources of Soviet Conduct“ in der Juli-Ausgabe (1947) der *FOREIGN AFFAIRS*, der dieses Konzept systematisierte: S. 354—367; vgl. auch ders., *Amerikas Außenpolitik 1900 bis 1950 und ihre Stellung zur Sowjetmacht*, Zürich 1952, S. 140 ff. Antikommunistische Rezepte zur ideologischen Diversion formulierten z. B. Stefan T. Possony, *Jahrhundert des Aufruhrs*, München 1956 (amerikanische Originalausgabe Chicago 1953) und James Burnham, *Die Strategie des kalten Krieges*, Stuttgart 1950 (amerikanische Originalausgabe New York 1950), der auch Instrumente der psychologischen Kriegsführung der USA benennt (S. 216 ff.): die „Stimme Amerikas“, den „United States Information Service“ und RIAS Berlin. Der Informationsdienst, dem USIS als Außendienst zugehört, United States Information Agency (USIA) „ist ein direktes Produkt der ‚Wahrheitskampagne‘ seit Präsident Truman, der mit allen Mitteln ‚short of force‘ den sowjetischen Einfluß zurückzudrängen versprach“; s. Karl Heinz Pütz, *Die Außenpolitik der USA*, Hamburg 1974, S. 35.

8 Vgl. u. a. Reinhard Kühnl, *Formen bürgerlicher Herrschaft. Liberalismus — Faschismus*, Reinbek 1971, S. 23 ff.

9 Ohne eine Soziologie des Stalinismus, die seine sozialökonomischen Bedingungen und politischen Folgen aufarbeitet, kann es keine Soziologie des Antikommunismus geben; vgl. den noch immer beachtlichen Versuch von Hofmann, a.a.O., S. 11 ff.

8a Vgl. Abendroth, a.a.O., S. 642.

schen Propaganda oft genug gelang, die scheinbare Alternative zwischen freiheitlich-demokratischer Gesellschaft beziehungsweise sozialer Marktwirtschaft hier und totalitärem Polizeistaat beziehungsweise funktionsuntüchtiger Kommandowirtschaft dort als Wirklichkeit zu präsentieren, dann auch nur, weil sie sich auf ein für den Sozialismus fundamentales sozialökonomisches Faktum beziehen — und es verdrehen — konnte. Demagogisch läßt sie die Vergesellschaftung der Produktionsmittel als Liquidierung des Privateigentums schlechthin erscheinen, alarmiert damit Besitzinstinkte und Angst vor materieller Not.

Aus all dem folgt, daß es nicht genügt, den Antikommunismus als Sammelsurium von „Scheinargumenten“ abzutun. Die Crux des Antikommunismus ist doch die, daß sich in ihm wirkliche Probleme, die seine Adressaten in ihren materiellen Interessen berühren und ihn damit überhaupt erst möglich machen, mit Halbwahrheiten, Lügen, paranoiden Vorstellungen etc. zu dem sozialen Ferment vermischen, das vor allem in Krisenzeiten große Teile der bürgerlichen Gesellschaft zu ihrem Schutz mobilisieren hilft. Wenn die Kritik des Antikommunismus nützliche Resultate haben soll, muß sie zwischen dessen Komponenten — Argumenten und „Scheinargumenten“ — unterscheiden. Den historischen Reminiszenzen, die der Rechtfertigung des Kapitalismus dienen, sind seine derzeitigen (und damaligen) Widersprüche entgegenzuhalten. Und genauso strikt müssen die totale Kritik des Sozialismus und die Kritik an bestimmten Zügen der sozialistischen Gesellschaften oder Parteien und ihrer Politik auseinandergehalten werden. Das aus sozialistischen Ländern unrühmlich bekannte Verfahren, jegliche Kritik als antikommunistisch abzuwehren oder gar zu kriminalisieren¹⁰, das auch — freilich ohne materielle Folgen — in den sozialistischen Bewegungen der Bundesrepublik und den USA vorkommt, verschafft langfristig nur dem Antikommunismus neuen Stoff¹¹ und hilft keine der aufgeworfenen Fragen lösen. Die Stigmatisierung aller Kritik am „realen Sozialismus“ als antikommunistisch verhindert die Demokratisierung, die den wirklichen Antikommunismus seiner Vorwände berauben könnte.

II.

Einig sind sich Anhänger und Kritiker des Antikommunismus darin, daß dessen Geschichte zugleich mit der kommunistischen Bewegung begann und zur Geschichte der Arbeiterbewegung parallel verlief¹². Marx und Engels polemisierten erstmals gegen einige seither bekannte Erscheinungsformen des Antikommunismus zu einer Zeit, als die Arbeiterbewegung im „Bund der Kommunisten“ orga-

10 So daß am Ende sich auch Popgruppen — wie jüngst die „Plastic People of the Universe“ und „Diagnose 307“ in Prag — als „antisozialistische Bewegungen“ vor Gericht verantworten müssen; s. FRANKFURTER RUNDSCHAU, 22. 9. 1976.

11 Vgl. Robert Havemann, Antikommunismus, in: DEUTSCHLAND ARCHIV 2, 7. Jg. 1974, S. 172—176, hier: S. 176.

12 Vgl. Marko, a.a.O., Sp. 50; und Abendroth, a.a.O., S. 634.

nisatorische Gestalt annahm. Solange die revolutionäre Bewegung sich erst mühsam bildete und eine geschlossene Ideologie noch zu entwickeln hatte, war Antikommunismus weiter nichts als der meist mißlingende Versuch der bürgerlichen Gesellschaft, mit Hilfe von Justiz und Polizei das „Gespenst des Kommunismus“¹³ zu vertreiben. Zu geschichtsphilosophischen und sozialtheoretischen Reaktionen, die später zum Antimarxismus zusammenflossen, brauchte sich die Bourgeoisie erst aufzuraffen, als die soziale Frage immer dringender nach Lösungen verlangte, während sich die Arbeiterbewegung im selben Zeitraum theoretisch und organisatorisch stark entwickelte.

In Deutschland mußte sich mit der sozialen noch die nationale Frage verquicken. Ohne die Kontroverse um die groß- oder kleindeutsche Lösung, die zugleich die Problematik der staatsrechtlichen Strukturen der deutschen Einheit einschloß, hätte der deutsche Antimarxismus kaum so stark vom amerikanischen sich unterscheiden können. Seit der Bismarck-Ära hat die Geschichte der Föderalismus-theorie im Antimarxismus eine bedeutsame Spur hinterlassen, die neuere Geschichte der katholischen Sozialphilosophie eine andere, nicht minder ausgeprägte. Konstantin Frantz erscheint als der prominenteste unter jenen Theoretikern, die um die Zeit der Reichsgründung einerseits entschieden gegen den Liberalismus stritten, andererseits mit noch viel größerer Vehemenz den Sozialismus als Erzübel der Epoche schmähten und am Ende den Föderalismus als goldenen Mittelweg für die Entwicklung der staatlichen und gesellschaftlichen Strukturen priesen¹⁴. Obwohl der Föderalismus gesellschaftstheoretisch nichts besagt, solange die Sozialökonomie, der er als ein Verfassungsarrangement dient, fraglich ist¹⁵, hatte diese Variante des Antimarxismus bis in die jüngste Vergangenheit Bestand. Nachdem bürgerliche Politiker und Theoretiker schon bald nach 1945 in Westdeutschland, vor allem in Bayern, ihren antifaschistischen Konsens der Stunde Null vergessen hatten, wurde es Usus, das Bundesstaatskonzept samt seinen gesellschaftspolitischen Zutaten als Allheilmittel gegen Kollektivismen jeder Art zu empfehlen. Daß die Föderalisten die Methodik der Totalitarismustheorie antizipierten, nämlich ihre Kritik formal *auch* gegen den Faschismus, sachlich aber *nur* gegen den Kommunismus zu richten und daß sie so ihren Beitrag zur Umpolung des Antifaschismus zum Antikommunismus leisteten, dokumentieren viele Texte aus dieser Zeit¹⁶.

13 S. Karl Marx/Friedrich Engels, Werke (MEW), Bd. 4, Berlin 1974, S. 461.

14 Vgl. Constantin Frantz, Der Föderalismus als universale Idee. Beiträge zum politischen Denken der Bismarckzeit, Berlin 1948, S. 95 ff.

15 Vgl. Franz Neumann, Zur Theorie des Föderalismus, in: ders., Demokratischer und autoritärer Staat, Frankfurt/Main 1967, S. 207—223, hier: S. 208.

16 Davon seien nur genannt: Hans Ehard, Freiheit und Föderalismus, München 1947; Walter Ferber, Der Föderalismus, Augsburg 1946; Franz Josef Hylander, Universalismus und Föderalismus, München 1946.

Offener gegen den Kommunismus hatten sich von jeher die Vertreter der katholischen Sozialphilosophie erklärt¹⁷. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zur Lösung der sozialen Frage angetreten, hatten sie den Sozialismus ein für allemal mit dem Kirchenbann belegt, weil er den Hort der christlichen Moral: die Familie mit Privatbesitz, und damit die „Keimzelle der Gesellschaft“ zu zerstören drohe. Weil die katholische Sozialphilosophie der antikommunistischen Variante der Föderalismustheorie die Argumente lieferte, läßt sich an ihrem Beispiel besonders deutlich feststellen, was angewandte Totalismustheorie bedeuten kann. Autoritäten derselben Kirche, die keine Liaison mit faschistischen Regimen scheute, da ihre Verwandtschaft mit korporativen Strukturen nun einmal größer als mit demokratischen Systemen war, suchten der Gemeinde den Sozialismus auszutreiben. Daß Leo XIII. mit seinem Rundschreiben über die Arbeiterfrage „*Rerum Novarum*“ und Pius XI. mit seiner Jubiläumsenzyklika über die gesellschaftliche Ordnung „*Quadragesimo Anno*“ dem kirchlichen Antikommunismus 1891 und 1931 verbindliche Fassung verliehen, ist kein Zufall¹⁸. Fungiert doch der Antikommunismus auch als Krisenideologie; die Zeiten aber, die die beiden Päpste herausforderten, *ex cathedra* zur sozialen Frage Stellung zu nehmen und dem Sozialismus die Prinzipien des Personalismus, der Solidarität und des Subsidiarismus entgegenzusetzen, waren Höhepunkte wirtschaftlicher Krisen bzw. heftiger Klassenauseinandersetzungen. Retuschen an der privatwirtschaftlichen Ordnung, um der Verelendung und heillosen Vermassung, sprich: dem Sozialismus vorzubeugen, forderten sie kategorisch; grundlegende Veränderungen dagegen lehnten sie ebenso entschieden ab.

Für die Analyse des Antikommunismus verdienen die Föderalismustheorie und die katholische Sozialphilosophie mehr als nur anti-quarisches Interesse. Sie haben der Prophylaxe gegen den Kommunismus effektiv gedient, haben sie doch die staatsrechtliche und gesellschaftspolitische Struktur der Bundesrepublik für ihre Einbeziehung in das christlich-abendländische Europa und das westlich-parlamentarische System präpariert. Nicht von ungefähr proklamieren Parteien, die sich auf die katholische Soziallehre berufen, die demagogische Alternative „Freiheit oder Sozialismus“.

In der Tradition der USA ist es das amerikanische Missionsbewußtsein, worin eines der stärksten Stimulantien des Antikommunismus aufzufinden ist¹⁹. Zwar verweist auch dessen Entstehung

17 Vgl. August M. Knoll, *Katholische Kirche und scholastisches Naturrecht*, Neuwied 1968.

18 Vgl. *Rerum Novarum*, Rundschreiben des Papstes Leo XIII. über die Arbeiterfrage, Berlin 3/1911; und: Pius XI., Rundschreiben über die gesellschaftliche Ordnung, Freiburg im Breisgau 1931.

19 Vgl. hierzu und zum folgenden vor allem Knud Krakau, *Missionsbewußtsein und Völkerrechtsdoktrin in den Vereinigten Staaten von Amerika*, Frankfurt/Main 1967.

aufs Religiöse, auf den heilsgeschichtlichen Optimismus und den providentiellen Mythos des Puritanismus mit seinen sozialvertrags-theoretischen Axiomen. Doch seine unverwechselbare Gestalt erlangte das amerikanische Sendungsbewußtsein erst durch die Säkularisierung und durch die rationalistisch-naturrechtliche Begründung des Sozialvertrags. Dieses Bewußtsein gründet in der selbstgerechten Vorstellung von der geschichtlich vorbestimmten Sonderrolle der USA und der Auserwähltheit ihrer Bürger. Auf den grandiosen historischen Erfolg des „amerikanischen Experiments“ fixiert, pochten die Amerikaner auf die universale Gültigkeit der Prinzipien, die ihm zugrunde lagen. Vom Gipfel des Fortschritts — so lautete ihr scheinbar altruistischer Imperativ — hatten die USA ihre zivilisatorische und demokratische Mission zu predigen. Von diesem eher passiven Sendungsbewußtsein, das sich mit dem Demonstrationseffekt des „conduct and example“ begnügte, bis hin zu der missionarischen Anmaßung, die letztlich auf die Assimilation der außer-amerikanischen Welt an den „American Way of Life“ und seinen „Free Enterprise“ abzielte, war es nur ein kurzer Schritt, den die Ideologen des Manifest Destiny, der offenbaren Bestimmung der Vereinigten Staaten, seit der Schließung der Grenze im Westen immer taten, wenn die sozialökonomischen und außenpolitischen Verhältnisse es nahelegten²⁰. Wie ein roter Faden zieht sich diese missionarische Idee durch alle Legitimationen der amerikanischen Außenpolitik, vom Aufstieg des Imperialismus, der um die Jahrhundertwende von Kuba über den Pazifik bis nach China übergriff und in einem „Informal Empire“ der USA resultierte, bis zu dem verzweifelten und deshalb um so brutaleren Versuch mehrerer Administrationen, die Dominotheorie, die zu den antikommunistischen Kehrseiten des Missionsbewußtseins gehört, in Indochina militärisch zu widerlegen.

Eigentümlich an diesem missionarischen Bewußtsein ist, daß es sich nicht nur nach außen richtet, also den „American Way of Life“ über die Erde auszubreiten oder wenigstens dort, wohin er schon exportiert werden konnte und wo er dann durch eine fremde Lebensweise, den Kommunismus, gefährdet scheint, aufrechtzuerhalten sucht. Sondern dieses Bewußtsein hat auch eine innergesellschaftliche Stoßrichtung. Wann immer die Ideologie des „Melting Pot“ (die besagt, Amerika habe dank seiner unbegrenzten materiellen Möglichkeiten die vielen immigrierten Nationalitäten zu einer einzigen, der amerikanischen, „verkocht“) nicht mehr verfängt, kehrt sich das Sendungsbewußtsein nach innen und bedroht diejenigen, die gegen ihren minderen sozialen Status rebellieren, als Fremde

20 Vgl. Frank Niess, Krise und Emanzipation. Zur Ideologiegeschichte des amerikanischen Expansionismus, in: Martin Greiffenhagen (Hrsg.), Emanzipation, Hamburg 1973, S. 135—158, hier: S. 135 f.

oder fremdgesteuerte Elemente mit härtesten Sanktionen²¹. Auch solche Amerikaner, auf die der Verdacht fällt, ob willentlich oder nicht, im Dienste fremder Mächte außenpolitische Interessen der USA verspielt zu haben, können von dieser Wirkung des Sendungsbewußtseins betroffen sein. Genauso wie das Missionsbewußtsein den Kapitalismus als „American Way of Life“ firmieren läßt, werden kommunistische Umtriebe und „Un-american Activities“ schließlich synonym.

In diesem ideologischen und sozialpsychologischen Klima haben Politik und Wissenschaft in den USA viele Theorien hervorgebracht, die zugleich der Apologie des Kapitalismus und der Denunziation des Kommunismus dienen können. Manche dieser Theorien fanden durch die amerikanische re-education-Politik den Weg nach Westdeutschland, andere wurden hierher durch wissenschaftliche Kontakte, nicht zuletzt durch deutsche Emigranten, vermittelt und außerdem entstanden vergleichbare Theorien diesseits des Atlantiks auch selbständig. Allen gemeinsam ist die offene Verwandtschaft mit der Politik des kalten Kriegs oder der Entspannungspolitik, die darauf folgte. Es wäre nach dem Motto: welche Theorie nicht für den Marxismus ist, ist gegen ihn, nicht schwer, sie allesamt als antikommunistisch abzutun. Die Ideologiekritik des Antimarxismus muß jedoch genauer zwischen solchen politischen und nationalökonomischen Theorien, die sich explizit gegen den Kommunismus richten oder offen als Antithesen zum Marxismus deklarieren — z. B. die Totalitarismustheorie und die Wachstumsstadientheorie —, und solchen Theorien unterscheiden, die als anthropologische, geschichtsphilosophische oder sozialtheoretische Apologien der bürgerlichen Gesellschaft zwangsläufig Antimarxismen implizieren²².

III.

Von der bürgerlichen Theorie, die den Marxismus tabuieren soll, zur praktischen Unterdrückung der sozialistischen Bewegung war es immer nur ein kurzer Schritt, wobei die Unterdrückung je nach wirtschaftlicher Lage oder politischer Opportunität weit über den Kreis der organisierten sozialistischen Bewegung hinaus reichte. Der Antisozialismus faßte den Sozialismus nie als Wissenschaft und demokratische Bewegung eigener Art auf, sondern als ein Konglomerat des Fremden, der nationalen Unzuverlässigkeit, der politischen Illoyalität, der Vaterlandslosigkeit und der ausländischen Weltverschwörung. Zudem schien die ständige Möglichkeit der Unterdrückung aller wirksamer als die tatsächlich über einzelne verhängten Repressalien.

21 Laut Jürgen Kuczynski, Die Geschichte der Lage der Arbeiter in den Vereinigten Staaten von Amerika von 1789 bis in die Gegenwart, Berlin 1948, S. 52 f., wurde erstmals in der Geschichte der modernen Industriearbeiter auf einen Streik in Boston 1825 die Erfindung des „Agenten aus dem Ausland“ angewendet.

22 Vgl. Frank Niess, Die Geschichtsphilosophie des Antisozialismus, in: FRANKFURTER HEFTE, 31. Jg., Heft 3, März 1976, S. 14—24.

Fast alle Prozesse gegen Sozialisten, die seit der Mitte des vergangenen Jahrhunderts in Deutschland und in den USA den „sozialistischen Umtrieben“ ein Ende machen sollten, liefen unter solchen Vorzeichen ab: der Kölner Kommunistenprozeß von 1852, bei dem es sich „um den historischen Ausgangspunkt des staatlich organisierten Antikommunismus in Deutschland handelt“^{22a}; der Freiburger Prozeß gegen August Bebel und andere führende Sozialdemokraten, Auftakt der berüchtigten Geheimbundprozesse unter dem Sozialistengesetz, die 1889 im Elberfelder Prozeß gipfelten; der Prozeß gegen die deutschen Anarchisten von Chicago 1886; die Prozesse gegen Karl Liebknecht 1907 und Rosa Luxemburg 1914; der Prozeß gegen die italienischen Anarchisten Sacco und Vanzetti 1921 in den USA; der Reichstagsbrandprozeß 1933 oder die unzähligen halb-justiziellen Verfahren gegen un-amerikanischer Umtriebe Verdächtige während der McCarthy-Ära²³. Und fast alle folgten auch demselben Schema. Konnte den Angeklagten nicht ohne weiteres ein Kapitalverbrechen angelastet werden wie Mord oder Totschlag, wurden sie des Hochverrats bezichtigt. Binnen kurzem brachte jedoch der Verlauf des jeweiligen Verfahrens an den Tag, daß die sozialistische oder anarchistische Gesinnung der Beschuldigten unter Anklage stand. Auch wenn die Verfolgten aus diesem Umstand selten individuelle Vorteile ziehen und Freisprüche erwirken konnten, nützten sie jedoch die Möglichkeit, die Rollen zu vertauschen und selbst als Ankläger der Gesellschaft aufzutreten, die ihnen mit Vernichtung drohte. Welche Impulse diese Prozesse dank der Fähigkeit der Angeklagten, aus ihnen Foren des ideologischen Klassenkampfes zu machen, der sozialistischen Bewegung gaben, statt sie zu zerschlagen, wäre näher zu untersuchen²⁴.

Daß viele dieser Prozesse einer momentanen Schwäche der Herrschenden entsprangen bzw. Legitimationen für die Methoden der Systemstabilisierung schaffen sollten, hatte Folgen, die für den Antisozialismus auch anderweitig symptomatisch waren. Meist hatten nämlich die antisozialistischen Aktivitäten der Regierungen den Hintersinn, der öffentlichen Meinung die „kommunistische Gefahr“ als Tatsache einzutrichtern. Vom Kölner Kommunistenprozeß bis zur Durchführung der amerikanischen Loyalitätsprogramme handelten die jeweiligen Regierungen nach dem Schema, daß die staatliche Repression der beste Seismograph für subversive kommunistische

22a S. Antikommunismus vom Kölner Kommunistenprozeß 1852 zu den Berufsverboten heute, Frankfurt/M. 1972, S. 5.

23 Vgl. u. a. ebd., S. 5 ff.; ferner Horst Karasek (Hrsg.), Haymarket! 1886: Die deutschen Anarchisten von Chicago. Reden und Lebensläufe, Berlin 1975; U.S. Congress. House. Committee on Un-American Activities. Hearings and Reports, 79th—83rd Sessions, Washington 1945—1955; zur „Communist hysteria“ in den USA zu Senator McCarthys Zeiten authentisch u. a. Harry S. Truman, Memoirs, Vol. II, Years of Trial and Hope, Garden City 1956, S. 269 ff.

24 Einen solchen Fall schildert z. B. August Bebel, Aus meinem Leben, 2. Teil, Berlin 1946, S. 206.

Umtriebe sei. Seine systemstabilisierenden Funktionen kann der Antisozialismus freilich nur erfüllen, wenn er entsprechende psychotaktische Methoden entwickelt. Eine der raffiniertesten davon ist die vage Definition des Gegners. Solange fraglich bleibt, was offiziell als kommunistisch gilt, muß auch der Liberale, der Pazifist, der radikale Demokrat etc. mit Verfolgung rechnen.

Wenn der individuelle Terror allein gegen die sozialistische Bewegung als Ganzes wenig auszurichten vermochte und auch offiziöse oder private antisozialistische Organisationen wie der 1904 gegründete „Reichsverband gegen die Sozialdemokratie“ in Deutschland oder die vielen entsprechenden Gruppen in den USA²⁵ keine durchschlagenden Erfolge erzielen konnten, kam als ultima ratio des praktischen Antisozialismus die kollektive Verfolgung in Betracht. Vom Verbot aller sozialdemokratischen Vereinigungen, Zeitungen und Schriften unter dem 1878—1890 gültigen Sozialistengesetz über das Verbot der SPD am 22. Juni 1933 bis zum Verbot der KPD im Jahre 1956 hat die Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft in Deutschland gezeigt, wie sehr sie sich trotz aller verfassungsmäßigen Unterschiede zwischen Kaiserreich, Naziregime und parlamentarischer Demokratie doch treu bleibt. Als die Bundesregierung 1951 den Verbotsantrag gegen die KPD stellte und das Bundesverfassungsgericht knapp vier Jahre später das Verbot aussprach, konnten beide Verfassungsorgane bei diesem Musterbeispiel an antisozialistischer Präventive nicht einmal ernsthaft sich auf die „kommunistische Gefahr“ berufen. Daß das KPD-Verbot als Prophylaxe und Abschreckungsmittel für künftige Konflikte dienen sollte, wird aus seiner Genese und der Art seiner Exekution deutlich. Als die Regierung Adenauer nach Gründung der Bundesrepublik daran ging, zwei Kernpunkte ihrer Programmatik — Westintegration und Wiederbewaffnung — in die Praxis umzusetzen, sah sie sich unversehens mit heftigen Widerständen seitens der außerparlamentarischen Opposition konfrontiert. Dadurch, daß sie die KPD als „fünfte Kolonne“ apostrophierte und ihre Mitglieder zu Staatsfeinden stempelte, rechnete die Regierung, nicht nur ihren ideologischen Kreuzzug gegen den Kommunismus zu gewinnen, sondern vor allem auch den Widerstand der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften zu liquidieren. Das KPD-Verbot sollte nicht nur die damalige antimilitaristische Opposition insgesamt treffen, sondern außerparlamentarische Opposition überhaupt illegalisieren. Das erste Ziel wurde nicht zuletzt dadurch erreicht, daß schon Jahre vor dem KPD-Verbot trotz Parteienprivilegs und bundesverfassungsgerichtlichen Entscheidungsmonopols in dieser Frage die Tätigkeit der Partei weitgehend lahmgelegt wurde. Daß die außerparlamentarische Opposi-

25 Vgl. Annelies Laschitza, *Trotz alledem!*, in: *Antikommunismus*, a.a.O., S. 42—60; hier: S. 44 f.; und Seymour Martin Lipset, *The Sources of the „Radical Right“ — 1955*, in: Daniel Bell (Hrsg.), *The Radical Right. The New American Right, expanded*, New York 1963, Repr. 1971. S. 259 bis 311.

tion in der Bundesrepublik auf Jahre hinaus ein Schattendasein führte, lag an der faktischen Ausdehnung des Verbots von KPD-„Ersatzorganisationen“ zum Weltanschauungsverbot²⁶.

Auch in den USA resultierte die Verfolgung Andersdenkender während der Hochzeit des kalten Kriegs weniger aus einer für das System ernst zu nehmenden „kommunistischen Gefahr“ als vielmehr aus innen- und außenpolitischer Opportunität, letztlich sogar aus Rivalitäten zwischen Kongreß und Präsident. Die Verfolgungen beschränkten sich nicht auf die Ära McCarthy. Tatsächlich fanden die ersten Repressionen unter dem Vorwand der Abwehr kommunistischer Umtriebe schon gegen Ende der dreißiger Jahre statt, als eine neue Rezession die Hoffnungen auf wirtschaftliche Stabilität und sozialen Frieden vorerst wieder zunichte machte. „Statt sich den faschistischen Umtrieben zu widmen, zu deren Untersuchung... — das House Committee on Un-American Activities 1938 — eingesetzt war, machte es sich der Ausschuß von Anfang an zur Aufgabe, der kommunistischen Infiltration des amerikanischen Regierungsapparates nachzugehen und den New Deal als ‚roten‘ Plan zur Vernichtung der amerikanischen Gesellschaft zu entlarven.“²⁷ Zu der Wahnvorstellung vom verkappten Sozialismus der Roosevelt-Administration, die während dieser Jahre das wirkungsvollste innenpolitische Ferment des Antikommunismus war, trat nach 1945 außenpolitisch die fixe Idee hinzu, die Exekutive habe dem Einfluß der kommunistischen Weltverschwörung — Roosevelt durch das Appeasement von Jalta; das State Department durch den „Verlust“ Chinas — Tür und Tor geöffnet und dadurch den gefährlichen internen Tendenzen zum Umsturz der amerikanischen Gesellschaftsordnung Auftrieb von außen verschafft. Es war dies Schreckbild einer allgegenwärtigen kommunistischen Verschwörung gegen den „American Way of Life“, das dem McCarthyismus seine sozialpsychische Brisanz verlieh. Vom Antikommunismus früherer Jahre unterschied er sich nur durch seine Rigorosität, die mit der Verschärfung des kalten Kriegs zu erklären ist. Seine subjektiven und objektiven Dispositionen waren indes die gleichen: der Alptraum einer neuen Depression, die allenthalben als Folge des Übergangs von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft befürchtet worden war, die größten Streiks der amerikanischen Geschichte von 1945/46, eine leichte Rezession 1948/49, die dem Korea-Boom vorausging. Und obwohl die Republikaner auf diese Probleme besonders hysterisch reagierten und der Kongreß die schärfsten Sanktionen gegen un-amerikanische Umtriebe erließ, war man sich über die Parteigrenzen und Schranken zwischen den Ver-

26 Vgl. u. a. Eberhard Stock, Antikommunismus und KPD-Verbot, in: ROTE ROBE, 2. Jg., Nr. 6/71, S. 219—227; 3. Jg., Nr. 1/72, S. 14—20; und 3. Jg., Nr. 3/72, S. 116—127.

27 Erich Angermann, Die Vereinigten Staaten von Amerika, München 1986, S. 188; vgl. auch Richard M. Freeland, The Truman Doctrine and the Origins of McCarthyism. Foreign Policy, Domestic Politics, and Internal Security, 1946—1948, New York 1974.

fassungsorganen hinweg über die Unterdrückung bestimmter politischer Meinungen, Tendenzen und Organisationen viel zu einig, als daß die Exzesse McCarthys und seiner Anhänger als Antisozialismus eigener Art betrachtet werden könnten. Sonst wäre wohl auch kaum verständlich, daß er schließlich auch auf zahlreiche, sogar liberale private Organisationen übergriff. Nur scheinbar richtete sich der Antikommunismus McCarthys gegen den Kommunismus. Tatsächlich hatte auch er primär den Zweck, soziale Veränderungen, selbst wenn sie — wie der New Deal — gar nicht den Rahmen des Kapitalismus sprengten, zu verhindern.

Mathias Greffrath

Das endgültige Ende der Ideologie?

Helmut Schelskys Weg von der „Technokratie“ zum „Klassenkampf“

Einige Jahre, nachdem die Illusion, hierzulande kurzfristig eine sozialistische Umwälzung bewirken zu können, verfliegen ist, in einer Zeit, in der die demokratische und sozialistische Bewegung im Überbau, sofern sie nicht vom Berufsverbot oder von Arbeitslosigkeit betroffen ist, sich darauf einzurichten hat, auf absehbare Zeit Abwehrkämpfe zu bestehen und dafür zu sorgen, daß die Inhalte des Grundgesetzes nicht völlig aus dem Bewußtsein und aus der gesellschaftlichen Praxis verdrängt werden¹, erscheinen auf dem Buchmarkt, zu Bestsellerauflagen hochpropagiert, Überlegungen und Theorien, die den in die Defensive Gedrängten im Nachhinein welt-historische Gefährlichkeit bescheinigen. In diesen Texten werden die Lehren gezogen aus der „bislang mächtigste(n) und am schwierigsten zu parierende(n) geistige(n) Herausforderung der westlichen Idee einer Zivilisation der Freiheit und Humanität . . ., der sich die Bundesrepublik in ihrer bisherigen Geschichte gegenübersteht.“² Das Präsens indiziert die Stoßrichtung der Überlegungen, die im Gefolge der „Tendenzwende“ angestellt werden. Eine zweite Studentenbewegung oder gar ein Eindringen sozialistischer Gedanken in breitere Schichten der Bevölkerung kann sich diese Gesellschaft, so meinen diese Autoren, nicht leisten. Angesichts einer offiziell kaum noch gelegneten strukturellen Arbeitslosigkeit und angekündigten Rücknahme sozialer Leistungen, angesichts des Einfrierens der Löhne bei fortdauernder Inflation, angesichts des Vordringens von Kommunisten und Sozialisten im Süden Europas scheint es ihnen notwendig, „dem überhand nehmenden Krisengerede mitsamt dem theoretischen Unter- und Überbau (?) zu wehren, damit wir fähig werden, jene wirklichen Krisen rechtzeitig zu erkennen und zu bewältigen, in denen es für unsere politische Ordnung im physischen wie im moralischen Sinne wirklich um Leben oder Tod, d. h. um ihre echte Legitimität, geht“ (Sontheimer 223).

Es gibt große Unterschiede in dieser „Tendenzwende“-Literatur. Die Edelkonservativen, die den Slogan prägten³, beschränken sich auf kulturkritische Anmerkungen zur „geistigen Situation“ und las-

1 Vgl. dazu auch Helmut Gollwitzer, Studentenbewegung — und was danach?, in: Das Argument 98 (1976), S. 564 ff.

2 Kurt Sontheimer, Das Elend unserer Intellektuellen, Hamburg 1976, S. 25, Hervorhebung von mir.

3 C. Graf Podewils (Hg.), Tendenzwende, Stuttgart 1975.

sen politische Folgerungen eher implizit. Sontheimer gibt theoretischen Flankenschutz für die Radikalenerlasse, aber verläßt nie die Ebene „geistesgeschichtlicher“ Argumentation, so daß seine Analyse der politischen Bewegung des letzten Jahrzehnts, des zunehmenden Bewußtseins über Krisenphänomene im Spätkapitalismus und der Veränderung der theoretischen Landschaft letztlich zusammenschrumpft auf den „Einbruch“ einer neuen, „überspannten“ „Denkstruktur“ (21, 135), und entzieht sich damit der Verantwortung für seine Forderung nach Schluß der Diskussion.

Helmut Schoeck, Mainzer Ordinarius für Soziologie, der Jahr für Jahr die Widerstandskraft gegen die kommunistische Unterwanderung durch Ratgeber-Traktätchen stärkt und der dafür vom schleswig-holsteinischen Kultusminister „größte(n) Dank“ erfährt⁴, ist deutlicher: „Es gibt einen gut verankerten, weit verzweigten Apparat der Marxisten im Unterrichtswesen der Bundesrepublik“; und er ruft zu einem Kampf auf, in dem jedes Mittel recht ist:

„Wer uns mit unseren eigenen Regeln wehrlos machen will, darf sich nicht beklagen, wenn wir ihm mit seinen Regeln beizukommen suchen. Und das geht auch dann, wenn seine Regeln die Regellosigkeit und die Ablehnung jeder ihm im Wege stehenden Regel sind.“⁵

Von solcher unentschlossenen oder blank demagogischen Kampfliteratur unterscheidet sich Helmut Schelskys neue Klassentheorie⁶. Schelsky, dessen Buch noch im Erscheinungsjahr eine 2. Auflage erlebte, geht politisch weiter als Schoeck, ohne dessen überzogenen Antikommunismus zu teilen; und er hat gegenüber Sontheimers Beschränkung auf die Kritik am „Irrationalismus“ linker Theorie ein ausgeprägtes Krisenbewußtsein. Zudem hat sich Schelsky theoretisch am weitesten vorgewagt: nachdem er 1961 die „Kulturschwelle“ (M 439) der Technokratie, des Endes der Ideologie und des Klassenkampfes prognostiziert hatte und in der BRD zum bedeutendsten Vertreter dieser Theorie avancierte, kleidet er seine Analyse der Gegenwartssituation wiederum in die Gestalt einer Theorie der „weltgeschichtlichen Zäsur“ (76), diesmal einer neu einbrechenden Periode von Klassenkämpfen. Darüber hinaus verdient das Buch Beachtung wegen Schelskys bewußtseinsbildender Kraft. Schelsky ver-

4 H. Schoeck, Das Geschäft mit dem Pessimismus, Freiburg 1975, S. 127.

5 Ders., Schülermanipulation, Freiburg 1976, S. 10, 146. — Schoecks Taschenbücher erreichen in der Regel vier bis sechs Auflagen.

6 Die Arbeit tun die anderen. Klassenkampf und Priesterherrschaft der Intellektuellen, Opladen 1975. — Im folgenden wird, wenn die Nachweise ungekennzeichnet sind, aus diesem Buch zitiert. Weitere zitierte Werke Schelskys: Soziologie der Sexualität, Hamburg 1955 (S). — Die skeptische Generation. Düsseldorf 1957 (SG). — Der Mensch in der wissenschaftlichen Zivilisation (1961), jetzt in: Auf der Suche nach Wirklichkeit, S. 439–480 (M). — Der Realitätsverlust der modernen Gesellschaft (1954), ebd., S. 391 bis 404 (R). — Systemüberwindung, Demokratisierung, Gewaltenteilung. München 1973 (SDG). — Der selbständige Mensch in der modernen Gesellschaft. Rede auf dem CSU-Parteitag 1973, Ms. hg. von der Presseabteilung der CSU (PT).

kehrte, anders als seine Lehrer Gehlen oder Freyer, schon immer in den Niederungen der Tagespolitik. Seine Rede auf dem CSU-Partei-tag 1973 findet ihre theoretische Ausführung in der neuen Klassentheorie; die CDU/CSU-Parole „Freiheit statt Sozialismus“ geht zwanglos aus dieser Theorie hervor. Schelsky beschränkt sich nicht auf Diagnosen, sondern gibt seiner politischen Klientel umfassende politische Strategien und deren Rechtfertigung an die Hand — Strategien, die im Begriff sind, Realität zu werden.

I.

„Nachdem die schrecklichen und die wohltätigen Folgen des letzten Weltkrieges abgeklungen sind und sie das politische Denken und Handeln einer kriegsunerfahrenen jüngeren Generation und derer, die sich zu ihren Führern aufwerfen, nicht mehr bestimmen, treten neue soziale Bedürfnisse und Auseinandersetzungen, neue soziale Gruppenbildungen und Entwicklungsgesetzmäßigkeiten auf, die für das politische Selbstverständnis der älteren Generation vielfach unbegreiflich und störend, die wiedergewonnenen gesellschaftlichen Stabilitäten erschüttern.“ (12)

Die Wiedergewinnung gesellschaftlicher Stabilitäten aus den „schrecklichen“ und den „wohltätigen“ Folgen des „Zusammenbruchs“ ist Schelskys Thema, seit er schreibt. Schrecklich waren diese Folgen, weil die militärische Niederlage des Großdeutschen Reiches die Institutionen des Staates und der Gesellschaft angeschlagen oder zerstört hatte und so ein normatives Vakuum entstanden war, in das Liberalismus, re-education und Kommerzialisierung ohne nennenswerten Widerstand einströmten. Die Intellektuellen hatten sich „selbstentmachtet“ — zumindest die, die dageblieben waren. Von den anderen konnte man keine moralische Substanz erwarten, stand ihr Widerstand doch in einer Front mit dem der „kommunistisch-marxistisch gesinnten Arbeiterschaft, die nur als Agenten der außenpolitisch feindlichen Kräfte wirksam werden konnten“ (114). Der sich regenerierende Kapitalismus schien wenig Interesse an Traditionen zu haben, zerdrückte vielmehr die Reste stabilen Verhaltens. Der Staat, in dem alles „der mehr oder minder offenen Diskussion ausgeliefert“ war, schien nicht in der Lage, jene Garantie für die Festigkeit eines von Traditionen geleiteten Verhaltens zu bieten, die darin besteht, den normativen Inhalt „unterhalb der, wenn nicht Bewußtseins-, so doch wenigstens Wort- und Diskussionsschwelle“ (S 8) zu halten.

Schon in der „Soziologie der Sexualität“ wird deutlich, daß der konservativ-gegenaufklärerische Gestus Pose ist, daß der Wunsch nach Stabilität des Kapitalismus um jeden Preis die Theorie motiviert: in zynischem Optimismus preist Schelsky im letzten Kapitel die Verwandlung der Sexualität in eine Ware: das sei doch immerhin eine Institutionalisierung. Die „wohltätige“ Folge des Krieges liegt dann auch im Abschied von *den* Institutionen und Ideologien, die sich als nicht tragfähig erwiesen hatten.

In der „Skeptischen Generation“ begrüßt Schelsky das reibungslose Funktionieren der vom Nationalsozialismus Enttäuschten im

Nachkriegskapitalismus als die „zeitlose Stabilisierung des sozialen Verhaltens und der sozialen Stellung der Jugend in der modernen Gesellschaft“ (SG 125). Nachdem die Niederlage des NS eine klassenübergreifende Integration über nationalistische Ideologien vorerst unmöglich gemacht hatte, nachdem die staatliche Autorität und die Moral des Bildungsbürgertums diskreditiert und die Arbeiterbewegung zerschlagen war, bot sich als Träger der Autorität und der Legitimation nur noch das ökonomische System selbst an. Während Ultrakonservative wie Gehlen oder Schmitt der Auslieferung der staatlichen Entschließungen an die Bedingungen des Wirtschaftens skeptisch gegenüberstanden, weil sie dem Kapitalismus nicht genug Ethik, Einheit und Entscheidungskraft zumaßen für die Stabilisierung, weil sie eine „staatsideologische Unterbilanz“ fürchteten⁷, erblickte Schelsky im wissenschaftlich-technischen Produktionsapparat die Bedingungen einer Stabilität, die die ewige Alternative der Revolutionen von Rechts oder Links obsolet werden lasse.

„Durch die Konstruktion der wissenschaftlich-technischen Zivilisation (wird) ein neues Grundverhältnis von Mensch zu Mensch geschaffen . . . , in welchem das Herrschaftsverhältnis seine alte persönliche Beziehung der Macht von Personen über Personen verliert, an die Stelle der politischen Normen und Gesetze aber Sachgesetzhaltungen der wiss.-techn. Zivilisation treten, die nicht als politische Entscheidungen setzbar und als Gesinnungs- und Weltanschauungsnormen nicht verstehbar sind. Damit verliert auch die Idee der Demokratie sozusagen ihre klassische Substanz: an die Stelle eines politischen Volkswillens tritt die Sachgesetzhaltung, die der Mensch als Wissenschaft und Arbeit selbst produziert.“ (M 453)

Die Aufgabe des „technischen Staates“ bestand nur mehr darin, den sich selbst steuernden technischen Apparat „funktional (zu) sichern“ (454); Konflikte zwischen wirtschaftlicher und politischer Führung spielten keine Rolle mehr.

„Hier ‚herrscht‘ gar niemand mehr, sondern hier läuft eine Apparatur, die sachgemäß bedient sein will. Gerade weil es keine ‚Herrschaft der Techniker‘ gibt, können die alten ‚Herrschenden‘ ruhig bleiben, wo sie sind und werden durch keine neue herrschende Klasse ersetzt. Der technische Staat beseitigt das traditionelle Verhältnis der ‚Herrschaft‘ selbst“ (457).

⁷ Cf. P. Römer, Vom totalen Staat zur totalen bürgerlichen Gesellschaft. Das Argument 58 (1970), S. 322–339 (334). — Daß es sich bei diesen Differenzen letztlich um taktische Differenzen handelt — die allerdings m. E. von der Gegenseite auch taktisch ausgenützt werden müßten —, wird deutlich in den Schlußfolgerungen, die Forsthoff in seinem letzten Buch „Der Staat der Industriegesellschaft“ — München 1971 — zieht. Forsthoff nimmt trauernd „Abschied vom Staat“ und setzt als Garanten der Ordnung nicht mehr auf ihn, sondern auf den „Welttrust der Monopole“ (Lenin): Die „aktiven Träger“ der „technischen Realisation“ (i. e. des Kapitalismus) könnten „die Bedingungen für die Wirksamkeit einer internationalen Organisation ergeben, die den weiteren Ablauf des technischen Prozesses als effizienter Hüter der Humanität zu begleiten vermag“ — effizienter als politisch ohnmächtige Organisationen wie die UNO (a.a.O., S. 168 f.)

Und nicht nur die alten Herrschenden, sondern auch die alten Ideologien konnten, so hieß es, „unwiderlegt stehengelassen“ werden: sie waren zu folgenlosen „Rechtfertigungen . . . geworden für das, was unter sachlich notwendigen Gesichtspunkten sowieso geschieht“ (460), zur funktionslosen Unruhe eines sich durch nichts als durch seine Leistungen legitimierenden Apparates, an dem alle ideologischen Forderungen, sofern sie den Sachzwängen widersprachen, scheitern mußten. Zwar sei jetzt alles machbar geworden, aber die technischen und gesellschaftlichen Sachgesetzmäßigkeiten ließen nur die Erkenntnis und damit Machbarkeit von gesellschaftlichen Teilbereichen zu, „für das Ganze aber ist dieses Denkschema unanwendbar“ (M 450). Die Objektivierung des menschlichen Handelns in Sachgesetzmäßigkeiten sei so weit vorangetrieben, daß die Reflexion auf Zwecke und auf den Sinn des gesellschaftlichen Prozesses sinnlos geworden sei.

Damit kam es zur neuen Bestimmung der Intellektuellen im Staat: sie sollten nicht länger als freischwebende Intelligenz, als geistige Führungsschicht, divergierende Normen und Interessen integrieren, sondern ihr Berufsbild wurde das des Führungs- und Leitungswissenschaftlers, der „mit wissenschaftlichen Methoden Arbeitsmoral und Kriegsmoral, Unternehmerinitiative und Führungsqualitäten, Nationalbewußtsein und Ehemoral“ (M 442) schafft und verändert, von dem die „sinnlosen Ausbruchsversuche“ . . . mit den Mitteln der modernen Menschenführung und -behandlung wieder in das soziale Normalmaß ‚eingearbeitet‘ werden“ (M 470). Eine Berufsbestimmung, die die zunehmende Einbeziehung der sozialwissenschaftlichen Intelligenz nicht nur in die Produktion (human relations) widerspiegelt, sondern auch in die staatliche Administration, der in der ersten Jahrhunderthälfte zunehmend die Aufgabe zugewachsen war, nicht nur durch polizeiliche Maßnahmen, sondern durch Prävention (Sozialpolitik) den Klassenkonflikt stillzustellen. Sie gibt das Erscheinungsbild eines nach den Erschütterungen der Weltwirtschaftskrise und des Faschismus erneut prosperierenden Kapitalismus wider, in dem nach der Zerschlagung der deutschen Arbeiterbewegung und mit dem Korea-Boom, der einen absoluten Anstieg der Reallöhne ermöglichte, der Klassenkompromiß, so glaubte man, auf Dauer zu stellen sei.

Die Theorie vom Ende des Klassenkampfes und der ideologischen Auseinandersetzungen enthüllte ihren bewußt ideologischen Charakter. Sie war nie von liberaler Naivität, sondern gab selbst die Maßnahmen an, die zu ergreifen waren, damit der Schein eines ideologiefreien Pluralismus erhalten bleiben konnte; ja sie betrachtete ihre eigene Praxis, Sozialintegration, als mitkonstitutiv für diesen Schein: Unter dem Titel „soziale Aufwertung . . . de(s) private(n) Lebensbereich(s)“ nannte Schelsky eine wesentliche Bedingung der Stabilität einer Gesellschaft: das Abdrängen gesellschaftlichen Bewußtseins in die „neue soziale . . . Erfüllung und Beschränkung des Menschen in der familiären, beruflichen oder sonstig intimen Kleinwelt“ — einer Kleinwelt, der er in den ersten Analysen der Nachkriegsgesellschaft den Verlust ihrer von Tradition gehaltenen Substantialität bescheid-

nigt hatte und die deshalb jetzt produziert werden mußte. In der Zementierung der „Kluft zwischen privatem Dasein und unübersehbarer Superstruktur“, in der Stabilisierung vor allem der Familie und der individualisierten Religion sah er die Aufgabe der Sozialwissenschaften und der Intellektuellen. (R 396 f.) Unter der Herrschaft der Sachzwänge lassen sich demnach zwar keine ökonomischen oder politischen Klassegegensätze mehr diagnostizieren, wohl aber eine Klassenspaltung in die Konsumenten der privaturverbindlichen „Geisteshilfe(n)“ (R 403), Religionssurrogate etc., und in die Produzenten dieser Ideologien und Informationsmanipulateure (M 459), die im Einvernehmen und im Dialog mit den Produktionstechnikern die „Schöpfer und Konstrukteure“ der Gesellschaft sind. Sie allein können noch durch „dauernde Steigerung des reflektierenden Bewußtseins“ (M 471) ein Bewußtsein vom Ganzen des Zivilisationsprozesses haben.

Diese Theorie konnte nur Bestand haben, solange zum einen wirtschaftliche Stabilität und ein kontinuierlich wachsendes Sozialprodukt garantiert zu sein schienen und solange die Verwandlung politischer Herrschaft in sich selbst planende technische Sachzwänge im Bewußtsein der Betroffenen so evident und alternativlos blieb, daß das alte Problem der Legitimität sich tatsächlich aufzulösen schien. In der stabilen Konjunktur zwei Jahre nach dem Godesberger Parteitag schienen die großen ideologischen Kämpfe tatsächlich ausgekämpft. Mit dem Ende des Nachkriegszyklus entfielen aber zunehmend die beiden Bedingungen der Möglichkeit einer harmonischen Einheit von technischem Staat und technischer Gesellschaft: Die Verwertungsschwierigkeiten des Kapitals reduzierten den Spielraum, innerhalb dessen die Massenloyalität durch linear steigende Konsumkompensationen zu sichern ist, und es ist abzu sehen, daß Löhne und sozialstaatliche Leistungen im Gefolge der gegenwärtigen Krise abgebaut werden. Zum andern kam es im Gefolge der Studentenbewegung an den Hochschulen zur Wiederentdeckung bis dahin aus dem pluralistischen Terrain des Wissenschaftsbetriebs ausgesperrter Theorien und Denktraditionen. Auf die Reflexion junger Wissenschaftler und Studenten auf die gesellschaftliche Funktion der Wissenschaften und der wissenschaftlich Ausgebildeten folgte die Wiederaneignung der exilierten Gedanken und — folgenreich bis hin zu institutionellen Reformen vor allem im Bildungsbereich — ihr Eindringen in das Selbstverständnis von Lehrern, Sozialarbeitern, Ärzten und Anwälten. Waren — wie Sontheimer sich nostalgisch erinnert — „bis in die Mitte der sechziger Jahre hinein die wissenschaftlichen Theorien zur Analyse von Staat und Gesellschaft und die in ihnen verwendeten Begriffe und Interpretationsmuster weitgehend in Übereinstimmung mit den in der Politik und der politischen Publizistik vorherrschenden Konzeptionen“ (a.a.O., S. 29), so hatten sich diese Theorien jetzt zu bewähren in Konkurrenz zum Historischen Materialismus, zur Kritik der Politischen Ökonomie, zur Freudschen Psychoanalyse und zur Sozialge-

schichte — eine Konkurrenz, die viele der Fachvertreter auf Jahre hinaus sprachlos machte und die dazu führte, daß auch in der öffentlichen Diskussion und in der Publizistik kritische Begriffe wie Klasse, Kapitalismus etc. wieder zur Kennzeichnung der Realität verwandt wurden.

II.

Schelskys Buch ist die Antwort auf die neue Situation. Man sucht hier vergeblich nach Hinweisen auf die Ursachen der Erschütterung: weder die Weltwirtschaftskrise noch das Problem der „Unregierbarkeit der Demokratien“ — Begriffe, die im Selbstverständnis der herrschenden Politiker ihren Ursprung haben, nicht in linker Theorie — werden haftbar gemacht, noch die von liberalen Kollegen wie R. Löwenthal oder Sontheimer immerhin konzedierte „tiefgehende Krise der allgemeinen Auffassungen vom Sinn des Lebens und des gesellschaftlichen Handelns im Westen“⁸. Schelsky will sich auch nicht auf die Ebene „ideenhafter Argumentation“ (12), der wissenschaftlichen Auseinandersetzung über Theorien begeben. Statt dessen wechselt er die Ebene: die Krise der gegenwärtigen Gesellschaft wird nicht in ihr lokalisiert, sondern als Angriff auf sie interpretiert. Auf die „Kulturschwelle“ der Technokratie folgt die „weltgeschichtliche Zäsur“ des neuen Klassenkampfes. Auf der Folie des „uralten Widerstreits von weltlicher und geistlicher Herrschaft“, der den Übergang vom Mittelalter zur Neuzeit bestimmt haben soll, wird dieser Klassenkampf als der „moderne Widerstreit von ‚Intellektuellen‘ und ‚Arbeitern‘“ interpretiert (13).

Die neue zur Herrschaft strebende Klasse, das sind keineswegs nur Marxisten, sondern vor allem linksliberale oder sozialistische Wissenschaftler und Schriftsteller bis hin zu Grass, Mitscherlich und Dahrendorf; ihre Gefolgschaft: Journalisten wie Augstein oder Bott; ihre Fußtruppen: linke Lehrer und Sozialarbeiter; ihre „Agenten unter Ministern und Abgeordneten“ (214): Politiker wie Brandt oder Heinemann. Mit einer neuen Sozialreligion, die angeblich universelle Selbstbestimmung, arbeitsfreien Alltag und herrschaftsfreien Dialog aller mit allen über alles predige, verdecken diese neuen „Priestersherrscher“ ihr machtpolitisches Ziel: die Aufrichtung einer Bewußt-

8 R. Löwenthal, Neues Mittelalter oder anomische Kulturkrise? *Merkur* 1975, H. 9, S. 802—818 (803). Während in den Habermasschen Theoremen der Legitimations- und Motivationskrise, auf die Löwenthal sich bezieht, immer noch der aus dem Grundkonflikt der kapitalistischen Produktion abgeleitete Charakter dieser Krisenphänomene erkennbar ist, fangen Autoren wie Löwenthal und Sontheimer bei der Verunsicherung des Bewußtseins an. Ihre ultima ratio ist dann auch: die „Glaubwürdigkeit unserer Werte wiederherzustellen“ (a.a.O., 818). Die „unsere Zivilisation charakterisierenden Grundwerte“ haben allerdings für Löwenthal ihren Ursprung inzwischen weniger in den Ideen der Aufklärung und der Französischen Revolution als in der protestantischen Ethik und dem Prinzip der Rechtssicherheit, i. e. des Eigentums (cf. 811 ff.).

seins-, Planungs- und Freizeitdiktatur über die „ändern“. Voraussetzung für diesen „Priestertrug“ sei die Propagierung künstlichen Elends in einer Welt nie gekannter Wohlfahrt breiter Bevölkerungsschichten. Der erste Schritt zur Priesterdiktatur sei die Machtergreifung in den Institutionen der Bildung und Ausbildung, der Planung und der Information:

„Die außerordentlich gewachsene Bedeutung der Vermittlung von Information, von Nachrichten, wissenschaftlichen Erkenntnissen, Ausbildungs- und Orientierungswissen in einer komplexen und großorganisatorischen Gesellschaft ermöglicht es dieser Gruppe ... auf der Grundlage der Beherrschung und Monopolisierung dieser polit-ökonomischen Wirkungsmöglichkeiten und in Verbindung mit einer neuen ‚Heilslehre‘“ sich als „neue Klasse zu begründen“. (14)

Nicht die Monopolisierung der physischen Gewalt oder der materiellen Produktionsmittel sei die Basis der neuen Klassenherrschaft, sondern die Monopolisierung von Wissen, Informationen und Weltbildern, die Beherrschung der Bewußtseinsformen und -inhalte, in denen sich die Menschen ihrer Stellung in der Gesellschaft und der Welt bewußt werden, in Schelskys Worten: die Produktion von „Sinn“. Die „kühle und realistische Strategie“ der neuen Herrscherkaste richte sich darauf, die Institutionen zu unterwandern, deren Funktion in der „moralischen Steuerung“ der Gesellschaftsmitglieder besteht (SDG 24 f.). Was Schelsky mit derlei starken Worten bedenkt, ist nicht die kommunistische Gefahr, die er in realistischer Einschätzung des immer noch hohen antikommunistischen Potentials in der Bundesrepublik vernachlässigt, sondern es sind die antizipierten Langzeitfolgen des Wiedereindringens aufklärerischen, kritischen, auf den Zustand der Gesamtgesellschaft bezogenen Denkens in den letzten 10 Jahren, es ist der Kampf um Demokratisierung, Mitbestimmung, in Betrieben, Schulen und Universitäten, die an einigen Stellen gelungene Durchbrechung des Informationsmonopols der Ideologen der formierten Gesellschaft.

Es wäre wohl wenig fruchtbar, Schelsky anhand von empirischen Aussagen widerlegen oder relativieren zu wollen, die die Lächerlichkeit von Sätzen wie „an die Stelle der Krupp und Ballin ... sind heute als sozialmächtige Konkurrenz doch längst die Böll und Grass ... getreten“ (214), von analytischen Kategorien, wie der „indoktrinären Erziehungsdiktatur der staatlich monopolisierten Lehrerschaft“ (314) oder der „stereotypen klassenherrschaftlichen Verdummung durch die intellektuelle Sozialvormundschaft“ (247) von Fernsehen und Rundfunk, erweisen. Es hat auch wenig Sinn, die Art und Weise zu kritisieren, in der Schelsky mit theoretischen Traditionen umspringt, derart die theoretische Wehrlosigkeit des anvisierten Leserkreises seines Bestsellers ausbeutend, wie er hinter einer immunisierend ausgebreiteten Fülle von theoretischen und philosophischen Kategorien sich durch Tricks Plausibilitäten erschleicht, die — von aller Empirie einmal abgesehen — keiner kategorialen Nachprüfung

standhalten⁹. Diese Theorie der Sinnherrschaft projiziert in grotesker Verschiebung der Quantitäten und unter Absehung von allen Qualitäten das Bild einer Gesellschaft, deren Bewußtsein vom Spiegel, von Heinrich Böll und Peter Merseburger „monopolisiert“ wird; so als gäbe es nicht Bild, Bunte Illustrierte und ZDF-Magazin — ganz zu schweigen von jenem „Sinn“, von jenen Orientierungen, denen sich zu entziehen ungleich schwerer fällt als aufklärerischen „Ideologien“, von jenen „Handlungsformierungen“ (64), die von Stechuhr, Mietskaserne und Warenhaus ausgehen. Diese Theorie projiziert, weil das eigene Gesellschaftsmodell (Integrationsingenieure, die eine vom gesellschaftlichen Leben abgekoppelte entpolitisierte Kleinwelt steuern) als Intention den Kritikern dieser Theorie und einer mit ihr operierenden Politik unterstellt wird.

Es geht gegen die „Sinn-Produzenten“, die „intellektuellen Verrat“ (253) an der Aufgabe begehen, jenen „Innerlichkeitszuschuß“ (66) zu produzieren, der dafür sorgt, daß die Herrschaftsverhältnisse nicht angezweifelt werden. Die Auseinandersetzung, die Schelsky in seiner Theorie führt, geht nicht gegen Ideologen schlechthin, sondern um die Frage, „wer den ‚Sinn des Lebens‘, den Überbau der Normen, bestimmt, denen sich alle als ‚sinnvoll‘ zu beugen haben“ (209), oder deutlicher: „welche sinngebende Herrschaftsgruppe die ‚Praxis‘ ideenhaft zu steuern hat . . . , darum, ob die ‚Sinn-Vermittler‘ ihre eigenen Herrschaftsziele durchzusetzen vermögen oder ob sie sich mit der dienenden Stellung einer Sinnausdeutung der gesellschaftlich Arbeitenden begnügen“ (107).

Die „kräftige Erneuerung von Orientierungsmustern der europäischen Aufklärung“¹⁰ ist ein Angriff auf den Klassencharakter der Gesellschaft. Die Analyse des Klassencharakters ist Klassen-

9 So z. B. die „Umdeutung“ des Klassenbegriffs, der weder auf dem Besitz an Produktionsmitteln beruht noch im Vebulenschen Sinn eine unproduktive Klasse bezeichnet, sondern schlicht ein politisches Freund-Feind-Verhältnis (167 ff.). So der „Beweis“ für den heilswissenschaftlichen Charakter linker Theorie mit Hilfe der Schelerschen Typologie: wer Herrschaftswissen und bloß innerliches Bildungswissen kritisiert, ist, weil es — bei Scheler — sonst kein Wissen gibt: ein Heilsgläubiger (97). So die grob selektiven und dabei als gültig hingestellten „Interpretationen“ ganzer Theorietraditionen, wie z. B. der Weberschen, die dazu herhalten muß, kritische Wissenschaft als „wertrational“ und damit als „irrational“ zu denunzieren (96 ff. u. passim). All das ist unter aller Kritik; es dokumentiert lediglich, zu welchem Preisgaben wissenschaftlicher Redlichkeit, zu welchem Ausmaß an „kindischen Ausbrüchen“ (Löwenthal, a.a.O., S. 803) ein bürgerlicher Theoretiker fähig ist, wenn er politische Pamphlete schreibt.

10 So immerhin die Diagnose der Anziehungskraft der „Linken“ durch Hermann Lübke („Fortschritt als Orientierungsproblem im Spiegel politischer Gegenwartssprache“, in: „Tendenzwende“, a.a.O., S. 12). Schelsky begnügt sich, anders als Lübke, nicht mit konservativer Skepsis, sondern geht in die Konsequenz und interpretiert die europäische Aufklärung „um“ in eine Theorie der Realpolitik (159), deren heutige Aufgabe es sei, die Aufklärer zu entmachten (184).

kampf; und Klassenkampf, so wird locker assoziiert, ist Ausbeutung. Damit ist die Ebene erreicht, auf der Schelsky die positive Gesellschaftlichkeit, die „legitime“ (10) Ordnung darstellt, die von den Priesterherrschern verzerrt wird.

III.

Wer sind die „andern“, die „die Arbeit tun“? Scheinbar in der Nähe der marxistischen Bestimmung definiert Schelsky sie als die Gesamtheit der materiellen Güter Produzierenden. Diese Gesamtheit zerfällt in die „Mehrleistenden“ und die „normal-Tätigen“ (175). Mehr leisten „Leitende, Spezialisten, Selbständige, Mehrfach-Tätige, Politiker“ (176), die ständig überanstrengt sind und überdies „ihre Herrschaftspositionen mit der Verantwortungsbelastung und dem beruflichen oder sozialen Risiko bezahlen“ (179). Demgegenüber können „der in Routinetätigkeit aufgehende Büroarbeiter, ... der sich ständig wiederholende einfache Leistungen ausführende Arbeiter, ja selbst die unter dem Schutz geregelter Dienststunden stehenden akademischen Berufe von den Arbeitsentlastungen und dem Freizeitkonsum des Sozialleistungssystems optimal Gebrauch machen“ (176). Diese Ausbeutung hochbelasteter Führungskräfte durch sozialgesicherte Normalarbeiter — „die uralte Unterscheidung zwischen den ‚Faulen‘ und den ‚Fleißigen‘“ — ist der „eigentliche Klassengegensatz in den auf soziale Gerechtigkeit ausgehenden Demokratien westlicher Prägung“ (175). Aber sie ist es doch nicht ganz, denn sie entsteht „aus den Gesetzmäßigkeiten der Arbeitsteilung selbst“, ist ein Verhältnis der „gegenseitigen ‚Ausbeutung‘, indem die Ausführenden ihre soziale Sicherung, ihre geregelte Freizeit, die Normalität und Stabilität der ‚Mehrleistung‘ der anderen verdanken und sie diesen auch mehr oder minder vertrauensvoll übertragen“. (178) Der Normalarbeiter ist auf „Vorsorge, und das heißt Vormundschaft, von planend herrschenden Gruppen angewiesen“. Diese Vormundschaft erstreckt sich nicht nur auf den Bereich der „Betriebseinheiten“, in denen die Manager „befehlen“. (178) Die Ausführenden sind in allen Lebensbereichen darauf angewiesen, „die ... ‚von außen‘, d. h. durch die vorherrschende Sozialordnung, durch die jeweilige Regierung und vor allem durch die ... vorbild- und normbildenden Kräfte ... angesonnenen Lebensregeln zu übernehmen und ihnen zu folgen“ (177 f.).

Es ist unverkennbar, daß dieses Gesellschaftsbild sehr viel mehr Ähnlichkeit mit dem Mittelalter hat als die Forderungen der neuen Linken nach kollektiver Rationalität, die nach Schelsky auf ein „neues Mittelalter“¹¹ hinauslaufen (134). Die Gleichheit in der Un-

11 Da Schelsky bei sich selbst, anders als bei seinen theoretischen Gegnern, ein Bewußtsein über die Tradition von Begriffen voraussetzt, dürfte die Kategorie des „Neuen Mittelalters“ kaum Zufall sein. Sie stammt, als antiliberalistischer Kampfbegriff, von Philosophen wie Othmar Spann und Christoph Steding und sollte eine auf „echte Autorität“ gegründete ganzheitliche Gemeinschaft begründen. Die theoretischen Befürworter solcher Revolutionen waren freilich, zusammen mit dem linken SA-Flügel, die

gleichheit und die Freiheit in der Anerkennung der Unausweichlichkeit der Hierarchie als einer „natürlichen Verschiedenheit“ (86), dieses Gesellschaftsmodell reicht von Menenius Agrippa über die feudale Ideologie und die Krupp-Familie bis hin zu jener Gemeinschaft, in der „Unternehmer, Angestellte und Arbeiter . . . Führer und Gefolgschaft eines Betriebes (sind), die gemeinsam zur Förderung der Betriebszwecke und zum gemeinen Nutzen von Volk und Staat arbeiten“¹².

Indem dieses kryptofaschistische Gesellschaftsmodell unterstellt wird als das erreichte Reich der Freiheit, als der neue Aggregatzustand der Weltgeschichte, indem diese Interpretation des Kapitalismus als einer Volksgemeinschaft der Arbeiter von Stirn und Faust mit dem autoritativen Gestus der Wissenschaft als „notwendig“, als „gesetzlich“ (175 ff.) unterstellt wird, ist jede andere Analyse, jede andere Stellungnahme von vornherein Ideologie, Verleumdung, Verunsicherung nicht nur legitimer, sondern gar nicht anders denkbarer Herrschaft. Sie ist eine abweichende Interpretation. Sie kann nun von vornherein als dysfunktional und sozialschädlich denunziert werden. Die wachsende Funktionsunfähigkeit des technischen Staates wird nicht verursacht durch seine eigenen Widersprüche, sondern sie ist eine „Sinnkrise“ (und hier liegen „Konservative“ wie Schelsky, „Liberale“ wie Sontheimer und Sozialdemokraten wie Löwenthal auf einer Linie), verursacht durch die intellektuelle Fahnenflucht derer, die das Bewußtsein der Abhängigen nicht führen nach den Notwendigkeiten des Kapitals, sondern im Interesse der Abhängigen, oder die überhaupt nur ihre Tätigkeit als Forscher, Lehrer, Publizisten an „ganz unideologischen, unvoreingenommenen wissenschaftlichen Fragestellungen“ (254) betreiben.

Schelskys Illusion aus der Technokratietheorie, die gesellschaftlichen Konflikte könnten durch den Einsatz von Humantechniken auf Dauer stillgelegt werden, wird in diesem Buch nicht korrigiert, sondern sie bleibt die Basis seines Denkens. Ließ sich damals die Stabilisierung der Gesellschaft nur durch ideologische Integration bewerkstelligen, dann ist die zutage tretende Instabilität nur als ideologische Desintegration zu begreifen. Die neue „Klassentheorie“ entpuppt sich als die Neuformulierung der Technokratietheorie unter veränderten Bedingungen: als die zu ihr gehörige Dolchstoßlegende.

ersten Opfer der viel „modernerer“ NSDAP. Auch ihre Forderungen waren dysfunktional für die Erfordernisse einer Anhebung der Profitrate. Allein das „rechtfertigt“, wenn man Schelskys Text als einen stringenter rekonstruieren wollte, die Subsumierung von Demokraten, Sozialisten und kritischen Wissenschaftlern unter diesen Begriff und erweist symptomatisch, daß es Schelsky, fern von allem konservativem Erbe, nur um die Befestigung der Produktionsverhältnisse um jeden Preis geht.

12 C. Schmitt, Über die drei Arten des rechtswissenschaftlichen Denkens, Hamburg 1934, S. 64 — Zum inneren Zusammenhang von Institutionalismus, Faschismus und Technokratie cf. Hansmartin Kuhn, Der lange Marsch in den Faschismus, Berlin West 1974.

IV.

Schelskys Buch ist ein Aufruf an die „vorbild- und normbildenden Kräfte“, sich nicht länger auf die erklärten Parteikommunisten zu kaprizieren, sondern sich an die Bekämpfung der fünften Kolonne des Kommunismus in den eigenen Reihen zu machen. Es geht um die strategische Einheit

„von der Deutschen Kommunistischen Partei ... über die verschiedensten anarchistischen Gruppen bis hin zur Führung der Jungsozialisten ... und gewichtigen Teilen der Jungdemokraten ... große(n) Teile(n) der westdeutschen Journalisten und der jüngeren Theologen beider Konfessionen, (den) meisten Studenten- und Assistentensprechern der Hochschulen sowie wesentliche(n) Gruppen der jüngeren Lehrerschaft“ (SDG 20).

Und die Lage ist ernst:

„Ich habe wenig Hoffnung, daß dieses Vordringen einer neuen religiösen Bewegung aufzuhalten ist... Das einzige, was zu erreichen ist, sind geschichtliche Verzögerungen, die immerhin politische Ordnungen und von ihnen abhängige persönliche Existenzformen noch ein bis zwei Generationen erhalten können...“ (76 f.)

Ob Kriege, Bürgerkriege und Depressionen — nach der Logik: Not macht realistisch, Krieg diszipliniert, und Arbeitslosigkeit macht fleißig (cf. 159) — diese Verzögerung bewirken können oder den Prozeß nicht umgekehrt gerade beschleunigen, ist ungewiß (159/376). Es wird davon abhängen, wie die Führenden sich auf sie vorbereiten.

Schelskys Vorschläge zielen zunächst auf *Reideologisierung*: Die Umsetzung seiner Analyse in Strategie führt ihn zur Denunziation der Systemkritiker mit einer Lieblingsvorstellung der soziologisch Naiven und der Demagogen aller Zeiten, der Verschwörung:

„Ich halte die ideologischen Komponenten dieser Strategie (d. i. der Systemüberwindung, MG) ... für vordergründige Variablen, hinter denen sich längst der Kern einer zielbewußten, realistischen und machiavellistischen politischen Strategie der Herrschaftseroberung verbirgt ... diese Strategen handeln legal, wenn auch ihre Legalität der Hitlers vor der Machtergreifung entspricht.“ (SDG 37)

Da ist dann die Rede von einer „international sich in die Hände spielenden Herrschaft der wissenschaftlichen Planungsmonopolisten“ (372); da sind die Forderungen nach Bildungsreform und nach dem Streikrecht der Lehrer angezettelt vom „kleinen Lenin des bundesdeutschen Lehrerklassenkampfes“, Erich Frister, als dem Oberhaupt einer Gruppe von geiselnehmenden „herrschaftssüchtig-erpressenden Staatsdiener(n)“ (315).

Neben der Bekämpfung dieser Verschwörung soll sich eine ideologische Gegenoffensive auf die Pflege der Reste kleinbürgerlich-privatistischer Arbeitsmoral richten. Darüber hinaus wird es, wenn die Massenloyalität sich nicht mehr durch Konsumsteigerung stützen läßt, notwendig, die kapitalistischen Produktionsverhältnisse durch eine neue verbindende Idee zu verklären. Schelsky hat diese Idee, die Interpretation der Klassengesellschaft in eine Gemeinschaft von gleichermaßen selbständigen Teilhabern an der Industriegesellschaft,

mit seinem Buch vorgelegt; er hat sie spätestens seit dem CSU-Parteitag 1973 den Unionsparteien angedient, als ein Mittel, zu zeigen, daß „die strengere moralische Konsequenz, das größere Freiheitsversprechen für den Einzelnen“¹³ in jener quasimilitärischen Gemeinschaft liegt.

Aber so wichtig diese Versuche sind, die andauernde Realität kapitalistischer Ausbeutung noch einmal durch eine veränderte Sprachpolitik, durch den Rückgriff auf Volksgemeinschaftsideologien zu sichern — Schelsky selbst setzt nicht allzu sehr auf die Popularisierbarkeit derartiger Gedanken. Sind doch die Mannschaften, nach einer frühen Einsicht Ernst Jüngers, „durchaus Materialisten“¹⁴. Die gewichtigeren Vorschläge zielen denn auch eher darauf, die konkurrierenden „Sinnproduzenten“ zu entmachten. Hierin besteht die einzige *inhaltliche* Korrektur der Technokratietheorie: es war ein Irrtum, daß das Nachdenken über die Gesellschaft als folgenlose Reflexion der Privatheit überantwortet werden kann. Wenn der Kapitalismus in die Krise gerät, ist die Gesellschaft nur noch zu integrieren, wenn die Verständigung der Individuen über ihr Zusammenleben ausschließlich in den Begriffen des status quo geschieht. Schelsky sieht die Gefahr, die diesem status quo droht, solange selbst „keine CDU oder CSU (sich) als öffentliche Erörterung leisten“ kann, „wie denn die Generation der systemüberwindenden und heilsherrschaftlichen Lehrer, Professoren usw. . . . jemals in ihrer Wirkung gestoppt werden können“ (295). Der Zustand der Gesellschaft ist an sich selbst so explosiv, seine Legitimation so schwach, daß Schelsky annimmt, daß jede auf Gesellschaft bezogene Erkenntnis, jeder Begriff, der nicht Apologie der herrschenden Verhältnisse ist, an deren Untergang arbeitet (cf. 245 f.).

Was Schelsky im Grunde so beunruhigt, ist die in einigen gesellschaftlichen Bereichen gelungene Kanalisierung der überschäumenden Ansprüche der Studentenbewegung in sachliche Arbeit, deren Langzeitfolgen er antizipiert. Die Irrtümer der Anarchisten — die direkte Aktion —, der Sozialdemokraten — der Sozialismus über den Stimmzettel —, und der Aufklärung — Sozialismus eben durch „Aufklärung“ —, sind tendenziell vermeidbar geworden in einer Bewegung, die nicht von einem parlamentarischen oder revolutionären Tag X lebt, sondern mit Sachverstand und Durchsetzungsvermögen ausgestattet jeweils auf der Ebene „technischer“ Entscheidungen praktisch einsteigt und das innerhalb des Rahmens der Verfassung. Mit Luhmann zu reden: hier hat sich die Aufklärung selbst aufgeklärt und als Arbeit organisiert. Solange das nicht geschieht, kann die Gegenaufklärung immer, schmunzelnd über die viele Bewegung, auf ihre Waffe, die Festigkeit der Institutionen, setzen.

13 PT 14; zur ideologischen Überhöhung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse cf. den Aufsatz von Haug in diesem Heft.

14 Der Kampf als inneres Erlebnis, Berlin 81940, S. 86.

Deshalb wird es nicht ausreichen, nur die zu „stoppen“, die sich „auf die extreme Torheit nachweisbarer parteikommunistischer Aktivität verfassungsverräterischer Art einlassen“ (295). Schelskys Vorschläge gehen weit über die Radikalenerlasse hinaus:

a) Die relative Autonomie des Bildungs- und Ausbildungssektors — wie der staatlichen Veranstaltungen überhaupt — muß gebrochen werden durch den „Einfluß oder die Mitbestimmung der beruflichen Praxis oder anderer (!) Erziehungsberechtigter“ (230), wenn schon nicht die Privatisierung dieser Bereiche („institutionelle Vielfalt“, „Dezentralisierung“) durchzusetzen ist. Die Loyalität der Beamten hat sich nicht allein an den Normen der Verfassung auszurichten; sie ist auszuweiten zu einer Verpflichtung „auf das Bestehende, also auf die vorhandenen Funktionsinteressen der öffentlichen Ordnung, ihres Wirtschafts- und Verwaltungssystems, auf ihre Gruppeninteressen und Berufsansprüche usw.“ (225); kurz: auf die „sozialen Tatbestände“ (375).

b) Gegen abweichende „Interpretationen“ der Realität fordert Schelsky einen institutionalisierten „Hüter der Sprache“ (235), damit die „eine Seite unter ‚Friede‘, ‚Rechtsstaat‘, ‚Demokratie‘ usw. nicht sachlich genau das Gegenteil von dem versteht, was die andere Seite darunter meint“ (235). Und es folgt die Bestimmung dessen, was ‚seine Seite‘ unter Meinungsfreiheit versteht. Mit Hennis entwickelt er

„die im Art. 5 (1) des Grundgesetzes liegende Dialektik, daß auf der einen Seite Meinungsfreiheit und vor allem Presse- und Berichterstattungsfreiheit ‚gewährleistet werden‘ soll, auf der anderen Seite ebenso der kategorische Satz steht: ‚Eine Zensur findet nicht statt.‘ Der Widerspruch — entweder Einführung einer ‚Zensur‘ oder grundgesetzliche Unterstützung (!) der Sprachherrschaft der sinnproduzierenden, klassenkämpferischen, die Verständigung aggressiv ablehnenden Linken — gehört zu den Situationen, von denen ich behauptet habe, daß Liberale in ihnen nur noch Selbsttore schießen können.“ (236)

Die Gefahr droht hier weniger von der privatwirtschaftlich verfaßten Presse als von den öffentlich-rechtlichen Medien, deren Proporzpluralismus eine einheitliche ideologische Ausrichtung der Bevölkerung verhindert. Die bloße Thematisierung von Konflikten — ob von rechts oder von links, von Bött oder Löwenthal, stört die „sachliche Aufgabe der Publizistik“ (127): ideologisch-politisches „Führungsmittel“ der „verfaßten politischen Einheiten“ (132 f.) zu sein.

c) Auch das Bündnis staatstragender Parteien mit der Religion muß neu überprüft werden, richtet sich doch die Strategie der Linken am erfolgreichsten auf Institutionen, die „Sinn und Moral ... produzieren“, finden sie doch hier ihre Bündnispartner („weltfremde Humanisten“). Auch die Religion, wenn sie sich nicht auf ihre „Aufgabe als moralische Steuerung“ der existierenden Gesellschaft verpflichten läßt, ist nicht so ungefährlich, wie Schelsky 1961 noch annahm. Humanismus und Christentum sind heute mehr als damals

Deshalb wird es nicht ausreichen, nur die zu „stoppen“, die sich „auf die extreme Torheit nachweisbarer parteikommunistischer Aktivität verfassungsverräterischer Art einlassen“ (295). Schelskys Vorschläge gehen weit über die Radikalenerlasse hinaus:

a) Die relative Autonomie des Bildungs- und Ausbildungssektors — wie der staatlichen Veranstaltungen überhaupt — muß gebrochen werden durch den „Einfluß oder die Mitbestimmung der beruflichen Praxis oder anderer (!) Erziehungsberechtigter“ (230), wenn schon nicht die Privatisierung dieser Bereiche („institutionelle Vielfalt“, „Dezentralisierung“) durchzusetzen ist. Die Loyalität der Beamten hat sich nicht allein an den Normen der Verfassung auszurichten; sie ist auszuweiten zu einer Verpflichtung „auf das Bestehende, also auf die vorhandenen Funktionsinteressen der öffentlichen Ordnung, ihres Wirtschafts- und Verwaltungssystems, auf ihre Gruppeninteressen und Berufsansprüche usw.“ (225); kurz: auf die „sozialen Tatbestände“ (375).

b) Gegen abweichende „Interpretationen“ der Realität fordert Schelsky einen institutionalisierten „Hüter der Sprache“ (235), damit die „eine Seite unter ‚Friede‘, ‚Rechtsstaat‘, ‚Demokratie‘ usw. nicht sachlich genau das Gegenteil von dem versteht, was die andere Seite darunter meint“ (235). Und es folgt die Bestimmung dessen, was ‚seine Seite‘ unter Meinungsfreiheit versteht. Mit Hennis entwickelt er

„die im Art. 5 (1) des Grundgesetzes liegende Dialektik, daß auf der einen Seite Meinungsfreiheit und vor allem Presse- und Berichterstattungsfreiheit ‚gewährleistet werden‘ soll, auf der anderen Seite ebenso der kategorische Satz steht: ‚Eine Zensur findet nicht statt.‘ Der Widerspruch — entweder Einführung einer ‚Zensur‘ oder grundgesetzliche Unterstützung (!) der Sprachherrschaft der sinnproduzierenden, klassenkämpferischen, die Verständigung aggressiv ablehnenden Linken — gehört zu den Situationen, von denen ich behauptet habe, daß Liberale in ihnen nur noch Selbsttore schießen können.“ (236)

Die Gefahr droht hier weniger von der privatwirtschaftlich verfaßten Presse als von den öffentlich-rechtlichen Medien, deren Proporzpluralismus eine einheitliche ideologische Ausrichtung der Bevölkerung verhindert. Die bloße Thematisierung von Konflikten — ob von rechts oder von links, von Bott oder Löwenthal, stört die „sachliche Aufgabe der Publizistik“ (127): ideologisch-politisches „Führungsmittel“ der „verfaßten politischen Einheiten“ (132 f.) zu sein.

c) Auch das Bündnis staatstragender Parteien mit der Religion muß neu überprüft werden, richtet sich doch die Strategie der Linken am erfolgreichsten auf Institutionen, die „Sinn und Moral ... produzieren“, finden sie doch hier ihre Bündnispartner („weltfremde Humanisten“). Auch die Religion, wenn sie sich nicht auf ihre „Aufgabe als moralische Steuerung“ der existierenden Gesellschaft verpflichten läßt, ist nicht so ungefährlich, wie Schelsky 1961 noch annahm. Humanismus und Christentum sind heute mehr als damals

Sand im Getriebe der „Verhaltenswirklichkeit“ (SDG 25, 34). Wenn die Verhältnisse selbst nicht die Ethik zum Innerlichkeitszuschuß machen und die Kunst zum Musealen, wenn die Kirchen keine „moralischen Bußpredigten mehr ... halten, sondern Sozialanklagen“ (321), wenn das Christentum sich selbst pervertiert, indem es entgegen der „im Grundgesetz vorausgesetzten“ (325) christlichen Ethik sich hinter Kriegsdienstgegner stellt, dann muß man dieser Institution die Selbstaflösung vorschlagen. Sie ist nicht mehr bloß „überflüssig“, sondern sie ist dysfunktional geworden. Schelsky empfiehlt ihr darum den „bewußte(n) und entschlossene(n) Weg zur Sekte“ (329). Er fordert eine restlose Versachlichung oder privatistische Auflösung aller Weltanschauungen, moralischen oder politischen „Ideologien“. Es ist keine Gleichschaltung mehr, denn was da abdanken soll, wird nicht durch eine neue verklärende Ideologie ersetzt, sondern durch die Verpflichtung auf das, was da ist und wie es da ist.

d) Das bedeutet auch für die normative Grundlage des Staates einen Abschied von allem „Alteuropäischen“ (Luhmann):

„Je ernster die normative politische Weltanschauung genommen wird, um so schwerwiegender verstößt dieses Staatssystem auf die Dauer gegen die Sachgesetzmäßigkeiten des ‚technisch wissenschaftlichen Staates‘ und geht dann womöglich geradezu an der Unsachlichkeit seiner Weltanschauung zugrunde.“ (M 453)

So hieß es 1961 über das Verhältnis von Technokratie und „totalitären Staaten“ mit einer normativen politischen Ethik. Die Verfassung der Bundesrepublik schien solchen Belastungen nicht ausgesetzt, solange die in ihr garantierten Persönlichkeitsrechte nicht „exzessive(r) Beanspruchung“ unterlagen, solange die Grundwerte der Institutionen nicht „zu Kampfmitteln ... pervertiert(t)“ wurden, solange Mitbestimmung nicht zur „Sozialvormundschaft über die Arbeiter aller Ränge (!)“ wurde. (SDG 23, 28 f., 36) Es ist daher an der Zeit, um der Freiheit der Sachzwänge willen, die „Vorstellung der Freiheit der Person“ von der „Wurzel der sozialen Tatbestände her“ neu zu überdenken und — um der im Prinzip der Demokratie liegenden Gefahr des „Totalitarismus von unten“ zu wehren — zu einer „soziologisch begründeten Gewaltenteilung“ zu kommen (376, 37). Der Zustand, der die „Staatsorgane zu einer überpeinlich formalen Wahrung der Freiheitsrechte des einzelnen (zwingt), obwohl ihnen klar ist, daß damit nur die Lahmlegung ihrer legitimen Aufgabenerfüllung erreicht werden soll“ (SDG 28 f.), muß revidiert werden.

e) Voraussetzung dieses Programms ist die Re-Esoterisierung der Sozialwissenschaften. Erst durch die soziologische Denkweise würden die

„Schwierigkeiten, Spannungen und Konflikte des Lebens jetzt als ‚soziale‘ benannt und bewußt gemacht und damit nicht entdeckt, sondern verstärkt, ja produziert“. Damit werde die „abstrus-naive Verwechslung von Soziologie und Sozialismus hinterrücks ein Stück Wahrheit“. (256) „Die Thematisierung des Zeitbewußtseins auch

durch die durchaus wissenschaftlich bleibende Soziologie macht die entscheidende metawissenschaftliche Wirkung auf das Zeitbewußtsein aus.“ (267)

Selbst die Anwendung von Soziologen als Sozialingenieuren, in der Schelskys Technokratietheorie die eigentliche Aufgabe der Sozialwissenschaft sah, hat ihre zerstörerische Dialektik: ein allgemeines Bewußtsein der „Machbarkeit auch der Menschenwelt auf der Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnis“ (262) zeitigt ja gerade die katastrophalen Folgen, die Schelsky zu seiner Forderung treiben.

Es muß verhindert werden, daß „die Erkenntnissprache zur Herrschaftssprache (wird)“ (242). Das heißt, die Soziologie, wie jede wissenschaftliche Betrachtung der Gesellschaft, darf nicht als Wissen der gesellschaftlichen Individuen ihrer Selbstaufklärung dienen; sie muß, als Wissen über die Gesellschaft, als „Aufklärungswissen“ im militärischen Sinne, den geheimen Sozialräten des technischen Staates vorbehalten bleiben:

„Sicherlich wird man die hier kritisierten Auswirkungen der Soziologie niemals innerhalb der Soziologie ... beheben können, sondern ihre heils- und klassenherrschaftlichen Auswirkungen werden erst aufhören, wenn die Soziologie ihre große Zeitwirkung verliert und in die Stellung eines ‚esoterischen‘ Fachs zurückgedrängt, also auf einen Personenkreis wieder beschränkt worden ist, der seinen Weiterführungen nach den Verführungen der Soziologie gewachsen ist.“ (255)

Ihr Studium soll den „wenige(n), besonders Begabte(n)“ (226) vorbehalten bleiben. Neben die private Verfügung über die Produktionsmittel — und sie stützend — tritt so die Reprivatisierung der Wissenschaft und ihre Anwendung auf die breite Masse, die beschränkt bleibt auf die „grundsätzlich irrationale, nicht wissenschaftsfähige ... ‚breite Erfahrung‘“ (305)¹⁵. Was Schelsky als Stärkung der Freiheit des einzelnen „vom Sozialen“ (265) ausgibt, ist der Schutz der spätkapitalistischen Gesellschaft nicht nur vor dem exzessiven Gebrauch der Grundrechte, sondern vor allem vor dem exzessiven Gebrauch des Denkvermögens; es ist die (Re)privatisierung der gesellschaftlich Arbeitenden in den extragesellschaftlichen Sphären des „Wohlgefühls ... im Ausleben des Konsums“ (212), des „intellektuell entlasteten Glücksanspruchs des kleinen Mannes“ (216), der privaten Religiosität, des unorganisierten Konsums von Politik (215).

V.

Der kommerzielle und Auflagenerfolg von „Theorien“ wie dieser¹⁶ zeigt, daß Ideologien nicht ein für alle Mal „wissenschaftlich“ widerlegbar sind. Sie haben und behalten politische Gewalt, indem sie das Terrain der öffentlichen Sprache besetzen und so — wie es in den 50er Jahren geschehen ist¹⁷ — eine wissenschaftliche Erkennt-

¹⁵ Ähnlich Sontheimers Apologie des „Common sense“, a.a.O., S. 272 ff.

¹⁶ Schelsky rechnet eine Verbreitung seines Aufsatzes „Die Strategie der Systemüberwindung“ von 1,5 Millionen vor. Cf. SDG 19.

nis der Gesellschaft wie eine rationale Selbstverständigung der Individuen verhindern. Auch die wissenschaftliche Widerlegung von Ideologie wird zur praktischen Wahrheit nur in dem Maße, wie sie in die Köpfe gelangt — und in ihnen bleibt. Die Analyse von Schelskys Klassenkampftheorie zeigt aber auch, daß Aufklärungsprozesse eines Jahrzehnts nicht ohne Folgen sind: die ultima ratio bürgerlicher Theorie wird deutlicher ausgesprochen als damals. Es ist die Vernichtung konkurrierender Erklärungen der Realität unter Verzicht auf jede konsistente Argumentation und Begrifflichkeit¹⁸. Es ist der Aufruf zur Preisgabe aller „eigenen“ Werte, Institutionen und Normen des Bürgertums, wenn es darum geht, die Kapitalsherrschaft gegen Demokratie und Sozialismus zu schützen. Es ist schließlich die Absage an die Möglichkeit einer ideologischen Integrierbarkeit kapitalistischer Gesellschaften und der Aufruf zum Klassenkampf gegen Demokratie und Sozialismus und deren Wegbereiterin, die Aufklärung. Denn: „wer ‚Klasse‘ sagt, nimmt damit bereits am ‚Klassenkampf‘ teil“ (168).

17 Vgl. G. Schäfer u. C. Nedelmann (Hg.), *Der CDU-Staat*, München 1967, darin vor allem die Beiträge von Negt und Schäfer.

18 Man beachte z. B. nur den das ganze Buch durchziehenden Wechsel der Terminologien: die Manager etc. „führen“; die Linken „herrschen“ etc. Ein Euphemismus, für den Hans Freyer (*Planung und Herrschaft*, Hamburg 1933) nur Hohn übrig hatte.

Frigga Haug

Wie machen wir eine bessere Zeitschrift?

Auswertung der Leserumfrage

Nach 18 Jahren und fast 100 Argument-Heften befragten wir zum ersten Mal unsere Leser in der herkömmlichen Form einer Umfrage nach ihrem Urteil über unsere Arbeit, nach ihrer Kritik, ihren Verbesserungsvorschlägen*. Warum taten wir das nicht eher? Sicher, wir hatten immer alle Hände voll damit zu tun, die Zeitschrift zu machen, aber das haben wir noch immer. Warum also jetzt eine Leserumfrage?

Die Antwort ist einfach. In Zeiten zunehmenden, immer diffizileren, dabei gleichzeitig auch brutaleren ideologischen Klassenkampfes sehen wir viele, die mutlos werden; Resignation, Apathie und Orientierungslosigkeit breiten sich aus. Was soll *man* tun? In dieser Situation haben wir das Gefühl, daß unsere Zeitschrift nicht gut genug ist, daß sie den geänderten Verhältnissen nicht genügend Rechnung trägt. Was sollen *wir* tun? Wenn wir auf diese Frage unsere Leser, für die wir schließlich arbeiten, um Antwort bitten, so geht es uns nicht um die *Meinung* der Leser zu den Dingen, die ohnehin und ohne sie geschehen, sondern gefragt sind die Leser als Mitarbeiter, als lesende und schreibende Mitgestalter und Benutzer der Zeitschrift. Daher haben wir die Fragen nicht wie übliche Fragen nach Meinungen formuliert. Sie sollten auch nicht, wie ein Leser mutmaßte, manipulativ *bestimmte* Antworten hervorlocken. Ihre Formulierung sollte vielmehr gerade ausschließen, daß bloß meinungsmäßig abgehakt würde, daß Vorurteile kritiklos weitergegeben würden. Wir haben einige Fragen so gestellt, daß zu ihrer Beantwortung das Sich-Einlassen auf die Probleme der Zeitschrift und u. U. Meinungsänderungen aufgrund eigener Überlegungen notwendig waren (so die nach der politischen Bandbreite), andere so, daß ausdrücklich zu Kritik aufgerufen wurde (so die Frage nach den „besser zu schreibenden“ Rezensionen). Ein Aufruf, sich Gedanken zu machen, ist das Gegenteil von Manipulation.

* Obwohl die Veröffentlichung der Leserantworten einen gewissen Schlußstrich zu setzen scheint, sind uns die zur Zeit und später immer noch eingehenden Antworten willkommen. Auch sie werden die Arbeit der Zeitschrift beeinflussen. Für jene, die die Umfrage übersehen haben, zur Beantwortung und zum besseren Verständnis der Auswertung aber den Wortlaut der Fragen suchen: die Umfrage war in Heft 97/1976.

War die Umfrage ein Erfolg? Sie war es nicht in quantitativer Hinsicht: es antworteten nur 3 % unserer Abonnenten und verschwindend wenige der Einzelkäufer — das ist zwar nicht zu wenig, verglichen mit üblichen Untersuchungen, wohl aber genügt es nicht für den Anspruch, den das Argument sich selbst und damit seinen Lesern stellt. — Doch ist dies nicht der hauptsächlichliche Grund, aus dem wir bald eine weitere Umfrage folgen lassen werden. Der eigentliche Grund ist der qualitative *Erfolg* der Befragung: Die Antworten zeigen die Leser in einer intensiven Auseinandersetzung mit der Zeitschrift; das Einverständnis ebenso wie die Kritik und die weiterführenden Vorschläge bewiesen mehr, als wir zu hoffen gewagt hätten, wie sehr unsere Leser die Intention der Zeitschrift, Werkzeug zu sein und also benutzbar, verstanden haben und dies zum selbstverständlichen Ausgangspunkt ihrer Antworten machen. In dieser Hinsicht hätten wir uns die Leser nicht besser erfinden können. Der Reichtum an Ideen, der zusätzlich aus einer solchen Mobilisierung der produktiven Rezipienten entspringt, wird der Zeitschrift und damit wieder ihren Lesern zugute kommen, wird das Werkzeug benutzbarer machen.

Leser helfen bei der Verbreitung der Zeitschrift

Daß die Leser das Argument als ihre Zeitschrift betrachten, zeigt sich nicht zuletzt in der für uns überraschenden, aber außerordentlich notwendigen Bereitschaft, zur Verbreitung beizutragen. Auf die Frage (6) nach dem Engagement fürs Plakate-Kleben, Prospekte-Verteilen, Abonnenten-Werben, Rezensieren (die leider von uns so verklausuliert formuliert war, daß immerhin 6 % sie falsch verstanden — etwa als Anfrage nach Fusionsmöglichkeiten im Verlagsgeschäft) antworteten 80 % mit einem unbedingten ja (die ersten Prospekte, Plakate etc. wurden bereits verschickt, täglich gehen neue Anfragen ein). Nur 7 % lehnten es ab, bei der Verbreitung von Argument mitzuwirken.

Wer sind die Leser des Argument?

Die Antworten sind nicht repräsentativ für alle Leser. Vor allem die Berufstätigen sind mit 38 %, gegenüber 57 % Schülern und Studenten, deutlich überrepräsentiert. — Falls unsere Abonnentenkartei nicht hauptsächlich die Tatsache widerspiegelt, daß die einzelnen als Studenten begonnen haben, das Argument zu abonnieren und als Berufstätige die Studentenermäßigung nicht aufgeben wollen, so sind nur 14 % der Abonnenten berufstätig. — Von jenen 38 %, für die das Argument eine sinnvolle Lektüre für ihren Beruf sein sollte, arbeiten 40 % wiederum an einer Universität als Assistent oder Hochschullehrer; 22 % sind Lehrer in der Schule, die restlichen verteilen sich auf weit gestreute Berufsfelder; sie sind z. B. Sozialarbeiter, Chemielaborant, Hausfrau, Psychologe, Speditionskaufmann, Krankenpfleger, Soziologe, Arzt, Journalist usw. — Das hier angedeutete Spektrum unserer Leser setzt sich fort bei den Studienfächern. Die Vielfalt von 28 verschiedenen Disziplinen bringt es mit sich, daß kaum relevante Häufungen auftreten, will man nicht die

21 % Soziologen als Schwerpunktgruppe interpretieren — was sich jedoch nicht empfiehlt, weil die Soziologie selber als eine Sammelstelle für verschiedene sonst getrennte Disziplinen auftritt, wie Psychologie, Politik, Philosophie, Städtebau u. a. m. — Weil die Vielfalt der Fächer unserer Leser sich wiederholt als Vielfalt von Wünschen an die Zeitschrift, sei im folgenden in Form von Zahlen vorgestellt, was für uns als Schwierigkeit auftritt, gleichzeitig wissenschaftliches Organ für Leser aus 28 Disziplinen zu sein:

Tabelle 1: Fachrichtungen unserer Leser in % der Antworten

1. Soziologie	21 %	8. Psychologie	8 %
2. Literaturwissenschaften	18 %	9. Wirtschaftswissenschaften	7 %
3. Geschichte	13 %	10. Mathematik und Naturwissenschaften	6 %
4. Politik	12 %	11. Medizin	3 %
5. Philosophie	11 %	12. Jura	2 %
6. Pädagogik	11 %		
7. Ästhetik und Kommunikation	9 %		

(Weitere Fächer, die mit weniger als 2% Antworten vertreten sind: Theologie, Sport, Geographie, Informatik, Ethnologie, Pharmazentik, Wirtschaftsgeschichte, Maschinenbau. Die Rangunterschiede bei gleichen Prozentsätzen ergeben sich aus den hier weggelassenen Stellen hinter dem Komma. Die Summe der Prozentangaben ist nicht auf 100 aufzurechnen, weil die meisten Leser mehrere Fächer und demnach auch Fachinteressen repräsentieren.)

Themen, deren Bearbeitung gewünscht wird

Entsprechend der Vielfalt der Fachinteressen löst der Fragenkomplex (2) nach den Themenschwerpunkten der Zeitschrift ein großes Echo teils zustimmender, teils kritischer, teils widerstreitender Stimmen aus. Allein in der Sparte nach den für *wichtig gehaltenen bisherigen Argument-Themen* kommen fast 1000 Nennungen, die sich auf ca. 30 Themen konzentrieren. Die Frage nach den *zusätzlich oder vermehrt zu bearbeitenden Gebieten* findet unsere Leser phantasievoll und mit vielen Bedürfnissen nach weiteren Schwerpunkten und versammelt noch einmal 500 Nennungen, die sich in etwa 35 Themen zusammenfassen lassen. Knapp halb soviel (15) von uns bislang veröffentlichte Themen rangieren als „unwichtig“, wobei von vielen Lesern die Formulierung unserer Frage nach „nutzlosen“ oder „uninteressanten“ Themen durchgestrichen oder explizit zurückgewiesen wurde mit Begründungen wie: „für einen Marxisten gibt es kein wirklich uninteressantes Thema“ oder „es kommt auf die Behandlungsweise an“. Mehr als die Hälfte der Leser bejahen ausdrücklich den Allseitigkeitsanspruch des Argument. — Immerhin zwingt die Ablehnung einiger Themen zu neuen Überlegungen.

Tabelle 2: „Unwichtige“, „uninteressante“ Themen

— die ersten 10 von 15 Nennungen —

1. keines unwichtig	52 %	6. Literatur	6 %
2. Medizin	26 %	7. Ästhetik	6 %
3. Sprache	20 %	8. Psychologie	6 %
4. Widerspiegelungs- diskussion	10 %	9. Pädagogik	4 %
5. Naturwissenschaft	7 %	10. Sexualität und Herrschaft	3 %

(Es folgen mit weniger als 3%: Umwelt, Medien, Philosophie, Jura, Geschichte, Entwicklungsländer.)

Es ist auffällig, daß sich unter den abgelehnten Themen gehäuft jene befinden, die von anderen Lesern für besonders wichtig gehalten werden. Diese Themen sind also umstritten. So nimmt beispielsweise die Widerspiegelungs-Diskussion — der dritte der abgelehnten Schwerpunkte — bei der Rangliste der besonders wichtigen Themen mit überwältigender Mehrheit den ersten Platz ein; Psychologie den fünften, Medizin den sechsten und die Naturwissenschaften den neunten. Diese Ranghöhen sind zusätzlich bemerkenswert, da z. B. Psychologie und Medizin von den studierten Fächern her eher abseits liegen (8 % und 3 %), und die Widerspiegelungs-Diskussion uns schon so viel Kritik eingebracht hatte, daß ein solch breites Interesse unsere Befürchtung nicht bestätigte, es sei nicht gelungen, ihre allgemeine Bedeutung genügend zu vermitteln.

Tabelle 3: Wichtige, bereits bearbeitete Themen

(Obwohl die einzelnen Nennungen von sehr unterschiedlichem Allgemeinheitsgrad sind, schien es uns nicht sinnvoll, sie unter den jeweils allgemeinsten Oberbegriffen zusammenzufassen, weil damit Informationswert verloren ginge.)

1. Widerspiegelung	58 %	10. Klassenstruktur	12 %
2. Faschismus	29 %	11. Geschichte	10 %
3. Arbeiterbewegung/ Gewerkschaft	25 %	12. alle wichtig	10 %
4. Sexualität u. Herrschaft	16 %	13. Soziologie	9 %
5. Psychologie	16 %	14. Dritte Welt	8 %
6. Medizin	14 %	15. Ökonomie	7 %
7. Kritik der Sozial- wissenschaften	14 %	16. Politik	6 %
8. Pädagogik	14 %	17. Ästhetik	7 %
9. Naturwissenschaft	13 %	18. sozialistische Länder	6 %
		19. Literatur	6 %
		20. Sprache	5 %

Mit weniger als 5% folgen in dieser Reihenfolge: Umwelt; Kritische Theorie; Automation; Massenmedien; Philosophie; Monopoltheorie; Wissenschaftspolitik; Kalter Krieg; Eisler; u.a. m.)

Tabelle 4: Wichtige Themen, die im Argument bisher nicht oder zu wenig bearbeitet wurden

— die ersten 20 von über 30 Nennungen —

1. Sozialismuskussion	27 %	10. aktuelle Politik	6 %
2. Arbeiterbewegung	13 %	11. Dritte Welt	6 %
3. mehr Praxisorientierung	10 %	12. Geschichte	6 %
4. Kritik bürgerlicher Sozialwissenschaften	9 %	13. politische Theorie	5 %
5. Pädagogik	8 %	14. Kritik bürgerlicher Philosophie	5 %
6. Ökonomie	7 %	15. Medien	5 %
7. Verhältnis marxistische Theorie zu Empirie	7 %	16. marxistische Theorie/ Einzelwissenschaft	4 %
8. Psychologie	6 %	17. Automation	4 %
9. materialistische Kulturtheorie	6 %	18. Naturwissenschaft	4 %
		19. Sozialpädagogik	4 %
		20. Staat	3 %

(In angegebener Reihenfolge werden außerdem genannt: Städteplanung; Regionalsoziologie; Umwelt; Friedensforschung/Antimilitarismus; Religionswissenschaft/Anthropologie; Frauen/Sexualität und Herrschaft; Sprache; Literatur; Medizin; Romanistik; Widerspiegelung; Kritische Theorie; Humanisierung.)

Es liegt auf der Hand, daß wir nicht so viele für wichtig erachtete Themenbereiche schwerpunktmäßig behandeln können. Bei den Themenschwerpunkten müssen wir Rücksicht auf die Interessen der Mehrheit unserer Leser nehmen. So scheint es uns angemessen, alle jene Themen, die gehäuft negativ genannt werden und zugleich speziellen Fachdisziplinen angehören, nach und nach zumindest aus dem Aufsatzteil der allgemeinen Zeitschrift auszugliedern und womöglich in Sonderbänden zu behandeln*. Dies gilt insbesondere für Medizin, aber auch für Sprache, Ästhetik, u.U. auch für Literatur, Naturwissenschaft und Psychologie. Allgemeine Grundlagenthemen sollten allerdings weiterhin eine Sache der *Zeitschrift* sein, mögen sie auch nicht das ungeteilte Interesse aller Leser finden. So stimmt zwar die Ablehnung der Widerspiegelungs-Diskussion durch 10 % unserer Leser bedenklich; die überwältigende spontane Zustimmung aber durch 58 % ist geeignet, diese Bedenken zu relativieren, ist Ansporn, die Relevanz dieser Kontroverse zu verdeutlichen.

Wir haben versucht, die Ergebnisse der Leserumfrage bei unserer Jahrgangsplanung für 1977 und der Vorausplanung für 1978 sowohl bei der Zeitschrift wie bei den Sonderbänden einzubeziehen. So ist

* Leider haben wir versäumt, nach der Einschätzung der Argument-Sonderbände zu fragen, desgleichen nach dem Urteil über die Zeitschriften-schau, die Kongreßberichte oder die Editorials — gleichwohl werden die einzelnen Bereiche mehrfach positiv erwähnt, insbesondere wurde die Funktion der Editorials bejaht. Eine Befragung zu diesen Punkten soll in der nächsten Umfrage nachgeholt werden.

aus der Palette der „wichtigen“ und „zusätzlichen“ Themen — für die Zeitschrift — vorgesehen: Faschismus für 1978; Arbeiterbewegung für 1977; Sozialwissenschaft 1977; Sozialismus-Diskussion 1977; — bei den AS-Sonderbänden: Psychologie 1977; Medizin 1977; Pädagogik 1978; Verhältnis marx. Theorie und Empirie 1977 als Teilband der empirischen Automationsstudie, Fortsetzung von AS 7; materialistische Kulturtheorie 1977; Geschichte 1978; Staat und Monopol 1977; u. a. m.

Wie lange kennen die Leser das Argument und woher?

Trotz der Themenvielfalt, die wir unseren Lesern gegen ihr jeweiliges Fachinteresse zumuten, kommen die meisten Antworten von langjährigen Abonnenten des Argument. 63 % beziehen es schon länger als 5 Jahre; 10 % sogar schon mehr als 10 Jahre. Die meisten, 64 %, kennen die Zeitschrift aus den Jahren, die man vielleicht als die „Reflexionsphase“ nach der Aktionsphase der Studentenbewegung bezeichnen könnte, aus dem Zeitraum von 1968 bis 1972. Entsprechend ist die Universalität auch der Ort, an dem viele das Argument kennenlernten (30 %). Die Frage nach dem Woher der ersten Information über die Zeitschrift sollte uns Angaben liefern über jene Faktoren, die, soweit von uns beeinflußbar, eine weitere Verbreitung der Zeitschrift fördern können. Die Antworten zeigen, daß die wenigsten Abonnenten Argument aus Inseraten, also aus der offiziellen Werbung kennen (4 %). Dies mag zu einem Teil daran liegen, daß wir wenig Werbung machen, zu einem anderen aber ist vielleicht auch das Argument keine Zeitschrift, die man auf Annoncen hin kauft? Dagegen führen 31 % der Leser an, sie hätten Argument über Empfehlung von Bekannten, Freunden kennengelernt, davon 10 % durch Lehrende in Seminaren. Daher sind wir besonders glücklich, daß so viele Leser versprochen, diesen offenbar zum Erfolg führenden Weg der individuellen Abonnenten-Gewinnung weiter und verstärkt zu beschreiten. Der Vollständigkeit halber sei noch angemerkt, daß auch die Buchhandlungen, insbesondere die linken, für 10 % der Ort ihrer ersten Argumentbekanntheit waren und die Rezeption von Argumentpublikationen in anderen Büchern oder Zeitschriften 7 % zur weiteren Lektüre unserer Zeitschrift anregten. (Die geringe Zahl antwortender Leser, die Argument nicht abonniert haben, sondern nur einzelne Hefte kaufen, erlaubte keine aussagekräftige Überprüfung ihrer Angaben über das Woher ihrer Bekanntheit mit dem Argument.)

Rezensionen und Rezensenten

Eine unserer wichtigsten Arbeiten sind die Rezensionen. Der Rezensionsteil jeder Zeitschriftennummer kostet bei weitem die meiste Arbeit. Sind es doch nicht nur die einzelnen Besprechungen, die als sichtbares Resultat vielfältiger Bemühungen veröffentlicht werden und in dieser Form den Versuch darstellen, einen Weg durch das Dickicht der Neuerscheinungen auf dem undurchdringlichen Büchermarkt zu weisen. Die Rezensionen stellen zugleich eine Massarbeit

der Zeitschrift mit ihren Autoren dar. Sie sind die Möglichkeit für eine Vielzahl von jungen Wissenschaftlern, in die theoretische Auseinandersetzung einzutreten. Das Argument begreift sich auch hier als Organisator von massenhaften Lernprozessen. Das heißt nicht, daß wir Rezensionen in erster Linie als Domäne von Anfängern auffassen. Wohl aber sind die Besprechungen eine mögliche Schule des Schreiben-Lernens. Jene, die heute schon Mitarbeiter sind, können vielleicht nachvollziehen, wieviel Mühe auf einzelne Rezensionen verwandt wird, auch wenn einzelne veröffentlichte Resultate diesen Aufwand nicht immer zu lohnen scheinen. — Da wir also das Argument auch als eine Arbeit begreifen, an der so viele wie möglich beteiligt sein sollten, war die große Anzahl der Leser, die den Leser-Mitarbeiter verkörpern wollen, eine Bestätigung für diese Konzeption, sozusagen eine „Auftragsbestätigung“. Mitarbeiten wollen insgesamt 78 % der Antwortenden, davon 64 % sofort und mit konkreten Vorschlägen. Nur 9 % verneinen die Frage nach der Mitarbeit.

Wie denken nun die zukünftigen Mitarbeiter über den Besprechungssteil, der ihr Hauptbetätigungsfeld ausmachen wird?

Zunächst zur Menge der Rezensionen: hier sind 70 % mit dem derzeitigen Verhältnis Aufsätze zu Rezensionen einverstanden. Wo ein Zuviel bemängelt wird, gilt es den Rezensionen — bei 22 % —, zu wenig Rezensionen bemerken lediglich 4 %. Auch das Spektrum der im Rezensionsteil vertretenen Fächer wird von mehr als der Hälfte als „zufriedenstellend“ bejaht. Die vielfältigen Zusatzwünsche oder auch Einschränkungen in der folgenden Tabelle gehen auch an die Adresse der neuen Mitarbeiter.

Tabelle 5: Wünsche zu den im Rezensionsteil vertretenen Gebieten

einverstanden,		weniger schlechte Bücher	2,3 %
ausgewogen, gut	53 %	mehr ausländische Bücher	2,8 %
mehr Naturwissen-		weniger aus uninteres-	
schaften	4 %	santen Gebieten	7,6 %
mehr Ökonomie	4 %	mehr nach Schwerpunkten	
auch Kunst	2 %	(Hefthema)	4,7 %
mehr Soziologie	2,3 %	mit Kontroversen	0,4 %
mehr Psychologie	1,4 %	mehr DDR-Publikationen	1,4 %
mehr Jura	1,9 %	zuviel Sprache	4,2 %
mehr Philosophie	2,3 %	zu uneinheitlich	1,4 %
mehr Politik	1,4 %		
mehr Pädagogik	3,8 %		

Die in der Frage nach den Verbesserungsvorschlägen für die Rezensionen schon enthaltene Aufforderung zur Kritik fand unter den Lesern ein vielfältiges und nachhaltiges Echo. Trotz breiter Streuung der Einzelwünsche und Einzelkritiken waren die Verbesserungsvorschläge in einem Punkt einig: Mit unterschiedlichen Worten und ungleicher Akzentsetzung *verlangen die meisten Leser von den Rezensionen bzw. von den Rezensenten mehr Information*. Dies äußert

sich in der lakonischen Formulierung „mehr inhaltliche Information“ bei 24 %; im Wunsch nach einer Angabe über die Bedeutung des Buchs bei 10 %, über den Verfasser bei 7 %; 14 % möchten eine deutlichere Trennung von Information und Kritik; 19 % wollen den Verzicht auf einfache Aburteilung und Polemik und weitere 15 % glauben „längere Rezensionen“ würden nützlicher sein. Dabei wollen wiederum 12 % lieber kürzere Annotationen anstelle der bisherigen Rezensionen, dafür aber gleichzeitig einzelne exemplarische längere Arbeiten, wie sie bislang schon im Aufsatzteil gebracht werden. Der von uns selber häufig gespürte Mangel an Aktualität der Besprechungen bzw. das „Alter“ der besprochenen Bücher wird von wenigen Lesern gerügt — nur 14 % möchten den Rezensionsteil aktueller, die meisten würden hier wieder kurze Annotationen fürs erste ausreichend finden, von der Besprechung „läppischer Neuerscheinungen“ wird ausdrücklich abgeraten. In der folgenden Tabelle sind die weiteren Wünsche in ihrer Häufigkeit dokumentiert, sind sie doch als Aufforderung zu begreifen an unsere bisherigen Autoren wie an künftig schreibende Leser oder auch an jene, die bislang noch nicht geantwortet haben, aber andere Ansichten als die hier vorwiegend vertretenen haben oder bereits Geäußertes zu bekräftigen wünschen.

Tabelle 6: Weitere Vorschläge und Kritik zum Schreiben von Rezensionen

Rezensionen gut so	10 %	weniger marxistische	
wichtigere Bücher	8 %	Ableitungen	2 %
bessere Sprache	5 %	weniger Zitate	1 %
Rezensionen		einfach kompetenter	5 %
„stinklangweilig“	0,4 %	mehrere kontroverse Rez.	
mehr Literaturberichte	11 %	zu einem Buch	2 %
weniger Fachjargon	6 %	Verweise auf bessere	
		Bücher	1 %

Wichtig und erwähnenswert ist noch die häufig wiederkehrende Aufforderung, sich intensiver als bislang mit „bürgerlichen“ Texten auseinanderzusetzen, dies insbesondere im Fach Philosophie.

Welche Konsequenzen ziehen wir aus allen diesen Verbesserungsvorschlägen? Am wichtigsten und unmittelbar zu befolgen ist wohl der vielstimmige Wunsch nach mehr Information. Zusätzlich nötig ist das gleichzeitige Einverständnis mit dem Versuch, einen Gesamtüberblick über die Literatur zu verschaffen und nicht bloß einige Neuerscheinungen sich vorzunehmen, zu einer Revision der Gesamtstruktur des Rezensionsteils. Sollten wir nicht dem Ratschlag vieler Leser folgen und kurze, vielleicht halbseitige Annotationen und längere Rezensionen einander abwechseln lassen? Wir geben hiermit diesen Leserauftrag an die Autoren weiter, auch an die neuen, die ihre Vorschläge als Schreiber sofort in die Praxis umsetzen können. Schreiben wir also kürzer und zugleich informativer, so bleibt uns

Raum, auch einmal exemplarisch eine längere Auseinandersetzung in einer Rezension zu führen.

Nach so vielen Jahren Argumentpraxis waren wir etwas zermürbt von oft vernommenem Unverständnis für den Rezensionsteil. Wir sahen die Wichtigkeit, nach dem „Mosaikprinzip“ ein zusammenhängendes Bild theoretischer und politischer Tendenzen in den verschiedenen Bereichen herzustellen und zugleich mit einem bestimmten Informationsgrad einen theoretischen Standard „massenhaft“ durchzusetzen. Wir sahen die Wichtigkeit der Aufgabe, die wachzunehmenden Argument das einzige linke Organ in unserem Lande ist, — und wir hatten Mühe, für diese Arbeit Verständnis zu finden. Oft genug waren und sind wir mit den Ergebnissen nicht zufrieden. Oft genug bekamen wir zu spüren, wie kurzfristig unpopulär es sein kann, über der „Massenarbeit“ die überdurchschnittlichen Einzeltexte, „prominent“ von Autor oder Gegenstand her, zu vernachlässigen. Kurz: Wir hatten kaum gehofft, daß der Anspruch, den wir mit der kontinuierlichen Bearbeitung von zehn Fachgebieten stellen, von der Mehrzahl der Leser begriffen und akzeptiert würde. Tatsächlich wird die in der Argument-Konzeption enthaltene „Aufforderung“, sich „allseitig zu interessieren“, von fast der Hälfte der Antwortenden ausdrücklich formuliert und bejaht. Jene, die von sich sagen, sie läsen nur einige Fachgebiete, nennen dabei wiederum so viele, daß von einer Orientierung ausschließlich am eigenen Fach nicht die Rede sein kann. Einige Leser ärgern sich allerdings offensichtlich über einige besondere Fachdisziplinen, daher sind Äußerungen nicht selten wie: „ich lese alles bis auf Sprache“.

**Tabelle 7: Lesehäufigkeit bezogen auf die einzelnen
Rezensionsabteilungen**

		dezidierte Negativnennungen:
alle Fächer	44 0/0	
Philosophie	82 0/0	0,4 0/0
Sprache	56 0/0	8 0/0
Soziologie	91 0/0	1 0/0
Pädagogik	60 0/0	1 0/0
Psychologie	67 0/0	0,4 0/0
Medizin	52 0/0	1 0/0
Politik	82 0/0	
Geschichte	73 0/0	
Ökonomie	69 0/0	
Jura	46 0/0	1 0/0

Argument als Organ der politischen Linken

Die Frage nach der politischen Bandbreite des Argument (4) wurde fast ebenso engagiert beantwortet wie jene nach der Qualität der Rezensionen. Dabei ist fast die Hälfte der Leser mit dem jetzigen

Spektrum, welches im Argument zu Wort kommt, prinzipiell einverstanden (48 %). Einige meinen, daß die Frage als solche nicht legitim sei, die Qualität der Argumente allein entscheide; andere möchten ein breiteres Spektrum im Rezensionsteil lesen können oder auch eine Dokumentation aller Resolutionen linker Gruppen abgedruckt finden. Groß ist allerdings auch der Anteil derer, die Umakzentuierungen oder eine allgemeine Verbreiterung des politischen Spektrums für wünschenswert erachten. Große Häufungen für einzelne politische Gruppierungen treten aber nicht auf; die Wünsche der einzelnen sind zu verschiedenartig und schließen einander häufig aus.

Tabelle 8: Vorschläge für die „Bandbreite“ des Argument

so wie bisher	48 %	mehr Liberale	3 %
mehr DKP und SEW	4 %	mehr linke Christen	3 %
weniger DKP und SEW	9 %	auch westeuropäische	
mehr „neue Linke“	7 %	Kommunisten	4 %
weniger „neue Linke“	4 %	weniger irrelevante	
mehr SPD	6 %	Richtungen	2 %
mehr Gewerkschaften	2 %	mehr innermarxistische	
mehr Sozialistisches Büro	8 %	Kritik und Diskussion	15 %

Prüft man die Richtungen dieser auf den ersten Blick sehr heterogenen Wünsche, so bildet sich doch als ein Gemeinsames der Wunsch darin ab, die „linke Diskussion“, das linke Spektrum zu verbreitern; die Stimmen, auf die gehört werden soll, vielzähliger zu machen. Wir glauben, daß unsere in Heft 98 begonnene Sozialismus-Diskussion eine Antwort auf diese Leserwünsche geben kann. Alle hier aufgeführten Richtungen werden in dieser Diskussion um Sozialismus und Demokratie zu Wort kommen; ohne innermarxistische Kritik kann es dabei nicht gehen.

* * *

Dank der Antworten wissen wir genauer, für wen wir arbeiten und mit wem. Ein Auftrag wurde bestätigt und konkretisiert. Die Konfrontation mit dem Anspruch der „Benutzer“ erzieht eine Redaktion. Weitere Antworten kommen nicht zu spät.

Wolfgang Abendroth

Perspektiven des Kampfes für den Sozialismus in der Bundesrepublik Deutschland

1. Was heißt eigentlich Kampf für den Sozialismus? Was ist heute Sozialismus? Der terminologische Mißbrauch, der von der Führung der westdeutschen Sozialdemokratie seit langen Jahren mit dem Wort „Sozialismus“ getrieben wird und es jeden konkreten Inhalts beraubte, macht eine knappe Vorbemerkung dazu notwendig. Denn wenn die Vergesellschaftung des Eigentums an Produktionsmitteln und an anderen Dispositionszentralen des ökonomischen Prozesses und dessen planende Regelung — frei nach den Worten des Parteivorsitzenden der SPD — „Ladenhüter“ sind, die man nicht mehr fordern dürfe, Willy Brandt aber gleichzeitig behauptet, seine Partei sei „sozialistisch“, weil sie von (konkret beliebig ausfüllbaren) „Werten“ redet, dann muß man, um verständlich zu bleiben, knapp bezeichnen, was man unter diesem Begriff versteht.

Sozialismus ist noch nicht Kommunismus. Kommunistisch ist die Gesellschaft erst dann geworden, wenn es einerseits möglich ist, die Bedürfnisse eines jeden ihrer Angehörigen zu befriedigen, und andererseits gelungen ist, deren große Majorität zu der Erkenntnis zu befähigen, daß es in ihrem eigenen Interesse liegt, in dem gesellschaftlichen Arbeitsprozeß mitzuwirken, der die Mittel ihrer Bedürfnisbefriedigung erzeugt, und daß ihre Persönlichkeit nur voll entwickelt ist, wenn sie diese soziale Notwendigkeit auch als persönliches Bedürfnis für sich begreifen. Kommunismus hat auf diesen Grundlagen die Aufhebung des Äquivalenz-Prinzips zwischen individueller Arbeitsleistung und individuellem Anteil an der Bedürfnisbefriedigung aus dem gesellschaftlichen Arbeitsprozeß zum Inhalt. Er setzt — bei der globalen Verschränkung aller menschlichen Lebensprozesse, die der industrielle Kapitalismus herbeigeführt hat — voraus, daß jeder homo sapiens jeden anderen, an welchem Ort, mit welcher Sprache, welcher Hautfarbe, welchen Geschlechts auch immer, in aller Selbstverständlichkeit als grundsätzlich gleichberechtigt und gleich befähigt empfindet (und nicht erst nach mühsamem Bewußtseinsprozeß anerkennt) und jede Arbeitsleistung grundsätzlich als gleichwertig ansieht, in welcher Form und an welcher Stelle sie auch als Beitrag zur Gesamtleistung der menschlichen Gesellschaft erbracht sein mag. Selbstverständlich ist das erst bei einem extrem hohen Stand der Entfaltung (und Vergesellschaftung) der Produktivkräfte denkbar und bei entsprechend hoher Entwicklung der gesellschaftlichen Bildungsprozesse, die jedem Individuum Sozialisationsbedingungen gewähren, die neben voller Entwicklung des Intellekts auch solche menschliche Reife hervorbringen, daß Macht- und Be-

herrschtenden — wie sie uns alle immer noch bestimmen und in Jahrtausenden der Menschheitsgeschichte hervorgebracht wurden — entfallen. Wir wissen alle, daß der Weg dahin noch sehr weit und widersprüchsvoll ist. Aber der heutige Stand der Entwicklung der Produktivkräfte ist bereits so hoch — und das keineswegs nur in den „ursprünglich“ industriell entwickelten Ländern —, daß unser Ziel keineswegs mehr so „utopisch“ ist, wie es einst zur Zeit der Formulierung des Kommunistischen Manifestes (und der „Grundsätze des Kommunismus“ von Friedrich Engels) vielen zu sein schien. Im Gegenteil, die Produktivkräfte sind so weit entwickelt, daß sie sich selbst in immer neuen Gewaltakten aufzufressen drohen, wenn wir sie in den bestehenden Produktionsverhältnissen belassen.

Sozialismus können wir nur gesellschaftliche Systeme und Zielsetzungen nennen, die auf eine solche kommunistische Weltgesellschaft der Zukunft gerichtet sind. Darauf gerichtet sein bedeutet, zunächst im nationalen oder doch regional begrenzten Rahmen die Tendenz zur Veränderung der Produktionsverhältnisse vorantreiben, die in internationaler Kombination einst eine kommunistische Weltgesellschaft erbringen kann. Kampf für den Sozialismus bedeutet innenpolitisch, die demokratische Beteiligung der Bevölkerung — deren Grad und deren Formen je nach den historischen Ausgangsbedingungen in den einzelnen Staaten notwendig sehr unterschiedlich sind — und Ausbildung und Bildung dieser Menschen (bei tendenzieller Verdrängung der Privilegien und der „Begabungs“-Schranken) Schritt für Schritt voranzutreiben. Die konkrete nationale Situation der einzelnen Länder ist also unvermeidlich bei dieser Politik zu berücksichtigen. Er bedeutet außenpolitisch die Zusammenarbeit mit den Staaten anzustreben (mindestens aber den Schutz dieser Staaten gegen Angriffe von imperialistischen Staaten), die bereits sozialistische Produktionsverhältnisse weitgehend realisiert haben (so große Mängel sie im übrigen hinsichtlich ihres Demokratisierungsgrades oder in anderen Fragen aufgrund des Ganges ihrer Geschichte auch noch immer haben mögen), die Emanzipation der vom Imperialismus noch immer (sei es kolonial, sei es neokolonial, sei es in anderer Weise) in ökonomischer oder politischer Abhängigkeit gehaltenen Völker zu fördern und die Zusammenarbeit der potentiellen Bewegungen für den Sozialismus, also der Organisationen der abhängigen Arbeit (in Parteien und Gewerkschaften) zu organisieren. Nur in diesem Sinne, wie er durch die Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts geprägt ist und auch in allen nicht-deutschsprachigen monopolkapitalistisch bestimmten (also „westlich-abendländischen“) Staaten fast selbstverständlich verwendet wird, ist der Terminus „Sozialismus“ sinnvoll zu verwenden, nicht in der entleerten Weise, die dem gegenwärtigen Sprachgebrauch der Parteiführung der SPD entspricht.

2. Die Bundesrepublik Deutschland ist seit dem Ende der fünfziger Jahre der ökonomisch und militärisch stärkste Staat des Teiles von Europa, der nach dem zweiten Weltkrieg im Bereich der mono-

polkapitalistisch beherrschten Gebiete verblieben ist. Ihr Einfluß ist — kraft ihrer wirtschaftlichen Überlegenheit — so sehr gewachsen, daß sie sowohl im Rahmen der EG und ihrer Institutionen als auch in der NATO neben der — einst fast allein ausschlaggebenden — Weltmacht der USA, das bedeutendste Gewicht bildet, in den letzten Jahren auch stellenweise eigene Sonderinteressen durchsetzen und die Positionen der anderen ehemaligen Großmächte zurückdrängen konnte. Vor allem hat sie sich, dank der Modernisierung ihres Produktionsapparates bei rasch wachsender Zentralisation des Kapitals, auch in den beiden letzten größeren nationalen Rezessionen oder internationalen Krisen der monopolkapitalistischen Weltwirtschaft — 1966/67 und 1974/75 — als die am schwächsten von deren Folgen betroffene Wirtschaftseinheit der „westlichen“ Welt erwiesen. Die Verflechtung der großen Monopole zu internationalen Kapitalkombinationen ist in der Bundesrepublik gegenüber den anderen europäischen kapitalistischen Staaten erheblich weiter vorangeschritten. Eine größere Anzahl dieser internationalen Monopole hat in der BRD ihren Zentralsitz (selbst wenn sie formell anders firmieren). Die Exportorientierung ihrer Wirtschaft ist stärker als die eines jeden anderen größeren europäischen Staates, daher auch ihr finanzielles und monetäres Gewicht. Die inflationistische Tendenz, die stets den Übergang vom „einfachen“ Monopolkapitalismus zum staatsverflochtenen Monopolkapitalismus begleitet, ist deshalb zwar auch in der BRD deutlich, jedoch wesentlich geringer als in den anderen größeren kapitalistischen Staaten. Seine Vormachtstellung auf dem Weltmarkt hat es dem Kapital der BRD ermöglicht, ohne erhebliche Beeinträchtigung seiner Profite und seiner Investitionsmöglichkeiten in größerem Maße als viele andere europäische Kapitalisten Konzessionen in Fragen der Lohn- und Gehaltspolitik und der Sozialpolitik an die arbeitende Klasse zu machen, die auf diese Weise trotz nur weniger größerer Arbeitskämpfe (aber bei relativ hohem Organisationsgrad in ihren einheitlichen Industriegewerkschaften) ein im Vergleich zu ihrer früheren Situation, aber auch zu derjenigen der Arbeiter anderer europäischer Staaten hohes Lebenshaltungsniveau erreichen konnte. Wie in allen entwickelten Industriestaaten mit hohem Anteil der Monopolgesellschaften an der Disposition über den Wirtschaftsprozeß sind dabei die Anteile der Dienstleistungsbereiche und der administrativen Bereiche an der ökonomischen Struktur (und am Sozialprodukt) extrem angestiegen. Der Einfluß des Bankkapitals hat sich vergrößert, und es wächst die Tendenz, arbeitsintensive, noch nicht auf Automationsgrundlage funktionierende Produktionsbereiche in andere Länder mit geringerem Lohnniveau „auszulagern“. Auch das führt zu gefährlichen sozialpolitischen Konsequenzen (z. B. zu drohender struktureller Arbeitslosigkeit und zur Nichteinbeziehung der jungen Generation in den Arbeitsprozeß), ebenso wie die Probleme der aus anderen Ländern in die BRD importierten Arbeitskräfte, die in Krisenlagen teilweise „zurückgelagert“ werden und dadurch auch dazu beitragen, die Wirtschaft ihrer Heimatländer aus dem Gleichgewicht zu bringen, weil in Krisenlagen

die Devisen-Überweisungen der „Gastarbeiter“ (an denen nur die Schweiz einen höheren Anteil als die BRD hat) in ihre Heimatländer plötzlich absinken. Das verstärkt für den oberflächlichen Beobachter, der unreflektiert nur Phänomene sieht, wiederum den äußeren Eindruck der (gegenüber anderen kapitalistischen Staaten) maximalen „Krisensicherheit“ der „Sozialpartnerschaftsgesellschaft“ der Bundesrepublik selbst, die angeblich ein exportfähiges „Modell Deutschland“ darstellt. Diese Lage bildet damit immer wieder zusätzlich eine gewichtige ideologische Grundlage für außenpolitische Interventionsvorhaben der BRD gegen progressive Entwicklungstendenzen in anderen Ländern.

3. Das politische Klassenbewußtsein der arbeitenden Klasse in der Bundesrepublik ist weitgehend zerfallen, das gewerkschaftliche Bewußtsein trotz des hohen Organisationsgrades erheblich weniger kämpferisch als in den anderen westeuropäischen industriellen Staaten. Diese Lage erklärt sich eher aus der besonderen Geschichte der Bundesrepublik und aus ihrer Grenzsituation gegenüber der DDR als allein aus dem hohen Lebensstandard der bundesrepublikanischen Arbeiter.

Im Dritten Reich war es dem faschistischen Terror weitgehend gelungen, die politisch bewußten Kader sowohl der revolutionären als auch des reformistischen Flügels der Arbeiterbewegung teils physisch zu vernichten, teils durch Verhaftungen auszuschalten und in ihrer eigenen Klasse zu isolieren. Die industrielle Arbeiterklasse konnte im wesentlichen entpolitisiert, die Angestellten- und die unteren und mittleren Beamenschichten konnten sogar weitgehend für den Faschismus gewonnen werden, zunächst durch die Rüstungskonjunktur, dann durch deren bevorrechtigte Position gegenüber der Bevölkerung der okkupierten Gebiete und gegenüber den Millionen von importierten ausländischen Zwangs- und Fremdarbeitern im Kriege. Nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches gab es zwar zunächst eine kurze Periode des Wiedererstarkens der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung, die wie in den anderen europäischen Ländern auch in Westdeutschland selbst die bürgerlichen Parteien zwingen konnte, sich formell mit sozialistischen Forderungen zu identifizieren. Aber nach dem Beginn des kapitalistischen Wiederaufbaus in den drei westlichen Besatzungszonen und dem steigenden Lebensstandard, der durch den erst bi-, dann trizonalen Zusammenschluß und die Marshall-Plan-Hilfen ermöglicht wurde, begann diese Entwicklung rasch umzuschlagen. Da in der gleichen Zeit, in der bereits der ökonomische Aufschwung der werdenden BRD sich immer deutlicher abzeichnete, die sowjetische Besatzungszone sehr große Reparationsleistungen zu tragen hatte (die vom Standpunkt der UdSSR aus objektiv unverzichtbar waren), wuchs das (zunächst durch Klassenkämpfe erzwungene) Lebenshaltungsniveau der Arbeitnehmer in der BRD in einer Zeit an, in der es in der DDR noch für viele Jahre stagnierte. Da es die KPD in dieser Periode nicht verstand, diese Zusammenhänge zu erklären, sondern sie zunächst schlicht leugnen oder ignorieren wollte, obwohl die immer noch existente

intensive Bevölkerungskommunikation zwischen Ost- und West-Deutschland diesen äußeren Tatbestand den Massen vor Augen führte, verlor die KPD rasch an Einfluß. So gelang es der mächtiger werdenden Bourgeoisie und dem wiederhergestellten Staatsapparat, diese Divergenz (wenn auch im Widerspruch zur historischen Wahrheit) als grundlegenden Mangel des sozialistischen Systems zu denunzieren. Darum konnte der (ohnein vom Staatsapparat, den „staatstragenden“ Parteien und den Kommunikationsmedien jeder Art geförderte) Antikommunismus, den vorher das Dritte Reich gefördert und entwickelt hatte, wieder breiten Boden gewinnen. Das hatte den raschen Abbau des wiederbelebten Klassenbewußtseins in der industriellen Arbeiterschaft zur Folge. Die Strafverfolgung der Kommunisten nach dem ersten Strafrechtsänderungsgesetz 1951 und das Verbot der KPD 1956 trafen auf eine Partei, die bereits von den Massen isoliert war. Mit leichten Phasenverschiebungen folgte in der SPD die Preisgabe reformistisch-klassenkämpferischen Denkens, während die Gewerkschaften immer noch meist ohne Arbeitskämpfe erhebliche wirtschaftliche Konzessionen zugunsten der Arbeitnehmer erzielen konnten. Es kommt in diesem Zusammenhang nur darauf an, das Grundschema einer Entwicklung deutlich zu machen, die in den anderen europäischen kapitalistischen Industriestaaten wesentlich anders verlaufen ist, auch wenn dort in dem gleichen Zeitraum ähnlich erhebliche Verbesserungen des Lebenshaltungsniveaus der arbeitenden Klasse erzielt werden konnten. Der Verlauf dieses Entwicklungsprozesses hat gleichzeitig bewirkt, daß in dem aktiven Mitglieder- und politischen Funktionsträgerbestand der SPD die industrielle Arbeiterklasse immer mehr zurücktrat und durch Angehörige von in den Dienstleistungsunternehmen und der Administration tätiger abhängig arbeitender Schichten ersetzt wurde, die kaum Reminiszenzen an früheres entwickeltes Klassenbewußtsein mitbrachten. Da die Arbeiterparteien eine eigene funktionierende Tagespresse, wie sie vor dem Dritten Reich existiert hatte, nicht wieder aufgebaut hatten, waren sie ohnedies dem herrschenden politischen Bewußtsein (und also dem der herrschenden Klasse) in allen wichtigen Fragen fast wehrlos ausgeliefert, die nicht den handgreiflichen unmittelbaren Tageserfahrungen der meisten ihrer Angehörigen entsprachen. Da angesichts der Notwendigkeit, jede potentielle Anziehungskraft des gleichsprachigen sozialistischen (aber in seiner ökonomischen Zwangslage in vielen Fragen kaum demokratischen) Nachbarlandes auszuschalten, das Kapital in allen materiellen Fragen relativ kompromißbereit war, konnte die „Sozialpartnerschafts“-Ideologie innerhalb der SPD, aber auch in den Gewerkschaften weitgehend durchgesetzt werden. Der Weg nach Godesberg — 1959 — war damit frei.

4. Aus dieser Vorgeschichte erklärt sich relativ leicht der Widerspruch zwischen der Entwicklung der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen in den großen industriekapitalistischen Nachbarländern und derjenigen in der BRD. Die Eliminierung der kommunistischen Parteien ist weder in Italien noch in Frankreich gelungen. Sie steigerten ihren Einfluß in den beiden Jahrzehnten zwi-

schen 1950 und 1970 in der industriellen Arbeiterklasse, in der gleichen Zeit also, in der die westdeutsche industrielle Arbeiterklasse sich zur entpolitisierten Akklamationschicht der SPD, aus deren innerparteilicher Willensbildung sie gleichzeitig mehr und mehr verschwand, gewandelt hat. Die französische reformistische Partei, die SFIO, wurde immer stärker eine Partei der gleichen Schichten, die inzwischen auch in der BRD in der SPD dominierten. Aber neben ihr stand die PCF als Partei der Industriearbeiter, die keineswegs als bloße Akklamationschicht resignierten. So entartete die französische reformistische Partei zwar während des Algerienkrieges und der Suez-Krise — vielleicht noch stärker als die gegenwärtige SPD — politisch zur bloßen Hifstruppe von Kapitalinteressen, aber eben das ließ ihren Einfluß schwinden. Sie hat als PSF in den gleichen Randschichten der abhängigen Arbeit wieder zur lebendigen Massenpartei aufsteigen können, die gegenwärtig mehr Wähler hat als die PCF, nachdem sie in politischen und ökonomischen Krisen zum Bündnis mit den Kommunisten (unter deren Druck) bereit und wieder reformistisch-klassenkämpferisch wurde. Dabei war das Lebenshaltungsniveau der abhängig arbeitenden Bevölkerung Frankreichs zur Zeit dieser Wendung keineswegs viel geringer als in der BRD. In Italien haben sich in anderer Modifikation (zweimalige Abspaltung der integrationistisch-reformistischen Sozialdemokraten von den Sozialisten, aber wachsendes Übergewicht der PCI gegenüber der PSI bei starkem Eindringen der Kommunisten in die Dienstleistungs- und Verwaltungsschichten) ähnliche Entwicklungen vollzogen.

5. In der BRD sind sozialistische Tendenzen erst seit der Rezession 1966/67 wieder aufgetreten, die — allerdings zunächst nur vorübergehend — den Glauben an die Ewigkeit von Aufschwung und Konjunktur in der „sozialpartnerschaftlichen“ „sozialen Marktwirtschaft“ einschränkte. Sie blieben zwar weitgehend auf die studentische Massenbewegung beschränkt, konnten aber von hier aus eine gewisse Ausstrahlungskraft gewinnen. Das zeigte sich auch in der SPD und in der Linkswendung der Jungsozialisten. Der neue Aufschwung zeitigte dank des Drucks der spontanen Streikbewegung 1969 zunächst eine vorübergehende Reaktivierung der Gewerkschaftsbewegung. Dieser Aufschwung einer (allerdings weitgehend nur spontan agierenden, strategisch nicht durchdacht handelnden und deshalb relativ wenig kontinuierlichen) Linken begünstigte die Anerkennung der inzwischen konsolidierten sozialistischen Staaten und also auch der DDR (und damit die Minderung der Kriegsgefahren in Europa), und die (wie z. B. die Berufsverbote zeigen, nur begrenzte) Relegalisierung einer Kommunistischen Partei in Form der DKP. Sie führte auf dem Umweg über die Große Koalition zur sozialliberalen Koalition mit allen ihren Widersprüchen.

Doch ist damit — wie die neue Restaurationsperiode, die seit 1972 immer stärker hervortritt, erkennen läßt — allerdings weder die dauerhafte Wiederbelebung politischen Klassenbewußtseins in größeren Teilen des industriellen Proletariats noch die Konsolidierung eines einflußreichen strategischen Zentrums für die arbeitende

Klasse und also für sozialistische Zielsetzungen gelungen. Darum konnte der Machtzuwachs des Monopolkapitals, der mit dem neuen wirtschaftlichen Aufschwung rasch einsetzte, nach einer sehr kurzen Redemokratisierungsphase, deren äußerer Ausdruck in den Bundestagswahlen 1972 sich mit den faktischen Machtveränderungen zugunsten der Restauration bereits überschritt, bald eine neue Reaktionsphase bewirken (beginnend mit der Systematisierung der Berufsverbote im Januar 1972).

6. Die zweite Restaurationswelle, in der wir gegenwärtig stehen, unterscheidet sich dabei in ihren ökonomischen, aber auch in ihren weltpolitischen Bedingungen grundlegend von der ersten, die durch die Redemokratisierungstendenzen der Studentenrevolte gleichsam terminiert wurde und an deren Ende wirtschaftlich die Rezession von 1966/67, formell-politisch die Aufhebung der Rolle der CDU/CSU als monopolistische Regierungspartei der BRD gestanden hat. Gewiß ist der zweite erhebliche ökonomische Rückschlag der Jahre 1974/75 zur Zeit im Abklingen. Aber er kann nicht in einen neuen langfristigen Aufschwung umschlagen, der eine größere generelle Erweiterung der materiellen Lebenshaltungsbedingungen für die breiten Massen der abhängig Beschäftigten zur Folge hat. Die permanente Vollbeschäftigung, die vor 1966 zu bestehen und sich — allerdings nur für kurze Zeit — noch einmal seit 1969/70 zu reproduzieren schien (wenn man von Randgebieten und Sonderproblemen einzelner Gruppierungen absieht), wird kaum wiederkehren. Die zweite Rezession hinterläßt — deutlicher als die erste — das Problem strukturell begründeter Erwerbslosigkeit, die nicht an anderer Stelle absorbiert wird, und vor allem die Gefahr günstigstenfalls (aber für jeden unmittelbar erkennbar und erfahrbar) nur hin und her geschobener Existenz-Aussichtslosigkeit für breite Teile der heranwachsenden Generation. Das Bewußtsein, unter monopolkapitalistischen Produktionsbedingungen, die sich mit staatlichen Entscheidungen verschränken, „gesichert“ zu existieren und seine Lebenshaltungsbedingungen verbessern zu können, wenn sich nur die arbeitende Klasse „sozialpartnerschaftlich“ verhält und auf sozialistische Ziele verzichtet, wird zwar weiter vom Staatsapparat und den Massenkommunikationsmitteln und den „staatstragenden“ Parteien verbreitet werden, aber — weil es der unmittelbaren Anschauung nicht mehr entspricht — nicht mehr auf den gleichen Nährboden treffen, besonders nicht in der unmittelbar betroffenen jungen Generation. Umgekehrt wird angesichts der offensichtlich anderen Lage in den Staaten des „realen Sozialismus“ trotz aller ihrer Zurückgebliebenheiten (auch noch hinsichtlich des materiellen Lebensstandards, aber vor allem hinsichtlich anderer Schranken, die aus ihrer früheren Entwicklung folgen) das antikommunistische Bewußtsein tendenziell an Wirkung verlieren. Trotz aller bürokratischen Formen ihrer gegenwärtigen Organisation und aller Fehler, die sie machen mögen, sei es in übertriebener, den gegenwärtigen Erfordernissen nicht mehr entsprechender innenpolitischer Beschränkung ihrer demokratischen Diskussion, sei es in außenpolitischen Problemen, sei es in ökonomischen

misch-planerischen oder in sozialen Mängeln (es gibt bekanntlich keine Vorwärtsentwicklung ohne Fehler und Rückschläge), wird die generelle Überlegenheit sozialistischer gegenüber monopolkapitalistischer Produktionsverhältnisse immer stärker hervortreten. Sie wird sich vor den Massen nur mit immer schwächerer Wirkung verbergen lassen, weil eine Wiederholung des riesigen ökonomischen Aufschwungs der monopolkapitalistischen Staaten in dem gleichen Ausmaß wie seit dem Beginn der fünfziger Jahre kaum zu erwarten ist. Die großen historischen Belastungen, die aus den extrem schlechten Ausgangsbedingungen der Staaten des „realen Sozialismus“ sowohl nach dem ersten als auch nach dem zweiten Weltkrieg notwendig entstanden waren, werden ihre Abschreckwirkung in dem Maße verlieren, in dem sich einerseits die sozialistischen Staaten entwickeln und in dem es andererseits sozialistischen Kadern gelingt, sie geschichtlich verständlich zu machen und zu zeigen, daß deren negative Begleiterscheinungen bei anderen Ausgangsbedingungen vermieden werden können. Deshalb ist es notwendig, daß die sozialistischen Kader sich nicht an fixierte „Modelle“ des Weges zum Sozialismus binden, die nur auf die BRD „übertragen“ werden müßten.

7. Die Bedingungen dafür, derartige positive Tendenzen in der BRD langsam durchzusetzen, haben sich trotz der dem äußeren Ansehen nach so verzweifelten Gegenwartssituation auch im machtwirtschaftspolitischen globalen Gleichgewicht gegenüber der Ausgangslage bei der ersten Restaurationsperiode entscheidend verbessert. Damals war die Vorherrschaft der USA in der Welt, wenn man von den im Schutz der UdSSR errichteten europäischen sozialistischen Staaten und vom Sieg der chinesischen Revolution absieht, unbestritten. Die USA konnten als der Weltpolizist zur Gewährleistung kapitalistischer Produktionsbedingungen und — soweit möglich — auch der Aufrechterhaltung des Kolonialismus (eventuell bei lediglich neokolonialistischer Umformung) auftreten, ohne sehr viel zu riskieren, selbst wenn sie dabei zu extremer physischer Gewaltamkeit griffen. Jetzt hat sich das System der sozialistischen Staaten gefestigt — natürlich noch mit vielen Mängeln und inneren Widersprüchen —, konsolidiert und auch ökonomisch entfalten können. Es konnte durch die kubanische Revolution in den „Vorhof“ der USA eindringen. Wenn es auch durch den Sieg der faschistischen militärischen Konterrevolution von Gnaden des CIA in Chile noch einmal gelungen ist, den südamerikanischen Kontinent gegen den Sozialismus vorläufig abzuschirmen, so ist doch der offene Kolonialismus in Asien und Afrika verschwunden, wenn man von Rhodesien, Namibia und Südafrika absieht. Wenn auch das Bündnis des amerikanischen und westeuropäischen Kapitalismus mit Israel und mit allen bevorrechtigten Schichten der arabischen Länder den arabischen Emanzipationskampf immer wieder zurückwirft und selbst solche Völkermordaktionen wie im Libanon noch immer möglich bleiben, so hat doch der Sieg des vietnamesischen Volkes die Welt erheblich verändert. Es hätte ohne dies Ereignis wohl keinen Sieg

in Angola (so bedroht er bleibt) geben können. Was helfen auf lange Frist dagegen die Machtstellung des Iran, der Triumph der Reaktion in Indonesien, den Philippinen und jetzt in Thailand? Große Teile der Bevölkerung der imperialistischen Staaten sind durch die Opfer des vietnamesischen Krieges gegenüber unverhültem militärischem Eingreifen ihrer Regierungen wachsam geworden. Das Experiment unmittelbarer physisch gewaltsamer Intervention in die Entscheidungen anderer Völker gegen den Monopolkapitalismus — besonders in den technologisch und ökonomisch hoch entwickelten Ländern Europas — ist für die USA, Japan und das Natosystem zu einem Risiko geworden, das man angesichts des atomaren und Rüstungs-gleichgewichts der UdSSR und der sozialistischen Staaten nicht mehr leicht eingehen kann. Zwar sind die 83 Staaten, die sich zur Konferenz der nicht in die „Blöcke“ eingebundenen Staaten in diesem Jahr versammelt haben, politisch und sozialökonomisch höchst divergent — die Skala reicht von sozialistischen Staaten wie Jugoslawien und Angola über werdende sozialistische Staaten wie Tansania und Mozambique bis zu faschistischen Diktaturen wie in Argentinien —, aber die Vorherrschaft der monopolkapitalistischen, industriell entwickelten Staaten in den UN, die zu den „seligen“ Zeiten des Korea-Krieges noch selbstverständlich schien, ist längst so weit gebrochen, daß sie sich in für sie lebenswichtigen Problemen nur noch durch das Veto der USA im Sicherheitsrat retten können, das einst so verpönt (und verhöhnt) war, wenn es die UdSSR gebrauchen mußte. Die Politik der Hoffnung auf den militärischen Sieg über sie, die Strategie des „roll back“ ist gebrochen.

Gewiß, die widerspruchsvolle Politik Chinas, das — selbst trotz allem eine sozialistische Gesellschaft im Aufbau geblieben — seine Minderwertigkeitskomplexe und inneren Widersprüche durch primitiven Antisowjetismus, der sich „kommunistisch“ nennt, vom Halse zu schaffen versucht (als gleichsam nach außen gekehrter Neostalinismus), setzt auch hier der Machtverlagerung erhebliche Grenzen. Aber für die Arbeiterklasse der entwickelten europäischen Industriestaaten ist der Freiraum geschaffen, der den USA und dem eigenen Monopolkapital verbietet, dem machtvollen Aufstieg von Demokratie und Sozialismus (wie einst zwischen den Weltkriegen) mit physischer Gewalt zu begegnen. Wenn nur das klassenbewußte Proletariat lernt, die anderen abhängig arbeitenden Schichten an seiner Seite zu mobilisieren, ist für es der Umbau der Gesellschaft ohne gewaltsame Revolution (also ohne Diktatur des Proletariats im alten Sinne und daher bei Meidung aller negativen Nebenerscheinungen eines solchen Prozesses) möglich geworden. Würde eine solche Transformation bei Besetzung der Staatsmacht durch die abhängig arbeitenden Klassen unter Führung von politischen Parteien, die deren Klassenbewußtsein repräsentieren (die dort ja meist legal möglich ist), durchgesetzt, wäre ein Sprung in Richtung auf den Sozialismus (und daher dann auch — sehr viel später — in Richtung auf eine kommunistische Gesellschaft) eingeleitet, der in der gesamten Welt ungeheure Konsequenzen hätte.

8. Aber ist eine solche Wendung in diesem Bereich der alten Welt möglich? Sie ist es nur, wenn die Klasse, um deren Haut es dabei geht, klassenbewußt ist und lernt, ihre Macht einzusetzen, mit dem industriellen Proletariat als Kern. Sie sucht in Italien, in Frankreich, in Spanien mit jeweils der nationalen Lage angepaßten und also partiell verschiedenen Methoden — in Spanien gleichsam in einem Aufwasch mit der Beseitigung des zerfallenden faschistischen Systems, um dessen „Anpassung“ z. Z. die bundesdeutsche Außenpolitik so eifrig bemüht ist — derartige Prozesse einzuleiten, die durchaus bei Wahrung formeller demokratischer Legalität erfolgen können und sollen. In Portugal hat sie dabei einen starken Rückschlag hinnehmen müssen (wiederum bei erheblicher restaurativer Intervention aus der BRD), weil Portugal zu klein war und seine Zurückgebliebenheit und seine Rاندlage und vor allem auch die Rückkehr von vielen tausenden Kolonial-Portugiesen die Reaktion begünstigt hatten. So eifrig Bundeskanzler Schmidt auch die gleiche Intervention in Italien verfiht, muß das Ergebnis dort keineswegs das gleiche sein. Alle diese Prozesse gilt es genau zu analysieren und aus ihnen zu lernen; natürlich keineswegs, um das „Modell“ einer bloßen Kopie für die BRD zu verkünden, aber auch nicht, um bei möglichen Rückschlägen erschreckt zu resignieren.

9. Das alles ändert an der zunächst scheinbar hoffnungslosen Lage in der BRD wenig. Es würde das erst, wenn die Arbeiterklasse in einem anderen großen westeuropäischen Lande gesiegt hätte. Aber es hilft, die Diagnose klarer zu stellen, ohne die eine Strategie nicht entstehen kann. Und ohne Strategie kann man nicht siegen.

Es bleibt dabei: ohne politisches Klassenbewußtsein der Arbeiterklasse kann es keinen Sieg des Sozialismus, keine Vergesellschaftung der großen Produktionsmittel, keine die Interessen der Massen sichernde gesellschaftliche Planung, keine Eroberung der Staatsmacht zur Durchsetzung dieser Aufgaben geben. Aber in der BRD gibt es nicht nur keine die Massen im Kampf integrierende und anleitende politische Partei, die über wirklichen Einfluß verfügt, sondern noch nicht einmal erhebliche Ansätze zu politischem Klassenbewußtsein in der Arbeiterklasse. Vielmehr — durch die bereits geschilderte Situation in der ersten Restaurationsperiode als auch in der zweiten, in der wir uns befinden, begünstigt — war die Führung der SPD, der einstigen reformistischen Arbeiterpartei, eifrigst (und leider weithin erfolgreich) bemüht, dessen sozialistische Reste aus früheren Zeiten und seine Regenerationsversuche in neuen Generationen zu zerstören. Es gibt auch nur noch wenige Zentren intakten gewerkschaftlich-ökonomischen Klassenbewußtseins. Die meisten Gewerkschaftspitzen sind „sozialpartnerisch“ integriert, und normalerweise betrachten die Massen sie nicht als ihre Instrumente in der Auseinandersetzung mit ihrem Klassengegner, sondern begnügen sich mit der „Rolle“ des Kompromiß-Konsumenten. Gelegentlich — wie 1969 im beginnenden Aufschwung nach einer Krise — begehren Teile dieser Massen spontan auf. Aber auch nach Erfolgen bleibt kein dauernder Zustand progressiver Bewußtseinsveränderung erhalten, weil ein

strategisches Zentrum fehlt, das eine derartige Konsolidierung einer spontanen Bewegung wirksam durchsetzen könnte. Der Vergleich mit den Nachbarländern — und keineswegs nur die Verfassungslage in der BRD selbst — läßt erkennen, daß nur eine wirksame politische Partei der Arbeiterklasse diese Funktion erfolgreich übernehmen könnte, die spontan gewonnenen Erfahrungen in Einsicht zu verwandeln. Es gibt allenfalls Ansätze in Richtung auf die Konstituierung einer solchen Partei, deren relevantester (gewiß mit vielen Mängeln) die DKP ist. Von deren Mitgliedern aber träumen noch allzu viele von der DDR als „Modell“, statt sie als das zu erkennen, was sie ist: als Beispiel des realen Sozialismus, das so (auch in seinen Mängeln) nur am Ende des zweiten Weltkriegs im Schutze der UdSSR entstehen konnte, aber sich doch insgesamt positiv entwickelt hat. Nur in diesem Verständnis kann sie Hilfe und Bundesgenosse sein.

10. Dagegen gibt es (noch?) in dieser Bundesrepublik, trotz der Rückschläge der spontanen Studentenbewegung, die seit Mitte der sechziger Jahre aufbrach, eine wichtige Schicht von Intellektuellen und Studenten, die zu sozialistischer Aktivität drängt. Ihre Breite ist relativ. Sie ist erheblich, wenn man sie mit der Situation in früheren Perioden der deutschen Geschichte vergleicht. Aber — wenn man von den Studenten einmal absieht — sie ist wesentlich geringer als in den anderen europäischen kapitalistischen Staaten.

Um diese Intellektuellen und ihre Mentalität zu verstehen, bedarf es des eingehenden Studiums ihrer Entstehung durch diese Studentenbewegung. Natürlich hängt dieser Prozeß *auch* mit der Verwissenschaftlichung der Produktion und der durch sie bewirkten Verwandlung der freiberuflichen in eine Arbeitnehmerintelligenz (mit allen Risiken ihrer beruflichen Zukunft) zusammen. Aber er spiegelt diese Entwicklung (die alle Länder der modernen Produktion umgreift) nicht unvermittelt wider. Das alles ist weder historisch noch soziologisch hinreichend aufgearbeitet. Wie wenig es sich um eine unmittelbare Spiegelung handelt, folgt schon daraus, daß diese „Intellektuelle Linke“ in der technischen Intelligenz am schwächsten, ja kaum vorhanden ist. Weil diese „linke Intelligenz“ fast allein steht und nicht (wie in anderen Ländern) bloßer Teil einer großen sozialistischen Bewegung der Arbeiterklasse ist, neigt sie zu der Illusion, sie sei „die Welt“, und ihre eigenen Probleme stünden im Zentrum. Die Intelligenz aller nicht unmittelbar technischen Berufe gefällt sich in abstrakten Theoriediskussionen, die für sie ein Lebenselement bilden. Theoriediskussionen sind nützlich und notwendig. Ohne kritische Theorie gibt es auch keine kritische Praxis, auch nicht für die Arbeiterklasse. Denn sie kann nur mit Hilfe der Theorie des proletarischen Klassenkampfes ihre Strategie gewinnen (und damit die Vorbedingungen für ihren Sieg, den Sieg des Sozialismus schaffen). Aber ihr Nutzen besteht eben in dieser Verbindung mit der Praxis und kann nur in diesem stetigen und bewußten Bezug Bedeutung gewinnen. Es gibt, so wenig es gute Praxis ohne Theorie geben kann, keine Theorie jenseits dieses Bezugs auf die Praxis, die wirklich ernstzunehmende Theorie ist. Verliert sie diesen Bezug auf Praxis, sinkt

sie zu ideologischem Gezänk ab oder erbaut Kartenhäuser, die im ersten Windstoß verwehen. Das gilt auch für die Theorie des Sozialismus. Es ist unvermeidlich, daß aus dieser Situation der linken Intelligenz in der BRD immer wieder Gefahren in dieser Richtung entstehen, solange diese Schicht kritischer Intelligenz von der Arbeiterklasse isoliert ist, die noch kein Klassenbewußtsein zurückgewonnen hat.

Für diese Arbeit, neues Klassenbewußtsein zu rekonstruieren, um endlich die politische Lage in der BRD wenigstens auf das Niveau ihrer westlichen (bzw. südlichen) Nachbarstaaten zu heben, bedarf es natürlich auch der Aufarbeitung der theoretischen Probleme, die in diesem Beitrag angesprochen wurden. Niemand kann behaupten, sie seien „gelöst“ (das sind sie erst dann, wenn der Sozialismus gesiegt hat und der Übergang zum Kommunismus uns neue Fragen stellt). Aber man kann sie nicht beantworten ohne konkreten und steten Bezug auf das zentrale Problem der Rekonstituierung und Rekonsolidierung des Klassenbewußtseins. Man kann sich dabei nicht auf bloße Spontaneität verlassen; dann ist man verlassen. Spontane Bewegungen sind bloße Reaktionen von Massen auf neue Situationen; sie kommen und gehen. Konsolidiert man sie nicht, zerfließen sie in nichts. Sie sind immer wieder notwendig, auch um organisiertes Bewußtseins, das stagniert, in Bewegung zu bringen. Niemand will Spontaneität auslöschen. Aber wer sich in der Hoffnung auf Spontaneität beschränkt, kann sie nicht anleiten, wenn sie einsetzt, und sie nicht weiterentwickeln. Und wer die Sozialismus-Diskussion in die Diskussion abstrakter Modelle oder Theoreme auflöst, in dogmatische Thesen, was „noch“ oder was „schon“ Sozialismus sei, von welchem Grad der Demokratisierung gegenüber vorübergehend produzierten bürokratischen Verhärtungen und Fehlern an man „bereits“ oder „nicht mehr“ von Sozialismus sprechen dürfe, geht am realen Klassenkampf schlicht vorbei, in den wir Intellektuelle uns einordnen müssen. Abstrakt gewordene Theorie-Diskussion ist unhistorisch und falsch, wird zur falschen Ideologie.

Allein gelassene Intellektuelle haben in der Geschichte allzu häufig ihre wirkliche Aufgabe mit geistiger Onanie, sei sie noch so schön, geistreich und interessant, verwechselt. Das galt schon in den Rückzugsperioden der bürgerlichen Revolutionen, erst recht nach jeder Niederlage der Arbeiterbewegung und also auch in der gegenwärtigen Restaurationsperiode. Diese Gefahr gilt es zu meiden. Für sinnvolle Sozialismus-Diskussion steht in der BRD nur eine Hauptaufgabe: Hilfe für die Wiedererweckung gewerkschaftlichen und politischen Klassenbewußtseins, für die Verteidigung demokratischer Rechte in der BRD, für das — wenn auch kritische — Bündnis mit den Ländern des realen Sozialismus und den Befreiungskämpfen in der „Dritten Welt“ zu bieten. Denn die aktuelle Aufgabe in der BRD ist noch lange nicht die Verwirklichung des Sozialismus, sondern die Verteidigung der Demokratie und der sozialen Lage der Arbeiterklasse, um ihr wieder Klassenbewußtsein zu geben. Der knappe Erfolg des kleineren Übels über das größte Übel bei den Bundestagswahlen wird

nichts daran ändern, daß die Offensive gegen das Lebenshaltungsniveau der Arbeiterklasse weiterläuft, auch unter Beteiligung der Regierung. Hier gilt es in den gewerkschaftlichen Kämpfen mitzuwirken und zu versuchen, aus ihnen Ansätze neuen Klassenbewußtseins zu entwickeln. Es gilt, alle Versuche, politisches Klassenbewußtsein zu organisieren — ob in der DKP, ob als Opposition in der SPD, die von den Arbeitern in Wahlen noch immer als ihre Partei akklamiert wird, ob in spontanen Kommunikationszentren —, aus dem Gegeneinander in lebendige Diskussion miteinander und dadurch in Kooperation zu bringen.

Ken Coates

Industrielle Demokratie – neue Perspektiven der britischen Arbeiterbewegung¹

Die sozialistischen und kommunistischen Parteien Westeuropas stimmen zunehmend darin überein, daß der Weg zum Sozialismus über die ständige und radikale Verteidigung aller großen Errungenschaften der bürgerlichen Demokratie sowie die Ausdehnung demokratischer Kontrollen über das gesamte wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben führt. In Frankreich, England, Belgien und Italien haben die Lehren des jugoslawischen Sozialismus das Interesse an den Konzeptionen der Arbeiterkontrolle und der Selbstverwaltung geweckt und entsprechende Aktivitäten hervorgerufen. Das gemeinsame Programm der französischen Linken, das Arbeiterkontrolle-Programm des belgischen FGFB, die Strategie der KPI und das kürzlich (1973) angenommene Programm der britischen Labour Party sind ein unmittelbarer Reflex auf diese Bemühungen. Die Erkenntnis des rapiden Anwachsens der multinationalen Gesellschaften und der aus ihnen für die nationale Autorität der Regierungen resultierenden Probleme hat ein übriges dazu getan, die Vorstellung von der industriellen Demokratie zu einem wichtigen Element schöpferischen sozialistischen Denkens in ganz Westeuropa werden zu lassen.

In Großbritannien hat dieser Prozeß entscheidende Anregungen aus den (insgesamt eher beklagenswerten) Erfahrungen mit den Labour-Regierungen der Jahre 1964—70 bezogen. Herkömmliche Vorstellungen von Planung brachen unter dem Druck ökonomischer Not einfach zusammen, so viel war nach dem Scheitern des groß-angekündigten nationalen Plans zu Beginn dieser Periode klar. In der Folgezeit hat es dann eine Vielfalt von Versuchen gegeben, Kontrollen über die Wirtschaft auszuüben, um das Wirtschaftswachstum zu fördern. Sowohl hinsichtlich der objektiven Erfordernisse als auch der subjektiven Absichten der verantwortlichen Planer griffen diese Versuche jedoch zu kurz. Im Zusammenhang mit diesen Ereignissen erhob Stuart Holland, ein junger Berater des Premierministers, den Vorwurf, daß die multinationalen Gesellschaften augenscheinlich in zunehmendem Maße in der Lage seien, gegebenenfalls eine ganze

1 Überarbeitete Fassung eines Beitrags zum „Round Table '76 — Socialism in Present Day World“ (Cavtat, Jugoslawien). Als begleitende Veröffentlichungen zu unserer westdeutschen Sozialismus-Diskussion werden wir in den folgenden Heften noch weitere Beiträge zur Konferenz von Cavtat, bei der auch das „Argument“ vertreten war, bringen. Vgl. dazu den Tagungsbericht in Argument 101.

Folge von Regierungsplänen einfach zu unterlaufen oder sich darüber hinwegzusetzen. Holland sah zwischen den Makro- und Mikrosektoren der Wirtschaft, wie sie normalerweise nach Keynes benannt werden, noch einen dritten, den meso-ökonomischen Sektor. Aufgrund dieser Erkenntnis war es möglich, ein Programm zu erarbeiten, das den 21 (multinationalen) Mammutgesellschaften, die Dreiviertel des nichtverstaatlichten Anteils der britischen Wirtschaft beherrschten, entgegenwirken, sie isolieren und wo notwendig auch unterwerfen sollte. In einer bemerkenswerten Serie von Artikeln und Schriften machte Stuart Holland die Tatsache publik, daß die hundert größten britischen (wiederum multinationalen) Gesellschaften die Hälfte des Nettovolumens der gesamten Industrieproduktion kontrollierten, wohingegen sie noch zwanzig Jahre zuvor lediglich ein Fünftel kontrolliert hatten. Das nationale Exekutivkomitee der Labour Party beschloß darauf mit großer Mehrheit, diese Fragen in Angriff zu nehmen.

Diese Entwicklungen auf dem politischen Flügel der Arbeiterbewegung wurden begleitet von der Entstehung eines radikal neuen Denkens innerhalb der Gewerkschaften. Der Stimulus hierzu ging einmal von der wachsenden Anhängerschaft der Arbeiterkontrolle aus, mehr noch war sie aber eine Folge des unerwarteten wirtschaftlichen Notstands. In dem Maße, in dem sich die Wilson-Administration der Jahre 1964—70 immer weniger in der Lage sah, strukturelle Veränderungen in den Prioritäten der britischen Industrie durchzusetzen, setzte sich bei ihr die Überzeugung durch, daß der einzige Weg vorwärts über die Wiederherstellung der Profitabilität der Unternehmen bei gleichzeitiger Beschneidung der Macht der Gewerkschaften führe. Entsprechende Vorschläge wurden dem Parlament in dem Weißbuch *In Place of Strike* (Anstelle von Arbeitskämpfen) vorgelegt, ein Vorgang, der eine Krise zwischen Gewerkschaften und Labour Party heraufbeschwor und zu einer Rebellion führte, die die parlamentarische Führung der Partei dazu bewog, ihre gesamte Politik zu überdenken. Unmittelbar darauf gewannen die Konservativen die Wahlen von 1970 und führten sofort eine Gewerkschaftsgesetzgebung ein, die noch weit über den ursprünglichen Wilson/Castle-Plan hinausging, aber aus dem gleichen Geist geboren war. Die daraufhin einsetzenden Kämpfe, die seit 1974 von den Gewerkschaften zu ihren Gunsten entschieden werden konnten, lösten eine weitreichende Debatte über die Gewerkschaftsstrategie aus und führten zu dem herrschenden Konsens, daß industrielle Demokratie als eines der wichtigsten Mittel zu betrachten sei, mit denen sich ein Gegendruck ausüben läßt, der das Kapital unter eine ähnliche Schraube setzt, wie ihm die Seite der Arbeit zur Zeit des Gewerkschaftsgesetzes (*Industrial Relations Act*) ausgesetzt war. Im Verlauf dieser Debatte bildeten sich neue erfinderische Kampfesformen heraus, die das Interesse immer größerer Teile der Arbeiterschaft an einer neuen industriellen Ordnung weckten. Erfolgreichen Fabrikbesetzungen und Arbeitsfortführungen (*work-on*) wie der der Werftarbeiter am Upper Clyde folgten kurz darauf mehr als hundert wei-

tere „sit-ins“, von denen einige zur Etablierung neuer experimenteller Kooperationsformen unter Selbstverwaltungsbedingungen führten.

Bis zur Wiederwahl einer Labourregierung 1974 kam zu diesen Reaktionen noch die Verabschiedung eines neuen Parteiprogramms seitens der Labour Party (1973) hinzu. Darin wurden nicht nur die neuen Lehren der Planungspolitik beherzigt, sondern auch die Entwicklung der industriellen Demokratie als ein integraler Bestandteil der Gegenstrategie anerkannt. Die neuen Vorschläge hinsichtlich der staatlichen Intervention im privaten Sektor betrafen die Verstaatlichung von „Leitsektoren“ und nicht mehr, wie früher, von „lahmen Enten“: ein nationales Unternehmensamt (National Enterprise Board) sollte mit weitgehenden interventionistischen Befugnissen ausgestattet und keine öffentlichen Gelder sollten mehr in private Firmen gesteckt werden ohne das Zugeständnis angemessener Kontrollen. (1974 hatten die öffentlichen Zuwendungen an den dahinsiechenden Privatsektor schon flutartige Proportionen angenommen.) Am bedeutendsten aber war, daß die multinationalen Gesellschaften unter die Schraube einer aus drei „Parteien“ bestehenden Planungsübereinkunft gebracht werden sollten, die einzugehen Regierung, Gesellschaften und Gewerkschaften gezwungen werden sollten, um die volle Aufdeckung aller relevanten finanziellen Informationen zu gewährleisten. Dies hätte einen enormen Machtzuwachs für die Betriebsräte (shop stewards) bedeutet und gleichzeitig den Gesellschaften große Hindernisse bezüglich des Preistransfers in den Weg gelegt, mit dem diese gewöhnlich den Wert von Regierungsmaßnahmen im Hinblick auf den Meso-Sektor auf das Stückchen Papier reduziert hatten, auf dem diese Maßnahmen gedruckt waren.

Identifiziert werden konnte diese Strategie mit Tony Benn, der in den Jahren der Opposition die Fabrikbesetzungen und die Plattform der Arbeiterkontrolle unterstützt hatte und 1974 Industrieminister wurde, nachdem der Bergarbeiterstreik von 1974 den Sturz der Regierung Heath bewirkt und die Labour Party wieder in die Regierung, eine Minderheitsregierung, gebracht hatte. Nach einer verkrampften Anfangsperiode wurde die Bennsche Strategie jedoch abgeblockt und schließlich annulliert, als es nämlich der Wilson-Administration gelang, die konservativer gestimmte parlamentarische Basis einzuschalten, um den Druck der Gewerkschaften zu neutralisieren und sich den nötigen Rückhalt zu sichern zur Ignorierung der überwältigenden Mehrheitsmeinung der Parteimitgliedschaft (rank-and-file), wie sie sich auf den Parteitag widerspiegelte. Ermöglicht wurden diese Zielsetzungen allein durch die Niederlage der Labour-Linken in der Volksabstimmung über den EWG-Beitritt 1975: innerhalb des gegebenen Kontexts jedoch wurden sie durchgesetzt mittels der Auflösung der integralen Strategie der Partei auf ihre Bestandteile und der anschließenden Verwirklichung (oder jedenfalls partiellen Verwirklichung) selektiver und entsprechend aufgeweichter Teile dieser einheitlichen Strategie. Zunächst versicherte man sich der Zusammenarbeit der Gewerkschaften durch

den vollständigen Abbau der konservativen Gesetzgebung und die schleunige Verabschiedung einiger recht radikaler Maßnahmen, die eine Ausdehnung der Macht und eine Verteidigung der korporativen Interessen der Gewerkschaften zuließen. Dann wurden neue Gesetze zur industriellen Demokratie für eine spätere Phase in der fünfjährigen Legislaturperiode versprochen. Als nächstes mußten die Schwäche des Pfundes und die allgemeine Krisen- und Inflationsatmosphäre im Verein mit der nur zu berechtigten Furcht vor einer Koalitionsregierung dazu herhalten, die größeren Gewerkschaften einzuschüchtern bzw. sie dahin zu bringen, daß sie in der Zwischenzeit eine ganze Reihe von offen monetaristischen „Lösungen“ tolerierten. Die Linke fand sich isoliert, auf die Wahlkreise und eine Minderheit von gewerkschaftlichen Aktivisten zurückgeworfen.

Oberflächlich gesehen, berechtigt somit nichts dazu, in Großbritannien auf rasche Fortschritte im Sinne des Sozialismus zu hoffen.

Unter der Oberfläche jedoch spiegelt sich in dieser jüngsten Entwicklung der Labour-Politik trotz der fortdauernden Wirtschaftskrise und dem von ihr bedingten unerbittlichen Druck auf alle britischen Institutionen ein grundlegender Wandel im politischen Bewußtsein. Zunächst einmal operieren selbst die konservativsten Sprecher in der gegenwärtigen Labourregierung in einem Klima, das sie zwingt, die Fragen der industriellen Demokratie und der Verlagerung der Macht auf untere Ebenen (*devolution of powers*) zum Thema der nächsten großen Wahlschlacht zu machen.

Im Parlament ist das Kräfteverhältnis derzeit derart prekär, daß es auf vielfältige Weise erschüttert werden kann, wobei das Zustandekommen einer konservativ orientierten Koalition quer durch beide Parteien hindurch nicht auszuschließen ist. Andererseits aber ist es kaum denkbar, daß die Labour Party, ganz gleich wie sie in die nächste Wahl geht und ein wie großer Teil ihrer derzeitigen parlamentarischen Vertretung letztlich intakt gehalten werden kann, ihre Wahlplattform anders ausrichten wird als im Hinblick auf ein Mehr an Demokratie im industriellen Bereich. Kein anderer positiver Vorschlag ist gleichermaßen plausibel.

Eine solche Kampagne mag auf ungünstige Bedingungen stoßen, sie wird aber notwendig zu einer Stärkung der mächtigen Strömung an der Basis der Gewerkschaften führen, die jetzt schon ganz offen für einen Abbau der Managervorherrschaft und die Erweiterung gewerkschaftlicher Kontrollen über immer größere Bereiche der industriellen Politik eintritt.

Gleichzeitig hat die Entwicklung der Wohlfahrtsinstitutionen das parallel gelagerte Problem der demokratischen Rechenschaft hervorgebracht, denn im Zusammenhang mit der Verwaltung der verschiedenen Dienste der sozialen Fürsorge haben sich riesige Bürokratien herausgebildet, deren organisatorische Modelle durch ein Versäumnis fast durchweg dem längst irrelevant gewordenen Beispiel hierarchisch aufgebauter großer Privatgesellschaften nachgebildet worden sind. Sowohl die Gewerkschaften der in diesen Bereichen beschäftigten (oft hochqualifizierten und entsprechend organisierten) Ange-

stellten als auch die wachsende Zahl der „pressure groups“ im Bereich des Wohnungsbaus, der Ausbildung, der Gesundheit und der Kulturarbeit nähern sich der Erkenntnis, daß offene, verantwortliche und demokratische Assoziationsformen für die sinnvolle Ausnutzung der schon bestehenden Dienste in zunehmendem Maße ebenso unumgänglich werden, wie sie absolut unverzichtbar sind für die Arbeit derjenigen, die für eine Umverteilung der Mittel zugunsten eines adäquateren Funktionierens der Dienste eintreten. Auch die gegenwärtige ökonomische Dürre, die zu beträchtlichen Kürzungen im Sektor der Wohlfahrtsausgaben geführt hat, kann solche Überzeugungen nicht beeinträchtigen.

Selbst innerhalb kapitalistischer Strukturen, in denen der Druck des Marktes die Entscheidungen der Sozialpolitik verzerrt, haben sich starke Wohlfahrtsorganisationen herausgebildet, die anfangen, die Vorstellung vom „Bedürfnis“ höher einzuschätzen als die „Nachfrage“ und somit ein Fragezeichen hinter die Prämissen der kapitalistischen Praxis setzen. Die Verringerung der öffentlichen Fürsorge verleiht diesen Fragen noch zusätzliche Geltung.

Die fortgeschritteneren unter den Gewerkschaften haben diese Probleme bereits angegangen, sowohl auf dem Gebiet der in Privatbesitz befindlichen Industrien als auch im Bereich der öffentlichen Dienste. Ausgehend von der Erfahrung der britischen Gewerkschaften haben Tony Topham und ich versucht, die notwendigen Forderungen unter vier spezifischen Losungen zu verallgemeinern:

Die von den Arbeitern benötigte Macht läßt sich in vier Begriffen zusammenfassen, die Macht, Informationen zu erlangen, Aufsicht über die Tätigkeit des Management zu bekommen, ein Veto bei willkürlichen Entscheidungen einzulegen und eine entsprechende Repräsentation für Arbeiter, um diese Funktionen wahrnehmen zu können. Die Entscheidungsbereiche, auf die diese Machtbefugnisse Anwendung finden sollen, schließen praktisch das gesamte Feld der industriellen Aktivität ein. Löhne und Arbeitsbedingungen sind bereits seit langem allgemein als legitime gewerkschaftliche Belange anerkannt, aber selbst hier sind ja bereits ständige Kämpfe vonnöten, um unter größtem Einsatz seitens der Gewerkschaften wenigstens den Status quo beizubehalten. Neue Formen der Lohnbezahlung, neue Methoden, die Lohnstrukturen zu bestimmen, eine Kontrolle der Überstunden und die grundlegenden Fragen des Mindestlohns und des Prinzips „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ sind gegenwärtig Anlässe schärfster Auseinandersetzungen, die mit der Kontrolle der Industrie zusammenhängen. Dahinter stehen die weitergehenden Fragen: wer einstellt und entläßt, welche Arbeitsplätze überflüssig werden, wie die Sicherheit am Arbeitsplatz zu gewährleisten ist, wer über das Arbeitstempo und den Einsatz der Beschäftigten bestimmt, wo Industrien angesiedelt und Investitionen vorgenommen werden, welche Gesundheits- und Fürsorgemaßnahmen zu treffen sind, und alle die anderen Fragen, die die Herstellung von Produkten, die Rationalisierung und die gewerkschaftliche und Weiterbildung der Arbeiter betreffen. Durch alle diese Probleme zieht sich die gleiche Grundfrage: Wer kontrolliert die Wirtschaft? Wer, in welchem Interesse und mit welchen

Zwecksetzungen bestimmt die Wirtschaftspolitik der Regierungen? Die Arbeiterschaft ist diese weitreichenden Fragen mittels der von ihr selbst geschaffenen industriellen und politischen Organisationen angegangen; von daher ergibt sich, daß es für die Arbeiterkontrollbewegung eine Schlüsselfrage ist, wie es um die Demokratie in den Gewerkschaften und den Arbeiterparteien bestellt ist.

Es gibt keinen Grund, der dafür spräche, diese vier Prinzipien auf den Bereich der kapitalistischen industriellen Beziehungen zu beschränken. Wenn sie für die Fabriken Gültigkeit besitzen, dann hat dies auch Konsequenzen außerhalb derselben. Das heißt, wie immer wir die Institutionen der parlamentarischen Demokratie einschätzen, sie reichen zur Realisierung des demokratischen Potentials fortgeschrittener Gesellschaften niemals aus. Sie können bestenfalls als Katalysator für eine viel weitergehendere demokratische Explosion dienen, in der alle Hauptzentren der Macht den gleichen Kriterien der Rechenschaft, der Volkszustimmung und der Mitbestimmung unterliegen.

In Großbritannien hat dies weithin Anerkennung gefunden. Niemand darf indessen aus der Tatsache, daß sich die Arbeiterbewegung über ein friedliches und geregeltes Herbeiführen dieser Veränderung im großen und ganzen einig ist, den Schluß ziehen, daß sie eine Sanierung der Wirtschaft auf Kosten der Arbeitenden stillschweigend hinnähme. Pragmatisch eingestellt und gelegentlich übergeduldig, wie sie sind, sind die Arbeiter zwar bereit, ihren Führern ein beträchtliches Maß an Vertrauen zu gewähren. Nichtsdestotrotz sind sie jedoch aufgefordert worden, einen radikalen Wandel in ihrem Status und ihren Aussichten zu erwarten, und ein solcher Wandel läßt sich in die ferne Zukunft hinausschieben.

In diesem Sinne kommt den im Labour-Programm enthaltenen Vorschlägen wie auch entsprechenden Forderungen zu Struktur-reformen innerhalb Europas eine gewisse transitorische Bedeutung zu. Sie ermutigen die Menschen, vorgegebene ideologische Annahmen zu hinterfragen und die Frage aufzuwerfen, wie eine wirkliche Demokratisierung des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens herbeigeführt werden kann.

Im Zuge der Entwicklung dieser Hoffnungen und Zweifel und der aus ihnen abgeleiteten, immer greifbarere und spezifischere Formen annehmenden Forderungen bildet sich ein Meinungsklima heraus, das über den ursprünglichen programmatischen Konsens hinausgeht. Aus diesem Grund wären wir schlecht beraten, wenn wir unseren Blick einzig auf die mit diesen Strukturreformen verbundenen institutionellen Umwandlungen richten würden. Vielmehr müssen wir unsere Aufmerksamkeit auf das sich entfaltende soziale Bewußtsein richten, das durch solche Reformprogramme stimuliert oder gehemmt werden kann. Die britische Erfahrung macht bereits zureichend klar, daß keine ernsthafte Strukturreform sich über das politische Verständnis der vorgesehenen Nutznießer hinwegsetzen kann. Institutionelle Veränderungen können dieses Verständnis innerhalb bestimmter Grenzen fördern, jedoch nur in dem Umfang, in dem

eine wache demokratische Bewegung bereits existiert und in der Lage ist, jede Initiative aufzugreifen und bis zu ihren Grenzen und darüber hinaus zu verfolgen.

Sozialistische Gesetzgeber müssen sich über diesen Prozeß im klaren sein. Sie müssen, in den Worten Mao-Tse-Tungs, wissen, wann es nötig ist, ein großes Charakterporträt aufzuhängen und an die Massen zu appellieren, das Hauptquartier zu bestürmen.

* * * *

Wenn die Aussichten für eine sozialistische Demokratie in Westeuropa auch nicht trübe sind, so ist es doch notwendig hinzuzufügen, daß sie noch besser aussähen, wenn ernsthafte demokratische Entwicklungen in den sozialistischen Nationen Osteuropas und insbesondere der Sowjetunion in Gang kämen. Obwohl niemand den sowjetischen Fortschritt seit 1956 geringschätzen sollte, sind die stalinistischen Überbleibsel in der Sowjetunion doch noch immer einschüchternd genug, um ausreichend Material für den reaktionären Kurs in allen fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern zu liefern.

Angesichts der unlösbar mit der modernen Industrie verbundenen Verbesserungen im Kommunikations- und Erziehungswesen wird es immer unmöglicher, die lebensnotwendigen Fragen der Menschenrechte und bürgerlichen Freiheiten mit zweierlei Maß zu messen. Die Initiativen der italienischen und französischen Kommunisten, die die Sowjetunion und andere Warschauer Paktstaaten unter Druck setzen, sind objektiv notwendig und werden vermutlich noch weiter zunehmen. Ohne Zweifel ist die Fortdauer einer willkürlichen Zensur, repressiver Formen der politischen Kontrolle und Restriktionen im Bereich der freien Meinungsäußerung ein Problem für die ganze sozialistische Bewegung. Ebenso verhält es sich mit der Aufrechterhaltung der nationalen Integrität und Autonomie sozialistischer Staaten nicht nur gegenüber dem ständigen Druck seitens des Imperialismus, sondern auch seitens der Doktrin der „sozialistischen“ Führung von außerhalb.

Es ist gut möglich, daß der Kampf für den Sozialismus in Westeuropa mit der Entwicklung progressiver Kräfte im Osten eng verflochten ist und in einen historischen Sprung mündet, der das schädliche Erbe aus einer früheren und jetzt abgeschlossenen Epoche hinter sich läßt. Das möchten jedenfalls alle sozialistischen Demokraten in der Welt hoffen.

(Aus dem Englischen von H. Gustav Klaus)

Karl-Heinz Götze

„Kritischer Kommunist“ oder „Antikommunist“?

Biermanns Kölner Konzert

Keiner kann eine Disproportionalität zwischen Anlaß und Reaktion übersehen — in der Reaktion der DDR wie in den Reaktionen in der BRD. Von letzterer soll hier die Rede sein, von ersterer nur soweit, wie sie mit letzterer zusammenhängt. Woher kommt die Erregung über den „Fall Biermann“? Aus einer großangelegten Kampagne der bürgerlichen Medien allein? Weil die Poesie gefährdet ist? Oder die Humanität? Oder, vom anderen Standpunkt aus gesehen, der Sozialismus? Ist Biermann ein beliebiger Anlaß einer antisozialistischen Kampagne, die mal wieder an der Zeit war wie in der journalistischen Saure-Gurken-Zeit im Sommer das Ungeheuer von Loch Ness und ebenso auswechselbar, bringt der Gegner nur die Phantasie auf? Antworten setzen voraus, daß das Zentrum der Erregung lokalisiert wird; es liegt auf der Linken. Wer das nicht ohnehin schon weiß, kann es an der Struktur der gegenwärtigen Pressekampagne erkennen. Für die politische Rechte in der BRD ist die Aufregung um Biermann nicht recht brauchbar. Herausschlagen läßt sich bestenfalls nur, was man je schon gesagt hat, was Solschenizyn handhabbarer formuliert hat. Sicher, hier sagt es — partiell — „sogar“ ein Kommunist. Der Kronzeuge aber ist auch lästig, er sagt auch anderes, von dem man immer schon wollte, daß es in der Bundesrepublik nicht mehr gesagt werden kann. Nein, Biermanns Kopf prangt auf dem Titelbild des *Spiegel*, des *Stern*, seiner nehmen sich an vor allem die manchmal noch liberalen Medien, diejenigen, die nach links noch einen gewissen Einfluß ausüben können.

Woran aber liegt wiederum, daß die politische Linke in diesem Land von der Ausweisung Biermanns in besonderem Maße betroffen ist — betroffen im doppelten Sinn des Wortes? Die Diskussion um die Ausbürgerung Biermanns kann nur begriffen werden auf dem Hintergrund der Einschätzung, die die Diskutierenden — die Manipulierenden hier einmal beiseite gelassen —, von Biermann haben. Aus der Optik derer, die nicht für den Sozialismus sind: Das „begründete seine (Biermanns) Wirkung: daß er sich nicht als bourgeoiser, konterrevolutionärer Hetzer abtun ließ.“ (Dieter E. Zimmer in: *Die Zeit* Nr. 49 vom 26.11.1976.) Würde Biermann nicht von einer Vielzahl der Diskutierenden als kritischer, undogmatischer Kommunist, als ihr Genosse begriffen, reduzierte sich die Diskussion auf eine taktische Frage. Dann bliebe die von der DDR eingeschlagene Taktik immer noch unverständlich, aber dauerhaftes Interesse fände die Diskussion auf der Linken nicht mehr.

Die Frage also, wo Biermann politisch steht, auf wen und wie er politisch wirkt, ist alles andere als nebensächlich. Ist er der „Wolf“, der Kreide gefressen hat, um die westdeutschen Rotkappen zu betören? Oder der kritische Kommunist, der bisweilen zu weit geht, weil viele tatsächlich häufig genug nicht weit genug gehn? Das Bild der BRD-Linken von Biermann dürfte sich einigermaßen scharf erst durch die Übertragung des Kölner Konzerts herausgebildet haben. Da war er schon ausgebürgert, da standen die Grundpositionen zu dieser Ausbürgerung schon fest, da konnte die Frage „Agent — bewußt oder unbewußt“ — oder „kritischer Kommunist“ schon die Folie der Betrachtung bilden.

Zu sehen war jemand, der sich eindeutig und entschieden zum Sozialismus bekannte. Er nennt ihn „die einzige Hoffnung, die die Menschheit hat“. (Alle unbelegten Zitate auf Basis eines Tonbandmitschnitts des Kölner Konzerts von Wolf Biermann.) Soweit nichts Erstaunliches. Das abstrakte Bekenntnis zum Sozialismus wird noch jedermann von ihm erwartet haben. Spätestens die Anwesenheit von maoistischen Zwischenrufern, die die Argumente der politischen Rechten der BRD gegen die DDR einbrachten — „DDR, durch sowjetische Panzer besetzt“, „DDR = Zuchthaus“ — erforderte von ihm spontane Stellungnahme zum Sozialismus in dem Land, aus dem er kam. Lachen war seine erste Reaktion („Du, ich werde Dich auslachen, ich werde Dich niemals erschlagen, aber ich darf Dich auslachen“); die Betonung auch der reaktionären Seite des Aufstands am 17. Juni („denn dieser 17. Juni hatte durchaus einen gefährlichen Januskopf, er hatte zwei Gesichter, er war schon ein demokratischer Arbeiteraufstand und noch eine faschistische Erhebung“) die zweite, nachdem ein Zwischenrufer den 17. Juni als Beleg für die Unterdrückung der Arbeiterklasse in der DDR angeführt hatte; die dritte Reaktion, erfolgt auf den Zwischenruf, die DDR sei ein faschistischer Staat, die „Bullen“ von Brockdorf gleich den Vopos an der Mauer. Biermann qualifiziert den Zwischenruf: „(...) das war ein reaktionärer Unsinn, in meinen Augen. Ich bin allerdings der Meinung, daß das, was sich in der DDR entwickelt, eine sozialistische Gesellschaft ist...“

Das waren zweifelsfrei keine antikommunistischen Positionen, aber sie zu äußern, war allzu schwer nicht. Gegen die Maoisten hatte Biermann die Unterstützung des Publikums allemal. Aber seine Haltung zur DDR außerhalb der Konfrontation mit reaktionären Zwischenrufern? Zweifelsfrei Zustimmung zu den wesentlichen Schritten der antifaschistisch-demokratischen Etappe: „Ich kam 1953 in die DDR, da waren die Nazis schon weg. Keine Träne nachgeweint. Kapitalisten, weg damit. Großgrundbesitzer, weg damit...“ Vor einem Publikum, das zu einem beträchtlichen Teil, dem Beifall nach zu schließen, mit antikommunistischen Erwartungen gekommen war, sagte Biermann über die DDR heute, sie sei ein Land, „in dem es, allerdings, soziale Sicherheit gibt; Stabilität, was für die Intellektuellen vielleicht nicht so wichtig ist, aber für die Arbeiter, für das arbeitende Volk eine sehr kostbare Sache...“. Kei-

neswegs gab Biermann falschem Beifall immer recht. Als er den Ausdruck „KWV“ als „volkseigener Wohnungsverwalter“ übersetzt, klatscht das Publikum. Biermann, merkend daß er das Volkseigentum an Wohnungen der Lächerlichkeit ausgesetzt hat: „das finde ich nun einen Vorteil, richtige Sache, in der DDR.“ Das sind nicht mehr nur wohltönende Gemeinplätze über den Sozialismus, formelhafte Bekenntnisse. Aber Biermann wirkt natürlich durch seine Lieder dauerhaft, nicht durch gesprochene Zwischentexte. Entbehren die Lieder und Gedichte durchgehend jener Momente konkreten Engagements für konkreten Sozialismus?

Nehmen wir die jüngst verfaßte „Legende vom sozialistischen Gang“. Aufgegriffen wird das Problem der Ausbürgerungsanträge von DDR-Bewohnern — ein Problem nicht nur der DDR, sondern auch eines der westdeutschen Linken, wenn trotz der Krise die Attraktivität des Kapitalismus noch so hoch ist, daß es zu dieser „wahrhaft traurigen Massenbewegung“ kommt. Biermann gestaltet diesen Komplex als Geschichte von Paul Kuncke, der in den Westen will, den Antrag stellt, daraufhin entlassen werden soll, dessen Entlassung aber nicht ausgesprochen werden kann, weil seine Kollegen in der Betriebsgewerkschaftsleitung nicht zustimmen. Kuncke, nicht entlassen, wird der Antrag auf „legale Ausweisung“ zur Unterschrift vorgelegt, im nächsten Moment könnte er sich mit dem Federhalter den Weg in den Westen öffnen — und er will nicht mehr:

„wie kann ich jetzt noch rübergehen,
wo hinter mir die Kumpel stehen,
ich bin ja mittenmang,
jetzt gehts ja alles seinen sozialistischen Gang.“

Wohlverstanden, nicht irgendwelche Solidarität, irgendwelche Arbeiterkumpanei, möglich im Kapitalismus wie im Sozialismus, bewegt ihn zum Bleiben, sondern Solidarität, die Macht erst erlangt durch gesellschaftliche Organe der DDR, durch realisierte Arbeitermacht, so fest gefügt, daß sie von keiner Betriebsleitung willkürlich übergangen werden kann:

„entlassen werden kann,
hier in der DDR, kein Mann,
sonst geht am Ende Kunckel Paul
noch vor Gericht, und nimmt sich Kaul.“

Ein antikommunistisches Lied? Ein Lied, das antikommunistisch mißbraucht werden kann? Das könnte nur jemand meinen, der der Auffassung wäre, über Probleme des Sozialismus zu reden, sei immer schon Antikommunismus.

Diese Momente des Konzerts verschweigend, blamierte sich vor allem die UZ, die Zeitung der DKP. Schon deshalb, weil sich offenbarte, daß einige Argumente gegen Biermann erschlichen waren, auf Mißverständnissen und Verdrehungen beruhten. Die Erklärung

der 29 Marburger DKP-Mitglieder* weist auf einige hin, die bürgerliche Presse hat andere entdeckt (*Die Zeit* vom 26. 11. 1976, S. 9). Der erste Fehler wurde durch den Versuch der Vertuschung mit den nächsten schlimmer. Was Wunder, wenn sich die DKP um das Gehör für einige Argumente brachzte, die gehört zu werden verdienen. Hatte sie denn so völlig unrecht in ihrer Einschätzung Biermanns? Hat Hermann Kant unrecht, wenn er in seiner Erklärung Biermann vorwirft, er habe „dem Feinde Worte in den Mund gelegt, die ihm beinahe schon ausgegangen waren“. Und das hat in der Tat Biermann auch in Köln getan. Dies zu beweisen, bedarf es keiner „Mißverständnisse“.

Er hat von der DDR als „Diktatur im bürgerlichen Sinne“ geredet; oder dann auch, nicht kleinlich in bezug auf die Bestimmung der Gesellschaftsformation „Feudalsozialismus, . . . den ich so nenne, weil er eben in seiner Herrschaftsform eigentlich wenig Bürgerliches und sehr viel Feudales hat“. Er sagte, die DDR-Bürger sähen vor sich „das abschreckende Beispiel einer bürokratisch deformierten Gesellschaft, die sich sozialistisch nennt“, in der die „Menschen weniger Freiheit haben, sich zu äußern, als in der bürgerlichen Gesellschaft“, eine Gesellschaft, die „im Grunde sehr ähnliche Zielvorstellungen hat und durchsetzt wie die bürgerlichen Wohlstandsgesellschaften“. (*Der Spiegel* vom 22. 11. 76, S. 42.) Das ist auf schlimme Art wirr. Denn folgt nicht daraus, daß die DDR eine bürgerliche Diktatur sei, daß dann eine Gesellschaft weiter entwickelt ist, die immer noch trotz aller Aushöhlungsversuche eine bürgerliche Demokratie genannt werden muß? Sind die bürgerlichen Staaten „Wohlstandsgesellschaften“? Wohl nicht für alle. Und wer ist wohl daran interessiert, daß es so erscheinen möge? Von einer ganz anderen Seite her kritisiert: Was soll die Denunziation der materiellen Interessen der DDR-Bürger und der Versuche, ihnen Rechnung zu tragen? Natürlich hat das seine Probleme, wirft Widersprüche auf, was am gegenwärtigen Bauprogramm in der DDR etwa in vielfältiger Weise verfolgt werden kann, aber von denen ist hier bei Biermann nicht die Rede. Und berechtigt dies schließlich, davon zu spre-

* Die Vorwürfe in UZ und ND, Biermann sei „als Feind des Sozialismus und der DDR aufgetreten“ und habe „bewußt antikommunistische Kräfte in der BRD unterstützt“, „können offenbar nur mit Verdrehungen und Entstellungen belegt werden“, heißt es in der Erklärung, Die Stellungnahme des Präsidiumsmitglieds der DKP, Gerd Deumlich (UZ, 18. 11. 76), wird kritisiert, da sie sich „nicht aus den Erfordernissen einer in diesem Lande existentiell notwendigen Bündnispolitik“ ableite. Die Verfasser teilen Biermanns „eher antiautoritäre Bürokratiekritik nicht, ebensowenig seine unqualifizierte Kritik an leitenden Genossen in der DDR“, die DDR müsse aber in der Lage sein, „auch solche Positionen für ihre gesellschaftliche Entwicklung nutzbar zu machen“. Sie verurteilen deshalb die Ausbürgerung, fordern aber, daß „die Ablehnung der Ausbürgerung Wolf Biermanns nicht zum Kriterium der Zugehörigkeit zur Linken“ gemacht werden dürfe. Vielmehr müsse die DKP in der Diskussion über Demokratie und Sozialismus ihre Position weiterentwickeln. — Zitiert nach dem Wortlaut im berliner EXTRA dienst, Nr. 92/X, 23. 11. 76, S. 2 ff.

chen, die DDR-Gesellschaft setze im Grunde sehr ähnliche Zielvorstellungen durch, wie sie in den bürgerlichen Gesellschaften herrschen? Die antiautoritäre Kritik der „Konsumgesellschaft“ feiert hier traurige Urstände und dieses auch noch ohne die antiautoritäre Kritik der spezifisch bürgerlichen Form der „Meinungsfreiheit“. Das schlimmste bei dieser Art von Argumentationen ist, daß nichts aus ihnen gelernt werden kann, wo dringend gelernt werden müßte, und daß schließlich, betrachtet man die DDR auf diese Weise als Kopie der bürgerlichen Gesellschaft, der Schluß nahegelegt wird: „Dann wollen wir lieber das Original und nicht die klägliche Kopie“ (ebd.). Biermann zieht diesen Schluß, dies ist festzuhalten, nicht: aber ist das dann nicht nur der Unlogik geschuldet, wenig überzeugend also?

Wie in den Interviews, so auch in den Liedern. Da ist („Portrait eines Monopolbürokraten“) in der DDR die „Revolution lebendig begraben“; diejenigen, die dort herrschen, sind eine Schmarotzerkaste, die „die umkämpfte Stellung halten — hinter den Bankettbarrikaden“, die Bourgeoisie nachäffend, zitternd vor der Diktatur des Proletariats. Die „privilegierte Kaste“ sitzt im „Schmalztopf“ („Tischrede des Dichters im zweiten mageren Jahr“), „Mümmelgreise predigen die neue Zeit, die dicke da sind mit Koch, Chauffeur und Haus“ („Ah-ja-Lied“) — alles und noch vieles von der gleichen Art gesungen in Köln. Das Schlechte an solchen Liedern ist nicht, daß sie führende Funktionäre der DDR beleidigen; Lieder sind keine Zeitungsartikel, und wo sie gereimte Zeitungsartikel werden, werden sie auch mies; das Schlechte ist, daß sie das Problem falsch lokalisieren, nicht nur möglicherweise mißbraucht werden, sondern eigentlich *nur mißbraucht werden können*, dem Klischee von den darbedenden Massen, hungrig nach Bananen und Bohnenkaffee, beherrscht von einer Clique feister Funktionäre, die das Volk unterdrücken um ihrer persönlichen Interessen willen, eine Klischee, das sich in den letzten Jahren in der BRD nicht mehr allzugen verkauft ließ, wieder auffrischen. Biermann weiß etwas davon. In seinem das „Ah-ja-Lied“ einleitenden Text heißt es über die Mitglieder des Politbüros: „ich glaube nicht, daß sie [...] ein Luxusleben führen, wie oft die Leute vermuten; ich glaube, diese Leute leben viel bescheidener, als sich mancher große Kritiker der Bürokratie vorstellt. Das schlimme ist, daß sie eben isoliert sind“ (Meint hier: isoliert wohnen K.H.G.). Nur folgt das folgende Lied dieser Einsicht nicht, sondern ist ihr Gegenteil.

Ist der langen Rede kurzer Sinn denn doch, Biermann sei eben Antikommunist, weil er Antikommunistisches singe und antikommunistisch wirke? Dies zu behaupten, verriete kurzen Sinn: er ist beides, er ist ein mit unermüdlicher Hartnäckigkeit für den Sozialismus wirkender Sänger, alles andere als ein Rattenfänger im roten Kostüm — und er ist ein unproduktiver Kritiker, auch ein sich der Ausnutzung geradegeradeter Propagandist antikommunistischer Sprüche. Die Paradoxie bildet die Sache nach; wenn sie, scheinbar, unvereinbares zusammenbringt, so deshalb, weil Biermann dieses vereinigt. Biermann ist zerrissen, kann die Dialektik von Zustim-

mung und Kritik nicht in Gang setzen, sondern steht mal auf dem einen, mal auf dem anderen Standpunkt und singt mal den einen und mal den anderen tot. Biermann ist ein großartiger Liedermacher, das muß auch dann gesagt werden, wenn die Kulturverwalter in der BRD dies im Moment dauernd *ex cathedra* verkünden, um diejenigen seiner Inhalte, die ihnen passen, als unangreifbar erscheinen zu lassen; aber er ist eines gewiß nicht, ein Schüler seines „verehrten(n) Meister(s) Brecht“, soviel er auch im einzelnen von ihm gelernt haben mag, denn er ist in den großen Fragen kein Dialektiker, wenngleich er ständig mit Widersprüchen hantiert. Sie verfestigen sich unter seiner Hand und werden starr. Deshalb die prominente Stellung von Paradoxien in seinem Werk, von unaufgelösten Widersprüchen. „Ich möchte am liebsten weg sein, und bleibe am liebsten hier.“ Oder seine Stellungnahme zum Diebstahl von volkseigenem Baumaterial: „Ich hab dagegen überhaupt nichts, außer, daß ich sehr viel dagegen habe . . .“. Ja, Biermann will „eckige Runden drehen“. Er ist *zerrissen*, abgestoßen und fasziniert zugleich vom Sozialismus, nicht *zerrissen*, also Faszination nur heuchelnd, um möglichst viele vom Kampf für den Sozialismus abzuhalten. Diese Zerrissenheit ist keine neue Erscheinung in der deutschen Literatur. Sie bestimmte eine ganze literarische Periode, den deutschen Vormärz. Damals fand mit der industriellen Revolution der endgültige Übergang Deutschlands zur kapitalistischen Gesellschaftsformation statt. Jetzt, wo der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus auf der Tagesordnung steht, wiederholt sich das Gleiche: der Überdruß am Alten, die Einsicht in dessen Abgelebtheit, aber auch die Angst vor dem Neuen, zumal wenn seine Vorboten nicht sofort das Himmelreich auf Erden versprechen.

Begreift man Biermann nicht so, leugnet man eine Seite des Widerspruchs, für den und in dem er steht, so kann man seine Wirkung — und die Wirkung seiner Ausweisung — auf die BRD-Linke nicht verstehen. Denn hier wirkt gerade seine Zerrissenheit, weil große Teile der westdeutschen Jugend, zumindest der jugendlichen Intelligenz, aus ganz anderen Erfahrungen heraus, als Biermann sie gemacht hat, den Kapitalismus nicht mehr, zumindest nicht mehr so ungebrochen, wollen, also auch eigentlich sozialdemokratische Politik nicht mehr wollen, kommunistische aber auch nicht, weil man den Sozialismus der osteuropäischen Volksdemokratien oder das, was man dafür hält, mehr oder minder laut ablehnt. Biermann bietet keinen dritten Weg. Auch strategisch schwankt er zwischen Positionen der KP Italiens (am Anfang des Konzerts) und der ihr nicht gerade naheliegenden, die Macht komme aus den Fäusten und aus den Mündungen, dies sei die Lehre der chilenischen UP-Regierung (am Ende). Nein, Biermann bietet Fluchtmöglichkeiten. Er bietet jenen Identifikation, die aus Angst vor der Verfolgung sozialistischer Praxis in der BRD und aus Berührungsangst mit der Realität gleichermaßen sich in die Idylle flüchten; jenen, die die Widersprüche nicht mehr aushalten und sich einen Ort suchen wie die „alte Stadt Lashan“, „vergessen vom Sozialismus und vom Kapitalismus“; jenen

Utopisten des Alles-oder-Nichts, die mit dem schlechten Aperçu hausieren gehen, nichts verhindere die Realisierung des Sozialismus so sehr wie die ständige Rede, er sei erst im Aufbau; jenen vielen kleinen Baals, die glauben, mit jedem gelungenen Orgasmus schon mehr für den Sozialismus, für die Befreiung der Sinnlichkeit getan zu haben, als die Verklemmten, die Blassen in Pankow seit 25 Jahren („Ballade von Rita“); jenen, die von seiner „Attitüde des einsamen Wolfes“ (Gerd Fuchs in: *Rote Blätter*, Nr. 5/1976) beeindruckt sind, die Illusion, es gehe auch ohne Organisation.

Idylle, Utopie, Individualismus, privater Sinnenkult als Antikapitalismus — das alles hat für sich genommen ideologisch etwas an Faszination eingebüßt, weil es sich schon lange genug als wirkungslos erwiesen hat, in der Kombination mit dem Bekenntnis zum Sozialismus aber wird es wieder eine vorzeigbare Haltung.

Über dies alles wäre mit Wolf Biermann zu streiten gewesen und vor allem mit denen, die sich mit ihm identifizieren. Das ist jetzt schwerer geworden, denn Biermann ist ausgebürgert und diejenigen, die sich mit ihm, mit irgendeiner Seite seines Tuns identifizieren können, fühlen sich mit ausgebürgert. Nicht allein von der DDR, sondern von den westdeutschen Kommunisten, die die Ausbürgerung unterstützten. „Es ist falsch, die Gelegenheit zu skalpieren, statt sie am Schopf zu fassen.“ (Bertolt Brecht, *Arbeitsjournal*, Bd. 2, S. 957).

Die Biermann-Wirkung ist so widersprüchlich wie er selbst. Er konfrontiert auch diejenigen mit Fragen der sozialistischen Perspektive, die bisher nicht erreicht wurden, wirft richtige Fragen auf, begräbt sie auch nicht alle unter falschen Antworten. Die CDU hat nicht nur ihre Rolle in einem abgekarteten Spiel gespielt, als sie die Absetzung des Biermann-Konzerts vom Programm verlangte. Ihr war der Preis für die antikommunistische Diversion zu hoch, das Richtige im Falschen zu bedeutsam. Der Rummel um Biermann in der BRD bot den Kommunisten auch Chancen. Nicht in den Medien, trotzdem aber die Möglichkeit, bei vielen Gehör zu finden, die sonst nicht zuhören.

Hier liegt der eigentliche Hauptschaden dieser Maßnahme. Die Bewegung gegen die Berufsverbote, so steht zu hoffen, wird nicht gespalten werden in Ausweisungsgegner und Ausweisungsverteidiger, weil erstere begreifen müssen, denn die Realität zwingt ihnen die Einsicht auf, daß sie nicht allein für die Kommunisten kämpfen, sondern, indem sie das tun, für die eigene Haut. Aber es ist schwieriger geworden, unter den Intellektuellen zumindest diejenigen zu gewinnen, die für den Sozialismus sind, aber keinen gangbaren Weg dorthin wissen. Wer wird die Mühen des Gebirges, der Auseinandersetzung im Kapitalismus, auf sich nehmen, wenn er Angst hat, auf der Ebene, in den sozialistischen Anfängen, auf der Strecke zu bleiben?

Das heißt nicht, daß es schon damit getan sei, irgendwie irgendeinen Sozialismus zu wollen. Nicht dadurch, wie Biermann in seinem Loblied auf die linken Sekten meint, daß verschiedene Einsei-

tigkeiten sich assoziieren, wird schon Stärke erreicht. Nicht jeder, der sich für einen Sozialisten hält, in diesem Sinne irgendetwas tut, ist dem Prozeß der Herstellung des Sozialismus schon nützlich. Aber Stärke, Einheit und Klarheit sind unabdingbare Voraussetzung für den Aufbau des Sozialismus in der Bundesrepublik, können hier nur auf dem Wege der Diskussion, der Überzeugung, und der gemeinsamen Aktion hergestellt werden, nicht auf dem Wege der Administration. Die Gelegenheit zu zeigen, daß man dieses weiß, verpassen Kommunisten in der BRD, so scheint es heute, ebenso wie die Gelegenheit zur notwendigen Kritik Biermannscher Falschheiten.

Dokumentation**Erklärung zum Fall Biermann**

Gerade solche Demokraten und Sozialisten, die im Kampf gegen die antikommunistische Ideologie keine Zurückhaltung gezeigt haben, sind über die Entscheidung der DDR-Regierung, Biermann auszubürgern, tief enttäuscht, gleichgültig, ob sie seine Kritik an manchen Erscheinungen des sozialistischen Staates für berechtigt halten oder nicht.

Diese Entscheidung gibt jenen Demagogen, die unter der Formel „Freiheit oder Sozialismus“ alle Unmenschlichkeiten des monopolkapitalistischen Systems gegen die Arbeiterbewegung und auch gegen die DDR verteidigen wollen, Scheinargumente an die Hand.

Wolf Biermann hat in Köln um Verständnis für den Sozialismus in der DDR werben wollen, wenn auch vielleicht mit Fehlern, die aber ein demokratischer Staat wie die Deutsche Demokratische Republik ertragen müßte, ist aber nicht als ihr Feind aufgetreten.

Es gilt, unter allen Umständen die Solidarität aller demokratischen Kräfte im Kampf gegen die westdeutsche Restauration zu stärken. Die DDR würde die Solidarität der demokratischen Kräfte und der Arbeiterbewegung Westeuropas ebenso wie sich selbst schädigen, wenn sie diese Entscheidung nicht korrigiert.

Unterzeichnet haben diese Erklärung u. a. :

Prof. Dr. Wolfgang Abendroth; Walter Adler, Hörspielautor und Regisseur (DKP); Rudi Bergmann, Pablo-Neruda-Preisträger; Dr. Heinz Düx, Richter, Vereinigung Demokratischer Juristen; Prof. Dr. Frank Deppe; Prof. Dr. Hans-Ulrich Deppe; Elisabeth Endres, Schriftstellerin; Bernt Engelmann, Publizist; Hans Werner Franz, „SOPO“-Redakteur; Gert Fuchs, Schriftsteller (DKP); Hermann L. Gremliza, „konkret“-Herausgeber; Dr. Mathias Greffrath; Carl L. Guggomos, Redakteur des „EXTRAdienst“; Dr. Frigga Haug, „Argument“-Redakteurin; Dr. habil. Wolfgang Fritz Haug, „Argument“-Herausgeber; Prof. Dr. Horst Holzer (DKP); Günter Herburger, Schriftsteller (DKP); Prof. Dr. Sebastian Herkommer; Heinrich Hannover, Rechtsanwalt und Schriftsteller; Dr. Klaus Hübotter, Alt-Verleger; Prof. Dr. Urs Jaeggi; Prof. Dr. Jörg Kammler; Dr. Helga Koppel, Geschäftsführerin des Bundes demokratischer Wissenschaftler; Prof. Dr. Reinhard Kühnl; Prof. Dr. Thomas Metscher; Prof. Dr. Peter Müller; Prof. Dr. Arnhelm Neusüss; Prof. Dr. Peter Römer; Ernst Alexander Rauter, Publizist (DKP); Prof. Dr. Siegfried Schubenz; Prof. Dr. K. H. Tjaden; Dr. Margarete Tjaden-Steinhauer; Uwe Timm, Schriftsteller (DKP); Dr. habil. Mathias Tripp, „SOPO“-Redakteur;

Prof. Dr. Erich Wulff, Sprecher des Antiimperialistischen Solidaritäts-Komitees; Prof. Dr. Heinz Wagner; Günther Wallraff, Schriftsteller; Martin Walser, Schriftsteller; Peter Weiß, Schriftsteller.

Der Erklärung angeschlossen haben sich ferner verschiedene Aktionsgemeinschaften von Demokraten und Sozialisten (ADS) an der FU in Westberlin (ADS His, ADS Soz, ADS Psych, ADS Phil); Dr. Lisa Abendroth; Prof. Dr. Helga Deppe-Wolfinger; Jens Hagen, Journalist (DKP); Dagma Holzer (DKP); Erasmus Schöfer, Schriftsteller (DKP); Dr. Michael Schuler; Hartmut Schulze, Journalist (DKP); Prof. Dr. Gerhard Stuby, Vorsitzender der Vereinigung Demokratischer Juristen; Dagma Timm (DKP).

* Horst Holzer gab angesichts des antikommunistischen Mißbrauchs des Falles gegenüber der Zeitung der DKP „Unsere Zeit“ eine Zusatzklärung ab, die wir hier anfügen, erstens weil auch die unterzeichneten Argument-Mitarbeiter sich gegen den Mißbrauch der Erklärung verwahren wollen und zweitens weil der UZ ein falscher Wortlaut zugeleitet worden war (zum Vergleich bringen wir den UZ-Wortlaut in Klammern): „Ich habe mich zu dieser Unterschrift entschlossen, weil ich glaube (glaubte), die Ausbürgerung Wolf Biermanns sei ein Mittel, das der fortgeschrittenen Entwicklung des Sozialismus in der DDR nicht entspricht (entspräche).

Nachdem ich jedoch gesehen habe, in welcher Weise die zutiefst unsozialistischen Ausfälle von Wolf Biermann gegen die DDR und ihre Bürger hergenommen werden, um die DDR, die SED und die DKP zu diskriminieren und zu verleumden, bin ich gezwungen, mich von den in der Abendroth/Wallraff-Resolution vorhandenen ‚Verniedlichungen‘ des Wolf Biermann zu distanzieren. Darüber hinaus muß ich entschieden die eindeutig gegen die DKP gerichtete Phrase von Wallraff zurückweisen, daß Wolf Biermann ‚die Funktion hat, ein neues Bündnis der Linken zustandezubringen‘ (Welt am Sonntag, 21. 11. 1976, Seite 3).

Weil die Gefahr besteht, daß meine Unterschrift in übelster Weise gegen die DKP und das, was sie vertritt und wofür sie kämpft, ausgespielt wird (siehe den Spiegel zum Fall Biermann, 22. 11. 1976, Seite 31), halte ich diese Erklärung für notwendig.“

Erklärung des Hanns-Eisler-Chores

„Wir kämpfen in Westberlin für eine demokratische Kulturentwicklung und sind von der Entscheidung, Wolf Biermann aus der DDR auszuweisen, stark betroffen. Diese Maßnahme halten wir bei aller Solidarität, die wir gegenüber der DDR haben, für unangemessen. Wir sind über die Umstände der Ausweisung empört. Unserer Meinung nach ist die Kritik Biermanns an der DDR kein Grund, ihn auszuweisen. Die Ausbürgerung Biermanns behindert uns in unserem Kampf für die Freiheit künstlerischer und politischer Betätigung aller Demokraten. Wir bedauern sie besonders, da wir als Chor, dessen Mitglieder unterschiedliche politische Ansichten vertreten, eine offene Auseinandersetzung für selbstverständlich und notwendig halten. Mit dieser Erklärung wollen wir uns nicht vorbehaltlos hinter die Äußerungen Biermanns stellen. Die Meinungen dazu sind, dem Aufbau des Chores als Aktionsbündnis von Demokraten und Sozialisten entsprechend, unterschiedlich. Wir sind jedoch der Ansicht, daß der Fall Biermann in den bürgerlichen Medien zu antikommunistischer Propaganda ausgenutzt wird; angesichts der bei uns herrschenden Berufsverbotspraxis halten wir das für Heuchelei.“

Kongreßbericht

XI. Internationaler Hegel-Kongreß

Lissabon, 23.—27. 8. 1976

Einundzwanzig Jahre nach ihrer Gründung präsentiert sich diese Hegel-Gesellschaft zwar noch nicht als die von Lenin projektierte „Gesellschaft materialistischer Freunde der Hegelschen Dialektik“, denn sie beherbergt auch erklärte Materialismuseegner, wohl aber als Institution von internationaler Anziehungskraft, nicht als „toter Hund“, wie manche, dem „Kongreßhegelianismus“ (O. Negt) sich ent-wachsen fühlende Obtrectatores es möchten. Ihnen sei zu bedenken gegeben, daß sich die (auch philosophisch) wichtigsten Dialoge — wichtig vor allem für die Philosophen aus kapitalistischen Ländern, für die es wenig Alternativen zur Kooperation auf Kongressen gibt — vielleicht eher am Rande solcher Kongresse abspielen und daß eine solche Institution nur so gut sein kann wie diejenigen, die sich um sie bemühen.

Was die Kongreßteilnehmer angeht, manifestiert sich solches Bemühen unterschiedlich, wird bestimmt von der Position Hegels in der je nationalen Tradition und vom historisch-sozialen Ort der Hegel-Aneignung: So kommen aus den Ländern mit Hegel-Tradition, d. h. aus den deutschsprachigen und, mit anderer Rezeptionsmotivierung, aus den sozialistischen, durch ihre Interpretationen ausgewiesene Spezialisten, die sozusagen das Rückgrat der Gesellschaft bilden; als Negativum für diese Kerngruppe ist zu vermerken, daß von ihr nur selten etwas vorgetragen wird, was nicht auch schon nachgelesen werden könnte. Das Postulat der Vereinssatzung, „die aktuelle Bedeutung Hegels und des Hegelschen Denkens herauszuarbeiten“, scheint besser aus der Situation der Selbstverständigung heraus erfüllt werden zu können, einerseits von den jüngeren Wissenschaftlern, andererseits von Teilnehmern aus den Ländern, in denen, sei es durch politische Repression (Hegel mußte als Geschichtsphilosoph Marx' Rezeptionsschicksal teilen), sei es einfach aus Übersetzungsgründen (in Frankreich etwa, von dessen Übersetzungen dann wieder viele Länder des romanischen Sprachraums zehren, findet erst seit ca. 35 Jahren eine kontinuierliche Übersetzung statt), keine philologische „Hegelei“ entstehen konnte und die Hegelrezeption vermittelt über die materialistische Dialektik ihren Anfang nahm.

In der westdeutschen Presse wurden Vermutungen über die Wahl des Tagungsortes (sie erfolgte 1974 in Moskau) angestellt — wobei einem verbalen Apologeten der Bürgerfreiheit wie Werner Becker (FAZ vom 31. 8. 76), wenn er von einer „*verspäteten* Sympathiegeste von links“ spricht, der Sturz einer faschistischen Diktatur nach 48

Jahren nicht Grund genug für den Sympathiebeweis der Hegelianer zu sein scheint —, doch keiner der Referenten (eine Ausnahme bildet die DVZ vom 16. 9. 76) hat sich näher mit der Aufnahme des Kongresses in Portugal selbst befaßt. Es gab genug objektive Hindernisse: Die komplizierte Landessprache, die Ferien in Stadt und Universität, die Lage der in jeder Hinsicht exklusiven Tagungsräume der Gulbenkian-Stiftung am Rande des Stadtkerns, kurz: die trotz billigen Taxitransports etwas schwierige Kommunikation mit Lissabon selbst mögen die Berichtersteller W. Becker zur Feststellung einer „gezwungenen Atmosphäre“ und W. Hochkeppel (SZ vom 4./5. 9. 76) gar zur Konstatierung eines fadoesk „schwermütigen Lebensgefühls um Schicksal und Tod“ veranlaßt haben. So waren denn auch Portugiesen auf dem Kongreß entweder fast gar nicht vertreten (Zeit vom 3. 9. 76) oder „allesamt Marxisten“ (FAZ) (zu beidem s. o. ‚Sprachschwierigkeiten‘). Welche Art von Manifestationen hatten diese Philosophen/Korrespondenten eigentlich erwartet? Enttäuscht mußte H.-M. Sass (Welt vom 1. 9. 76) den gespannten Springer-Abonnenten mitteilen, ein philosophischer Kongreß sei „ein philosophischer Kongreß“ gewesen.

Wie sah man es in Portugal? In seinen Eröffnungsworten bezeichnete der Rektor der Universität Lissabon den Kongreß als Ferment für die Forschung an seiner Uni, wo Hegel zwar seit zwei Jahren im Programm sei, von der Jugend aber als Idealist begriffen werde. Die großen Zeitungen stellten Hegel ihren Landsleuten überhaupt erst einmal vor, allgemein wertete man eine solche Veranstaltung im Land als eine Chance für Portugal, nach und nach aus seiner ideologisch-wissenschaftlichen Isolation ausbrechen zu können; die Wahl des Tagungsorts verstand man, wie in seinem Resümee der *Diario de Noticias*, als eine Würdigung der portugiesischen Revolution oder sogar weitergehend (so MFA-Mitglied J. Correia Jesuino) als eine Art wechselseitige Ehrung, einerseits für ein Volk, das seine ersten Schritte auf dem Weg der Freiheit macht, andererseits für einen Philosophen, der, früher oder später, immer wieder zum Verständnis historischer Prozesse herangezogen wird.

Vor welchem wissenschaftlichen Hintergrund aber fand dieser Kongreß statt? Zur Zeit gibt es noch wenig philosophische Zeitungen in Portugal; der Neothomismus beherrschte die Fakultäten und hält sich, wie auch gemäßigte Richtungen, im Moment zurück; der Positivismus hat diese Lücke noch nicht besetzt, die Linke ist wie in der Politik auch in der Philosophie zersplittert. Von der von W. Becker behaupteten Vorherrschaft von Marxisten an der Universität kann nicht die Rede sein, ja viele, erst vor kurzem aus dem Exil heimgekehrte Wissenschaftler müssen, wie V. Magelhaes-Vilhena, selbst Opfer des Faschismus, erzählte, heute schon wieder um ihre berufliche Zukunft besorgt sein. Mit diesen Kollegen konnte man sicherlich nicht „von Berufsverboten faseln“ (Sass).

„Idee und Materie“ lautete das Zentralthema des Kongresses. In seiner Eröffnung hatte der Gründer und 1. Vorstand der Gesellschaft, W. R. Beyer, folgende Richtung angegeben: Zwischen Idee

und Materie bestehe, bei allem, was aufs Handeln ziele, keine Polbeziehung; hier biete Hegel in seiner diesbezüglichen Brüchigkeit auch heute noch eine Plattform für die Auseinandersetzung zwischen Idealismus und Materialismus. Wiewohl damit alles offenblieb, war doch das fatale Wort ‚keine Polarität‘ gefallen. Es ist unmöglich, hier auch nur einen Ausschnitt aus den rund hundert Redebeiträgen referierend wiederzugeben. Sie lassen sich in großen Zügen in folgende Bereiche eingliedern:

a) Programmatische, unmittelbar auf das Zentralthema bezogene Beiträge, die man diesmal eher auf der nichtmaterialistischen Seite fand, als Beispiel W. Zimmerli (Zürich): „Materialismus und Idealismus — eine undifferenzierte Alternative“. Nach ihm kommt diesem Kategorienpaar „heute nur noch die Bedeutung umgangssprachlicher Kennzeichnung und allenfalls theoriehistorischer Klassifikation zu“. Gerade „Hegels Position in der ‚Materialismus-Idealismus‘-Alternative“ beweise, daß es sich nicht mehr um eine „sinnvolle theoretische Termopposition“ handle, sie sei inzwischen unter Materialisten wie Idealisten zu mehrdeutig. Drei Reduktionen fallen hier besonders auf: Zunächst mit Materialismus/Idealismus eine Verschiebung des sehr viel komplexeren Themas Idee/Materie nur in den Theoriebereich, dementsprechend eine Reduzierung von Kategorien auf sog. Terme, d. i. begriffliche Abstraktionen, die, da sie sich zu keiner Wirklichkeit verhalten, im Falle der behaupteten ‚Überholtheit‘ einfach abgeschafft werden können, schließlich, auf Grund der Mehrdeutigkeit, das Verlangen nach Eliminierung der Polbeziehung.

b) Die meisten Referenten boten Illustrationen oder Anwendungen des Zentralthemas, z. B. historische, die sich wieder aufgliedern in philosophiehistorisch-philologische, historisch-aktualisierende und (ohne negativen Beigeschmack) aktualistische. Um dies inhaltlich zu füllen, seien einige prägnante Referate dieser Art erwähnt: Zum ersten W. Hartkopf (Berlin/West), „Das charakteristische Novum der neueren, bei Fichte, Schelling und Hegel einsetzenden Dialektik“, zum zweiten H. B. Reuwers (Münster) „Friedensidee und Friedenswirklichkeit von Kant bis Hegel“ oder H. Scheels (Berlin/DDR) etwas äsopischer Beitrag „Jakobinismus und Revolution“, der zwar von der regressiven Metamorphosis einer Revolution handelte, allerdings von derjenigen der großen französischen; schließlich die dritte Möglichkeit, wo man den Gastgebern den Vortritt ließ: Hier gab es Themen wie „A teoria, força material“ (V. Magelhaes-Vilhena), „Ideia e matéria: Hegel e a nosso tempo“ (E. Chitas) und allen voran „Dialéctica hegeliana na Revolução do 25 de Abril“ des Hauptmanns Correia Jesuino, der sich zu Unrecht selbst für einen „Sonntagsphilosophen“ hielt. Wie aktualisierte er z. B. Hegel? Nun, durchaus nicht so, wie man inzwischen lesen konnte, daß er behauptet hätte, „Hegels Philosophie habe der 74er Revolution gute Dienste geleistet“ (FAZ), und auch der Eindruck eines anderen Berichterstatters (FR vom 4. 9. 76), daß er „mit Kategorien der Hegelschen Dialektik (...) souverän die ‚Revolution vom 25. April‘“ analysiert habe, stimmt so nicht, denn er ist kein Hegelianer. Aus der Schwierigkeit — so seine Selbstcharak-

teristik — des Revolutionärs heraus, dem die Revolution, besonders in ihrer momentanen Dynamik und ihren aktuellen Möglichkeiten, sozusagen noch hautnah und deshalb kaum kühler Analyse zugänglich ist, hat er sich den Spaß erlaubt, innere wie äußere Hemmnisse der portugiesischen Revolution in Hegelsche Metaphorik (von der Eule über Herr/Knecht bis zu den Weltgeschichtlichen Individuen) zu kleiden und gleichzeitig das Fortdauern und die Begrenztheit solcher geschichtsphilosophischen Vorstellungen bei der Revolution nicht gerade wohlgesonnenen Gruppen und Schichten aufzuzeigen. Etwas immerhin könne man von Hegel lernen, daß nämlich, um eine Revolution zu machen, nicht die einfache Negation ausreiche; dazu bedürfe es einer konkreten Vorstellung, einer Positivität, und nicht der einfachen Zurückweisung eines gegebenen Zustands.

c) Wohl die größte Gruppe der anwesenden Philosophen interpretierte das Zentralthema als Problem von Sein/Bewußtsein z. B. unter den Aspekten gesellschaftliche Widerspiegelung (Hahn, Ruml, Erdei), Tradition (Streisand), schöpferisches Denken (Ley), Wissenschaftstheorie (Kröber, Sandkühler), Theorie und materielle Arbeit (Boehme, Mazzone, Tripp), Themen also, die auch hierzulande gut bekannt sind. Man hatte den Eindruck, daß, nachdem die marxistische Diskussion auch in den kapitalistischen Ländern nun ein gewisses Niveau erreicht hat, sich eine schwerpunktmäßige „Arbeitsteilung“ zwischen kapitalistischen und sozialistischen Ländern herauszubilden beginnt, die den konkreten Anforderungen des jeweiligen Gesellschaftssystems entspringt. Probleme wie Wissenschaft und materielle Produktion, Alltagsbewußtsein oder Erbeaneignung, die in ihrer Realdialektik in den beiden Gesellschaftsformationen qualitativ verschieden existieren, können in der Dialektik des Denkens schlechterdings nicht als dieselben erscheinen. Während in den sozialistischen Ländern die philosophische Forschung sich zur Zeit mehr dem, was oft das Schöpferische genannt wurde, zuwendet, d. h. in der Dialektik von Determiniertheit und aktiver Teilbeherrschung verschiedenster Überbauggebiete ihr Augenmerk mehr auf das zweite richtet, hat die marxistische Forschung der kapitalistischen Länder sich noch primär mit der Herausbildung der Bewußtseinsformen im gegenwärtigen Stadium des Kapitalismus zu befassen, um frühere Vereinfachungen zu überwinden.

d) Nicht vergessen werden darf schließlich eine große Gruppe von nichtmarxistischen Universitätsphilosophen, hauptsächlich aus der BRD und der Schweiz (Bärsch, Cramer, Sass etc.).

„Methodisch verschieden, im Anliegen vereint“, wie es treffend in der DVZ formuliert war, nutzten die meisten ihre Hegel-Interpretationen zu Angriffen gegen den Materialismus. Stellvertretend sei R. Bubners (Frankfurt) Referat „Was ist ‚die Sache selbst‘?“ erwähnt. Mit mehr rhetorischem als interpretatorischem Einsatz gab er Hegelsche Definitionen aus einem Abschnitt des V. Kapitels der „Phänomenologie“ wieder, stimmte Hegel zu z. B. darin, daß „von der Sache selbst nur die Rede sein (könne), wenn von der Sache selbst nicht die Rede ist“, blieb also für Hegel wie für sich selbst die

Antwort schuldig; der Zuhörer konnte ihm somit „Ehrlichkeit“ zubilligen, die sich — so Hegel zum gleichen Problem — daran erweist, daß ein Bewußtsein „seine Gedanken, die es von der Sache selbst hat, nicht zusammenbringt“. Läse man Hegel nicht mit antimaterialistischen Scheuklappen, so hätte man eine bereits im ersten Satz der „Einleitung“ derselben Schrift gegebene Definition der „Sache selbst“ in der Philosophie gar nicht übersehen können, die lautet, die „Sache selbst“ sei „das wirkliche Erkennen dessen, was in Wahrheit ist“.

Es wurde fast immer in drei Sektionen mit ca. acht Referaten pro Tag gearbeitet; Zuhörer erwischen bei ihrem Gang durch die Sektionen meist nicht das, was sie wollten, Referenten, die auf Diskussion aus sind, sehen sich, wenn es endlich so weit ist, oft anderen Diskutanten gegenüber als bei ihrem Vortrag. In diesem u. a. auch babylonischen Sprachengewirr richtet sich das Interesse der Kongreßbesucher vorwiegend auf die „großen Namen“, während unbekannte Referenten, und dies bisweilen in umgekehrt proportionalem Verhältnis zur Qualität ihres Vortrags, nicht selten gegen leere Sessel anreden müssen.

Eine ganz andere Perspektive erhielt das Thema Idee und Materie, als nach Abschluß des Kongresses eine Fahrt zu den Bauern des Alentejo auf dem Programm stand. Hätte das israelische Regierungsmitglied S. Avineri hier einen Kernsatz seines im Schlußplenum gehaltenen Vortrags wiederholt, daß nämlich grundsätzlich die Erziehung der Massen der Revolution vorgelagert sein müsse, so wäre er damit auf gewiß nicht nur philosophisches Unverständnis gestoßen. Die Bauern, die zum Teil gerade erst Lesen und Schreiben lernen (können!), haben die Philosophen freundlich empfangen und informiert. Eines ihrer größten Probleme war es, daß sie auf gerade erst rekultiviertem Land zuviel produziert hatten, die Scheunen nichts mehr fassen konnten, und daß niemand (die Regierung hat das Vorkaufsrecht) etwas davon haben wollte. Den Philosophen dürfte ein solches Problem nicht ganz fremd sein.

Christa Thoma-Herterich (Münster)

Besprechungen

Philosophie

Feuerbach, Ludwig: Werke in sechs Bänden. Hrsgg. v. Erich Thies. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M 1975/76 (br., pro Band 18,— DM).

Die Zugänglichkeit der Werke Feuerbachs war bis jetzt in der BRD begrenzt, und Feuerbach entsprechend mehr zitiert als gelesen. Seit 1903 blieb es bei der alten, teuren und kritisch sowieso unbefriedigenden Ausgabe von Bolin und Jodl. Eine Auswahl der kleinen Schriften durch Karl Löwith in der Reihe Theorie 1 (Suhrkamp 1966) war schon vergriffen. In der DDR dagegen hat Werner Schuffenhauer mit einigen z.T. ausgezeichneten Einzelausgaben und vor allem mit der kritischen Ausgabe der *Gesammelten Werke* eine Arbeit geleistet, an die — zusammen vor allem mit der von Hans-Martin Saß, Carlo Ascheri sowie einer quantitativ wie qualitativ beträchtlichen eigenen Forschung — Thies mit dieser neuen Ausgabe anknüpfen konnte.

Dabei ist das Interesse von Thies an Feuerbach vor allem theologisch, wie es dem Bereich entspricht, in dem die jetzige Wende zu Feuerbach stattfindet. Erfreulich, daß die säkulare Verspätung, mit der die Theologie nichtrestaurative Theorien aufzunehmen pflegt, diesmal schon bis zu den Junghegelianern aufgeholt hat. Während die Hegelsche Spekulation anscheinend an Zugkraft verliert, wird hier eine neue Lücke wahrgenommen, an der die Frohe Botschaft anknüpfen könnte: die hüben wie drüben, in der kapitalistischen wie in der sozialistischen Welt immer noch nicht „emanzipierte Sinnlichkeit“. In diesem Falle, wie in den existentiellen, hegelianischen und hermeneutischen Wellen, ist die bundesrepublikanische Philosophie der Schrittmacher gewesen; vor allem Alfred Schmitt ist hier das Erbe der Frankfurter und Karl Löwiths (ohne dessen antimarxistische Polemik) in ausdrücklichem Dialog mit der Theologie angetreten. Humanismus als Ort, an dem Christentum — oder, besser gesagt, Theologie — Marxismus und Aufklärung zusammentreffen sollen: hier liegt ein schöner, neuer theologischer Ansatz, ohne die Gefahren der Dialektik und mit dem aufgeklärten „flair“ der Kritik; darüber hinaus möglicherweise ein Zeugnis der integrativen Funktion der Theorie im Dienste einer harmonischen, progressiven, vorurteilslosen, reichen Gesellschaft, wie wir sie aus den Fernsehspots des Wahlkampfes kennen.

Wie immer es mit diesem Ansatz bestellt sei — dem Thies nahesteht —, die Vorurteilslosigkeit seines Eklektizismus verhilft ihm, keine Türen voreilig zuzuschlagen. Nicht nur die theologische Seite, sondern auch die ideengeschichtlichen, historischen und wirkungsgeschichtlichen Aspekte (allen voran die, welche mit Marx und Engels zusammenhängen) werden ausgeglichen behandelt. Die editorischen Einleitungen, mögen sie manchmal eher dem Stil einer kritischen als einer Studienausgabe zuneigen, bringen auf jeden Fall wichtige Materialien zu den Texten. Die Anmerkungen der Bände 2 bis 4 (*Kritiken und Abhandlungen*), in welchen auch die für Marx überaus wichtigen Abhandlungen von 1843 enthalten sind, berücksichtigen sehr diese Seite der Wirkungsgeschichte Feuerbachs (hier hatte Schuffenhauer die Vorarbeit geleistet). Nicht ganz befriedigend ist hingegen, daß Band 5 (*Das Wesen des Christentums*) nicht nur unnotiert, sondern auch ohne Berücksichtigung der Varianten in B und C (mit Ausnahme der Vorrede) blieb. Daß dieser Band auf der ersten Ausgabe von *Das Wesen des Christentums* basiert, ist günstig unter anderem vom Standpunkt der Wirkungsgeschichte; das wurde aber zum ersten Mal nicht, wie es in der editorischen Einleitung (Bd. 1) heißt, von Thies geleistet, sondern schon 1973 von Schuffenhauer im Rahmen der *Gesammelten Werke*. Außerdem hätte man gerne etwas über die unterschiedliche Rezeption Feuerbachs durch Engels und Marx gelesen: *Das Wesen des Christentums* hatte nicht dieselbe Bedeutung für beide, denn Marx nahm Feuerbachs Problematik vor allem in ihrer philosophischen Form auf; seine Einstellung zu Feuerbach war produktiver, eingehender als die von Engels.

Einige Kleinigkeiten sollen noch angemerkt werden. Schuffenhauer hatte die Fremdzitate im Text selbst zwischen Klammern übersetzt; diese für eine kritische Ausgabe wenig elegante Lösung kann sich doch einigermaßen auf Feuerbach selbst berufen, der in späteren Ausgaben von *Das Wesen des Christentums* die Fremdzitate weitgehend verdeutschte. Dagegen finden wir bei dieser Studienausgabe überhaupt keine Übersetzung von Fremdzitaten. Ebenfalls wünschenswert für eine Studienausgabe — und außerdem normaler Brauch kritischer Ausgaben — wäre die Vervollständigung von Eigennamen gewesen. Die Siglen sind wenig übersichtlich eingebracht. Die zitierten Ausgaben der Zeitgenossen Feuerbachs sind nicht immer entweder zeitgenössisch oder die Besten (Marxens *Frühschriften* werden nach Landshut zitiert, Hegels *Religionsphilosophie* nach Lasson und die Rechtsphilosophie nach *Hoffmeister*, wobei allerdings die Ausgabe von Iltting erst 1974 erschienen ist) und auch nicht die am leichtesten Greifbaren. Eine Konkordanz mit der kritischen Ausgabe ist leider nicht geplant.

Eine texteditorische Leistung ist von einer Studienausgabe nicht zu erwarten, obwohl manche Worte Thiels' sie hier und da nahelegen könnten. Die Einbeziehung in eine Feuerbachausgabe des Aufsatzes *Luther als Schiedsrichter zwischen Strauß und Feuerbach* (1843), der früher Marx zugeschrieben wurde, ist an sich keine Neuigkeit (Hans-M. Saß schrieb ihn Feuerbach schon 1967 zu); allerdings

noch 1970 bezog Schuffenhauer diesen Aufsatz nicht in die *Gesammelten Werke* ein. Der noch nicht erschienene 6. und letzte Band der Ausgabe mit Schriften aus dem Nachlaß — ein Material, in dem sich Thies besonders gut auskennt — dürfte dagegen Neuigkeiten bringen. Insofern würde diese Ausgabe über die Erwartungen an eine Studienausgabe hinausgehen. Die deutsche Übersetzung der — teilweise mit der Dissertation identischen — Habilitationsschrift Feuerbachs durch Martin Hiller im Band 1 löst die alte Übersetzung Bolins ab; interessant an dieser neuen Fassung ist unter anderem, daß der hegelsche Duktus deutlicher geworden ist. — Zuletzt sei erwähnt, daß Thies den Mut hatte, Sekundärliteratur öfters zu zitieren. So stellen seine Anmerkungen und Einleitungen eine Zusammenfassung der gegenwärtigen Feuerbachforschung und -interpretation dar.

José María Ripalda (Madrid)

Narski, I. S.: *Dialektischer Widerspruch und Erkenntnislogik*. Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin/DDR 1973 (Moskau 1969) (440 S., Ln., 22,— DM).

Das Buch ist ein Beitrag zum Aufbau der marxistischen Gnoseologie. Narski betrachtet „die dialektische Logik als Theorie der dialektisch-materialistischen Methode des Erkenntnisprozesses“ (184). Ihre zentrale Kategorie ist der Widerspruch, Narski untersucht ihn in seiner härtesten, antinomischen Form $KpNp$ (p Aussagenvariable, N Negation, K Konjunktion). Diese steht in direktem Gegensatz zum formallogischen Gesetz des ausgeschlossenen Widerspruchs $NKpNp$, und das letztere „behält... (in jedem Falle auf dem Metaniveau) seine Gültigkeit“ (42). Die Erkenntnis kann also nicht in einem antinomischen Widerspruch verharren, sie wird daher notwendig voran getrieben. Insofern stellt eine Antinomie, die nicht auf einem bloßen Denkfehler beruht, ein Problem dar. Seine Lösung ist zugleich die Auflösung des Widerspruchs in einer ganzen Hierarchie von widerspruchsfreien Aussagen, worin sich die objektiven Verhältnisse jeweils genauer widerspiegeln. Ein Beispiel ist die Problem-Antinomie zur Entstehung des Kapitals aus der Zirkulation der Waren: „Es muß zugleich in ihr und nicht in ihr entspringen“.

Insgesamt verrät Narskis Herangehen an die Widerspruchsproblematik mindestens zwei Bestrebungen: 1. Er kämpft gegen solche Logiker, die beim „ist und ist nicht“ stehen bleiben, und macht klar, daß der Rückfall in Metaphysik und Eklektizismus die unausweichliche Folge der Mißachtung der formalen Logik sind. Jenes Übel hängt im Grunde zusammen mit der Identifizierung von Denken und Sein, „die Hegelsche Versöhnung der Gegensätze in ihrer unge lösten Gestalt“ (216). Die Auseinandersetzung mit der Philosophie Hegels führt Narski auch zur Kritik an neueren Auffassungen der Dialektik, sowohl in der UdSSR der 60er Jahre, als auch in anderen sozialistischen Ländern. Dabei wird die Einstellung zur formalen Logik, bei Hegel noch ambivalent, zu dem Prüfstein, an dem eine

dialektische Logik zu messen ist. Das Mißtrauen gegenüber der Funktion der formalen Logik quittiert Narski mit der Feststellung: „Es ist nicht verwunderlich, daß die Logik nicht zögert, sich für eine derartige Einstellung ihr gegenüber zu rächen“ (217).

2. Narski arbeitet daran, „an die Lösung des Problems der Wechselwirkung von dialektischen und formallogischen Widersprüchen im Erkenntnisprozeß heranzukommen“ (421). Dialektische Widersprüche existieren in der objektiven Realität und werden von der Erkenntnis widergespiegelt. Formallogische Widersprüche sind auf den Erkenntnisprozeß beschränkt, doch zeugt ihre Existenz von dialektischen Widersprüchen, die in den formallogischen erscheinen. Das Metaproblem des Dialektischen und Formallogischen durchdringt Narskis Behandlung der Kategorien der dialektischen Logik: (1) Das objektiv und subjektiv Dialektische, (2) Praxis und Erkenntnis (224). Indem er jeweils vom antinomischen Widerspruch ausgeht, wird dessen Lösung zum Modell der dialektischen Synthese überhaupt. Dadurch ist es nicht mehr der Widerspruch, der die Bewegung vorantreibt, sondern die Bemühung der Erkenntnis, den Widerspruch loszuwerden. Die Reduktion der Dialektik auf eine Erkenntnismethode ergibt also ihren Untergang. So zieht sich Narski letztlich auf eine subjektiv-theoretische Position zurück, die ihre objektiv-praktische Negation nicht begreift, weil diese nicht widerspruchsfrei möglich ist. Dies widerspricht aber dem von ihm selbst zitierten Marxschen Standpunkt, „daß man die antagonistischen sozialen Widersprüche nicht miteinander versöhnen darf, sondern den Schlag gegen die ihnen gemeinsame Grundlage führen muß“ (211).

Harald Boehme (Berlin/West)

Sorg, Richard: *Ideologietheorien. Zum Verhältnis von gesellschaftlichem Bewußtsein und sozialer Realität.* Hrsgg. v. Dieter Boris und Reinhard Kühnl. Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln 1976 (134 S., br., 14,80 DM).

Die Schrift befaßt sich hälftig mit der marxistischen „Ideologietheorie“ und „bürgerlichen Ideologietheorien“. Die bürgerlichen Theorien werden exemplarisch an Vertretern der „Hauptrichtungen und zugleich wichtigsten Etappen in der Beschäftigung der bürgerlichen deutschen Soziologie mit der Ideologiethematik seit Beginn dieses Jahrhunderts“ dargestellt. Behandelt werden Max Weber, Karl Mannheim (für die Wissenssoziologie), Ernst Topitsch (für den Neopositivismus) und Jürgen Habermas (für die Kritische Theorie). Die Kritik der Positionen dieser Theoretiker wird mehr als Konfrontation mit marxistischer Theorie durchgeführt, denn als problemorientierte Unterscheidung berechtigter Momente von hemmenden. Vor allem einem Theoretiker wie Habermas wird bei bloßer Konfrontation sein Moment von sachlicher Berechtigung belassen.

Den von Umfang und theoretischer Intensität gewichtigsten Teil bildet der Abschnitt über die „Ideologietheorie von Marx und Engels“. Zugleich fallen hier die Entscheidungen, die Durchführung

und Ausgang der Konfrontation mit den „bürgerlichen“ Theorien bestimmen. Daher scheint eine Beschränkung der Rezension auf diesen Teil gerechtfertigt. — Vorauszuschicken ist, daß es in der westdeutschen Literatur bisher an einer marxistischen Aufarbeitung der komplexen Problematik der Ideologie fehlt; gleiches gilt für die Basis-Überbau-Theorie, mit der Sorg sich folgerichtig befaßt.

Eine solche Aufarbeitung hätte sich in einem theoriegeschichtlichen Teil mit der Sichtung und systematischen Ordnung des von Marx und Engels hinterlassenen „Gedankenmaterials“ zu befassen. Sodann wäre die Brauchbarkeit des von Marx und Engels hinterlassenen Leitfadens sowohl an der Analyse ideologischer Prozesse der Gegenwart zu bewähren und weiterzuentwickeln, als auch der Herausforderung durch seitherige theoretische Entwicklungen auszusetzen. — Sorg tut nur recht wenig von alledem. Die Auseinandersetzung mit neueren Theorien — z. B. aus dem westeuropäischen Marxismus (Althusser wird in einer Fußnote mit einer überaus abstrakten Bemerkung von oben herab abgefertigt, aber wenigstens erwähnt) — findet nicht statt. Dafür werden die Äußerungen von Marx und Engels in allen wesentlichen Punkten der Ideologietheorie im Lichte der Veröffentlichungen von E. Hahn, W. Eichhorn I, H.-C. Rauh und A. Bauer u. a. auf eine Weise dargestellt, die implizit schon Interpretation ist und die Weiterentwicklung und teilweise Revision der Auffassungen von Marx und Engels nur undeutlich zeigt. So teilt die Schrift von Sorg mit den benutzten Sekundärschriften Klarheiten und Unklarheiten, Problemlösungen und neue Problemverwicklungen.

Einige der problematischen Aspekte seien hervorgehoben: Das Verhältnis von Ideologie und Wissenschaft bleibt ungeklärt. Ein ausgeweiteter Ideologiebegriff erdrückt den Wissenschaftsbegriff. Es wird zwar erwähnt, daß Marx und Engels in kritischem Sinn von „Ideologie“ sprechen, aber zum einen wird die Bedeutung des kritischen Ideologiebegriffs verengt auf „idealistisch-verkehrtes Bewußtsein“, also u. a. der von Marx und Engels gleichfalls kritisierte „ideologische“ (unpraktische und unhistorische) Materialismus ausgeblendet, und zum andern wird die einheitliche Form, die „Ideologie“ nach Marx und Engels „konstituiert“, nämlich die Behandlung von Gedanken als „realen“ Ausgangspunkten, nicht entsprechend berücksichtigt. Ferner herrscht trotz gegenteiliger Versicherungen weitgehend die ökonomistische „Reflex-Theorie“ des Bewußtseins vor, als wären die Feuerbach-Thesen nie geschrieben. Die Bedeutung der Praxis als Vermittlung zwischen sozialer Form und „objektiver Gedankenform“ wird nicht angemessen berücksichtigt. Stattdessen wird vorschnell die in der Tat wichtige Kategorie des Interesses ins Zentrum gerückt. „Basis“ und „Überbau“ werden analog zu „Sein“ und „Bewußtsein“ gedacht, als wäre der Prozeß der Produktion und Reproduktion des unmittelbaren Lebens etwas, das ohne Bewußtsein abliefe. Marx und Engels haben immer wieder betont, daß auch auf dieser, der „Basisebene“, die Beweggründe des Handelns „durch den Kopf hindurch“ müssen. Für Sorg scheint dieser Basisprozeß, der

doch der lebendige, komplexe Produktionsprozeß ist, bewußtlos und alles Bewußtsein im „Überbau“ stattzufinden (diese Auffassung teilt er mit Bauer u. a.). „Bewußtsein“ scheint für Sorg eine Zirkulationsangelegenheit, das der Arbeiter nicht minder als das der Kapitalisten. Ist es für die Arbeiter auf den ersten Blick absurd, so auf den zweiten auch für die Kapitalisten. Richtige Momente könne bürgerliches Bewußtsein nur in seiner Beziehung „auf den objektiven Schein“ haben, „wie er sich den Agenten der Zirkulation darstellt und ihr Handeln bestimmt, das sich realiter in dieser Welt des Scheins abspielt“ (50) — aber sind die Bürger nicht auch hervorragende Organisatoren des Produktionsprozesses usw.?

So bleibt es bei den versichernden Vokabeln, die schon bei Marx und Engels den schwächeren Teil ihrer Ausführungen darstellten: auf der einen Seite Schein, Oberfläche, Mystifikation, auf der andern das Wesen. Die konkrete Vermittlung kommt zu kurz. Auch die von „Ideologie“ und „Überbau“. Unerläßlich wäre, sich mit der Althusserschen These von den „ideologischen Staatsapparaten“ auseinanderzusetzen, die einen (im großen ganzen vielleicht unhaltbaren, gleichwohl anregenden) Versuch darstellt, sowohl die „materielle Existenzform“ von Ideologie mit ihrer eigentümlichen Festigkeit und das Leben der Individuen formenden Kraft darzustellen, als auch die Möglichkeiten und Formen des Klassenkampfes *innerhalb der Ideologie* zu erklären. „Ideologie“ wäre dann als „Form“ und „Institution“ zugleich aufzufassen, innerhalb deren sich mannigfache Widersprüche austragen. Sorg, der ungenügend unterscheidet zwischen Bewußtsein *in* einer sozialen Form und Bewußtsein *über* diese Form, bringt seine Auffassung auf die Kurzformel: „Ideologie ist Klassenbewußtsein“ (32).

W. F. Haug (Berlin/West)

Sprach- und Literaturwissenschaft

- Budilowa, J. A.:** Philosophische Probleme in der sowjetischen Psychologie. VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin/DDR 1975 (300 S., Ln., 25,30 M).
- Leont'ev, Aleksej A.:** Psycholinguistik und Sprachunterricht. Übersetzt und hrsg. von Gisela Schulz und Gerhard Seyfarth. Kohlhammer Verlag (Urban Taschenbücher 194), Stuttgart – Berlin/West – Köln – Mainz 1974 (122 S., br., 8,— DM).
- Autorenkollektiv:** Probleme der Psycholinguistik. Aus dem Russischen übersetzt von W. Hartung, E. Knorr, K. Meng und Chr. Schwarz unter Leitung von Chr. Schwarz. Akademie Verlag, Berlin/DDR 1975 (229 S., br., 19,— M).
- Ulman, Gisela:** Sprache und Wahrnehmung. Verfestigen und Aufbrechen von Anschauungen durch Wörter. Campus Verlag, Frankfurt/M., New York 1975 (159 S., br., 13,— DM).

Arbeiten aus dem Bereich der sowjetischen Psychologie werden auch in der BRD seit einigen Jahren verstärkt rezipiert. Dabei ist

das Interesse an diesen Arbeiten nicht auf den im engeren Sinne psychologischen Bereich beschränkt, denn die sowjetische Psychologie, insbesondere die Linie der „Kulturhistorischen Schule“ in der Tradition L. S. Wygotskis und A. N. Leontjews ist insofern für eine Reihe von Disziplinen interessant, als sie erste Schritte auf dem Weg der wissenschaftlichen Konkretisierung der Erklärung von Phänomenen des Bewußtseins aus zugrundeliegenden materiellen gesellschaftlichen Prozessen verspricht.

Zur materialistischen Neuformulierung der psychologischen Grundprobleme — durch die sich die sowjetische Psychologie wesentlich von traditionellen Ansätzen unterscheidet — bedurfte es einer langen, widerspruchsvollen Phase der Klärung psychologisch relevanter philosophischer Fragen. Budilowa ordnet ihren historischen Überblick über die sowjetische Psychologie nach diesen philosophischen Hauptproblemen an: Wesen des Psychischen, Gegenstand und Methode der Psychologie, gesellschaftliche Bestimmung der Psyche, Verhältnis von Biologischem und Sozialem bei der Entwicklung der menschlichen Psyche, Bewußtsein und Tätigkeit, Verhältnis von Physiologischem und Psychologischem, Außen und Innen der Psyche, psychische Tätigkeit und objektive Realität, wechselseitiger Zusammenhang der äußeren und inneren Bedingungen bei der sozialen Determination der Psyche. Solche grundlagentheoretischen Fragen konnten im Laufe des letzten halben Jahrhunderts — wie Budilowa darstellt — immer präziser formuliert werden und werden auch in den neuesten Einzeluntersuchungen der sowjetischen Psychologie etwa über das Verhältnis von Denken und Sprechen in der Ontogenese, über die kindliche Begriffsentwicklung, über Grundfunktionen der Sprache sowie über Formen und physiologische Mechanismen der Sprechfähigkeit ebenso von verschiedensten Seiten beleuchtet wie in den mehr didaktisch orientierten Analysen und Experimenten etwa zur Motivationsbildung, Aufmerksamkeit und Gedächtnisleistung.

Den weitgespannten Bogen von aufeinander beziehbaren Einzeluntersuchungen dokumentiert auch der Sammelband „Probleme der Psycholinguistik“. Studien zur Entstehung der Sprache, zu Gruppen- und Massenkommunikationsprozessen und Arbeiten zur Lexik und besonders zur Semantik verdeutlichen wiederum den Bezug von Sprache auf außersprachliche Realität. Die Konkretion der Fragestellungen auf je spezifische, historisch konkrete (d. h. auch: antagonistische) gesellschaftliche Verhältnisse steckt in der sowjetischen Psychologie allerdings erst in den Anfängen.

Vermittelt über Holzkamps (u. a. auf A. N. Leontjew aufbauenden) Untersuchungen zu Wahrnehmung und sinnlicher Erkenntnis läßt sich auch Ulmanns Analyse des Verhältnisses von Sprache und Wahrnehmung als Versuch der Weiterarbeit auf dieser Grundlage lesen, versucht sie doch, in Auseinandersetzung mit Methoden und Ergebnissen der (bürgerlichen) Wahrnehmungsforschung und der linguistischen Relativitätshypothese zu belegen, wie sinnliche Wahrnehmungsmöglichkeiten durch sprachlich vorgeprägte Begriffe beein-

flußt werden können. Die Re-Interpretation (statt abstrakter Negation) der Experimente der bürgerlichen Wahrnehmungspsychologie bildet das Kernstück der Untersuchung, in der deren Ergebnisse „auf ihren relativen Erkenntnisgehalt hin“ (9) geprüft werden sollen. Ulmanns abschließende Überlegungen über das Verfestigen und Aufbrechen von Anschauungen durch Wörter (Analyse der Begriffspaare Arbeitnehmer - Arbeitgeber, Arbeiter - Kapitalist) allerdings überspringen ein wichtiges Argumentationsglied: Die Analyse sinnlicher (bei Ulmann zumeist visueller) Wahrnehmungsdispositionen kann *nicht direkt* bezogen werden auf Begriffe (wie Arbeitnehmer usw.) als Teile eines Bewußtseins von Gesellschaft, ohne den Bildungsprozeß dieser Begriffe und ihre Bewußtseinsfunktionen zu berücksichtigen. Ein schlichter Vergleich der Begriffe Arbeitnehmer vs. Arbeiter kann zwar über die Richtigkeit oder Falschheit dieser Wortbildungen Auskunft geben (unter Rückgriff auf ihre materielle Grundlage), sagt aber noch nichts darüber aus, wie diese Begriffe (richtig oder falsch) *gebildet* werden. Diese Begriffsbildungsweisen wären aber das Bindeglied zwischen sinnlicher Wahrnehmung und einem strukturierten Bewußtsein, das diese Begriffe als Teile enthält.

Trotz der teilweise sehr speziellen Fragestellungen der referierten Arbeiten kann die sowjetische Psycholinguistik (aus dem Umkreis der „Kulturhistorischen Schule“) mehr als ein bloßes Randgebiet, als eine Teildisziplin der „eigentlichen“ Linguistik sein. Das methodische Postulat des „historischen Herangehens“ (A. N. Leontjew), sowie die Grundthese einer materialistischen Tätigkeitstheorie, daß die psychischen Funktionen in ihrer Entstehung aus ursprünglich äußeren, gegenständlichen Tätigkeiten zu erklären sind, verlangen die detaillierte phylo- und ontogenetische Rekonstruktion des Zusammenhangs von Denken und Sprechen mit der gesellschaftlich organisierten Bearbeitung der Realität. In diesem Sinne ist die sowjetische Psycholinguistik methodisches Paradigma einer Wissenschaft von den in den gesellschaftlichen Individuen realisierten Zusammenhängen von Denken, Sprechen, Bewußtsein und der gesellschaftlichen Aneignung der Realität und kann als solche die Forderung nach einer gegenstandsadäquateren Sprachwissenschaft präzisieren helfen, einer Wissenschaft von Sprache, die ihren Ausgangspunkt im Verhältnis von nichtsprachlicher Wirklichkeit und deren sprachlicher Verarbeitung nimmt.

Daß die Arbeiten der sowjetischen Psycholinguistik auch eine eminente Bedeutung für die Praxis haben, zeigen die vielfältigen Untersuchungen zum sprachlich vermittelten Lernen, zur Fremdsprachendidaktik, zum Sprachunterricht, wovon das angezeigte Buch A. A. Leont'evs einen Eindruck gibt, und zur Sprachplanung und Sprachpolitik.

Jürgen Ellerbrock (Siegen), Peer Jaritz (Marburg),
Walter Kühnert (Marburg), Ulrich Schmitz (Duisburg)

Polenz, Peter von: Geschichte der deutschen Sprache. Slg. Göschen 4015. Verlag Walter de Gruyter, Berlin/West-New York 81972 (219 S., br., 7,80 DM).

Die Bereitwilligkeit, mit der die Linguistik von den Studenten der Germanistik (und anderer Philologien) Ende der 60er Jahre an den westdeutschen Universitäten aufgenommen wurde, beruhte nicht zuletzt darauf, daß ihre Einführung die Befreiung von begriffslosen Übungen in historischer Phonologie und Morphologie, wie sie das altgermanistische Pflichtstudium weitgehend ausmachten, versprach. Sahen sich schon nur wenige Vertreter der Altgermanistik zu Reformüberlegungen veranlaßt, so hat die Linguistik aber trotz eines in den letzten Jahren stärker gewordenen Interesses an historischen Aspekten von Sprache der traditionellen Studienpraxis noch weit weniger entgegengesetzt: nach Einführungen in die deutsche Sprachgeschichte sucht man unter linguistischen Grundkursen vergebens. Die Linguistik versteht Sprachgeschichte weitgehend als diachrone Analyse, die sich mit universalen sprachinternen Zusammenhängen sprachlichen Wandels beschäftigt, deren typologische Ergebnisse neuerdings auf Theorien sozialen Wandels appliziert werden. Auch die unter dem Anspruch einer materialistischen Sprachtheorie wieder aufgenommenen Diskussionen um Sprachentstehung und Sprachfunktionen sind aus der Erörterung philosophischer und psychologischer Grundsatzfragen — oft selber nur mangelhaft mit historischem Material fundiert — nicht soweit herausgekommen, daß sie einem Fortschreiten der Sprachgeschichtsschreibung von einer historischen Befunde klassifizierenden und innersprachliche Kausalitäten beschreibenden Wissenschaft zu einer erklärenden historischen Entwicklungstheorie etwa des Deutschen Impulse gegeben hätten.

Der Entwurf einer Sprachgeschichte, die vom sozialgeschichtlichen Entwicklungszusammenhang der Sprache, wie auch vor allem von Sprachen, ausgeht, ist aber für jede gesellschaftswissenschaftlich orientierte Linguistik unverzichtbar. An Stelle der bloßen Aufzählung einzelner Veränderungserscheinungen hätte die Einordnung dieser Befunde in eine Darstellung der Veränderung der Anforderungen an eine Sprache, wie sie durch die gesellschaftliche Entwicklung jeweils notwendig wurde, zu treten. Diese Anforderungen dürften nur zum geringen Teil unmittelbar ökonomischer, vielmehr allgemeinerer sozialer und ideologischer Natur sein, die zudem in kompliziertem Wechselverhältnis untereinander wie vor allem mit dem jeweils gegebenen Sprachzustand stehen. Kriterium der Auswahl des sprachhistorisch Wichtigsten hätte dann seine Bedeutung für das Verständnis der Gegenwartssprache zu sein. Der Stellenwert sprachökonomischer Tendenzen oder der Erhöhung des Komplexitätsgrades einer Sprache, des Übergangs vom synthetischen zum analytischen Sprachbau, des Vorgangs der Abstraktion auf den verschiedenen sprachlichen Ebenen, der durchaus verschieden motivierten normierenden Einflußnahme u. ä. würde so erst hinreichend bestimmt. Vor allem aber müßte neben der arealen Differenzierung

in der Sprachgeschichte auch durchgängig ihre soziale und funktionale Differenzierung untersucht und dargestellt werden (vgl. zu diesem Konzept den Entwurf einer „Einführung in die deutsche Sprachgeschichte“ von D. Hartmann u. a. in: *Linguistische Berichte* 26/73, 50—52, sowie W. Dieckmanns Aufsatz „Linguistik und Sozialgeschichtsforschung, in: Bartsch/Vennemann, *Linguistik und Nachbarwissenschaften*). Dies Konzept schließt die Darstellung der strukturellen Charakteristika des Deutschen ebenso wenig aus wie die intensive Rezeption der Ergebnisse der historischen Philologie, der eine kulturhistorische Orientierung ja nicht fremd war.

Daß eine Darstellung, die diese Forderungen erfüllte, nicht vorliegt, ist, so meine ich, kein hinreichender Grund, im linguistischen Studium weiterhin gänzlich auf Sprachgeschichte zu verzichten. Als Ausbildungsbasis bietet sich unter den in der Bundesrepublik erschienenen Darstellungen vielmehr Peter von Polenz' „Geschichte der deutschen Sprache“ an, obwohl sie sich auf den ersten Blick von den herkömmlichen Darstellungen kaum unterscheidet. Auch Polenz spannt, nach einer methodischen Vorbemerkung, den Bogen von der — hypothetischen — indoeuropäischen Ursprache bis zu Aspekten des Deutschen der Gegenwart, referiert die Prinzipien des Lautwandels und räumt den Lehnwortbeziehungen einen breiten Raum ein. Mit knapp einem Drittel des Textes ist aber das Deutsch des 19. und 20. Jahrhunderts nicht nur schon quantitativ deutlich gewichtet; den Bezug zum gegenwärtigen Deutsch und seinen Entwicklungstendenzen sucht Polenz auch in der historischen Darstellung, wo immer es möglich ist. Insgesamt ist der Abriss von dem methodischen Postulat geprägt, demzufolge Sprachgeschichte „nach der historischen Stellung der Sprache in der Gesamtkultur der jeweiligen Sprechergruppen“ (7) zu fragen habe. Für den Mischcharakter zwischen historischer Philologie — auf deren Verengungen Polenz immer wieder hinweist —, struktureller Linguistik und gesellschaftswissenschaftlicher Sprachforschung ist dabei in erster Linie der Forschungsstand verantwortlich. Ein Blick auf Untersuchungen zur sozialen Schichtung der Sprache im Mittelalter beispielsweise macht deutlich, welchen Problemen eine Sprachgeschichtsforschung, die von der Homogenitätsannahme auch für ältere Sprachstufen Abstand nimmt, sich gegenübersehen. So ist es die Haltung des Fragens nach sozialem Ort und Funktion einer historischen Spracherscheinung oder -veränderung, die Polenz' Abriss vor jedem Referat der Forschungsergebnisse besonderes Gewicht verleiht.

Da Polenz der Spracherlernung als sprachveränderndem Faktor große Bedeutung zumißt (vgl. 10), ist verständlich, daß er auch mit einer geschichtlichen Darstellung ausdrücklich sprachpädagogische Ziele verfolgt. So empfiehlt er, vor allem um der politischen Ausnutzung historischer überkommener Sprach- und Stilnormen und dem „Fortwirken alter Sprachideologien“ als „Mittel sozialer Kontrolle“ (185) zuvorzukommen, eine kritische Reflexion der Urteile über Sprache sowie eine „neue Sprachpädagogik, die sich von jedem normativen Anspruch ... distanziert“ (173, vgl. auch 185) und eine

„Stilistik der sachlichen kognitiven Analyse und Argumentation“ (ebd.) anstrebt. Daß es ihm bei der Überwindung von „Kommunikationsschwierigkeiten und -wirkungen beim Gebrauch der verschiedenen Gruppennormen und Sachnormen innerhalb einer Sprache“ (185) nicht einfach um ein reibungsloseres Funktionieren geht, sondern er solche Sprachpädagogik als Teil der Erziehung für eine demokratische Gesellschaft versteht, legt der Duktus des Buches nahe, ohne daß Polenz allerdings solche Einordnung unmißverständlich genug entwickelt. Gerhard Voigt (Berlin/West)

Fishman, Joshua A.: Soziologie der Sprache. Eine interdisziplinäre sozialwissenschaftliche Betrachtung der Sprache in der Gesellschaft. Max Hueber Verlag, München 1975 (244 S., Ln., 18,— DM).

Dieses aus dem Englischen übersetzte Buch stellt für die BRD erstmalig — nach breiter Rezeption Bernsteins und Labovs — die sozialbedingte Sprachvariation in einen größeren soziologischen Rahmen. Da Fishman als führender Repräsentant „westlicher“ Sprachsoziologie gilt und Herausgeber der meisten relevanten Reihen auf diesem Gebiet ist, kommt seinem Buch internationale Bedeutung zu: Es weist auf einen Forschungstrend hin, mit dem in Zukunft zu rechnen ist.

Sprachsoziologie wird als Grundlagenforschung für Sprachpolitik und Sprachplanung aufgefaßt. In dieser Perspektive vermitteln die ersten Kapitel Grundbegriffe der Sprachsoziologie, der mittlere Teil ihre wichtigsten empirischen Ergebnisse und ein abschließendes Kapitel — mit ca. 20 Seiten sehr kurz — Probleme der „Angewandten Soziologie der Sprache“. Ein Anhang gibt Fachfremden einen groben Überblick über Grundpositionen in der Linguistik und konfrontiert herkömmliche sprachwissenschaftliche Sichtweisen mit soziologischen Auffassungen von der Sprache.

Die Disziplin „Sprachsoziologie“ zerfällt nach Fishman in eine „deskriptive“ und eine „dynamische Soziologie der Sprache“ (15). Erstere antwortet auf die Frage: „Wann und zu welchem Zweck spricht... wer welche Sprache... mit wem?“, letztere hat die Frage zu beantworten: „Woher kommt der unterschiedliche Veränderungsgrad im sozialen System des Sprachgebrauchs und des Verhaltens gegenüber der Sprache“? Daß Fishman im wesentlichen nur die *deskriptive* Sprachsoziologie behandelt und der *dynamischen* offensichtlich nur programmatisch Rechnung trägt, wird verständlicher, wenn man seine struktur-funktionalistische Gesellschaftsauffassung genauer betrachtet.

Diese geht davon aus, daß an der gesellschaftlichen Oberfläche manifeste soziale Unterschiede sich auf einer „tieferen“ Ebene als gemeinsam geteilte, die Schichtunterschiede harmonisierende komplementäre „Erwartungshaltungen“ erweisen. Am Beispiel eindeutiger schichtspezifischer Sprachunterschiede auf Java hebt Fish-

man hervor, daß diese Schichten dennoch „eine einzige geschlossene Sprachgemeinschaft mit gemeinsamen normativen Erwartungen und Regelungen bezüglich der Kommunikation zwischen den und innerhalb der Schichten bilden, obwohl die betreffenden schichtenspezifischen Unterschiede verfestigt und tiefgehend sind“ (67). Dieser Sichtweise entsprechen die Beschreibungsstrukture der deskriptiven Sprachsoziologie. Auf der Mikroebene sind sprachliche Varietäten durch „Rollenverhältnisse“ zwischen „Lehrer-Schüler, Priester-Laie, Arbeitgeber-Arbeitnehmer“ etc. determiniert, die für „Mitglieder desselben soziokulturellen Systems anerkannte und akzeptierte Mengen wechselseitiger Rechte und Verpflichtungen“ darstellen (44). Der unter diesen struktur-funktionalistischen Prämissen mikroanalytisch zu untersuchende soziale Spielraum von „angemessener“ Sprachvariation, die Mitgliedern eines sozialen Systems, die einander schuldige „Rechte und Pflichten“ gegenseitig anerkennen (44), zugestanden wird, hat die *Situation* der Kommunikation in die Analyse einzu-beziehen, die den „situativen Wechsel . . . durch weitverbreitete normative Ansichten“ regelt, „die allgemeinverbindlich eine bestimmte Varietät einem bestimmten Zusammentreffen von Themen, Orten, Personen und Zwecken zuordnen“ (49).

Dieses Konzept wird auf die Makroebene der Beschreibung übertragen. Den Situationen und Rollen sind hier die *Domänen*, institutionspezifisch definierte Beschreibungsstrukture, übergeordnet. Fünf Domänen, die institutionsbedingte sprachliche Unterschiede differenzieren, erweisen sich für die Sprachsoziologie von theoretischer und empirischer Relevanz: „Familie“, „Freundschaft“, „Religion“, „Erziehung und Bildung“ und „Beruf“. Ihnen können sprachliche Varietäten zugeordnet werden. Die in den Domänen „Familie“ und „Freundschaft“ verwendete Varietät wird von Fishman als „L (= niedere) Sprache“ bezeichnet, „die in Verbindung mit den alltäglichen Betätigungen am Herd, im Heim und in der Sphäre der ungelerten Arbeit“ zur Anwendung gelangt (96). Dagegen werde in den Domänen „Erziehung und Bildung“ und „Religion“ eine „H(och)-Sprache“ benutzt, die höheren formalen Ansprüchen genüge. Während „L“ lediglich gesprochen werde, werde „H“ eher geschrieben als gesprochen, sei stark normiert und stelle das Kommunikationsmedium der Institutionen höherer Bildung dar. Mit beiden Varietäten seien „Mengen von Verhaltensweisen, Einstellungen und Wertbegriffen“ innerhalb einer Gesellschaft assoziiert, die sich zueinander „komplementär (d. h. nicht miteinander in Konflikt stehend)“ verhalten (95). Eine solche Sprachsituation in Gesellschaften nennt Fishman — nur in ganz vager Anlehnung an Ferguson — *Diglossie*. Die durch Diglossie gekennzeichnete sozial-funktionale Komplementarität von Varietäten kann Fishman zufolge auch für zwei unterschiedliche Sprachen bestehen, beispielsweise für das Spanische der Puertorikaner und das Englische in den USA.

Ich bezweifle, daß die von Fishman als so „stabil“ dargestellten Diglossiesituationen tatsächlich so etwas wie sprachsoziologische Universalien sind. Entstehen und Fortbestehen von Diglossiesituationen

ist immer *auch* von der Gesellschaftsform abhängig. In vielen Gesellschaften, beispielsweise in Belgien, Kanada oder Peru, markieren sie einschneidende soziale Unterschiede zwischen den Klassen. In Frankreich ist die Diglossie im Sinne „funktionaler Erwartungshaltungen“ ganz und gar nicht stabil. Wie sollte sonst der auf Paris ausgeübte massive politische Druck der Okzitanisch, Bretonisch oder Korsisch sprechenden Minderheiten erklärt werden? Daß auf mehr oder weniger scharfe Klassengegensätze zurückzuführende sprachliche Unterschiede von Fishman in fließende Übergänge transformiert werden — „(wir) finden zwar niemals eine scharfe Trennung zwischen den sozialen Klassen, wohl aber einen Unterschied im Grad der Realisierung bestimmter Varianten bestimmter Variablen in bestimmten Kontexten“ (87) —, steht offensichtlich mit Fishmans struktur-funktionalistischer Auffassung in engem Zusammenhang. Diese verstellt offenbar den Zugang zu einer sprachsoziologischen Forschung, die davon auszugehen hätte, daß (a) Individuen und Gruppen in einem dialektischen Spannungsverhältnis zur Gesellschaft als ganzer stehen, (b) die Datenerhebung und damit die Interaktion „Forscher — Betroffene“ grundsätzlicher sprachsoziologischer Reflexionen bedarf, (c) eine Theorie der Alltagsinteraktionen und des Alltagswissens sozial-strukturellen, rein quantitativen Analysen logisch voranzugehen hat, (d) sozialwissenschaftliche Erklärungen für sozialbedingte Sprachvariation ohne gründliche sozioökonomische und historische Untersuchungen *konkreter Gesellschaftsformen* nicht möglich sind. Gleichzeitig bleibt auf diesen Punkten aufbauende sprachsoziologische Forschung ein Desiderat.

Fishman gelingt es weder, „Sprachverlagerung“ durch domänen-spezifische Unterschiede zu erklären, weil ihm offenbar entgeht, daß diese zu einem beträchtlichen Teil durch Arbeitsmigrationen sozio-ökonomisch und historisch bedingt sind; noch gelingt es ihm, die Ursachen für die Standardisierung von Varietäten und die Anlässe für Schreibreformen in sogenannten Entwicklungsländern adäquat zu verstehen, weil er von der Geschichte dieser Länder und ihren unterschiedlichen Gesellschaftsformen abstrahiert (gerade aus diesem Grunde sind Ergebnisse von Vergleichen, die zu Universalien hochstilisiert werden, oft wertlos). Entsprechend stellt Fishman gegen Ende seines Buches fest: „Der ursprüngliche Anlaß für jede gesellschaftliche Verhaltensweise kann zwar von gewissem Interesse sein, aber dieses Interesse ist eher historischer als dynamischer Natur, sofern man das Leben wie es um uns herum vor sich geht, vor Augen hat. Wenn es gelingt, die Fragen nach dem ‚Was war wofür die erste Ursache‘ beiseite zu lassen, dann bleibt der faszinierende Prozeß fortlaufender und ineinander verschlungener Rede und Interaktion“ (172).

Wie schnell dieser „faszinierende Prozeß . . . ineinander verschlungener Rede“ jedoch in Gefahr gerät, etikettenhaftes Blendwerk zu werden, wird an Fishmans eigenem Beispiel deutlich. Ein Kapitel in der Mitte des Buches ist überschrieben mit „Nicht-Proletarier aller Regionen, vereinigt Euch!“, das Schlußkapitel trägt den Titel:

„Die soziolinguistische Revolution“. Unter diesen Überschriften erfahren wir mit keinem einzigen Wort etwas über „proletarische Verhältnisse“ oder „Revolutionen“, weder im Zusammenhang mit Arbeiterbewegungen noch im gesellschaftspolitischen Zusammenhang der Sprachsoziologie. Mir scheint, daß es nicht ausreicht, derartige Formulierungen, die ihres gesamten historisch-sozialen Sinnes entleert und zu plakativen Reizsprüchen umfunktioniert werden, mit amerikanischer Naivität oder weitverbreitetem werbepsychologischem Verhalten lächelnd abzutun. Sie kommentieren die wissenschaftliche und soziale Einstellung des Autors selbstredend.

Norbert Dittmar (Heidelberg)

Szondi, Peter: Das lyrische Drama des Fin de siècle. (Studienausgabe der Vorlesungen, Bd. 4). Hrsg. von Henriette Beese. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1975 (532 S., br., 14,— DM).

In der posthumen Publikation der Vorlesungen Szondis, die auf fünf Bände geplant ist, werden mit diesem Band die bisher am weitesten zurückliegenden Manuskripte vorgelegt. Seinen Hauptteil macht eine Vorlesung aus dem Wintersemester 1965/66 aus, die vor allem Mallarmé und Hofmannsthal zum Gegenstand hatte. In dem umfangreichen Anhang findet sich neben einigen Ergänzungen eine von 1955 datierende Interpretation der Duineser Elegien Rilkes.

Das Thema steht in enger Verbindung mit Szondis „Theorie des modernen Dramas“ (7). Dabei wendet sich Szondi hier von der dort vertretenen idealtypisch-normativen Gattungspoetik ab (vgl. dazu die Kritik Metschers im Argument 49) und beruft sich auf ein aus der Dialektik von „Form und Inhalt, von Überliefertem und Intendiertem“ zu gewinnendes Verständnis des lyrischen Dramas (18, vgl. weiter 19 ff.). Er will damit ein Verständnis von der Historizität seines Gegenstandes gewinnen, das nicht auf die Situierung der Werke in der Geschichte aus ist, sondern Geschichte versteht „als etwas, das dem Kunstwerk immanent ist“ (17). Er grenzt sich damit insbesondere von der Impressionismusinterpretation von Hamann/Hermann ab (23 ff.), deren Vorgehen er vorwirft, daß ihm „das Kunstwerk nicht als Kunstwerk thematisch ist“ (25), ja, daß er „kunstwerkfeindlich“ sei (27).

Scheint schon diese Kritik anhand der beigebrachten Belege nicht so ganz gerechtfertigt (vgl. insbes. 102), so wird die Problematik dieser Abgrenzung insbesondere an Szondis eigenem Vorgehen deutlich. Ganz anders als in den bisher publizierten Vorlesungen (vgl. insbesondere die „Theorie des bürgerlichen Trauerspiels“) kann man hier eigentlich durchgängig eine rein werkimmanente Interpretation feststellen, die nur gelegentlich von geistesgeschichtlichen Überlegungen unterbrochen wird (etwa 93 f., 104, 176 f., 281). Dieses Verfahren ist am eindeutigsten in der Rilke-Interpretation, wo Szondi

durchgängig selbst im Rahmen des Rilkeschen Jargons argumentiert (vgl. etwa 475 ff., 490 f.). Dies mag mit der Entwicklung von Szondis Begrifflichkeit zusammenhängen, das Verfahren ist aber auch in den späteren Vorlesungen zu Mallarmé und Hofmannsthal eindeutig bestimmend.

Wenn auch die Interpretation Mallarmés von der Frage nach den „Entstehungsbedingungen jenes historischen Phänomens ‚Lyrisches Drama des Fin de siècle‘“ (40) ausgeht und als wesentliche Bestimmung dafür entwickelt wird, daß es im lyrischen Drama im Gegensatz zur historischen entwickelten Dramenform nicht mehr um die Handlungsintentionen und Handlungen der Protagonisten geht, sondern um die Handlungsunfähigkeit und Zukunftslosigkeit eines Subjekts, das nur seinen inneren Zustand darstellt (vgl. 59 f., 93 f.), so ist damit doch über die Historizität der Form ‚lyrisches Drama‘ kaum etwas ausgesagt. Trotz aller interpretatorischer Genauigkeit in Einzelfragen — etwa zur Funktion der Metaphern (64 f., 97 ff.) oder zur Bedeutung der Sprache für Mallarmé (102 f., 116) affiziert Szondi durchgängig den emphatischen Dichtungs- und Kunstbegriff Mallarmés (vgl. 125, 130). Selbst wenn man mit Szondi einig ist, daß man Mallarmé und Hofmannsthal nicht versteht, „wenn man sie im Namen sogenannter Gesinnungstüchtigkeit(!) des bloßen Ästhetizismus zeih“ (124), so greift doch eine Interpretation letzten Endes zu kurz, die auf eine aus historischer Relativierung gewonnene Kritik an der Begrenztheit des Ästhetizismus verzichtet und seine objektiv fragwürdige Funktion außer Acht läßt. Der Mallarmé, der meinte, man solle das Volk zur Lektüre von Moraltraktaten anhalten, damit es nicht die reine Dichtung verderbe, kommt bei Szondi nicht vor. Damit fehlt Szondis Verständnis des solch ästhetizistischer Haltung entspringenden lyrischen Dramas ein wesentlicher Teil.

Entsprechendes läßt sich auch über Szondis Hofmannsthal-Interpretation sagen. Auch hier verbindet sich werkimmanente interpretatorische Genauigkeit (etwa 212, 314 ff. etc.) mit distanzloser Affirmation des Lebens- und Kunstbegriffes Hofmannsthals. Der „Weg ins Soziale“ (350), den Hofmannsthal aus der Reflexion seiner frühen lyrischen Dramen gewinnen soll und den Szondi so hervorhebt, ist doch nichts als ein in den späteren Lustspielen sich manifestierender Weg in die Sackgasse gesellschaftlicher Konvention, der Heirat nämlich. Es liegt außerhalb der Begrifflichkeit dieses Interpretationsansatzes, die abstrakte Lebensproblematik, die den Kern der frühen lyrischen Dramen Hofmannsthals ausmacht (vgl. 176 f.), mit der sozialen Problematik einer funktionslos gewordenen großbürgerlichen Schicht in Verbindung zu bringen, die, frei von materiellen Problemen, sich als Betrachter über den gesellschaftlichen Zusammenhang und dessen Widersprüche erheben kann und sich mangels eigener Handlungsperspektiven eine Kunstwirklichkeit schafft, in der sie ihre Unbefriedigtheit abhandeln und zugleich goutieren kann.

Hartmut Stenzel (Freiburg)

Schmitt, Hans-Jürgen (Hrsg.): Einführung in Theorie, Geschichte und Funktion der DDR-Literatur. J. B. Metzler Verlag, Stuttgart 1975 (340 S., br., 34,— DM).

Bis hinein in die sechziger Jahre diente die hiesige Auseinandersetzung mit der Literatur der DDR vor allem der Verlängerung westdeutscher Alleinvertretungsansprüche auf die kulturelle Ebene dergestalt, daß die wenigen überhaupt zur Kenntnis genommenen DDR-Literaten vom Vorverständnis bürgerlicher Literaturwissenschaft vereinnahmt und so der „einen deutschen Literatur“ subsumierbar wurden. Das änderte sich, als man gegen Ende der sechziger Jahre im Zuge partieller Rehabilitation marxistischer Ansätze im Wissenschaftsbetrieb begann, DDR-Literatur auf der Basis ihrer spezifischen politischen und theoretischen Ansprüche zu rezipieren, sie dabei allerdings — in ihren als nicht „platt-apologetisch“ bezeichneten Vertretern — als von tendenziell gegenkultureller Provenienz interpretierte.

So sehr sich der vorliegende Band zur DDR-Literatur auch um vorurteilsfreie Auseinandersetzung bemüht, er markiert diesbezüglich eine neue Qualität und insofern auch eine neue Stufe wissenschaftlicher Solidität, so kann er doch in weiten Teilen die *rudimentäre* Fortsetzung bei der eben skizzierten Rezeptionsweisen — vor allem der letzteren — nicht verleugnen. Darauf verweist Schmitt selbst, wenn er schon in seiner Einleitung als zentrale Fragestellung formuliert: „Wie weit kann sie (d. Lit. G. F.) sich trotz dieser Funktion (ihrer im Rahmen offizieller Kulturpolitik bestimmten, G. F.) als eine sozialistische verwirklichen?“ (5) An dieser Fragestellung orientieren sich in ihren Beiträgen vor allem Kaiser, Wolff und Trommler.

Kaiser gliedert die DDR-Dramatik in die zwei Bereiche „kritisch-dialektische Dramatik und sozialistische Gebrauchsdramatik“ (219). „Gebrauchsdramatik“ begreift er als konstituiert durch einen „taktisch limitierten Wahrheitsbegriff“ (237), der darauf aus sei, die gesellschaftlichen und individuellen Interessen als gegenwärtig schon versöhnt darzustellen. „Kritisch-dialektische Dramatik“ hingegen praktiziert einen „radikalen Wahrheitsbegriff“ (237), der durch „das Aussprechen von Konflikten und Widersprüchen ... dem Aufbau des Sozialismus ... zugute kommen (soll)“ (219). Problematisch erscheint die vorgenommene Hypostasierung der beiden „Linien“ zur durchgängigen Dualität. Die der Annahme dieser Dualität als notwendiger im Kern zugrunde liegende Aufteilung der gesellschaftlichen Praxis in der DDR in einerseits konstruktiv-konservierende und andererseits gegensteuernd kritisch-aufhebende, überträgt allzu bruchlos die Entwicklungsdynamik antagonistischer Klassengesellschaften auf die Bestimmung der Bewegungs- und Lösungsformen gesellschaftlicher Widersprüche in der DDR.

Wolff bezeichnet die Betriebsromane der Zeit von 1948—1956 als Aufbau-literatur. Sujet und Absichten dieser Literatur — industrieller Wiederaufbau, Aufforderung zur Steigerung der Arbeitsprodukt-

tivität, Vermittlung eines neuen, den neuen Eigentumsverhältnissen entsprechenden Arbeitsethos — werden von ihm herausgearbeitet. Die Wertung der Romane allerdings wird deren Funktion im gesellschaftlichen Prozeß der DDR nicht gerecht. Sie fällt da am positivsten aus, wo „für die unmittelbaren Bedürfnisse der Werktätigen“ (256) eingetreten wird. Hier wird abermals die Situation der Arbeiterklasse in Kapitalismus und Sozialismus als analog gesetzt. Es erscheint eine Arbeiterliteratur als erstrebenswert, die ausdrücklich nicht das Arbeiterinteresse in sozialistischen Staaten in der perspektivistisch-prozessualen Identität mit dem der Gesamtgesellschaft begreift.

Trommler thematisiert die durch Bitterfeld initiierte Prosaentwicklung. An Literaturbeispielen entwickelt er seine Kritik an der „Fetischisierung“ (319) der Bitterfelder Programmatik der „Verbindung von Kunst und Leben“. „Fetischisierung“ bedeutet ihm eine Darstellungsweise, die Individuen zur unmittelbaren Repräsentanz von Allgemeinem gestaltet und so die „Dialektik von Mensch und Wirklichkeit“ (303) auf „das Umdenken von Wirklichkeit in emblematische Bilder“ (303) oder auch „Statuen“ (321) reduziert. Trommlers Behauptung eines notwendigen Zusammenhangs von Parteilichkeit und „Ästhetik der Repräsentanz“ (322) allerdings, verweist auf das auch schon bei Kaiser kritisierte Verständnis gesellschaftlicher Entwicklungsformen der DDR.

Hartung begreift in seinem Beitrag über die neuere Lyrikentwicklung der DDR die „Verfahrensweise des Gedichtes“ (206) als notwendig mit „Skepsis, Zweifel, Trostlosigkeit, Desorientiertheit“ (206) zusammenhängend und sieht das lyrische Ich, wo es von der „Idee seiner Autonomie abgedrängt“ (198) ist, sich „Surrogate“ (198) schaffen. So verhindert er sich im Ansatz die entscheidende Fragestellung nach den neuen Möglichkeiten und Schwierigkeiten einer Lyrik sozialistischer Gesellschaft und verbleibt bei der Projektion der zur Lyrik schlechthin verallgemeinerten Spezifik spätbürgerlicher Dichtung.

Struwe und *Villwock* geben eine differenzierte Darstellung des Selbstverständnisses marxistischer Ästhetik in der DDR. Sie betonen deren Anspruch, „die Rekonstruktion eines Fundaments für künstlerisches Schaffen . . . zu leisten, indem sie über der Basis einer Funktionsorientierung von Kunst . . . die programmatische Konzeption einer präskriptiv geleiteten Kunst aufbaut“ (44). Indem allerdings die Einheit von gesellschaftlicher Funktionsorientiertheit von Literatur und ihrer ästhetischen Qualität als bloß theorieimmanenter Anspruch rezipiert wird, wird der Anspruch dieser Theorie, nämlich ihn im lebendigen Praxisbezug anleitend mitzuverwirklichen, erst gar nicht zur Diskussion gestellt. So bleibt im impliziten Verständnis der Autoren die Theorie theoretisch — sie kommt nicht zur Praxis. Die literarische Praxis bleibt letztlich, was sie „immer schon war“: autonom, im Sinne von: man kann ihr nicht dreinreden.

Scharfschwerdt gibt einen Überblick über die Klassikerrezeption in der DDR von ihren Anfängen bis zur Gegenwart. Die bis Ende

der fünfziger Jahre dominierende Rezeptionsweise, die sich auf die deutsche Klassik so bezog, als gelte es unter den Bedingungen der DDR deren Ideale unmittelbar zu verwirklichen (117), kritisiert er als von den Bedingungen ihres Entstehens und der ihrer Idealität immanenten Widersprüchlichkeit abstrahierend und insofern unhistorisch (126). Begründet sieht er diese Rezeptionsweise aus der Tradition des antifaschistischen Kampfes „zur Verteidigung der Kultur“ wie auch aus der, den sozialistischen Aufbau erst vorbereitenden antifaschistisch-demokratischen Entwicklungsphase. Die Grundlage ihrer Überwindung sieht er in der Entfaltung sozialistischer Gesellschaftsverhältnisse mit Anforderungen nach real-vergesellschafteter Literatur, der die Formulierung allgemeiner Ideale nicht mehr genügen durfte. Bedenklich erscheint, daß Scharfschwerdt mit der Kritik abstrakt-repräsentativer Idealität literarisch-ästhetische Verallgemeinerung überhaupt problematisiert und Literatur pragmatisch auf die Bewältigung klassenneutraler „sozialer Empirie“ (151) verweist. Konsequenterweise bezweifelt er die Gegensätzlichkeit von sozialistischer und bürgerlicher Literatur (152).

Gerhard Friedrich (Marburg)

Maase, Kaspar: Leseinteressen der Arbeiter in der BRD. Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1975 (125 S., br., 12,80 DM).

Den Ausgangspunkt der Untersuchung Maases stellen die empirisch faßbaren, kommunikativen Bedürfnisse der Lohnabhängigen, vornehmlich in der BRD, in bezug auf das „Medium Literatur“ dar. Ansatz der Analyse sind also die „literarischen Bedürfnisse“ in ihrer den westdeutschen Kapitalismus entsprechenden Formbestimmtheit. Maase stützt sich hierbei im wesentlichen auf die Untersuchungen Rolf Fröhners (Das Buch in der Gegenwart, Gütersloh 1961) und Gerhard Schmidchens (Lesekultur in Deutschland, 1974). Die unzureichend kritische Verarbeitung dieses Materials — beide Autoren operieren mit einem wissenschaftlich nicht tragbaren sozialen Schichtenmodell und fragwürdigen Kategorien der Quantifizierung von Leseinteressen der „Bevölkerung“ in der BRD — läßt zumindest Zweifel offen an der Behauptung, die Maase darauf aufbaut: Die Silbermannsche These von der drohenden Diktatur der „audiovisuellen Kultur“ über die Masse der Bevölkerung sei mehr bürgerliches Wunschdenken denn Produkt einer Analyse der gesellschaftlichen Wirklichkeit. Der nach wie vor hohe bis sehr hohe Anteil der Leseaktivität in den untersuchten Teilen der Arbeiterklasse im Verhältnis zu anderer Medienaktivität und zum Freizeitverhalten überhaupt verdeutliche, daß „von einem Rückzug des Lesens, auch des Bücherlesens, (...) trotz der Durchsetzung des Fernsehens zwischen 1958 und 1968 keine Rede sein“ (8) könne. Vielmehr sei der „aktive Medienbenutzer“ (14) für die Entwicklung charakteristisch, die intensivere Rezeption aller zur Verfügung stehenden Medien.

Als historisch wichtige Tendenz hebt Maase die Tatsache hervor, daß zunehmend „sachbezogene Literatur“ (52) gelesen werde, die hinter der Unterhaltungslektüre und dem großen Anteil der Kinder- und Jugendliteratur den dritten Rang in der Beliebtheithierarchie der Leser einnehme. „In der wachsenden Bedeutung dieses Sektors widerspiegeln sich höhere Anforderungen an die berufliche und allgemeine Qualifikation der Werktätigen, ebenso das aufgrund stärker bewußt werdender gesellschaftlicher Widersprüche (...) wachsende Informationsverlangen zu diesen Fragen. (...) Und ohne diesen Faktor überbewerten zu wollen, handelt es sich auch um eine Reaktion auf den berechtigten Eindruck, daß die fiktionale Literatur in der Bundesrepublik (...) kaum Beiträge zum Verständnis und zur praktischen Bewältigung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Werktätigen enthalten hat.“ (53)

An die Kritik bürgerlicher Massenlektüreforschung schließt sich im zweiten, mehr theoretisch orientierten Teil des Buches der Versuch Maases an, die Skizze einer materialistischen Bedürfnistheorie zum Angelpunkt einer „literarischen Praxis“ zu machen, in der Massenlektüre ihrer kapitalistischen Verkehrtheit entkleidet und mit gesellschaftlich emanzipatorischem Gehalt gefüllt werden solle. Vor allem in vier Formen stelle sich der apologetische Charakter in der BRD vorherrschender Massenlektüreforschung dar: a) das für die Literaturwissenschaft der fünfziger Jahre vorherrschende „elitär-moralisierende Herangehen im geistigen Zusammenhang der pessimistischen Kulturkritik“ (65); b) die deduktive Ableitung kommunikativer Bedürfnisse aus den entsprechenden Phänomenen, welche die „imperialistische Massensliteratur“ (64) auszeichnen, wobei den „irreführenden und verrohenden Monopolprodukten (...) pauschal Absolution“ (67) erteilt werde; c) die ökonomistisch verkürzte Analyse, die, sich teilweise materialistisch gerierend, zu dem Schluß komme, „... das imperialistische Freizeitangebot zur demokratischen Massenkultur zu ernennen, weil es massenhaft konsumiert wird“ (69); d) die vor allem für die Familie der Kritischen Theorie charakteristische bewußte und „ungerechtfertigte Gleichsetzung von Unterhaltung und Trivialität“ (76 f.). Die folgenden Thesen zu einer materialistischen Bedürfnistheorie versuchen, dieses Begriffspaar Unterhaltung/Trivialität analytisch zum notwendigen Gegeneinander zu erheben. Der Autor will hierbei Unterhaltung als wesentliches und gesellschaftlich notwendiges Bedürfnis mit ihrer trivialen Befriedigung, ihrer scheinbaren Realisierung durch „imperialistische Massensliteratur“, konfrontieren, um die herausgearbeiteten literarischen Bedürfnisse zum Ausgangspunkt einer „emanzipatorischen Literaturpraxis“ werden zu lassen. „Was im Lesen von Belletristik steckt und wirkt an Bedürfnis nach Bereicherung, Wissen, Erkenntnis, Miterleben, Mitfühlen, Vergnügen — das hat bei den arbeitenden Menschen über weiteste Strecken eben Form und Inhalt des Wunsches, Romanheftchen oder die spezifisch kapitalistische ‚Unterhaltungsliteratur‘ zu lesen.“ (86) Die herausabstrahierten Bedürfnisse gelte es als legitime aufzugreifen, und sie mit den dem „gesellschaftlichen Verhältnis

Literatur eigenen Genußmöglichkeiten“ (89) auszuschöpfen. Die besondere Eigenart der Rezeption von Literatur charakterisiert Maese als das „Vergnügen an der schöpferischen, aktiven Auseinandersetzung mit der konkreten literarischen Fiktion in ihrer besonders geformten Spannung zur Realität; der Genuß, in der Wechselwirkung Werk-Leser Wirklichkeit ästhetisch anzueignen“ (89). Besonderer Stellenwert komme hierbei der „Integration der Literaturinteressen“ in den „lebenspraktischen Bezug“ (90) zu, der für die Herausbildung ihrer klassenmäßigen Spezifik von primärer Bedeutung sei. Im Hinblick auf die Verwirklichung dieses Ziels sei die gesellschaftliche Trennung von Literaturproduzenten und ihrer Rezipienten vor allem auch mit Hilfe der „bewußten und organisierten Einschaltung der Arbeiter und ihrer Organisationen in die Literaturprozesse“ (92) aufhebend anzugehen.

Ein wichtiger Widerspruch in der Arbeit Maeses bleibt festzuhalten. Sie operiert einerseits auf der Ebene der Empirie mit einem Begriff von Literatur, der den schriftlich fixierten Text und seine Rezeption meint. In der Herausarbeitung der „literarischen Bedürfnisse“ abstrahiert der Autor von dieser Bestimmung und führt die Besonderheit literarischer Rezeption als der in spezifischer Weise vermittelten ästhetischen Aneignung von Wirklichkeit ein (89 f.). Diese letztere abstrakte Bestimmung entzieht sich allerdings der Festlegung auf den schriftlich fixierten Text und weist ebenso auf andere mediale Formen der gesellschaftlichen Kommunikation. Eine Untersuchung, die beansprucht, auf die Entwicklung „fortschrittlicher Literaturpolitik Einfluß“ (78) zu nehmen, sollte m. E. entweder der durchaus legitimen quantitativen Eingrenzung ihres Gegenstandes auf schriftlich fixierte Texte zumindest eine Erklärung dieser Eingrenzung folgen lassen. Oder aber sie muß die gemeinsame und verschränkte Aktion der kapitalistischen Massenmedien in der Formung und Befriedigung ästhetischer Bedürfnisse berücksichtigen, will sie einen Beitrag zur Veränderung sinnlicher Rezeptionsgewohnheiten in der Arbeiterklasse leisten. Siegfried Zielinski (Berlin/West)

Mattenkloft, Gert, u. Klaus R. Scherpe (Hrsg.): Demokratisch-revolutionäre Literatur in Deutschland: Jakobinismus (Reihe: Literatur im historischen Prozeß. Ansätze materialistischer Literaturwissenschaft. Analysen. Materialien. Studienmodelle. Bd. 3/1). Scriptor Verlag, Kronberg/Ts. 1975 (XI, 275 S., br., 19,80 DM).

Die mit dem Gebiet der demokratischen, auf unmittelbare praktische Wirksamkeit zielenden Literatur und Publizistik im Deutschland der Französischen Revolution befaßten Forscher gleichen gegenwärtig noch Expeditoren: Kompradoren, Handlungsreisenden und Botaniseuren, die — in Gruppen oder einzeln, zerstritten oder in gegenseitiger Unkenntnis — sich zu einem Kontinent aufmachen — in die vergessene Provinz auch vielleicht —, von dem durch einige

Vor-Läufer wie Voegt, Scheel und Grab verbürgt ist, daß es ihn gibt, von dem auch einzelne Ausschnitte bekannt, dessen Umriss und innere Gliederungen aber weithin unbekannt, ja für den selbst die zur Behebung der Unkenntnis zu treffenden Maßregeln unvereinbart sind. Man muß sich dies vergegenwärtigen, um reinen Herzens einer heimkehrenden Flottille die Hüte zu schwenken, die weder aus Eldorado den Schatz beibringt noch den exakten Stahlstich der neuen Provinz: Immerhin, Pfeffer und Nelken historischen Materials, auch provisorische Notierungen begrifflicher Landmarken findet die rezensierende Zollkontrolle vielfältig in den Luken und Logbüchern der Heimkehrer. Auf die Stimmigkeit der Logbücher sei ein näheres Auge geworfen.

Gert Mattenklott und Klaus R. Scherpe (1—10) umreißen knapp den historischen Ort des Jakobinismus; deutsche Jakobiner sind für sie radikaldemokratische Propagandisten, die „praktische Volksverbundenheit“ entwickelten und sich zur „revolutionären Gewalt“ bekannten (7). Sie setzen sich damit — soweit richtig — in Gegensatz zu den Bestrebungen, den Jakobinismusbegriff unspezifisch auf alle Gegner des Feudalabsolutismus auszuweiten (4). Ihr Hinweis auf die Unmöglichkeit, den Gegensatz von Gironde und Montagne unbesehen auf Deutschland zu übertragen (4), bleibt indessen abstrakt, d. h. sie konkretisieren ihre Definition nicht in Hinblick auf die vielfältigen Widersprüche auch der fortschrittlichsten deutschen Publizisten, welche immer wieder zwischen Volksverbundenheit und Aufklärungsüberheblichkeit, revolutionärer Gewalt und Reformillusion schwanken; dies ist bedingt durch die reale Lage in Deutschland und nicht durch subjektive Zufälligkeiten und Schwächen, muß mithin integral in eine materialistische Begriffsbildung eingehen. Die Abstraktheit der vorliegenden Definition in diesem Punkt hat zur Folge, daß als jakobinisch nur diejenigen Positionen gelten können, die sich in den französisch besetzten Gebieten — vor allem in Mainz —, also unter der Bedingung der *bereits gegebenen* revolutionären Gewalt entfaltet haben.

Es ist also kein Zufall, wenn in der referierten Einleitung nur der Mainzer Revolutionär Hofmann als Beispiel zitiert wird. Die gleiche Beschränkung findet sich deshalb in Scherpes Untersuchung der literarischen Operationalisierung politischer Propaganda (139—204). Ansonsten faßt er das vielfach fetischisierte Problem sehr praktisch an. Er zeigt die Stränge einer volksverbundenen Literatur in Deutschland auf und faßt literarische Operationalisierung konkret als Vermittlung von errungenen Standpunkten des Schriftstellers mit den praktischen Aufgaben des Kampfes unter Anknüpfung an die literarischen Erfahrungen und Bedürfnisse der breiten Massen.

In Walter Grabs Beitrag über den Werdegang Eulogius Schneiders vom Aufklärer zum Revolutionär (61—138) findet sich die methodische Crux in anderer Gestalt, insofern die Darstellung mit dem Anspruch der Exemplarizität für „Genesis und Grenzen des deutschen Jakobinismus“ (61) belastet wird: Schneider floh ins Elsaß und ging erst in der Dynamik des französischen Geschichtsprozesses in sei-

nen Auffassungen entschieden weiter. Grabs Hinweis (128), daß auch andere Demokraten „ihren politischen Erkenntnishorizont“ in der unmittelbaren Konfrontation mit den entwickelteren französischen Verhältnissen erweiterten, berechtigt gerade nicht dazu, Schneider und andere Emigranten „als ‚idealtypische‘ Vertreter des deutschen Jakobinismus“ zu bezeichnen. Es zeigt sich hier die Gefahr, den mitgebrachten Keimling Aufklärung kurzschlüssig mit dem Resultat des Jakobinertums zu verbinden, die jeweiligen gesellschaftlich-politischen Bedingungen nur als der Entfaltung des Keims günstige oder ungünstige Akzidentien und nicht als Grundlage wie Zielpunkt für nicht vorab entschiedene reale Lernprozesse zu fassen (75—77).

Wolf Kaiser analysiert die politische Publizistik Knigges (205—242) in ihrem Widerspruch zwischen dem „kämpferischen Demokratismus“ (231) des Wurmbrandschen Glaubensbekenntnisses von 1792 und dem Rückzug auf gemäßigte Defensivpositionen in einem späteren Aufsatz. Er erklärt diesen Wechsel mit der Verschiebung des Kräfteverhältnisses in den Jahren 1793/94 wie mit der darin implizierten Repression gegen fortschrittliche Schriftsteller, auch gegen Knigge persönlich. Damit wird die Analyse der politischen Positionen Knigges und seiner literarischen Ausdrucksformen in einleuchtender Weise eng verknüpft mit einem konkreten Entwicklungsabschnitt innerhalb der Herausbildung des Widerspruchs zwischen Feudalabsolutismus und Bürgertum. Die Studie zeichnet sich dadurch aus, daß Kaiser die Argumentationen Knigges in ihrer Entfaltung und ihrer jeweiligen Widersprüchlichkeit genau verfolgt. Damit entzieht er sich einem — durch selektive Zitierweise technisch vermittelten — Zwang zur unhistorisch-idealtypischen Etikettierung. Allerdings greift er dann bei der Skizzierung des allgemeinen Horizonts ohne Not auf traditionelle überscharfe Trennungen zwischen Liberalen und Demokraten zurück, die er in bezug auf ihren „Klasseninhalt“ zu bestimmen versucht. Er kann diese Trennung nicht konkret mit seiner Feststellung, die Differenzen seien aufgrund der Übermacht des gemeinsamen Feindes nicht als trennende hervorgetreten, vermitteln (210). Für die Einordnung Knigges hat dies zur Folge, daß Kaiser ihn — wo Knigge mit seinen Widersprüchen genau den Stand der fortschrittlichen Publizistik vertritt — diesen „zwischen“ den von ihm hypostasierten Positionen ansiedeln muß (212); daß er, wo Knigge sich bei allen weitreichenden Argumentationen im „Glaubensbekenntnis“ sich schließlich doch *auch* ans aufgeklärte Handeln der Fürsten bindet, dies als taktische Finte interpretieren muß.

Hinzuweisen bleibt noch auf den schon klassisch gewordenen, für die vorliegende Publikation — leider — gekürzte und — leider nur stichwortartig — aktualisierten Forschungsbericht von Heinrich Scheel über die Arbeiten zur Mainzer Republik (11—60) und auf die Studie von Hans-Werner Engels: „Materialien zur sozialen Lage der Intelligenz in Deutschland 1770—1800“ (243—275), die thesenartig die Bedingungen für die Politisierung der deutschen Intelligenz umreißt.

Rainer Kawa (Marburg)

Soziologie

Kern, Horst, u. a.: Neue Formen betrieblicher Arbeitsgestaltung. Darstellung relevanter Veränderungsprojekte in Großbritannien, Italien, Norwegen, Schweden. Forschungsberichte des Soziologischen Forschungsinstituts Göttingen (SOFI), Göttingen, Hannover 1975 (204 S., br., 8,— DM).

Das SOFI legt einen aktuellen Materialbericht über die arbeitsorganisatorischen Umgestaltungen in zehn westeuropäischen Industriebetrieben vor, die im Laufe der letzten Jahre durch die Propaganda für Humanisierung der Arbeit besonders bekannt wurden. Ausgehend von den nationalen Besonderheiten der Ökonomie und der Klassenausensetzungen wird die Interessenkonstellation untersucht, die den Beginn des organisatorischen Umstellungsexperiments ermöglichte; anschließend werden die Umstellungen und ihre Auswirkungen auf die Arbeit, die Qualifikationsanforderungen, die Belastungen und das Lohnsystem in knapper Form dargestellt. Die Autoren interessieren sich für das Ausmaß und den Erfolg antitayloristischer Veränderungen der Arbeitsorganisation. Hatte der Taylorismus den Abbau von Verhaltensspielräumen der Arbeiter zum Ziel und betrieb das Management in den Jahrzehnten dieses Jahrhunderts die Aufsplitterung, Vereinfachung und Verdichtung der Arbeit, die „Konditionierung der Arbeiter zur Ausführung der fragmentierten, dequalifizierten Verrichtungen“ (2), vertiefte es die Trennung der Hand- von der Kopfarbeit, der Planung von der Ausführung in der betrieblichen Hierarchie, so stellte sich dieses Organisationskonzept in manchen Bereichen der Industrie seit einigen Jahren als inadäquat heraus. Für das Kapital erwies sich die tayloristisch organisierte Fertigung und Montage bei kleineren und mittleren Produktionsserien, die häufig wechseln und hohen Kontrollbedarf aufweisen, als viel zu starr gegenüber den Markterfordernissen. Für die Arbeiter standen die tayloristisch zersetzten Arbeitsformen in einem immer unerträglicheren Gegensatz zu ihren Bedürfnissen nach sinnvoller und qualifizierter Arbeit; es kam zu gewerkschaftlichen und spontanen Kampffaktionen gegen diese Arbeitsbedingungen und die passiven Widerstandsformen der Arbeiter, Fluktuation, Absentismus, Sabotage, Ausschuß, verstärkten sich beträchtlich. Auf Grund dieser neuen Problemkonstellation sei ein günstiger Resonanzboden entstanden „für Entwicklungen, die zu einer stärkeren Problematisierung des Taylorismus und zu einer größeren Offenheit gegenüber solchen Methoden der Arbeitsgestaltung geführt haben, die unter Qualifikations-, Belastungs- und/oder Konditionierungsgesichtspunkten gegen die Logik tayloristischer Rationalisierung stehen.“ (5)

Die Untersuchung antitayloristischer Veränderungen der Arbeitsorganisation konzentriert sich auf die Verfahren job rotation, -enlargement und -enrichment, die Einrichtung teilautonomer Arbeitsgruppen sowie den Abbau von Lohnanreizsystemen. Die dabei erhobenen Materialien sind aktuell und informativ. Der Vergleich unter den westeuropäischen Humanisierungsbewegungen und ihren

Bedingungen wird sich in der gewerkschaftspolitischen Diskussion als nützlich erweisen. Die Ausgangsfrage ihrer Untersuchung, ob der Taylorismus durch Organisationsformen der Humanisierung der Arbeit in relevantem Maße eingeschränkt worden sei, verneinen sie im Schlußsatz: „Daß von einer durchgängigen Krise des Taylorismus zu sprechen wäre, ist deshalb zu bezweifeln.“ (180) An welchem Maßstab gemessen, ergibt sich dieses Facit? „Von neuen Formen der Arbeitsgestaltung im Sinn der Enttaylorisierung kann daher nur die Rede sein, wenn konkrete Maßnahmen deutlich zu einer Qualifikationsanhebung und/oder Belastungssenkung führen.“ (158)

Vier der zehn untersuchten Betriebe gehören zum Typus verfahrenstechnisch-stoffumwandelnder Produktion in automatisierten Apparatsystemen mit zentralen Meßwarten. Als solche gehören sie nicht zu den tayloristischen Arbeitsorganisationen, die durch Humanisierung verändert werden sollen. Die Autoren geben dies selbst zu bedenken (170 ff.), gliedern diese Fälle der Aufhebung von Arbeitsteilung und Steigerung der Flexibilität des Personaleinsatzes durch Organisationsformen, die dem automatischen Prozeßverlauf adäquat sind, jedoch nicht aus der Untersuchung aus. Leider wird auf diese Weise der qualitative Unterschied zu Massenfertigungs- und Montagetätigkeiten tayloristischen Typus verwischt, denn es werden zwei völlig verschiedene Entwicklungsniveaus der Technik hinsichtlich ihrer Organisationsformen gleichgesetzt. Daraus folgt, daß auch die Perspektive der Entwicklung und Aufhebung der tayloristischen Arbeitsformen verstellt ist: zwar können durch organisatorische Veränderungen im Dienste der Humanisierung die anspruchlosesten Industriearbeiten in sehr engen Grenzen qualifikatorisch anspruchsvoller und belastungsärmer werden, aber ihre wirkliche Aufhebung erfolgt durch technische Höherentwicklung in Richtung auf Automatisierung im verfahrenstechnischen Bereich der Produktion ebenso wie im fertigungstechnischen. Die kompensatorische, scheinhafte und oberflächliche Organisationsform der Humanisierung der Arbeit in der Massenfertigung ist damit gleichgeordnet zu einer der automatisierten Prozeßindustrie adäquaten flexiblen Organisation bei hoher Qualifikation und geringer Belastung. So fehlt der Untersuchung die Perspektive der wirklichen Humanisierung durch Automatisierung.

Die Autoren setzen sich ab gegen „die vermeintlich kritische Vorstellung, der Taylorismus sei *das* charakteristische Prinzip privatwirtschaftlicher Arbeitsgestaltung und aus diesem Grund systemimmanent *prinzipiell* nicht aufhebbar“, aber auch gegen „die naiv-liberale Konzeption, die von einer *notwendigen* Übereinstimmung von Rentabilitätsprinzip und Humanisierung der Arbeit ausgeht“ (178). Sie selbst kommen zu der Einschätzung, daß die Möglichkeit eines Versuches der Enttaylorisierung der Arbeit abhängig ist von der gesellschaftlichen Interessen- und Machtstruktur (179). „Ob und in welchem Umfang hier tatsächlich ein Prozeß der Enttaylorisierung zustandekommt, hängt vielmehr wesentlich von *zwei Faktoren* ab: vom Verhalten der Arbeiter einerseits und von spezifischen Produk-

tionsbedingungen der Unternehmen andererseits. *Erst wenn* die Beschäftigten auf repetitive Teilarbeit mit verstärkter Verweigerung reagieren, ist eine starke Triebkraft zur Umgestaltung gegeben; und *nur unter der Voraussetzung*, daß besondere Produktionsmerkmale (...) eine elastischere Struktur nahelegen (...), bestehe auf der Seite der Unternehmen ein eigenständiges Interesse an veränderter Arbeitsgestaltung.“ (160) Abschließend machen die Autoren darauf aufmerksam, daß in Zeiten der Wirtschaftskrise der Druck der Arbeiter hinter Forderungen nach Humanisierung durch organisatorische Umgestaltung nachlassen werde, weil die Arbeitsplatzsicherheit zum Hauptproblem werde; in einem weiteren Beitrag zweier Autoren des Teams wird diese aktuelle Entwicklung gezeigt (vgl. B. u. H. Kern: *Krise des Taylorismus?*, afa-Informationen 3/76).

Holm Gottschalch (Berlin/West)

Lutz, Burkhardt, u. Guido Kammerer: *Das Ende des graduierten Ingenieurs? Eine empirische Analyse unerwarteter Nebenfolgen der Bildungsexpansion. Arbeiten des Instituts für sozialwissenschaftliche Forschung, München. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt/M. — Köln 1975 (200 S., br., 19,— DM).*

Der Arbeit liegen mehrere empirische Erhebungen des Instituts für sozialwissenschaftliche Forschung in München aus den Jahren 1968 bis 1972 über den betrieblichen Einsatz und die Ausbildung von graduierten Ingenieuren im Maschinenbau zugrunde. Sie knüpft in thematischer und methodischer Hinsicht an eine Reihe von industri soziologischen Studien des Münchener Instituts zum Zusammenhang von Qualifizierung, betrieblichem Einsatz und Mobilität von höherqualifizierten Arbeitskräften an.

Ziel der Autoren ist es, das Qualifikationspotential des graduierten Ingenieurs, d. h. seine betriebliche Verwendbarkeit und mögliche Austauschbereiche mit anderen Gruppen des technischen Personals zu untersuchen. Im Zentrum steht dabei angesichts der wachsenden Zahlen von Hochschulabgängern im technisch-wissenschaftlichen Bereich seit Ende der 60er Jahre in der BRD die bildungspolitisch wichtige Frage nach den beruflichen Chancen von nichtakademisch ausgebildeten Arbeitskräften mit betriebspraktischen Erfahrungen und spezifischen sozialen Rekrutierungsbedingungen.

Es wird hervorgehoben, daß ein relevanter Teil der graduierten Ingenieure aus Arbeiterfamilien stammt und über eine gewerbliche Lehre sich bis zum Abschluß an einer technisch-wissenschaftlichen Ausbildungsstätte „hochgearbeitet“ hat. Die erworbenen Qualifikationen begründen nach Meinung der Autoren eine funktionale Gleichwertigkeit gegenüber formal höherqualifizierten Hochschulabgängern: zum einen kombinieren die graduierten Ingenieure in ihrem Arbeitsvermögen betriebspraktische und theoretisch-wissenschaftliche Fähigkeiten, zum anderen besitzen sie aufgrund ihrer familiären und beruflichen Ausgangssituation spezifische soziale Eigenschaften

wie Flexibilität, Lernfähigkeit und die Bereitschaft, eine als unbefriedigend angesehene Arbeitssituation als unabänderliche Startbedingung für mögliche Aufstiegsprozesse zu akzeptieren. Die Autoren zeigen, daß die graduierten Ingenieure in der Konkurrenz mit Hochschulabgängern in den meisten Betrieben deutlich benachteiligt sind. Zu Recht verweisen sie in diesem Zusammenhang auf tradierte Selektionskriterien, die für den graduierten Ingenieur den Zugang zu höheren Positionen bzw. zu forschungsintensiven Arbeitsbereichen beschränken und die Hochschulabgänger privilegieren. Fraglich bleibt freilich, ob die von den Autoren angeführten Argumente zur spezifischen fachlichen und sozialen Qualifikation graduerter Ingenieure hinreichend sind, um die potentielle soziale Gleichrangigkeit mit formal höher qualifizierten Arbeitskräften in allen Anwendungsbe-reichen zu beweisen — möglicherweise sind hier die spezifischen Arbeitsbedingungen im Untersuchungsbereich unzulässig verallgemeinert worden.

Im abschließenden Teil wird nachgewiesen, daß die Reform der Ingenieurschulen in den letzten Jahren ein widersprüchliches Resultat zeitigte: Geplant, um die Durchlässigkeit und Chancengleichheit im tertiären schulischen Sektor zu verbessern und die Konkurrenzfähigkeit der graduierten Ingenieure der BRD innerhalb der EG herzustellen, schneidet die Anhebung der Eingangsvoraussetzungen den Arbeiterkindern bzw. den Studienanwärtern mit berufspraktischer Ausgangslage den Zugang zur technisch-wissenschaftlichen Ausbildung in der Realität jedoch ab; begünstigt werden Realschüler, Gymnasialabbrecher und diejenigen, die bei technischen Hochschulen am numerus clausus gescheitert sind. Die Autoren vermuten, daß für diese Gruppen die für den traditionellen graduierten Ingenieur charakteristische Bereitschaft zu Flexibilität und Selbstdisziplinierung kaum zu erwarten sein wird, mithin ein für die Entwicklung bestimmter Industriebereiche äußerst bedeutsamer Typus von Arbeitsvermögen tendenziell verschwinden werde. Auch hier liegt ein Einwand nahe: Je weniger ein Hochschulabschluß allein noch eine herausgehobene betriebliche Stellung verbürgt und je mehr Parzellierung und Vereinseitigung der Arbeit im ingenieurwissenschaftlichen Bereich voranschreiten, um so eher dürften auch bei denjenigen Ingenieurgruppen, die nicht aus Arbeiterfamilien kommen und einen eher kontinuierlichen Ausbildungsgang absolviert haben, die Ansprüche an den Arbeitsinhalt sowie an die kurzfristig erreichbare Position innerhalb der betrieblichen Hierarchie reduziert werden.

Die Autoren wollen die vorgelegte Untersuchung nur höchst eingeschränkt als einen theoretischen Beitrag zur Qualifikationsdiskussion verstanden wissen. Unbefriedigend ist die begriffliche und wissenschaftspolitische Verarbeitung der aufbereiteten Materialien dort, wo der theoretische Ansatz erkennbar wird. Der Versuch, die veränderte Stellung des graduierten Ingenieurs auf dem Hintergrund allgemeiner Annahmen über veränderte Elastizitäts- und Innovationspotentiale der westdeutschen Industriebetriebe und ihnen entsprechender Veränderungen der betrieblichen Organisation der Ar-

beit zu diskutieren, bleibt vordergründig — der Geltungsbereich für solche Entwicklungstendenzen und mehr noch die ökonomisch-gesellschaftlichen Grundlagen solcher Veränderungen wären im einzelnen aufzuweisen. Diesem theoretisch-begrifflichen Mangel dürfte auch die Tatsache zuzuschreiben sein, daß in abschließenden Überlegungen einer Rücknahme der „Kluft zwischen Werkstatt und technischem Büro“ das Wort geredet wird, ohne daß über die Bedingungen solcher Tendenzen Aufschluß gegeben wird; die Autoren diagnostizieren vielmehr als Resultat der tatsächlichen Entwicklung in der bestehenden Gesellschaftsordnung eine noch verstärkte Teilung von Kopf- und Handarbeit in der industriellen Produktion.

Niels Beckenbach (Bremen)

Ahlberg, René: Das Proletariat. Die Perspektiven der Arbeiterklasse in der Industriegesellschaft. Kohlhammer Verlag, Stuttgart-Berlin/West-Köln-Mainz 1974 (118 S., br., 8,— DM).

Bereits der Klappentext führt seinen Leser in die Irre: Da wird dem Autor die Absicht unterschoben, sich weniger mit dem Problem der „Auflösung von Ausbeutungsmechanismen“ als vielmehr mit der „leistungsgerechten Verteilung des kooperativ geschaffenen Mehrwerts auf alle Teile der Bevölkerung“ beschäftigt zu haben. Ahlberg ging es tatsächlich um etwas anderes. Er wollte die in den letzten Jahren anwachsende Literatur zum Strukturwandel der Arbeiterklasse vor dem Hintergrund des Marxschen Begriffs vom Proletariat kritisch beleuchten und auf ihre Überzeugungskraft angesichts veränderter gesellschaftlicher Kräftekonstellationen hin befragen. Man möchte meinen, daß es sich dabei zunächst um ein verdienstvolles Unterfangen handelt. Soziologiestudenten könnten sich durch solche Texte eine erste Problemorientierung verschaffen, die Schwerpunktbildungen erleichtert. Ahlberg kommt diesem Bedürfnis seines potentiellen Leserkreises auch in mehrfacher Hinsicht entgegen. Abgesehen von der reichlich willkürlichen Titulierung der einzelnen Hauptabschnitte seines Buches, bedient sich der Autor einer klaren Diktion, konzentriert seine Argumente auf zentrale Fragestellungen der sozialwissenschaftlichen Diskussion über die Perspektiven des Proletariats und weiß sich durchweg verständlich auszudrücken, ohne seinen Gedanken die analytische Schärfe zu nehmen. Im Zusammenhang der aktuellen Theorie- und Strategiediskussion westeuropäischer Marxisten gehört es sicherlich zu den Stärken des Buches, daß Ahlberg kontroverse Standpunkte zum Begriff und zur statistischen Dimension der Arbeiterklasse unter den Bedingungen technologischer Wandlungsprozesse zu dokumentieren sucht. Damit aber sind die Vorzüge seiner Arbeit erschöpfend aufgezählt.

Ausgehend vom Marxschen Verständnis der „historischen Mission“ des Proletariats bemüht sich der Autor um die Ehrenrettung des

Bernsteinschen Revisionismus. Wie dieser spielt er vermeintlich tiefgreifende strukturelle Wandlungen des Kapitalismus gegen dogmatische Engstirnigkeit und Epigonentum aus. Rosa Luxemburg als wirklichkeitsblinde Verteidigerin einer durch die Geschichte und Eduard Bernstein überwundenen Theorie, Lenin als Machtstrategie und Wegbereiter einer „Entmündigung der Arbeiterklasse“, die Leninisten schließlich als bloße Wortverdreher: Ahlberg vertritt die These, daß die gegenwärtige marxistische Diskussion, soweit sie sich in den Grenzen der KPdSU-Programmatik bewegt, einer ausschließlich legitimatorischen Eigendynamik unterliegt. Ihr Erkenntnisinteresse zielt auf die Zementierung eines möglichst breiten Handlungsspielraums der verselbständigten Bürokratie. Mit anderen Worten: Statt Begriffspräzision bei der Bestimmung der modernen Arbeiterklasse gelangen diesen Marxisten lediglich Mehrdeutigkeiten. Auf die Frage nach den sozioökonomischen Bedingungen eines derartigen Theorieverfalls und die Ursachen bürokratischer Verkrustungen bleibt Ahlberg die Antwort allerdings schuldig.

So fällt der an eine bestimmte Spielart des Marxismus adressierte Vorwurf mangelnder theoretischer Schärfe bei der soziologischen Analyse auf den Autor selbst zurück. Mehr noch: Es ist Ahlberg offensichtlich nicht gelungen, das gleichermaßen schwierige wie bedeutsame Problem einer Vermittlung von Klassen- und Schichtenanalyse auch nur im Ansatz zu lösen. Zwar zieht er gegen jenen ökonomischen Determinismus zu Felde, der auf eine gleichsam naturgesetzliche Verschmelzung von Arbeitern und Angestellten setzt, ohne sich auf die Bestimmung wesentlicher Funktionsunterschiede in der betrieblichen Sozialorganisation einzulassen. Gleichzeitig aber setzt er umstandslos „produktive Arbeit“ mit den Industriearbeitern, „unproduktive Arbeit“ mit den Angestellten gleich. Seine Anleihen beim Revisionismus münden schließlich in der Eliminierung jeglicher politisch-ökonomischer Substanz in der Analyse. Allein noch deren Begriffe treten auf: da ist von Produktivkraftentwicklung und Produktionsverhältnissen die Rede, auch von „Bourgeoisie“ und „Proletariat“. Fasziniert vom autonomen Gang der technischen Entwicklung, überzeugt vom historischen Ende jeglicher Verelendungstendenz im Spätkapitalismus, verheddert sich der Soziologe Ahlberg bereits in der bürgerlichen Einkommensstatistik: Im allmählichen Anstieg der unbereinigten Lohnquote findet er den Beweis für umfassende Nivellierungstendenzen in der „Industriegesellschaft“. Verglichen mit diesem Resümee der Ahlbergschen Soziologie des Proletariats muß Eduard Bernsteins Theorie als radikale Gesellschaftskritik erscheinen: „Die schroffe Klassenteilung der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaftsordnung des vorigen Jahrhunderts ist von einer multidimensionalen Sozialstruktur überlagert worden, in deren Gefüge sich die industrielle Arbeitsteilung immer deutlicher gegenüber traditionellen Hierarchien durchsetzt. In dieser sozialen Formation gibt es nicht mehr eine herrschende Klasse, die sich den Mehrwert einer anderen Klasse aneignet“ (111).

Jürgen Prott (Hamburg)

Schütz, Alfred, und Thomas Luckmann: Strukturen der Lebenswelt. Soziologische Texte, Bd. 82. Luchterhand Verlag, Neuwied und Darmstadt 1975 (331 S., br., 68,— DM).

Alfred *Schütz* hat posthum Konjunktur. Alltagswelt- und Symboltheorien (v. a. „labeling approach“), die sich als Alternativen zu Strukturfunktionalismus und Systemtheorie verstehen, greifen auf seine Begriffe „alltägliche Lebenswelt“, „Situationsdefinition“, „Deutungsschema“, „Sinn“, „Relevanz“ und „Typik“ zurück. Vor allem die Ethnomethodologie seit H. *Garfinkel*, die „neuere Wissenssoziologie“ P. L. *Bergers* und Th. *Luckmanns* und streckenweise auch E. *Goffmans* dramaturgische Soziologie schöpfen aus diesem Fundus.

Luckmann hat als „Nachfolgeautor“ (17) die hinterlassenen Manuskripte und Konzepte neu geordnet und ergänzt, einen Teil auch systematisch neu geschrieben (243—326). Zur Handlungs- und Symboltheorie soll in Kürze ein zweiter Band folgen. Aber auch der vorliegende erste Band ist schon eine in sich geschlossene Variation der Themen, die *Schütz* im „Sinnhaften Aufbau der sozialen Welt“ von 1932 und in den bis 1959 entstandenen „Gesammelten Aufsätzen“ (3 Bde., dt. Übs. Den Haag: Nijhoff 1971—1972) formuliert hat. Als Phänomenologe möchte *Schütz* Max *Webers* Gegenüberstellung von übermächtiger kapitalistischer Gesellschaft und durch sie geformtem Subjekt auflösen und entwickelt deshalb ein unhistorisches Konzept „verstehender Soziologie“ (23—26). „Subjektiv“ und „objektiv“ fallen dabei weitgehend zusammen: Die Lebenswelt ist „intersubjektiv“; Erfahrungen werden subjektiv gedeutet, erhalten aber ihren Sinn erst durch Einordnung in vorgegebene, sprachlich „objektivierte“ Deutungsschemata (33 ff., 234). *Schütz* zwingt dabei seine Perspektive in die des handelnden Subjekts. So will er nicht die *Strukturen* der Lebenswelt, sondern die der *Vorstellungen* von ihr „beschreiben“ (186). Er sucht deshalb nach den Elementen des „subjektiven Wissensvorrats“: Handlungsroutinen, ein typologisch „sinnstiftendes“ Ordnungsschema und vor allem „Relevanzstrukturen“ (186 ff., 229). Diese steuern den Wissenserwerb, die Thematisierung und Deutung von Erfahrungen, liefern Kausalität, Finalität und Hypothesen für soziales Handeln und sind mehr oder weniger „auferlegt“, d. h. biographisch oder durch die Umwelt, zwangsweise oder einfach „unmotiviert“ vorgegeben (190—223). *Schütz*' Taxonomie zielt auf die Unterscheidung von „unproblematischen“ und „problematischen Erfahrungen“, denen Alltagswissen und Wissenschaft korrespondieren. Die einen werden „routinemäßig“ verarbeitet; das Alltägliche wird als weniger „relevant“ im Bewußtsein nicht „thematisiert“. Die anderen lassen sich nicht in die an sie angelegte „Typik“ einpassen; sie bedürfen einer „Auslegung“, die den Wissensvorrat erweitert (128 ff., 226 ff.). Hypothesen bietet *Schütz* nicht an. Sein Problem ist versteckt in der Frage, wie das Subjekt die seiner Kontrolle entglittenen Routinen wieder „in den Griff des Bewußtseins“ bekommen könne (195).

Hier könnte man sinnvoll weiterbohren, hätte nicht *Schütz* die Dualität von Routine und ihrer Durchbrechung durch phänomenologisches Reden vom „Natürlichen“ mystifiziert. Mit *E. Husserl* bezeichnet er die alltäglichen Deutungsschemata als „natürliche Einstellung“, die alles „fraglos und selbstverständlich“ hinnimmt; dagegen fragt die „theoretische Einstellung“ (die „phänomenologische Reduktion“ *Husserls*) auch nach nicht realisierten Möglichkeiten und macht so Sinnzusammenhänge bewußt (23, 33, 73 ff., 80, 175 ff.). Diese Phänomenologie des *Allgemein-Menschlichen* bringt *Schütz* zusammen (27) mit dem Begriff der „relativ-natürlichen Weltanschauung“, der bei *M. Scheler* die „selbstverständlichen“ Deutungsschemata *abgrenzbarer sozialer Gruppen* bezeichnet. *Schütz* verwischt hier die soziologische Fragestellung: — Er fragt nirgendwo konkret nach kollektiven Trägern von Lebensweltstrukturen, was in der klassischen Wissenssoziologie immerhin *K. Mannheim* mit seinem Konzept der „sozialen Lagerung“ versucht hat. — Er schreibt nur sehr unspezifisch über Gruppenselbstverständlichkeiten: sie seien sprachlich vermittelt, das Subjekt erfahre sie als „auferlegte Komponente seiner biographischen Situation“ (248), als „Rahmenbedingungen“ und „Handlungsmöglichkeiten“ (102 ff., 157 ff., 183 ff., 247 ff.). — Einmal meint *Schellers* Begriff irgendwie sozialstrukturell „filtrierte“ Alltagswelten (260), ein andermal gilt er als synonym mit dem *Husserls* (27).

Schütz kann für dieses Maß an Unklarheit kaum allein verantwortlich gemacht werden. In vielen seiner Aufsätze (v. a. „Der Fremde“) ist er deutlicher. Welches Interesse kann *Luckmann* daran haben, *Schütz'* Phänomenologie mit dem Anspruch systematischer Theorie auszustatten, gleichzeitig aber ihre Undurchsichtigkeit zu steigern? Im Schlußkapitel „Wissen und Gesellschaft“ (243—326) unterschiebt er *Schütz*, der doch kulturkritisch eingestellt war und immer wieder die Zunahme externer Kontrollen des einzelnen beklagt hat (z. B. *Ges. Aufs. II*, 95), einen evolutionären Wissenspluralismus: In historischen Gesellschaften habe eine vorgefertigte Wissensvermittlung vorgeherrscht, heute dagegen werde „jedermann zum Sachverständigen in einem bestimmten ... Gebiet des Sonderwissens“ (323, 289 ff., 314). Will sich *Luckmann* so einfach um die Diskussion der Qualifikationsproblematik, der sozialen Reproduktionsfunktion und Verteilung von „Wissen“ herumogeln? Dann braucht er natürlich eine möglichst unzugängliche Plattform in der Schwebe zwischen subjektiv und objektiv, aktiv und passiv, Handlungs- und Gesellschaftstheorie.

Dies macht das teure Buch gegen seine Intention zu einer historischen und aktuell ergiebigen Fundgrube für Ideologiekritik eines ganzen Zweigs soziologischer Theoriebildung, der die Kategorie „falsches Bewußtsein“ subjektiv-monadologisch ertränkt. Will man sich mit *Schütz* näher befassen, so greift man vorsichtshalber lieber zu den „Gesammelten Aufsätzen“. Seine Grundbegriffe kann man sich jedoch in der Einleitung knapp erklären lassen (23—38). Sonst ist nur der klar geschriebene Abschnitt zur „Relevanz“ (186—228)

lesenswert, der das stellenweise undurchsichtige große Manuskript („Zum Problem der Relevanz“, Frankfurt/M.: Suhrkamp Theorie 1971) verständlicher macht. Hier ist *Schütz* auch heute noch — nicht nur heuristisch — wichtig; soziologisches Reden von der Steuerung sozialer Wahrnehmung muß sich an ihm messen.

Traugott Schöffthaler (Berlin/West)

Erziehungswissenschaften

Feidel-Mertz, Hildegard: Erwachsenenbildung seit 1945.

Ausgangsbedingungen und Entwicklungstendenzen in der Bundesrepublik. Kiepenheuer & Witsch, Köln 1975 (164 S., br., 16,80 DM).

Mit dieser Arbeit liegt eine Einführung in die Erwachsenenbildung seit 1945 vor. Sie beansprucht Orientierungshilfe in dieser jungen wissenschaftlichen Disziplin zu leisten.

Hierzu sollen in exemplarischer Vorgehensweise Ausgangsbedingungen und Entwicklungstendenzen der Erwachsenenbildung seit 1945 ideologiekritisch analysiert und „in ihrer Funktionalität und materiellen Begründung als Ausdruck objektiver Widersprüche der gesellschaftlichen Verfassung“ (8) dargelegt werden. Der Anspruch, eine historisch-materialistische Interpretation dieser Entwicklungstendenzen zu leisten, steht damit im Hintergrund der Arbeit. Mit Bedauern aber muß Feidel-Mertz gleich einleitend feststellen, daß dieser Anspruch nur in ersten Ansätzen einzuhalten ist, bedingt einerseits durch das Fehlen ausreichender und gesicherter Daten und andererseits durch die erst in den Anfängen steckende politisch-ökonomische Analyse der Erwachsenenbildung. Dies sei auch der Grund dafür, daß sie ihre ursprüngliche Absicht, eine Zeitgeschichte auf materialistischer Grundlage zu schreiben, aufgegeben habe.

Gegenüber den weitverbreiteten funktionalistischen, kompensatorischen und integrativen Auffassungen über die Funktion der Erwachsenenbildung grenzt Feidel-Mertz sich ab, indem sie nachdrücklich daran erinnert, daß dieser Bildungsbereich auch als „Waffe im Klassenkampf“ verstanden und angewandt werden kann (9). Sie knüpft damit an das Selbstverständnis an, das sie in ihren früheren Arbeiten, etwa „Zur Ideologie der Arbeiterbildung“ (1964/1972), formuliert hat.

Die idealtypisch getrennt aufgeführten Entwicklungstendenzen: Demokratisierung — realistische Wende — Synthese beruflicher und politischer Bildung — Systematisierung und Institutionalisierung des Lehr- und Bildungsangebots — Integration — Professionalisierung, denen jeweils ein Kapitel der Arbeit gewidmet ist, stellen zeitlich aufeinanderfolgende, sich aber überlappende widersprüchliche oder sogar gegenläufige Tendenzen der EB nach 1945 dar. Deren Darstellung und Einschätzung von ideologiekritischem Standpunkt in logisch prägnanter Sprache bietet einen guten Überblick über die

Entwicklung und Diskussion um die Erwachsenenbildung seit 1945. Zu fragen bleibt aber, weshalb Feidel-Mertz im Widerspruch zu ihrem historisch-materialistischen Anspruch in diesem groben geschichtlichen Abriß die politisch-ökonomischen Bedingungen kaum streift und die Interessen und Interventionen von Staat und Parteien nur ungenügend analysiert. Anstatt die vorliegenden Ansätze (Axmacher, Markert) kritisch einzuarbeiten, werden diese von ihr kaum beachtet bzw. ungenau rezipiert. Als Beispiel hierfür greifen wir einige markante Punkte heraus: Während Axmacher, im Zuge seiner Analyse der Übernahme der Erwachsenenbildung durch den Staat, die Rolle des Staates als Garant der allgemeinen Produktionsvoraussetzungen analysiert, macht sie lediglich einige allgemeine und abstrakte Aussagen zu diesem Thema (20 f.). Oder: Bei der Analyse der Ursachen der „realistischen Wende“ in der Erwachsenenbildung (45 ff.), der Tendenz zur berufsorientierten Weiterbildung also, legt sie keine Ableitung der Entwicklung der Qualifikationsstruktur aus den immanenten Gesetzen der kapitalistischen Produktion vor. Deshalb gelingt es ihr nicht, eine stringente Unterscheidung zwischen prozeßabhängigen und -unabhängigen Qualifikationen zu treffen. Ebenso macht sie keine konkreten Aussagen über die zunehmende Bedeutung prozeßunabhängiger Qualifikationen in allen Bereichen der Produktion, sowie im Dienstleistungs- und Verwaltungssektor. Sie kann deshalb auch nicht wie Axmacher zu der eindeutigen Aussage gelangen, daß die Tendenz zur Vergesellschaftung der Weiterbildung beschränkt ist auf bestimmte Teile der Qualifikationen, nämlich auf die Vermittlung und Einübung prozeßunabhängiger Qualifikationen. Damit fällt sie hinter den von Axmacher erreichten Erkenntnisstand zurück.

Auch das Kapitel „Zur Synthese von beruflicher und politischer Bildung“ (56 ff.), mit dem Feidel-Mertz an die aktuelle Diskussion über die Aufgabe, Funktion und Durchsetzbarkeit von Arbeiterbildung im Rahmen der Volkshochschulen anknüpft, weist Mängel auf. Sie sieht hier die größte Gefahr im „Verschleiß“ des Emanzipationsbegriffes, der als Leit- oder Richtziel sowohl in der Erwachsenenbildung als auch in der Arbeiterbildung kursiert, ohne daß dieser Begriff je inhaltlich konkret gefüllt worden wäre. Sie greift deshalb den fortschrittlichsten Stand der Diskussion um den Emanzipationsbegriff (Negt, Dikau) auf, mit der Absicht und dem Anspruch ihn als „emanzipatorisches Syndrom“ auszuformulieren und annäherungsweise zu konkretisieren. Hierzu stellt sie einen Katalog von Forderungen für emanzipatorische Bildungsarbeit auf (65 f.), deren wirkliche Konkretisierung davon abhängig ist, ob es gelingt, jene Forderungen zurückzubeziehen auf die objektiven Möglichkeiten ihrer Verwirklichung, die im Entwicklungsstand der Produktivkräfte angelegt sind (66). Sicher muß man dem zustimmen. Nur kann Feidel-Mertz mit diesem Vorschlag nicht beanspruchen, die Diskussion um den Emanzipationsbegriff weitergeführt zu haben. Denn Negts Arbeit „Soziologische Phantasie und exemplarisches Lernen“ (1971) entwickelt bereits ausführlicher den Zusammenhang von objektiver

Möglichkeit, Emanzipation und Entwicklung von Klassenbewußtsein. Dabei bezieht Negt die emanzipatorischen Bildungsforderungen aber nicht nur auf den Entwicklungsstand der Produktivkräfte zurück, sondern analysiert vor allem den dialektischen Zusammenhang von emanzipatorischer Bildung und konkretem Befreiungskampf der arbeitenden Klasse. — Fraglich bleibt außerdem, weshalb Feidel-Mertz lediglich im Anhang in einer „synoptischen Zeittafel“ ausgewählte Daten der politischen und ökonomischen Entwicklung mit den Daten zur Entwicklungsgeschichte der Erwachsenenbildung kombiniert und es dem Leser überläßt, die kausalen Zusammenhänge und fehlenden Daten zu erforschen. Ob der problemgeschichtliche Abriss des Hauptteiles dem Leser dazu genug Hinweise gibt, ist wegen der kritisierten Mängel in Frage zu stellen.

Trotz der aufgezeigten Mängel ist das Buch für den kritischen Leser zu empfehlen. Es bietet neben dem gerafften Überblick über die Geschichte der Erwachsenenbildung seit 1945 ein Sach- und Namensregister und eine ausführliche Bibliografie, die viele Hinweise zur politisch-ökonomisch orientierten Weiterarbeit liefern.

Udo Ropohl (Berlin/West)

Wolfgang Sommer (Berlin/West)

Geißler, Karlheinz A.: Berufserziehung und kritische Kompetenz. UTB Reinhardt, München 1974 (162 S., br., 14,80 DM).

Nachdem die Forderung nach einer Neubestimmung der theoretischen Konzepte der Berufspädagogik ebenso allgemein auf Konsens trifft, wie die Feststellung, daß diese Begründung noch aussteht, versucht Geißler „für die Berufserziehung das interaktionistische Paradigma fruchtbar zu machen“ (9). Dabei kann er sich auf eine entfaltete sozialwissenschaftliche Diskussion als „Hilfswissenschaft“ (9) stützen, gleichzeitig übernimmt er aber auch deren Verkürztheiten und Abstraktheiten. Alle Probleme des Interaktionismus lassen sich an seiner Arbeit nachvollziehen. „Dieses Paradigma nimmt die anthropologische Erkenntnis, daß der Mensch ein auf Interaktion (Kommunikation) hin angelegtes Wesen ist, als Grundkategorie auf“ (9). Schon diese Feststellung zeigt eine Beschränkung gesellschaftlicher Praxis auf zwischenmenschliche Beziehungen und auf die fehlende Berücksichtigung historisch-formationsspezifischer Strukturen.

Geißler muß also zunächst die Fragen, welche das Verhältnis von Individuum und Gesellschaft und von Bildung und Beruf aufwirft, in die Sprachspiele des interaktionistischen Paradigmas einpassen. Er knüpft an den Begriff „berufliche Autonomie“, wie ihn Lempert verwendet, an, ersetzt ihn aber durch den Begriff „berufliche Identität“, der seiner Meinung nach die Vermitteltheit individuellen und sozialen Handelns eindeutiger faßt, die Inhalte und normativen Intentionen des Lempert'schen Begriffs impliziert, aber den Bezug zur Interaktionstheorie besser herstellt. Nachdem Geißler einer Kenn-

zeichnung von „Identität in der Kurzformel als ‚Konzeption davon, wer man ist‘“ (43), zustimmt, „kann das Konstrukt der *beruflichen Identität* als *Selbstverständnis individuellen und sozialen Handlungs- und Verstehensraumes in der Kontinuität biographischer sowie aktu-realer Interaktion verstanden werden*“ (43).

Die Chance „beruflicher Identität“ wird nach Geißler vorrangig abhängig vom Erwerb von Kritikkompetenzen. Entsprechend Goffmans Trennung von „personal identity“ und „social identity“ unterscheidet er kritisch-reflexive und kritisch-soziale Kompetenz. Zusätzlich wird dann noch eine „kritisch-instrumentelle Kompetenz“ eingeführt, die sich auf die „Verfügung über technische Prozesse“ (72) bezieht. Die Habermas'sche Differenzierung von Arbeit und Interaktion findet sich hier wieder. Gleichzeitig kennzeichnet der Begriff der „kritisch-instrumentellen Kompetenz“ die Stelle, an der das „interaktionistische Paradigma“ seine Grenzen findet. Arbeit wird gleichgesetzt und eingeschränkt mit instrumentellem Handeln und von ihren zwischenmenschlichen Bezügen abgelöst. Demgegenüber wäre aber die Form der gesellschaftlichen Arbeit gerade als Grundlage jeweiliger Interaktionsstrukturen zu begreifen.

Der Begriff der „beruflichen Identität“ als didaktisches Prinzip einer interaktionistisch begründeten Berufspädagogik ist demnach doppelt verkürzt. Er entwickelt weder ein Menschenbild noch einen Begriff von gesellschaftlicher Arbeit, der der gegenwärtigen Gesellschaftsformation angemessen wäre. Die zentrale Kategorie „Identität“ lebt von einem abstrakten Schisma von Mensch und Gesellschaft und versucht vorab grundsätzlich getrennte Entitäten nachträglich zusammenzufügen. Der Rollenbegriff hat in diesem konstruierten Gegensatz die Aufgabe, die Schnittstelle zu verdecken. Die interaktionistisch orientierte Berufspädagogik trennt, was sie ihrem Anspruch nach vermitteln will, und erhebt letztlich wieder das abstrakte Individuum zum Selbstzweck. „Der Begriff der ‚*Selbstbestimmung*‘ wird . . . über den . . . Begriff der ‚Identität‘ konkretisiert.“ (16) „Emanzipatorisches Interesse“ wird nur noch auf die „Identität“ des Einzelmenschen bezogen (33).

Auf der andern Seite wird der Begriff Beruf nirgends genau bestimmt. Er erscheint lediglich als ein Aspekt im Konzept zwischenmenschlicher Beziehungen, „berufliche Tätigkeit ist letztlich immer soziale Interaktion“ (40). Das „Interaktionsfeld ‚Beruf‘“ (139) wird aber nicht mehr bezogen auf die die Unmittelbarkeit des Zusammenhangs von Verhalten und Erwartungen übergreifende Gesamtgesellschaft. Die konkret-historischen Prozesse und Strukturen der Aneignung der wirklichen Lebensbedingungen der Menschen in ihrer gesellschaftlichen Praxis fallen notwendig aus dem Blickfeld einer auf den Bereich der unmittelbaren Sozialinteraktion reduzierten Berufspädagogik. Eine interaktionistisch orientierte Berufspädagogik verkürzt Praxis auf Interaktion und Berufstätigkeit auf die Realisation von Kritikkompetenzen.

Peter Faulstich (Berlin/West)

Hilligen, Wolfgang: Zur Didaktik des politischen Unterrichts I. Wissenschaftliche Voraussetzung, didaktische Konzeptionen, Praxisbezug. Ein Studienbuch. Leske Verlag, Opladen 1975 (330 S., br., 32,— DM).

Der Verfasser legt ein Studienbuch vor, das Studenten und Lehrern Grundlagen der wissenschaftlichen Fachdidaktik des Faches Sozialkunde und des politischen Unterrichts (die Begriffe werden nicht geklärt) nebst der für sie bedeutsamen erziehungswissenschaftlichen, lernpsychologischen und erkenntnistheoretischen Inhalte in der Form eines aufbereiteten Lernbuches vermitteln will. Im ersten Teil werden die wissenschaftstheoretischen Grundlagen der Didaktik der Sozialkunde dargestellt. Sie werden durch die Beschreibung von didaktischen Konzeptionen anderer Autoren und die Begründung des eigenen Ansatzes ergänzt (Teil 2). Relativ knapp sind Hinweise über Lernplanung und Unterrichtspraxis. Die Darstellung ist an J. S. Brunner's Lerntheorie orientiert, allerdings wird sie um die Dimension „übergreifende Strukturmerkmale“ ergänzt, durch die die Entscheidung für die Auswahl und Strukturierung des Stoffes wie Zielsetzung des Buches begründet wird. — Hilligen versteht Didaktik als ein Auswahlinstrument für das „Bedeutsam-Allgemeine“, mit dem aus der Fülle der Ergebnisse der Sozialwissenschaften diejenigen Stoffe ausgewählt werden können, die Heranwachsende qualifizieren, „Gefahren und Chancen für das Überleben und für ein ‚gutes Leben‘ zu erkennen, Alternativen zu beurteilen, die einer Verbesserung des Zusammenlebens dienlich sein können...“ (32). Seine Didaktik orientiert sich an drei Optionen: Der Bewahrung der personalen Grundrechte, der Überwindung sozialer Ungleichheit und der Möglichkeit von Alternativen. Diese Optionen sollen die Basis eines minimalen Konsensus der Didaktiker des politischen Unterrichts wie der Gesellschaft sein (173). In der Begründung der zweiten Option, der Überwindung sozialer Ungleichheiten, wird Hilligens Grundhaltung besonders deutlich. Er sieht, daß politischer Unterricht, der sich an dieser Option ausrichtet, immer zugleich Systemkritik ist, sie dient aber bei ihm der Erhaltung. „So geht es um Aufklärung über die unausweichlichen Folgen einer Aufrechterhaltung oder Verstärkung der bestehenden Ungleichheiten. Das ist einer der wichtigsten Gründe dafür, daß der Verfasser für ein Übergewicht gesellschaftskritischer Inhalte im politischen Unterricht eintritt“ (179). Die Spannung zwischen der grundgesetzlichen Norm und der Wirklichkeit begründet die dritte Option, die bewußt „Alternative“ genannt wird. Es geht Hilligen im politischen Unterricht um das Erlernen der adäquaten Konfliktregelung, die vor allem durch das Sehen von Problemlösungsalternativen geleistet werden soll (180).

Hilligens Didaktik bleibt ein Luftschloß, weil er nicht nach der sozialen Basis seiner Optionen fragt. Die wirtschaftlichen und sozialen Strukturen der Gesellschaft, für die er seine Didaktik konzipiert, sind ihm zwar bekannt, aber sie werden nicht grundsätzlich reflektiert. Dadurch wird eine politische Didaktik möglich, die in der auf-

klärerischen Position stecken bleibt, und nicht nach Herrschafts- und Machtverhältnissen fragt. Der Autor versucht sich mit dem Hinweis, daß die Wissenschaft die Ursache des grundsätzlichen Konfliktes noch nicht geklärt habe, aus der Affäre zu ziehen. Er verweist auf den unentschiedenen Streit zwischen Habermas und Luhmann. In dieser Situation könne der Didaktiker, der einen Minimalkonsensus anstrebt, nur die Theorien referieren und wegen der offenen Situation sich allein für die Option „Alternativen sichtbar machen“ entscheiden. Die mögliche Erklärung von Konflikten wie von Veränderungsstrategien wird nicht geleistet, die Verarbeitung von Theorie ist dem Gegenstand durchweg unangemessen. Das gilt für die Positionsbeschreibung der „Frankfurter Schule“, besonders aber auch für marxistische Theoreme, die mit Schlagworten verfälscht werden. An Stelle der Darstellung der Marx'schen Methode von Gesellschaftsanalyse bietet der Anhang eine Übersicht über Lesefrüchte der „innermarxistischen Auseinandersetzung“, bei der Zitate von Nell-Breuning als die Position eines entschiedenen Marxisten vorgeführt werden.

Die Anlage des Buches als Lernbuch ist einleuchtend und sinnvoll, in der jetzigen Fassung ist es aber stark von Zitatfetzen geprägt, beispielsweise stehen neun Zeilen Habermas gegen 15 Zeilen Luhmann, als ob deren Theorie so verständlich werden könnte (302—303).

Thomas Berger (Göttingen)

Psychologie

Groskurth, Peter, und Walter Volpert: Lohnarbeitspsychologie. Berufliche Sozialisation: Emanzipation zur Anpassung. Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt/M. 1975 (302 S., br., 7,80 DM).

Der Titel ist vielversprechend: es wird der Anspruch formuliert, über die bloße Darstellung und Kritik arbeitswissenschaftlicher Konzepte und praktischer Humanisierungsstrategien hinaus eine positive psychologische „Wissenschaft vom arbeitenden Individuum in der kapitalistischen Produktionsweise“ (76) zu entwickeln. Damit soll einer pauschalen Ablehnung der Arbeitspsychologie als reiner Herrschafts- und Manipulationswissenschaft wie auch der besonders unter Linken verbreiteten Auffassung begegnet werden, für eine positiv-kritische Arbeitswissenschaft gebe es kaum Chancen zur praktischen Umsetzung, da der Produktionsbereich im Vergleich etwa zum Sozialisationsbereich keine Freiräume für antikapitalistische Strategien biete (7 f.).

Ausgehend von einem historischen Abriss der Entwicklung der Arbeitswissenschaften — ihrem Beginn mit dem Taylorsystem, über die Psychotechnik, die human relations Bewegung bis hin zu den heutigen „aktionswissenschaftlichen“ Formen der Arbeitsgestaltung

wie job enlargement, job enrichment etc. — weist Volpert nach, daß die bisherige Arbeitswissenschaft in allen ihren Stufen Lohnarbeit umstandslos mit Arbeit schlechthin identifiziert. Sie sei daher auch außerstande, die doppelte Bestimmung von Arbeit als konkret-nützliche Tätigkeit und als Arbeit unter spezifischen historisch-gesellschaftlichen Verhältnissen begrifflich zu fassen.

Dem abstrakten Begriff von Arbeit in den bürgerlichen Arbeitswissenschaften entspricht nach Volpert deren Vorstellung vom arbeitenden Menschen als überhistorischem, von den jeweiligen gesellschaftlichen Verhältnissen losgelöstem Wesen. Die Arbeitswissenschaft sei durch das Paradoxon gekennzeichnet, — hier zitiert Volpert Sève — „das Verhalten des Menschen bei der Arbeit unter anderem aufgrund dessen zu klären, was eine Psychologie, die die Arbeit ignoriert, zur Persönlichkeit sagt“ (65). Ideologisch sei die Arbeitswissenschaft insofern, als sie durch Ausklammerung der konkreten gesellschaftlichen Arbeitsbedingungen die wahren Ursachen bestimmter Verhaltensweisen und Persönlichkeitscharakteristika des arbeitenden Menschen verschleierte und damit psychologisierend verweigere: „Nicht die kapitalistische Produktionsweise nimmt dann der überwiegenden Mehrheit der Produzenten jede Planungsmöglichkeit, sondern 90 % der Menschen sind unfähig und unwillig zu denken“ (72).

Neben ihrer zweifellos systemintegrativen Funktion habe die bürgerliche Arbeitswissenschaft jedoch auch einen positiven Erkenntniswert: „Die Überwindung tayloristischer Restriktionen würde ihre Funktion in der kapitalistischen Produktionsweise nicht erfüllen, würde sie nicht tatsächlich Arbeit ‚erleichtern‘ und ‚optimieren‘. Somit tragen Teilbereiche der bürgerlichen Arbeitswissenschaft zur Verringerung des körperlichen und seelischen Arbeitsleids bei“ (75). Ob und in welcher Weise die positiven Elemente bürgerlicher Arbeitswissenschaft auch für eine kritische Arbeitspsychologie nutzbringend verwendet und weiterentwickelt werden können, entscheidet sich nach Volpert erst auf der Basis eines vertieften „Verständnis(ses) der psychischen Situation des Lohnarbeiters“ (76). Zwei Ansätze scheinen ihm in diesem Zusammenhang diskutierenswert: der Versuch einer marxistischen Theorie der Persönlichkeit von Lucien Sève und einer Allgemeinen Arbeitspsychologie des DDR-Psychologen Hacker. Leider ist das bloße Referieren der beiden Ansätze dem Autor zu lang geraten. Die Beschränkung auf die Darstellung des neuartigen Herangehens Sève's an das psychologische Problem der Persönlichkeit, nämlich diese nicht länger als überhistorisches Abstraktum, sondern als Ensemble der jeweils konkret-historischen Verhältnisse zu begreifen, hätte ausgereicht, um dem Leser den Nutzen des Sève'schen Ansatzes für eine Lohnarbeitspsychologie zu verdeutlichen.

Als fruchtbarer und näher am Thema erweist sich der Hackersche Ansatz einer Allgemeinen Arbeitspsychologie, die die psychologische Analyse der Arbeitstätigkeit mit dem ausdrücklichen Ziel „der Entfaltung aller Möglichkeiten einer Persönlichkeit“ (113) betreiben will. Grundeinheit der Analyse ist bei Hacker statt einer elementa-

risierten Verhaltensweise der Handlungsbegriff; ein Hauptproblem, inwieweit eine konkrete Arbeitstätigkeit bereits die höchste Entwicklungsstufe der Arbeitshandlung — die vorwiegend intellektuelle Regulation der Arbeit — repräsentiert. Obwohl Volpert sich über die Schwierigkeiten und Probleme der Übertragung einer auf sozialistische Produktionsverhältnisse bezogenen Arbeitspsychologie durchaus im klaren ist (127, 128), orientieren sich seine eigenen Vorstellungen zur Strukturanalyse des Arbeitshandelns im Kapitalismus zu sehr an den formalen Elementen der Handlungsstrukturanalyse von Hacker und bleiben daher noch gesellschaftlich neutral und historisch unbestimmt. Soweit die kapitalistischen Produktionsverhältnisse mit einbezogen werden, gelangen die Aussagen Volperts zur historischen Entwicklung der Arbeitstätigkeit im Kapitalismus noch nicht wesentlich über die Marx'sche Analyse des Charakters der Arbeit im „Kapital“ hinaus.

Im zweiten Teil des Buches setzt sich Groskurth mit den neuen Formen der Arbeitsgestaltung (NFA) auseinander. Obwohl dieser Teil thematisch als vertiefende Fortführung des ersten Teils aufgefaßt werden muß, hat der Leser oft Mühe, den Zusammenhang herzustellen. Abgesehen von Wiederholungen — so z. B. die Kritik am Psychologismus in der Arbeitswissenschaft (264) und der historische Abriss der Arbeitswissenschaft unter dem Aspekt des jeweils dominierenden Menschenbildes (221 ff.) — gibt es einander widersprechende Aussagen über gleiche Sachverhalte, ohne daß der kontroverse Standpunkt als solcher von dem jeweiligen Autor gekennzeichnet wird. So schreibt Volpert zum Problem der Technologie im Kapitalismus: „Diese zunehmende Verkrüppelung ist nach Marx nicht Resultat einer dämonischen Übermacht der Technik ... wie dies anfangs den ‚maschinenstürmenden‘ Arbeitern und heute noch einigen Sozialwissenschaftlern und Anthropologen erscheint. Sie ist vielmehr Resultat einer bestimmten gesellschaftlichen Organisation der Produktion, welche freilich auf der Oberfläche als technisch-sachlicher Zwang auftritt. Es ist also zu trennen zwischen der Maschinerie und ihrer kapitalistischen Anwendung“ (169); 50 Seiten weiter sagt Groskurth zum gleichen Sachverhalt das glatte Gegenteil: „Vom marxistischen Standpunkt aus wird dagegen eingewandt, daß Technologie niemals von ihrer konkreten Anwendung getrennt gesehen werden darf“ (219). Von der impliziten Bestätigung des Vorurteils einmal abgesehen, daß es für Marxisten eine Frage des Dürfens und des Verbotes ist, wie sie Dinge zu betrachten und wie sie zu denken haben, ist die Behauptung Groskurths schlicht falsch. Gerade aus dem Interesse am wissenschaftlichen Nachweis der Überlebtheit kapitalistischer Produktionsverhältnisse im Hinblick auf die Entwicklung der Produktivkräfte ist die analytische Trennung von Technik und ihrer kapitalistischen Anwendung unerlässlich.

In seiner Einschätzung der neuen Formen der Arbeitsgestaltung wie Arbeitswechsel, Aufgabenvergrößerung, autonome Arbeitsgruppen bleibt Groskurth widersprüchlich und unbestimmt. Einerseits weist er auf den systemintegrativen Charakter dieser Humanisie-

rungsstrategien hin, an anderer Stelle wiederum betont er: „Unter der Voraussetzung, daß keine ‚störenden‘ Faktoren wirksam sind, ist nicht nur eine Zunahme der Kontrolle über die eigene Arbeit und eine Zunahme der beruflichen und sozialen Kompetenz zu erwarten, sondern auch eine Schwächung der objektiven Voraussetzungen für die Ausübung von Klassenherrschaft“ (273). Eher verwirrend als klärend wirken die referierten Untersuchungen zur Bewußtseins- und Qualifikationsentwicklung (272 ff.), weil sie in keinen stringenten Zusammenhang mit den Humanisierungsstrategien gebracht werden. Volpert sieht den Zusammenhang von Qualifikationserfordernissen und Humanisierungsstrategien, die bisher meistens in den technisch weniger fortgeschrittenen Produktionsbereichen ansetzen, klarer, wenn er schreibt: „So trägt die aktionswissenschaftliche Stufe der Arbeitswissenschaft dazu bei, die Qualifikationserfordernisse der am meisten entwickelten Produktionsbereiche allgemein zu machen. Ganz ähnlich wie Taylor wendet sie sich dabei vor allem den weniger entwickelten Sektoren zu, in welchen die neuen Handlungsforderungen nicht als Zwang des Maschinensystems, sondern als Geschenk einer Wissenschaft auftreten“ (186).

Groskurth gelingt es nicht, das Verhältnis zwischen dem gewerkschaftlichen Kampf um die Humanisierung der Arbeitsplätze in technisch wenig fortgeschrittenen Produktionsbereichen und um die Durchsetzung produktivkraftnotwendiger allgemeiner Höherqualifizierung und — damit verbunden — um Mitbestimmung über den Arbeitsplatz hinaus genau zu bestimmen. Vielmehr bleibt er im pseudodialektischen „einerseits-andererseits“ stecken: „Einerseits ist es ein Zynismus, zum Wohle der Zukunft und der Gesellschaft auf die psychische Verelendung zu setzen — eine Strategie, die vorzugsweise von Nichtbetroffenen vertreten wird —, wollte man andererseits auf eine Arbeitszufriedenheit hinarbeiten, welche relevante gesellschaftliche Zusammenhänge ignoriert, liefe dieses Vorgehen auf eine Milchmädchenrechnung hinaus, die — falls sie bewußt ist — nicht weniger zynisch ist“ (260).

Bereits im Vorwort weisen die Autoren auf einen Tatbestand hin, der sich dann auch bei der Lektüre des Buches als empfindliche Schwäche herausstellt: „Dem Leser wird nicht verborgen bleiben, daß sich die beiden Ansätze hinsichtlich mancher Einschätzungen und teilweise auch in ihrer Terminologie unterscheiden . . . Es schien uns nicht sinnvoll, sie (die Differenzen, I. S.) sozusagen unter den Teppich kehren zu wollen“ (9). Richtig, aber dann hätten Wiederholungen vermieden, dafür unterschiedliche Standpunkte stärker herausgearbeitet werden müssen. So notwendig Bündnisse bei unterschiedlicher theoretischer Position in der praktischen Politik sind, so schädlich und verwirrend müssen sie sich bei theoretischer Abklärung und ideologiekritischer Analyse erweisen. Zu hoffen bleibt, daß der in diesem Buch formulierte Ansatz einer Arbeitspsychologie, die über die abstrakte ideologiekritische Negation der bürgerlichen Arbeitswissenschaft hinauszugelangen und auf der Grundlage einer materialistischen Persönlichkeitspsychologie eine konkrete psycholo-

logische Analyse der Arbeitstätigkeiten unter den derzeitigen kapitalistischen Produktionsbedingungen durchzuführen versucht, trotz der im Buch noch oft abstrakt bleibenden, inkonsequenten und widersprüchlichen Positionen von Autoren und Lesern weiterverfolgt wird.

Ilse Schütte (Oidenburg)

Lorenzer, Alfred: Zur Begründung einer materialistischen Sozialisationstheorie. Suhrkamp Theorie. Frankfurt/M. 1972, 2. Aufl. 1973 (160 S., br., 12,— DM).

Der Verfasser konfrontiert seine Untersuchung „voll“ mit zwei sich anscheinend einander ausschließenden Theorien: Psychoanalyse und historischer Materialismus (7). Lorenzers Erkenntnisinteresse (wie das der Psychoanalyse) konzentriert sich darauf, wissenschaftlich zu zeigen, „wie sich natürliche Bedingungen und gesellschaftliche Bestimmtheit ‚menschlicher Eigenschaften‘ so vermitteln“, daß die 6. Feuerbachthese von K. Marx: „Das menschliche Wesen... In seiner Wirklichkeit ist es das Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse“ unverkürzt zur Geltung gelangen kann (9). Ein solcher, radikal geführter Aufweis führe im Anschluß an ein von idealistischen Resten gereinigtes materialistisches Verständnis von Subjektivität zugleich hinüber zu einer Kritischen Theorie des Subjekts (14). Bevor auf Lorenzers Vorgehen, zu zeigen, daß Subjektivität „voll und ganz auf objektive Bedingungen zurückführbar (ist)“ (10), eingegangen werden soll, müssen nachfolgende Voraussetzungen angesprochen sein. Sein sozialisationstheoretischer Ansatz schreitet in genetischer Betrachtung auf die Familie als einer gesellschaftlichen, vom Klassenantagonismus durchzogenen Agentur zurück. Besonderes Augenmerk gilt dabei jenen emotionalen und affektiven Grunderfahrungen der Individuen in ihren Objektbeziehungen: Einübung in Interaktion und Einführung in Sprache. Lorenzer nennt den Prototyp von Objektbeziehungen: die „Mutter-Kind-Dyade“, eine Dualeinheit oder symbiotische Zweieinigkeit (25), ein dialektischer Prozeß (38). In der Mutter-Kind-Dyade gilt mit Sprache das zentrale Regelsystem, in welchem die Interaktionsregeln symbolvermittelt aufbewahrt sind.

Um nun zu zeigen, wie sich natürliche Bedingungen und die gesellschaftliche Bestimmtheit menschlicher Eigenschaften vermitteln, läßt man am besten Lorenzer selbst zu Wort kommen: „Aber verbleiben wir noch beim wichtigen Vergleich von Interaktion (in der Einigungssituation der Mutter-Kind-Dyade) und Arbeit. Wir haben festgestellt, daß die Körpervorgänge, die wir als formvermittelnde bezeichnet haben, von derselben Art sind wie die Körpervorgänge beim Arbeitsprozeß. Der ‚praktische Umgang‘ der Mutter mit dem Kind unterscheidet sich nicht grundsätzlich von der körperlichen Bewegung der Arbeit. Auch da kann ja ohne Zwang von einer ‚Eini-

gung' und sogar von Gesten gesprochen werden... Bei der Arbeit wie auch in der Mutter-Kind-Dyade ist beidemale das Produkt weder pure Natur noch bloß Hergestelltes. Da wie dort wird Form vermittelt... Die Auseinandersetzung des Arbeiters mit der ‚äußeren Natur‘, die Leistung der Vermenschlichung von Natur und die Vergegenständigung zum menschlichen Produkt wird realisiert gleichfalls in einem praktischen Umgang, der dem praktischen ‚formgebenden‘ Umgang der Mutter in der Mutter-Kind-Dyade in vollem Umfang vergleichbar ist. Auch in der letzteren ist Natur, die Natur der kindlichen Körperbedürfnisse, Gegenstand einer Handhabung... Wem diese Gleichsetzung inhuman erscheint...“ (50 f.).

Nun, diese Gleichsetzung erscheint eher unangebracht. Denn sie ist nur dann erreichbar, wenn sowohl das Produkt als Resultat der Arbeit als auch die Interaktion als Resultat der Mutter-Kind-Dyade gemeinsam als Ergebnisse des „Umgangs“ betrachtet werden und wenn beide in den hier unspezifischen Begriff von „Praxis“ (52) aufgelöst werden. Sicherlich ist die mütterliche Praxis Teil gesamtgesellschaftlicher Praxis, ist nicht isoliert von der Organisation der Arbeit (52), auffällig etwa dort, wo Sozialisationsprozesse — wie bei Lehrer-, Kindergärtner-tätigkeiten etc. — als Lohnarbeitsverhältnis organisiert sind. Nach ihrer Funktion jedoch: als Einübung in Interaktion und Einführung in Sprache (21), unterscheidet sich die Gesamtheit des Sozialisationskontextes von der materialistischen Auffassung gesellschaftlicher Arbeit, etwa dort, wo es um ihre Zwecksetzung sich handelt. Gerade aus dieser Perspektive kommt Sozialisationsprozessen (weil auch sie von der durch produktive Arbeit aufbereiteten Grundlage zehren) eher die Qualität zu, resultierende Voraussetzung des ökonomischen Lebens der Gesellschaft zu sein. Diese Problematik nicht thematisiert zu haben, ist ein Mangel, der wesentlich auf der unscharfen Verwendung der Kategorien „Arbeit“ und „Praxis“ bei Lorenzer gründet. Da Arbeit bei Lorenzer als eine anthropologische Grundkonstante vornehmlich nach ihren formgebenden Qualitäten und den dazu notwendigen psychomotorischen Vollzügen untersucht wird, fällt die zweckgesetzte Verwertung, der das menschliche Arbeitsvermögen innerhalb der konkret vorherrschenden Produktionsweise unterliegt, aus der Betrachtung heraus. Dies verdeutlicht dann auch Lorenzer's Einwand gegenüber J. Habermas, am Ursprung der Bildung von Interaktionsformen werde die „Abgrenzung von ‚Interaktion‘ und ‚Arbeit‘ ... brüchig, so wie, gleichsinnig dazu“ (50): denn der gleichlautenden Kritik setzt sich nun Lorenzer selbst durch die bei ihm formulierte Identität von Arbeit und sprachlicher Interaktion bzw. Sprache aus.

Läßt man abschließend Lorenzers Anspruch, eine materialistische Sozialisationstheorie begründen zu wollen, bei der Lektüre seines Buches außerhalb der Betrachtung, so bietet diese Veröffentlichung vor allem der an Problemen der Sprachentwicklung interessierten Leserschaft eine Fülle informativer Aspekte zu den sprachlich vermittelten Sozialisationsprozessen aus psychoanalytischer Perspektive, so besonders (auf insgesamt 70 Seiten) das 2. und 3. Kapitel.

Dagegen thematisiert der 4. und letzte Abschnitt vorrangig die Störungsformen in sprachlichen Sozialisationsvorgängen, die in älteren Arbeiten Lorenzers bereits weitgehend vorbereitet wie ausgeführt sind.
Heiner Ziesmer (Neuss)

Sikora, Joachim: Handbuch der Kreativ-Methoden,
Verlag Quelle und Meyer, Heidelberg 1976 (213 S., br., 19,50 DM).

Unter den neueren Veröffentlichungen zu dem seit einigen Jahren bei Werbeleuten und Wissenschaftlern gleichermaßen in Mode gekommenen Thema „Kreativität“ nimmt J. Sikoras „Handbuch“ mit dem Anspruch einer systematischen, als Nachschlagewerk dienlichen Arbeit, einen besonderen Platz ein. In der Tat demonstriert der Band dem erhofften breiten Lesepublikum von „Pädagogen, Ausbildern, Trainern, Erwachsenenbildnern“ (vgl. Umschlag) zumindest formale Systematik: die Arbeit wird durch Sach- bzw. Personen-Register und Bibliographie ergänzt, sie ist mit Schaubildern grafisch einleuchtend aufgebaut und insgesamt übersichtlich gegliedert. Im ersten Teil werden einige Parameter der Kreativität (Person, Einstellungen, Motivation, etc.) und verschiedene, den kreativen Prozeß hemmende Blockierungen (kognitive, emotionale Blockierungen, etc.) aufgelistet; ein zweiter Teil geht den Zusammenhängen von Kreativität und Gruppe nach; der dritte Teil schließlich bietet ein 10 „sessions“ umfassendes Trainingsprogramm an. In solcher Präsentation ist der Band „als konkrete Arbeitshilfe für all jene gedacht, die ‚Erziehung zur Kreativität‘ (...) als eine der zentralen Aufgaben unserer Zeit ansehen und die neben dem logischen Denken das schöpferische Denken in den Bildungsprozeß zu integrieren beabsichtigen“ (8).

Was aber ist das: Kreativität? — Auch Sikora scheint darunter die erlern- bzw. trainierbare Fähigkeit zu verstehen, vorhandene Informationen nach neuen Strategien, Techniken, Methoden und Regeln zu kombinieren und umzuorganisieren, so daß neuartige Denk-Ergebnisse sich einstellen (9—11). Ihre Tradition soll diese ebenso formal wie harmlos schaltende und waltende Kreativität u. a. in der zur Künstler-Geschichte banalisierten Geschichte der Künste finden. Deren Genien bietet Sikora auch auf; von Leonardo bis Vasarely (167, 158, 201 etc.) kommen sie als Urahnen der Kreativen in nicht ausgewiesenen Zitaten zu Wort. — Abgesehen allerdings von solchen Illustrationen finden sich kaum Versuche, die Kreativitätstheorie in geschichtlich gesellschaftlichem Zusammenhang darzustellen. So bleibt unreflektiert, wie der Kreativitäts-boom, entstanden im Kontext von Systemauseinandersetzungen mit den sozialistischen Staaten, seine Theoreme entwickelte und Methoden organisierte, die an einer begrenzten Umqualifikation der Ware Arbeitskraft systematisch orientiert waren, also nicht, wie häufig propagiert, von der allgemeinen Sehnsucht nach einer durch Kreativität befreiten Menschheit getragen wurden.

Von solchen Gedanken schließt Sikora seine rastlos trainierenden Kreativitäts-Schüler aus und vermittelt ihnen dadurch die Selbsttäuschung, ihre Einfälle seien gleichsam autonom gegenüber der gesellschaftlichen Realität. Neuartige Gedankenspielereien, innovative Albernheiten und gags werden da kombiniert wie in einem Labor, in welchem die Allmacht der Phantasie als erstes Gesetz zu gelten scheint. Dieser Schein geistiger Ungebundenheit und Freiheit täuscht allerdings zutiefst, sieht man sich die Aufgabenstellungen der kreativ-dynamischen Kunststücke an. Sikora ist zwar wesentlich interessiert an der Vermittlung von Methoden und Techniken (205), doch weisen auch die beispielhaft angeführten Aufgabenstellungen auf die verengt konvergierende Dimension des angeblich „divergierenden“ Kreativ-Denkens hin. Neben Aufgaben zur Bewältigung von Alltagsproblemen findet man Beispiele wie die folgenden: „Wie könnte man Brot anders als üblich toasten“ (155)? Gesucht werden „Vorschläge zur Verbesserung eines Reißverschluss“ (163), „eine Badewanne, die möglichst wenig Platz einnimmt“ (167), Lösungen für einen „Ideenwettbewerb ‚Pro Umwelt‘“ (157), „ein neuer Verschluss für einen Thermosbehälter“ (174) etc. — Kreativität ist in diesen Beispielen domestiziert zur Methode des Waren-designs; die gesellschaftlichen Momente der Phantasietätigkeit sind von Anfang an ausgeschaltet.

Bei genauer Durchsicht der einzelnen Text-Passagen zeigt sich diese Verkürzung der Diskussion um Kreativität bis in die gedanklich-sprachliche Darstellung, die stets bemüht scheint, übergreifende Gedankengänge zu unterbinden. Es ist, als hätten „creative cocktail“ (48) oder „heuristisches Design“ (92) auch als Darstellungsprinzipien des Autors hergehalten. So überschaubar die Arbeit insgesamt ist, so wenig ist sie in Details diskursiv organisiert, folgt vielmehr Denkprinzipien von Addition, Assoziation, brainstorming. Aussagen sehr unterschiedlicher Wissenschaftsdisziplinen werden auf einer Ebene kollagiert (z. B. 31 ff.), Wissenschaftler-Anekdoten erscheinen neben Definitionsversuchen (z. B. 71) Definitionen wiederum werden mit Splittern von Alltagserfahrung zusammengepuzzelt (z. B. 73 ff.), einzelne gedankliche Absätze sind logisch häufig lediglich gereiht (vgl. die Kapitel über Parameter). — Nicht zuletzt darin wird deutlich, daß der vorliegende Band betrachtet werden kann als ein Handbuch über die Ideologie der Kreativitätsmethoden, Kompendium ihrer ideologischen Voraussetzungen, Techniken und Argumentationsweisen.

Klaus-Dieter Lenzen (Kronberg/Ts.)

Medizin

Richter, Horst Eberhard: *Flüchten oder Standhalten.*
Rowohlt Verlag, Hamburg 1976 (315 S., br., 19,80 DM).

Das Buch ist gedacht als Fortsetzung von „DIE GRUPPE“ (vgl. Argument 86, S. 479 ff.) und „LERNZIEL SOLIDARITÄT“ (vgl. Ar-

gument 89, S. 9 ff.), in denen Richter sich mit der Problematik spontaner Gruppen auseinandersetzte. Hier stellt er sich die Frage, wie die in den Initiativgruppen gemachten Erfahrungen für die Institutionen nutzbar gemacht werden können.

Diese Fragestellung wird durch einen soziopsychologischen Exkurs über die Institutionen vorbereitet. Ausgangspunkt dabei ist die Erkenntnis, daß auch der „gesunde reife Mensch in seinem Wollen und Handeln abhängig ist von der sozialen Situation, in der er lebt“. Diese grundlegende, fast banal klingende These erhält hier ihre Bedeutung dadurch, daß sie in Widerspruch zur klassischen Psychoanalyse steht. Sie geht davon aus, daß die Persönlichkeit in der Kindheitsphase zwar festgelegt wird, aber der „Gesunde Erwachsene über eine weitgehende Eigensteuerung verfügt“.

Für Richter hat der Mensch keine psychische Selbstregulation, er steht vielmehr in einer Welt, die voller Gefahren und Bedrohungen ist, die er — alleine gelassen — nicht ertragen könnte. Isolierungsängste drängen ihn zur „konformistischen Anklammerung“ (19), ein Angstabwehrmechanismus, für den der Mensch in seiner Kindheitsphase sensibilisiert wird und zwar durch die ständige Anwendung von Trennungsdrohungen als Disziplinierungsmittel. „Die Bedrohung mit Isolation — und damit mit vermeintlicher Vernichtung — ist das wirksamste Instrument, jederzeit Gefügigkeit zu erzwingen“ (20). Durch die damit erreichte Bindung des Kindes versuchen die Eltern — nach Richter — mit ihren eigenen Isolationsängsten fertig zu werden. Diese Methode der Isolationsprävention, also die Unterwerfung des Schwächeren über manipulierte Trennungsängste durch den Stärkeren, der damit seine eigenen Ängste kompensiere, durchdringe und bestimme das Zusammenleben des Menschen nicht nur in der Familie, sondern in allen gesellschaftlichen Bereichen.

Die Breite, mit der Richter solche Gedanken vorträgt, geht weit über das didaktisch Wirksame hinaus. Die lässige Schreibweise verführt auch zu unscharfer Begriffsbestimmung. Angst, Anpassung, Manipulierbarkeit, Verführbarkeit, Hörigkeit, Unterwerfung, Selbstentmündigung: diese Begriffe werden aneinandergereiht, als seien sie nur verschiedene Erscheinungsformen eines alles erklärenden Sachverhaltes: der Isolationsangst. Von Definitionszwängen befreit, plaudert Richter mühelos über angstneurotische Familie, Heimsituation, „sensory deprivation“-Experimente, Milgram Versuche, US Greuelthaten in Vietnam, Haftsituation, Wissenschaftsbetrieb, Arbeitswelt überhaupt, alles fügt sich in sein Erklärungsschema und wird als Beleg für dessen Richtigkeit herangezogen.

Nach rund 200 Seiten kommt Richter dann zu seinem Kernproblem: der Arbeitsorganisation im Sozialbereich. Hier treiben die geschilderten aktiven und passiven Angstvermeidungsmechanismen die Beschäftigten zur Anpassung und zur fortschreitenden Selbstentmündigung; und zwar durchgängig auf allen Ebenen der Hierarchie. Bürokratismus, Perfektionismus, Spezialisierung und autoritärer Führungsstil kennzeichnen diese Arbeitsorganisation. Entfremdung vom Klienten und seinen Problemen ist die Folge.

Dieser „außengelenkten“, „fremdbestimmten“, institutionalisierten Arbeit stellt Richter die „spontane“, „eigenbestimmte“ Arbeit der Initiativgruppen gegenüber. Hier sieht er die Möglichkeit, für eine autonome und kreative, für eine „als fachübergreifende, ganzheitlich orientierte“ Arbeitsweise, die den Bedürfnissen der Klienten und der Mitarbeiter in gleicher Weise gerecht wird. Es ist für Richter die Möglichkeit, den manipulativen Zwängen durch die Institutionen und der Selbstentmündigung zu entgehen. Er empfiehlt sie nicht nur als sinnvolle Freizeitbeschäftigung zum Ausgleich der in der Arbeitswelt erfahrenen Entmenschlichung. Er sieht in den Initiativgruppen ein notwendiges — und er betont: kostensparendes — Ergänzungsprogramm zu dem insuffizienten etablierten Versorgungssystem.

Noch wichtiger ist ihm jedoch, daß die Arbeitsweise der Initiativgruppen als Modell für Reformen der Institutionen dienen kann. „Das Feld der Spontangruppen-Arbeit scheint dazu bestimmt, sich als Gegenarbeitswelt zu entwickeln, die der institutionellen Arbeit permanent ihre menschenfeindlichen Züge vorhalten muß.“ Die vorbildhafte Arbeit der Spontangruppen — so Richter — zeigt, was möglich ist und erzeugt einen Reformdruck. Früher oder später müssen die etablierten Institutionen nachziehen. Allerdings, so räumt er ein, Reformbereitschaft von oben ist notwendig. Bezüglich der Effektivität dieses Reformrezeptes ist Richter optimistisch.

In diesem Buch geht es Richter um Veränderung unmenschlicher Arbeitsorganisationen, um eine Reform der Institutionen und letztlich um eine Veränderung der Gesellschaft. Richters Analyse und seine Vorschläge werden bestimmt durch seine psychoanalytische Denkweise und insbesondere durch sein enges, überstrapaziertes Erklärungsmodell. Dieser Ansatz läßt Lücken, die zum Weiterfragen anregen. Unklar bleibt Richter's Menschenbild; undeutlich seine Vorstellung von der Gesellschaft. Ist es nicht doch wieder der „autonome, eigengesteuerte Mensch“, wie ihn die traditionelle psychoanalytische Schule sieht mit der kleinen Variation, daß er durch ungünstige Sozialisation manipulierbar gemacht wurde? An ihn geht die Aufforderung, standzuhalten gegen die gesellschaftlichen Anpassungszwänge; ihm wird empfohlen, seine Individualität in der „Gegenarbeitswelt“ spontaner Gruppen zu finden und zu entfalten. Seine Beziehungen zur Gesellschaft bleiben weitgehend reduziert auf irrationale Ängste, unter denen er leidet und die er, um sie zu vermeiden, ständig reproduziert. In den Institutionen zur Struktur geworden, treten ihm diese selbstgeschaffenen Ängste als anonyme Macht gegenüber. Sieht man von den von Richter sicher gewollten Vereinfachungen ab und akzeptiert sein Erklärungsmodell, so bleibt die Frage nach den Bedingungen für diesen „teuflischen Kreislauf“, die Frage nach den Gesetzen der Entwicklung gesellschaftlicher Realität, die letztlich die psychodynamischen Prozesse bestimmt und in ihnen ihren Ausdruck findet. Richter sagt dazu nichts. Die Gesellschaft hat in seinen Augen eine bedrohliche Entwicklung genommen, die er mit Begriffen wie Technisierung, Industrialisierung, Leistungsgesellschaft, Bürokratisierung usw., die eben nichts erklären, hinnimmt.

Richters psychoanalytischer Ansatz verführt zu einer Verherrlichung spontaner Gruppen. Ohne Umwege kann hier zumindest der psychische Notstand der Mitarbeiter beseitigt werden. Da der Blick zentriert wird — Richter blendet die Realebene nicht ganz aus — auf irrationale, also letztlich real nicht begründete Ängste, wird der Leser an den realen Machtstrukturen vorbeigeführt, und die Initiativgruppen können ihm als Motor für gesellschaftliche Veränderungen erscheinen. Dies umso mehr, als Parteien und Gewerkschaft von Richter nur nebenbei erwähnt werden und zwar im Hinblick auf — nach Richters Meinung — naheliegende Fehlentwicklungen.

Christian Gaedt (Worblingen)

Abholz, Heinz-Harald (Hrsg.): Krankheit und soziale Lage. Befunde der Sozialepidemiologie. Campus Verlag, Frankfurt/M. 1976 (211 S., br., 24,80 DM).

Der Zusammenhang von sozialer Schichtzugehörigkeit und Krankheit ist in den letzten Jahren insbesondere für psychische Erkrankungen diskutiert worden. Das Bekanntwerden wichtiger sozialpsychiatrischer Forschungsergebnisse auch in der Bundesrepublik hat kritisches Bewußtsein gegenüber veralteten Auffassungen der biologisch beschränkten und nach wie vor außerordentlich einflußreichen traditionellen Psychiatrie erzeugt. Die engen Beziehungen von sozialer Lage, Krankheitsentstehung und -verlauf können heute ebensowenig mehr bestritten werden wie die Befunde einer teilweise extremen Ungleichheit der medizinischen Versorgung.

Das vorliegende Buch dokumentiert diesen Sachverhalt nun auch für die klassischen sozialmedizinischen Indikatoren der Volksgesundheit wie Lebenserwartung, alters- und krankheitsspezifische Mortalitätsraten, Säuglingssterblichkeit, Geburtsgewicht usw. sowie für die schichtenspezifische Verteilung nichtpsychiatrischer Erkrankungen. Es handelt sich um eine Sammlung exemplarischer Aufsätze über Methode und Ergebnisse sozialepidemiologischer Untersuchungen. In der Mehrzahl stützen sich die Arbeiten auf das Material der amtlichen Gesundheitsstatistik, der kleinere Teil bezieht sich auf epidemiologische Primäruntersuchungen. Bei den Texten handelt es sich überwiegend um Übersetzungen aus dem angelsächsischen Sprachraum. Für die Bundesrepublik und Westberlin sind nur einige, im Vergleich zu den englischen und nordamerikanischen Untersuchungen in Umfang und Methode weniger entwickelte Arbeiten vorhanden. Sie sind, soweit sie Befunde zur Beziehung von Krankheit und sozialer Schichtzugehörigkeit beitragen, in einer informativen Bibliographie mit kurzen Inhaltszusammenfassungen im Anhang des Sammelbandes zusammengestellt. Das relative Defizit an sozialepidemiologischen Forschungsergebnissen in der Bundesrepublik ist, wie der Herausgeber in einem einführenden Text ausführt, vor allem darin begründet, daß hierzulande wegen einer unzureichenden Gesundheits- und Sozialstatistik, wegen der allgemeinen Vernachlässigung

sozialmedizinischer Forschung sowie infolge des Fehlens einer entwickelten gesellschaftlichen Organisation des Gesundheitswesens die Voraussetzungen für derartige Untersuchungen nur in beschränktem Umfang gegeben sind.

Die Textauswahl beansprucht, neben der inhaltlichen Problematik auch die Methodik von Untersuchungen zur sozialen Verteilung von Krankheit zu vermitteln. Es finden sich deshalb neben Aufsätzen, die einen Literaturüberblick geben und repräsentativere Aussagen erlauben, auch Originalarbeiten, an denen die Methodik der Untersuchung studiert werden kann. Die Mehrzahl der Arbeiten beschränkt sich auf den statistischen Nachweis des Zusammenhangs von sozialer Lage und Gesundheit. Daneben finden sich auch Arbeiten, welche am Beispiel der Säuglingssterblichkeit die konkrete Vermittlung dieser Beziehung untersuchen.

Die Ergebnisse der Untersuchungen widerlegen das gängige Urteil, daß mit dem Fortschritt von Wissenschaft und Technik, mit der Entwicklung der medizinischen Diagnostik und Therapie sowie mit dem Wachstum des Sozialprodukts und Durchschnittseinkommens quasi automatisch eine Angleichung der gesundheitlichen Situation und der sozialen Chancen zwischen den unterschiedlichen gesellschaftlichen Schichten erfolgt. Die Arbeiten machen deutlich, daß trotz Senkung der allgemeinen Mortalitätsindizes und typischer Umschichtungen innerhalb des Morbiditätsspektrums die relativen Unterschiede zwischen den sozialen Schichten weitgehend konstant geblieben sind. Einzelne Autoren belegen sogar einen Trend in Richtung auf eine Vergrößerung dieser Differenzen. So weist etwa B. Preston anhand der amtlichen Statistik nach, daß der Unterschied zwischen den Mortalitätsraten erwachsener Männer unter 65 Jahre sich in Großbritannien seit den 30er Jahren dieses Jahrhunderts zulasten der unteren Sozialschichten vergrößert hat. Ähnliche Befunde erheben J. N. Morris und J. A. Heady bezüglich der Entwicklung der Säuglingssterblichkeit von 1911 bis 1950 in England. Sowohl theoretische Abhandlungen wie die vorliegenden punktuellen empirischen Untersuchungen aus der Bundesrepublik sprechen dafür, daß derartige Entwicklungstrends auch hierzulande wirksam sind. Das Buch unterstreicht die dringende Notwendigkeit für die Schaffung der gesetzlichen, institutionellen und personellen Voraussetzungen für eine fortlaufende, qualifizierte wissenschaftliche Untersuchung derartiger Probleme auch in der Bundesrepublik.

Überlegungen über die gesellschaftlichen Ursachen der empirisch ermittelten Befunde sozialer Ungleichheit werden in den vorgestellten Arbeiten kaum oder allenfalls ansatzweise angestellt. Ähnliches gilt für die Diskussion der aus den Forschungsergebnissen zu schlußfolgernden Konsequenzen. Wie der Zusammenhang zwischen sozialer Lage und Krankheit vorstellbar ist, wird in einem abschließenden Kapitel vom Herausgeber thesenhaft skizziert: gesellschaftlich vermittelte pathogene Faktoren und ein durch die gesellschaftlichen Verhältnisse bestimmtes System gesundheitlicher Versorgung stellen — allgemein formuliert — die kausalen Bindeglieder dar, die es im

einzelnen zu untersuchen gilt. Hier setzt auch die Kritik des Herausgebers sogar an engagierten Sozialmedizinerinnen und Gesundheitspolitikern an, da diese bei ihren Überlegungen hinsichtlich der Konsequenzen aus den sozialepidemiologischen Befunden zu sehr innerhalb des Systems gesundheitlicher Versorgung verharren und den Zusammenhang mit allgemeinen gesellschaftspolitischen Fragestellungen nicht sehen. Eine Analyse jedoch, die die gesellschaftlichen Verhältnisse mit untersucht, würde zeigen, „daß es sich bei der Benachteiligung der Unterschichten nicht um eine ‚gezielte‘ Vernachlässigung dieser Schichten handeln kann, sondern daß die Verhältnisse in diesen Schichten allein das Extrem einer allgemeinen Vernachlässigung des Bereiches der Gesundheitsversorgung darstellen“ (198). „Da die gesellschaftlich mächtigsten Interessen größere Investitionen in Bereichen wie dem des Gesundheitswesens oder dem des Bildungswesens zugunsten von Ausgaben in profitträchtigen Bereichen verhindern, herrscht eine Situation des Mangels. In der Situation des Mangels bestimmt sich das Ausmaß der Teilhabe an medizinischen Leistungen wesentlich durch die soziale Stellung. Die sozial Schwächeren werden dabei die Benachteiligten sein“ (197).

Michael Regus (Siegen)

Geschichte

Kühnl, Reinhard (Hrsg.): Texte zur Faschismuskussion I. Positionen und Kontroversen. Rowohlt Taschenbuch Verlag, Reinbek bei Hamburg 1974 (279 S., br., 6,80 DM).

Die theoretische Auseinandersetzung mit dem Faschismus ist, besonders für den Anfänger im Schul- und Hochschulbereich, auch mit Schwierigkeiten der Literaturbeschaffung verbunden. Deshalb ist es grundsätzlich zu begrüßen, wenn Reinhard Kühnl einige wichtige Texte zur Faschismuskussion in einem preiswerten Taschenbuch neu zusammengestellt und so einem breiteren Interessentenkreis zugänglich gemacht hat. Im ersten Teil werden „Texte aus den 20er und 30er Jahren“ zusammengefaßt: die Bonapartismusthese von A. Thalheimer, der sozialpsychologische Ansatz von W. Reich und die Faschismusanalyse von G. Dimitroff. Der zweite Teil enthält „neuere Interpretationen“ v. a. westdeutscher Sozialwissenschaftler wie J. Agnoli, W. Alff, E. Hennig u. a. Am Schluß des Buches findet sich der Wiederabdruck einer „Kontroverse“ zwischen G. Schäfer und R. Opitz.

Auf die einzelnen Beiträge braucht hier nicht eingegangen zu werden, zumal ein Teil von ihnen schon anderweitig besprochen wurde. Vielmehr stellt sich die Frage, welche Funktion eine solche Textsammlung über das Interesse an einer breiteren Rezeption hinaus haben soll. Kühnls Begründung jedenfalls, daß die Texte „nicht ohne weiteres zugänglich sind“ (7), kann nicht recht überzeugen. Denn

die Beiträge von Thalheimer und Reich, aber auch von Dimitroff sind für jedermann leicht erhältlich. Das gleiche gilt für die Arbeiten von Alff, Clemenz und Hennig, die allesamt als preiswerte Taschenbücher erschienen sind. Wozu dann also der erneute Abdruck? Anstelle des Bekannten hätte der Herausgeber das Neue und Überraschende vorzeigen sollen. Ein echter Gewinn wäre es z. B. gewesen, die zeitgenössischen Versuche erster theoretischer Einschätzungen etwa aus Italien, aus Deutschland z. B. von H. Heiler oder später von F. Neumann zu veröffentlichen, die weitgehend unbekannt sind und der Faschismuskonversation neue Impulse geben könnten. Hierbei geht es nicht darum, daß man immer leicht mehr und besseres wünschen kann, sondern um das Editionsprinzip wie etwa den Gesichtspunkt der in den Parteien geführten Theoriedebatte, bei der dann neben Thalheimer, Reich und Dimitroff noch andere, heute schwer zugängliche Beiträge aufzuführen sind.

Auch die von Kühnl vorgenommene *inhaltliche* Bestimmung der Textauswahl ist nicht stichhaltig. Wie der Herausgeber erklärt, wurden solche Autoren, für die der Faschismus „nur Hitlerismus“ oder Totalitarismus“ ist (7), nicht berücksichtigt. Der Sammelband enthält ausschließlich Texte, „die die Frage nach dem Faschismus kritisch stellen, d. h. die Gesellschaftsordnung, die ihn hervorgebracht hat, wesentlich in die Analyse einbeziehen“ (8), womit in der Tat ein Schritt über Noltes bekannte Dokumentation zur Faschismuskonversation hinaus getan ist. Wenngleich eine solche Konzentration angesichts der neuerlichen Flut apologetischer Faschismusinterpretationen durchaus zu begrüßen ist, hat Kühnl hier doch zu kurz gegriffen. Er übersieht nämlich, daß die Totalitarismustheorie nicht nur in ihrer „reinen“ Form wie z. B. bei C. J. Friedrich existiert, sondern auch verdeckt in gesellschaftskritischen und vorgeblich marxistischen Positionen auftreten kann. So muß die in den Sammelband aufgenommene Bonapartismustheorie selber schon auf das Totalitarismuskonzept zurückgeführt werden, wie kürzlich R. Opitz unter Berufung auf G. Botz aufgezeigt hat (s. Argument 87, S. 576 f.). Damit müßte entweder u. a. der Thalheimeraufsatz ganz fehlen, oder die Totalitarismustheorie müßte mit einbezogen werden, was für ihre notwendige kritische Würdigung auch besser wäre. Unter dem Aspekt der Auseinandersetzung mit der Bonapartismustheorie ist der Wiederabdruck durch Kühnl zu begrüßen. Denn wenn das Totalitarismuskonzept schon der vieldiskutierten Bonapartismustheorie zugrunde liegt — und im übrigen heute noch sowohl im herkömmlichen Sinne (so kürzlich wieder bei G. Schulz) als auch in „linken“ Versionen (z. B. H. Marcuse) und ferner in den von Thalheimer beeinflussten neueren Positionen (so auch bei G. Schäfer und E. Hennig) Verwendung findet — und somit nach wie vor virulent ist, darf es in einer kritischen Textsammlung nicht als unerheblich abgetan werden, zumal dann nicht, wenn der Herausgeber beansprucht, „über den Stand der Faschismuskonversation zu informieren“ (7).

Neben der Auswahl lassen sich auch für die *Anordnung* der Texte Verbesserungen vorschlagen. Kühnl hat die verschiedenen Beiträge

Höhepunkt der Staatsintervention in der Geschichte der kapitalistischen Entwicklung darstellt und insofern von unserem Zeitpunkt aus betrachtet Zukunft für den heutigen Kapitalismus selbst ist“ (7). Weitgehend dem Komprimierungszwang zum Opfer fällt bereits die Darstellung der in der marxistischen Diskussion vorherrschenden faschismustheoretischen Ansätze, in der zudem die nun langsam schon ermüdende und durch zahllose Einzelveröffentlichungen widerlegte These erneut strapaziert wird, daß die Faschismus-Analysen der DDR durchweg „mechanistisch“ (19) seien und in der Theorie der DDR der Nationalsozialismus als Massenbewegung, die die ideologische Widerspiegelung wesentlicher zugrundeliegender ökonomisch begründeter Verhältnisse der Klassen in der Weimarer Republik darstelle, übergangen worden sei.

Stark kompilatorischen Charakter — ein Umstand, der durch den doch sehr komplexen Stoff gefördert wird — trägt der Abschnitt zur allgemeinen Darstellung des deutschen Faschismus. Die ökonomischen Hauptgrundlagen für die Herausbildung des Faschismus sieht Beckenbach in der Situation des deutschen Kapitals direkt nach der Niederlage des wilhelminischen Reiches im ersten Weltkrieg, die wesentlich gekennzeichnet sei durch den Verlust wichtiger Rohstoffquellen der Montanindustrie, die totale Einbuße der Kolonialgebiete und durch die gewaltigen Reparationsleistungen (38). Diente die staatlich geförderte Inflation bereits als ein Kampfmittel gegen die imperialistischen Siegermächte, so entstand im Zuge der Weltwirtschaftskrise von 1929—32 in Gestalt der Ausdehnung der Staatsfunktionen — Übernahme großer Teile des deutschen Bankensystems und Kapitalbeteiligung an einigen Mammuttrusts — ein konstituierendes Merkmal bei der Herausbildung des Faschismus. Beckenbach resümiert, daß in dieser Erweiterung der Staatsfunktionen schon die Möglichkeit einer zukünftig verstärkt über den Staat vermittelten Produktion der privaten gesellschaftlichen Einzelkapitale sowie bereits auch die Ausdehnung der unmittelbaren kapitalistischen Funktion des Staates angelegt gewesen sei, wie sich dies dann auch später nach der faschistischen Machtübernahme in der Arbeitsbeschaffungs- und Rüstungsproduktion, zum anderen auch in der Gründung staatlicher Kapitalgesellschaften niedergeschlagen habe (55). Der zunehmend notwendige Zwang zur Staatsintervention in den gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß resultierte aus der konkreten Weltmarktposition des deutschen Kapitals und seinen wachsenden Expansionsbedürfnissen im Ausgang der Weltwirtschaftskrise.

In einem abschließenden Kapitel widmet sich der Autor der Problematik der staatlichen Kriegsfinanzierung und ihren Rückwirkungen auf den Akkumulationsprozeß des Kapitals. Von Anfang an spiegelte die faschistische staatliche Kriegsfinanzierung — so Beckenbach — die Expansionstendenzen des deutschen Kapitals in spezifischer Form wider. Im Zuge der Entwicklung nach dem ersten Weltkrieg habe sich der Staat stark auf das Steuersystem gestützt. So betragen die Steuern 1925 18 % des Volkseinkommens, 1932 waren es schon 25 % und bis 1939 stiegen sie auf 30 %. Neben der

Staatsfinanzierung durch Steuern habe der faschistische Staat aber auch zunehmend zum Mittel der Defizitfinanzierung (Mefo-Wechsel) greifen müssen (108).

Beckenbach führt weiterhin den Nachweis, daß die generell zu beobachtende schrumpfende Investitionsquote des deutschen Kapitals im Faschismus, die noch vor Kriegsbeginn einsetzte, wesentlich zurückzuführen ist auf den zunehmenden Eingriff des Staates in den gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß in Form des verstärkten Steuerdrucks im Gefolge der erhöhten Kreditfinanzierung des faschistischen Staates und durch die kriegsbedingte Regulierung der Produktion aufgrund der beschränkten ökonomischen Potenzen des deutschen Kapitals (119). Norbert Steinborn (Berlin/West)

Faust, Anselm: *Der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund. Studenten und Nationalsozialismus in der Weimarer Republik.* Pädagogischer Verlag Schwann, Düsseldorf 1973 (2 Bde. 179 u. 192 S., br., 22,— DM).

Die vorliegende Arbeit ist eine Dissertation, die unter der Anleitung von Walter Bußmann entstand, der auch das Vorwort zu dieser Publikation schrieb. Darin und in der Vorbemerkung des Verfassers wird ausdrücklich auf aktuelle Bezüge einer Untersuchung über nazistische Umtriebe an den Universitäten vor 1933 verwiesen. Sie werden allerdings nicht etwa mit dem Wiederaufleben neonazistischer Tendenzen in der BRD begründet, sondern „in dem gesteigerten Bedürfnis studentischer Kreise — damals wie heute — nach ahistorischen Geschichtssynthesen . . ., aus denen man Handlungsanleitungen zu schöpfen hofft“ gesehen (Bußmann im Vorwort, 8) bzw. mit angeblichen „Ähnlichkeiten“ zwischen den Absichten der Studentenopposition in der BRD und der „nationalsozialistischen ‚Gleichschaltung‘ der deutschen Hohen Schulen“ in Verbindung gebracht (Faust in der Vorbemerkung, 13). Lehrer und Schüler gingen also von der unerhörten Unterstellung aus, die oppositionelle Studentenbewegung in der BRD Ende der sechziger und Anfang der siebziger Jahre wäre zumindest den nazistischen Studentenaktivitäten der zwanziger und der frühen dreißiger Jahre ähnlich gewesen. Während der gewitztere Bußmann rühmt, daß „der Verfasser nicht der Gefahr vorschneller Analogisierung erlegen“ sei (8), bekennt Faust offenerzig: „Einem Vergleich etwa des studentischen Radikalismus der 20er/30er und der 60er Jahre fehlen ohnehin weitgehend die wissenschaftlich erarbeiteten Grundlagen. Diesen Mangel zumindest auf einem Teilgebiet zu beheben, ist eine Absicht dieser Arbeit“ (13).

Diese, auf dem Boden der Totalitarismus-Doktrin gewachsene Konzeption, die sich mit einer strategischen Grundlinie der herrschenden Klasse in der BRD deckt und die in ihrem Wesen antikomunistisch ist, gilt es stets zu beachten, wenn das an sich instruktive Material über die Entwicklung des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes, wie es von Faust ausgebreitet und analysiert wird, zur

weiteren Forschung herangezogen werden soll. Man kann paradoxerweise sogar sagen, gerade weil die oppositionelle Studentenbewegung der Gegenwart durch den Vergleich mit der nazistischen Studentenbewegung diskreditiert werden soll, treten die bei Bußmann sonst üblichen Entlastungsversuche für alles, was nicht ganz im Zeichen des Hakenkreuzes stand (vgl. z. B. seine Bewertung Moellers von den Brucks auf dem Trierer Historiker-Kongreß von 1958, wieder abgedruckt in: W. Bußmann, Wandel und Kontinuität in Politik und Geschichte, Boppard 1973, S. 180), in den Hintergrund. Es wird ungewollt sogar ein bezeichnendes Schlaglicht auf den Klasseninhalt der Nazibewegung geworfen. Der erste Führer des Nationalsozialistischen Studentenbundes war ein gewisser Wilhelm Tempel, der allerdings zu sozialradikalen Forderungen neigte und von Hitler den Kampf um die „Besserstellung der Arbeiter“, was „freilich manchmal verdammt einem Klassenkampf ähneln“ würde, forderte (36). Er wurde deshalb ziemlich rasch ausgebootet und durch den Großbürgersohn Baldur von Schirach ersetzt, der das besondere Vertrauen Hitlers genoß. Auch in solchen Personenfragen wird deutlich, auf wessen Interessen sich die Faschisten schon lange vor 1933 orientierten.

Faust hat natürlich dergleichen Schlußfolgerungen nie gezogen, sondern bestenfalls auf die spezifische soziale Zusammensetzung der Studentenschaft verwiesen, um deren Gunst sich der Nationalsozialistische Studentenbund bewarb. Er hat im Untertitel seines Buches überhaupt zu unrecht den Anspruch erhoben, das Problem „Studenten und Nationalsozialismus in der Weimarer Republik“ behandelt zu haben; denn über die antifaschistische Studentenbewegung wird fast überhaupt nichts ausgesagt, wenn man von pauschalen Erwähnungen und einigen statistischen Angaben absieht. Erst wenn dieser Komplex untersucht sein wird, werden die Schwierigkeiten des Nationalsozialistischen Studentenbundes im rechten Lichte erscheinen. Aber wie hätte man auch auf den unermüdlichen antifaschistischen Kampf kommunistischer Studentengruppen eingehen können, wenn man die Abscheu vor den Faschismus im antikommunistischen Sinne ausbeuten möchte?

Joachim Petzold (Berlin/DDR)

Soziale Bewegung und Politik

Abendroth, Wolfgang: Arbeiterklasse, Staat und Verfassung. Materialien zur Verfassungsgeschichte und Verfassungstheorie der Bundesrepublik. Hrsg. u. eingel. von Joachim Peters. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt/M.-Köln 1975 (302 S., br., 22,— DM).

Jeder Beitrag ist aktueller Eingriff in politische Kämpfe. In dieser Sammlung fügen sich die Aufsätze — durch die Auswahl des Her-

ausgebers unterstützt — zu einem Gesamtbild: Arbeiten, zwischen denen fast ein Vierteljahrhundert liegt, kommentieren sich gegenseitig, fungieren als Kapitel eines *Lehrbuchs der BRD-Geschichte* und einer Forschungsanleitung zugleich, denn festgehalten wird das Wesentliche geschichtlicher Bewegungen, noch bevor sie zur Ruhe gekommen sind. Die „soziale Demokratie“ (im Gegensatz zur erst politisch-formalen) als strategische Orientierung der internationalen Arbeiterbewegung (vgl. etwa 182) ist durchgängig Bezugspunkt, der bei sich verändernden politischen Konstellationen verschiedenen Adressatenkreisen vermittelt wird, vor allem den Angehörigen der Gewerkschaftsbewegung (auch den potentiellen), den Sozialdemokraten und Kommunisten und engagierten Christen. Auch in den härtesten Zeiten des Kalten Krieges machte Abendroth dem herrschenden Antikommunismus keine Zugeständnisse durch eine Relativierung des sozialen Ziels. Subjekt in allen Untersuchungen ist die Arbeiterklasse. Daß diese Parteinahme Bedingung für den konsequenten Kampf um Demokratie ist, wird stets *einsehbar* gemacht, nie abstrakt vorausgesetzt. So heißt es z. B. gegen eine 1952 schon ideologisch mächtige Pluralismusformel: „Es dient sichtlich keiner Klärung der wirklichen Probleme, wenn ... soziale Gruppe gleich soziale Gruppe gesetzt wird und alle gleichmäßig die Etikette ‚Pressure Group‘ erhalten. Wenn die Vertretungen irgendwelcher Industriellengruppen sich ohne Einschaltung der Öffentlichkeit um Stimmen im Bundestag oder um Einflüsse in Ministerien bemühen, um irgendeine Privilegierung zu erreichen, so liegt das augenscheinlich auf völlig anderer Ebene, als der öffentlich geführte Vorstoß einer breit organisierten Massenorganisation zugunsten der Wahrnehmung der Interessen von Millionen ihrer Mitglieder und derjenigen Nichtmitglieder, die gleichwohl in diesem Verband ihre Repräsentation erblicken“ (41).

Die Restaurationsgeschichte der BRD wird erkennbar in Abendroths Kampfaufrufen zur Erhaltung des Kerns ihrer Verfassung, die, noch unterm Vorzeichen demokratischen Neubeginns entstanden, Wirtschafts- und Sozialverfassung als zukünftige Aufgabe offenhält und mit der Deklaration des „demokratischen und sozialen Rechtsstaates“ darüber hinaus eine positive Verpflichtung ausdrückt. — Wer gegen den Abbau der Demokratie erfolgreich kämpfen will, muß die Strategie der wirtschaftlich mächtigen Antidemokraten kennen. Abendroth führt deren Strategie immer wieder in unermüdlicher Detailarbeit vor Augen. Er zeigt, daß nach wie vor das erste, einfachste und unverzichtbarste Recht der Arbeiterklasse im Kapitalismus, die *Koalitionsfreiheit*, den massivsten Widerstand auf sich zieht. Das schlägt sich oft zuerst nieder in der abstrakten Sphäre juristischer Auseinandersetzung. Mal ist es die Frage nach der Abgrenzung des „arbeitsrechtlichen“ vom „politischen“ Streik, mal die Kontroverse, ob Streik „Gewalt“, also eine illegitime physische Bedrohung sei, hinter der sich weitreichende Vorbereitungen zur Neutralisierung der Arbeiterklasse verbergen. Von dort führt der Weg

notwendig zur Entdemokratisierung *aller* gesellschaftlichen Bereiche, weil die soziale Funktion der Gewerkschaftsbewegung sie zugleich zum „natürlichen Hüter der Demokratie“ macht (43). Zwanzig Jahre zurückliegende Warnungen finden heute erneut ihre Bestätigung: Wer das passive Verhalten der massenhaften Verweigerung des Arbeitseinsatzes zur „Gewalt“ erklärt, kann „morgen mit dem gleichen Recht an die berühmte Formulierung von Karl Marx anknüpfen, daß die *Theorie* zur ‚materiellen Gewalt‘ werde, wenn sie die Massen ergreift . . . und also die bloße Verbreitung oder auch schon die Erarbeitung einer Theorie zur Gewalt im Sinne des Strafrechts umdeuten“ (112). Werde der Begriff der Gewalt völlig aufgelöst, könnte am Ende jedes nicht genehme politische Ziel als verfassungswidrig erklärt und besonders „jede auf Sozialisierungsforderungen oder auf soziale Planwirtschaft gerichtete politische Tätigkeit als Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens gedeutet werden“ (91). Tatsächlich beantragte damals die FDP in dieser Atmosphäre (wenngleich erfolglos) die Aufhebung des Sozialisierungartikels im Grundgesetz, ohne wegen dieses Vorhabens einer faktischen Liquidierung von Verfassungsgrundlagen auf nennenswerten Protest zu stoßen (vgl. 116).

Auch die spektakulären politischen Wendepunkte der BRD-Entwicklung — KPD-Verbot (1956) und Notstandsgesetzgebung (1968) — lassen erkennen, daß eine Hauptstoßrichtung der Restauration stets der Gewerkschaftsbewegung gilt. In den Plädoyers der damaligen Bundesregierung für das bis heute nicht aufgehobene KPD-Verbot wird z. B. die rechtliche Festschreibung der Sozialpartnerschaftstheese verlangt, um mit diesem Mittel soziale Kämpfe grundsätzlich zu illegalisieren als Verstoß gegen angeblich fundamental übereinstimmende Interessen. Ohne jede Legitimation durch das Grundgesetz erklärte der Regierungsvertreter „den (inhaltlich, nicht notwendig der Form nach) revolutionären Klassenkampf und den Massenstreik für schlechthin ‚verfassungsfeindlich‘“ (73). (Der nirgendwo juristisch gedeckt und deshalb nicht überprüfbare Vorwurf der „Verfassungsfeindlichkeit“, der im Gegensatz steht zum eindeutigen Tatbestand der Verfassungswidrigkeit, ist hier vorgeprägt — lange vor den gegenwärtigen Berufsverbotsverfahren!) — In der Analyse der Notstandsgesetzgebung — der „grundsätzlichen Änderung des Grundgesetzes“ (203) — resumiert Abendroth eine alte Erfahrung der Arbeiterbewegung mit dem Klassenkampf von oben: „Es ist für undemokratisch denkende Oberschichten durchaus einleuchtend, daß während einer Konjunkturperiode bereits die juristischen Voraussetzungen dafür geschaffen werden, um . . . zu dem politischen System während einer Krise übergehen zu können“ (203). Diese Logik wurde zuvor am KPD-Verbot demonstriert. Nicht der „Stalinismus“ — wie immer wieder behauptet — wurde getroffen. Das Urteil stützt sich vielmehr *ausschließlich* auf die angebliche Verfassungswidrigkeit der Gedanken von Marx, Engels und Lenin. Einige wenige Stalin-Zitate sind nichts anderes als textgetreu übernommene Marx-, Engels- und Kautsky-Referate (vgl. 97). „So ist

durch diese Art der Argumentation die klassische deutsche Sozialdemokratie des Erfurter Programms in der gleichen Weise angegriffen“ (97). Das Urteil ist eine Waffe, mit der „im Ernstfall jede proletarische Klassenorganisation getroffen werden“ kann (95).

Wenn Abendroth schon 1955 von der „Gefahr der gewaltsamen Beseitigung der letzten demokratischen Positionen“ (81) spricht und Ende der fünfziger Jahre nurmehr von der „Verteidigung der Reste demokratischer Möglichkeiten“ (134), muß dann nicht seine beharrliche Berufung auf die rechtsstaatlichen Grundlagen der Bundesrepublik spätestens heute sinnlos erscheinen und zur Resignation führen? Nützt es, angesichts der jüngsten Bundesverfassungsgerichtsurteile „gegen Hochschulreform und Mitbestimmung“ (vgl. 250 ff.), zur beschränkten Gültigkeit des Grundlagenvertrages (vgl. 264 ff.), zum Abtreibungsparagrafen (vgl. 284 ff.) und schließlich zu den Berufsverboten im öffentlichen Dienst (vgl. 295 ff.) die Perspektive einer möglichen „Selbstkorrektur“ (263) dieses Gerichts auf der Grundlage seiner Minderheitsvoten auch nur auszusprechen? — Wie eine Antwort darauf liest sich ein Text von 1955: Auch das Bundesverfassungsgericht ist „bloßer Bestandteil der gesamten demokratischen Ordnung . . . , die Art. 20 GG begründet“. Es ist „dem Grundgesetz nicht übergeordnet, sondern unterworfen. (. . .) Also ist auch das Bundesverfassungsgericht weder Herr der Auslegung der Verfassung noch Hüter der demokratischen Ordnung. Es ist lediglich ein Hilfsorgan des wirklichen Hüters der Verfassung, nämlich des Volkes“ (77 f.). „So bleibt“, schließt Abendroth 1975 an, „nur noch der politische Kampf (und natürlich auch noch der verwaltungsgerichtliche in Einzelfällen) als Mittel übrig, um der Bundesrepublik den Weg zu ersparen, den das deutsche Reich von 1930 bis 1933 zurückgelegt hat“ (302). — Wie bisher geht es um die Substanz des Grundgesetzes, das selbst ein Resultat sozialer Kräfteverschiebungen in der bürgerlichen Gesellschaft ist, die (wie eingeschränkt auch immer) auch im nachfaschistischen Westdeutschland wirksam werden mußten, ihren Ausgangspunkt aber weit früher in den Kämpfen der europäischen Arbeiterbewegung seit 1848 haben. In diesem Jahr der französischen Februarrevolution entstand die „Kompromißformel“ vom „demokratischen und sozialen Rechtsstaat“ (vgl. 181). Das Anwachsen der sozialen Bewegung begründet die These, „daß auf lange Sicht in unserer Zeit Demokratie als bloß formale Demokratie nicht mehr möglich ist und daß mit der formalen Demokratie auch die durch den Liberalismus entwickelten kulturellen Werte verschwinden müssen, wenn es nicht gelingt, durch Umwandlung der formalen Demokratie des Staates in die soziale der Gesellschaft einer positiven Lösung zuzusteuern“ (34). In der Bundesrepublik erweist sich die entschiedene Verteidigung der demokratischen *Form* im selben Moment als Schritt zur Durchsetzung des sozialen *Inhalts*. Dieser Kampf bei uns hat, wie die Erfahrungen mit dem deutschen Faschismus zeigen, übernationale Bedeutung „im Interesse von Frieden und Sicherheit in Europa. Er bedarf, wenn er Erfolg haben soll, der Solidarität aller Demokraten Europas“ (302). Man mag mit dem Herausgeber

durch diese Art der Argumentation die klassische deutsche Sozialdemokratie des Erfurter Programms in der gleichen Weise angegriffen“ (97). Das Urteil ist eine Waffe, mit der „im Ernstfall jede proletarische Klassenorganisation getroffen werden“ kann (95).

Wenn Abendroth schon 1955 von der „Gefahr der gewaltsamen Beseitigung der letzten demokratischen Positionen“ (81) spricht und Ende der fünfziger Jahre nurmehr von der „Verteidigung der Reste demokratischer Möglichkeiten“ (134), muß dann nicht seine beharrliche Berufung auf die rechtsstaatlichen Grundlagen der Bundesrepublik spätestens heute sinnlos erscheinen und zur Resignation führen? Nützt es, angesichts der jüngsten Bundesverfassungsgerichtsurteile „gegen Hochschulreform und Mitbestimmung“ (vgl. 250 ff.), zur beschränkten Gültigkeit des Grundlagenvertrages (vgl. 264 ff.), zum Abtreibungsparagrafen (vgl. 284 ff.) und schließlich zu den Berufsverboten im öffentlichen Dienst (vgl. 295 ff.) die Perspektive einer möglichen „Selbstkorrektur“ (263) dieses Gerichts auf der Grundlage seiner Minderheitsvoten auch nur auszusprechen? — Wie eine Antwort darauf liest sich ein Text von 1955: Auch das Bundesverfassungsgericht ist „bloßer Bestandteil der gesamten demokratischen Ordnung . . . , die Art. 20 GG begründet“. Es ist „dem Grundgesetz nicht übergeordnet, sondern unterworfen. (. . .) Also ist auch das Bundesverfassungsgericht weder Herr der Auslegung der Verfassung noch Hüter der demokratischen Ordnung. Es ist lediglich ein Hilfsorgan des wirklichen Hüters der Verfassung, nämlich des Volkes“ (77 f.). „So bleibt“, schließt Abendroth 1975 an, „nur noch der politische Kampf (und natürlich auch noch der verwaltungsgerichtliche in Einzelfällen) als Mittel übrig, um der Bundesrepublik den Weg zu ersparen, den das deutsche Reich von 1930 bis 1933 zurückgelegt hat“ (302). — Wie bisher geht es um die Substanz des Grundgesetzes, das selbst ein Resultat sozialer Kräfteverschiebungen in der bürgerlichen Gesellschaft ist, die (wie eingeschränkt auch immer) auch im nachfaschistischen Westdeutschland wirksam werden mußten, ihren Ausgangspunkt aber weit früher in den Kämpfen der europäischen Arbeiterbewegung seit 1848 haben. In diesem Jahr der französischen Februarrevolution entstand die „Kompromißformel“ vom „demokratischen und sozialen Rechtsstaat“ (vgl. 181). Das Anwachsen der sozialen Bewegung begründet die These, „daß auf lange Sicht in unserer Zeit Demokratie als bloß formale Demokratie nicht mehr möglich ist und daß mit der formalen Demokratie auch die durch den Liberalismus entwickelten kulturellen Werte verschwinden müssen, wenn es nicht gelingt, durch Umwandlung der formalen Demokratie des Staates in die soziale der Gesellschaft einer positiven Lösung zuzusteuern“ (34). In der Bundesrepublik erweist sich die entschiedene Verteidigung der demokratischen *Form* im selben Moment als Schritt zur Durchsetzung des sozialen *Inhalts*. Dieser Kampf bei uns hat, wie die Erfahrungen mit dem deutschen Faschismus zeigen, übernationale Bedeutung „im Interesse von Frieden und Sicherheit in Europa. Er bedarf, wenn er Erfolg haben soll, der Solidarität aller Demokraten Europas“ (302). Man mag mit dem Herausgeber

diese Argumentation als „wesentlich defensiv“ (9) kennzeichnen; jede einzelne Fallstudie des vorliegenden Bandes lehrt zugleich, daß die Strategie alternativlos ist, soll der Anschluß gelingen an die internationale Offensive der Demokratie in unserem Jahrhundert.

Dieter Krause (Berlin/West)

Gonzalez, Edward: Cuba under Castro: The Limits of Charisma, Houghton Mifflin Company, Boston 1974 (241 S., br., 28,50 DM).

Alves, Marcio M.: Erster beim Sterben, letzter beim Essen. Kuba. Eine Arbeiterfamilie erzählt, Rowohlt Taschenbuch Verlag, Reinbek 1975 (153 S., br., 5,80 DM).

Kuba. Politik — Wirtschaft — Außenbeziehungen 1959—1975. Sonderausgabe Aktueller Informationsdienst Lateinamerika, hrsg. vom Institut für Iberoamerikakunde, Dokumentations-Leitstelle Lateinamerika, Hamburg 1975 (253 S., br., 20,— DM).

Huteau, Michel, u. Jacques Lautrey: L'éducation à Cuba. Verlag François Maspero, Paris 1973 (250 S., br., 28 fr.).

Das Interesse an der kubanischen Revolution ließ in der Bundesrepublik spürbar nach, als wenige Jahre nach dem Tod Ché Guevaras der Eindruck entstand, als würde sie sich von den Befreiungsbewegungen in Lateinamerika distanzieren und unter der Ägide der Sowjetunion ihre Autonomie preisgeben. Seitdem sie in den Augen vieler hiesiger Sympathisanten ihren exotischen Reiz und deshalb ihre Attraktion als Mekka des Revolutionstourismus verlor, blieb es Sozialwissenschaftlern in anderen Ländern — vor allem in den Vereinigten Staaten — überlassen, die Entwicklung des kubanischen Sozialismus, auch über das kritische Stadium 1970—1972 hinaus, kontinuierlich weiter zu beobachten und zu beschreiben. Zahlreiche Monographien und Aufsätze, die aus der nordamerikanischen Kubaforschung hervorgegangen sind, behandeln noch die ökonomischen Defekte und politischen Querelen, die aus der Zuckerernte von 1970, der Gran Zafra, resultierten. Als die Vorbereitungen für diese größte „Produktionsschlacht“ seit 1959 begannen, schien der Zweck der monströsen Planziffer von 10 Millionen Tonnen Zucker noch plausibel: denn die Regierung wollte den Zuckersektor aufgrund seiner komparativen Vorteile zum strategischen Hebel der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung machen und die Kubaner im Zuge einer beispiellosen Massenmobilisierung stärker hinter der Revolution zusammenschließen. Doch erwies sich die Zafra 70, wie Gonzalez (199) resümiert, nicht nur per se in der Kosten-Nutzen-Relation als „makroökonomischer Irrtum“, weil der Aufwand an Ressourcen in keinem passablen Verhältnis zum Produktionsergebnis stand, sondern die Überkonzentration von Arbeit, Kapital und Transportwesen auf den Zuckersektor begann zudem bereits von 1968 an andere Zweige der kubanischen Wirtschaft zu lähmen (209). Wie sehr z. B. die Milchproduktion, die Baustoffindustrie und die Stahlerzeugung unter der

Hypertrophie der Zuckerproduktion gelitten hatten, gab Fidel Castro selbst am 26. Juli 1970 bekannt (211). Doch das Fiasko der *Gran Zafra* wirkte sich nicht nur auf die Wirtschaft des Landes aus, sondern es machte sich auch politisch bemerkbar. Zur gleichen Zeit, als die Kubaner erfahren mußten, daß der „nationale Streß“ (203), dem sie sich um der forcierten ökonomischen Entwicklung willen unterworfen hatten, eben dieser eher hinderlich als förderlich gewesen war, schnellte die Absentismus-Rate (Zahl der notorisch vom Arbeitsplatz Abwesenden) in die Höhe und erlahmte der politische Elan der vorangegangenen Jahre. Gonzalez ist bislang der einzige Autor, der zumindest andeutet, welchen Weg der kubanische Sozialismus aus der Krise 1970—1972 fand: nämlich den der Institutionalisierung (221 ff.). Vom Herbst 1970 an kamen etliche der Reformen in Gang, die Fidel Castro im Juli vorgeschlagen hatte oder die andere Mitglieder der Regierung später auf die Tagesordnung setzten. Die Gewerkschaften, die inzwischen „in der Versenkung verschwunden“ waren, begannen sich im November 1970 zu reorganisieren und ausgedehntere Funktionen als vorher wahrzunehmen. Die Institution der Produktionsversammlung auf Betriebsebene entwickelte sich zu einem Korrektiv der zentralen Planung, und ebendort machte die Trennung von Partei und Management einige Fortschritte. Im Sommer 1974 fanden in der Provinz Matanzas Wahlen zu den Organen der „Volksmacht“, einer Art Räte-System, statt, und schließlich begannen die Vorbereitungen zum ersten Parteitag der kommunistischen Partei und zum Plebiszit über eine neue kubanische Verfassung. Daß Gonzalez einen Teil dieser Tendenzen in seine Analysen bzw. Prognosen noch miteinbezogen hat, ist freilich fast der einzige Grund, die Studie interessant zu finden. Denn ansonsten folgt der Autor den ausgewalzten Spuren jener Kuba-Forschung, die Castro als „sozialistischen Caudillo“ (168 ff.) apostrophiert und zum unfreiwilligen Nachfolger Batistas erklärt (45). Mit anderen Autoren teilt Gonzalez auch die Meinung, daß der relativ hohe sozialökonomische Entwicklungsstand Kubas vor 1959 die Revolution als voluntaristischen Akt erscheinen läßt und daß die Radikalisierung der Revolution vor allem als Preis für sowjetische Hilfe zu verstehen ist (z. B. 121 ff., 187). Wenn nun aber die kubanische Revolution nicht auf Klassenkonflikten beruhte, so kann sie, folgert der Autor (z. B. 21 f., 33, 40, 43), nun schon mit einem Anflug von Originalität, nur ein Generationsphänomen gewesen sein: ein Aufstand der Jungen gegen die Alten. Dem mischt er noch das Nationalismus-Syndrom und die Guerilla-Mentalität als Kriterien des Befreiungskampfes und der Revolution bei, um mit dieser Trias dann monoman die gesamte Entwicklung Kubas seit 1959 zu erklären. Immerhin aber gehört Gonzalez nicht zu den Autoren, die über ihrer Kritik der kubanischen Revolution vergessen, welche elementaren Errungenschaften sie den ehemals ausgebeuteten und unterdrückten Massen brachte. Er vermerkt die erhöhte soziale Mobilität, hebt den Abbau des sozialen Gefälles zwischen Stadt und Land hervor und zählt einige der wichtigsten sozialen Einrichtungen auf (5 ff.). Diese Notizen sind um

so bemerkenswerter, als selbst unter „linken Europäern und Nordamerikanern“, wie Alves (11) beklagt, das Desinteresse an den existentiellen Bedürfnissen derer, die in einer Entwicklungsgesellschaft wie der kubanischen leben, weit verbreitet ist. Weil Alves der Borniertheit, die in der abstrakten Analyse und Kritik des kubanischen Sozialismus gelegentlich die Oberhand gewinnt, entgegenarbeiten wollte, entschloß er sich, auf die üblichen Formen einer wissenschaftlichen Untersuchung zu verzichten und stattdessen authentische Meinungen über die kubanische Revolution zu einem lebendigen Bericht zu kompilieren. Während eines Aufenthalts in Havanna im Winter 1973/74 fand Alves eine kubanische Familie, die ihn für drei Monate als „Mitglied“ bei sich aufnahm und seine Fragen über das Leben auf der Insel beantwortete. Die Erzählungen, die zumindest bei den Eltern Gutiérrez weit in die vorrevolutionäre Zeit zurückreichen, dann aber vor allem vom Alltag in der Fabrik, im Wohnviertel und in der Familie handeln, schnitt Alves auf Tonband mit und kürzte sie dann zu aufschlußreichen sozialen Stenogrammen zusammen. Vielleicht liegt es nur oder vor allem an dieser „Montage“, daß die Berichte recht unterschiedlich ausgefallen sind. Während der Vater Máximo, Tabakarbeiter und Gewerkschaftssekretär, ausführlich auf aktuelle Probleme der kubanischen Revolution wie die Gran Zafra mit ihren Folgen, die gewerkschaftliche Organisation, die Mikrobrigaden und die Arbeit der Massenorganisationen zu sprechen kommt und dem Bericht der Mutter Beatriz mancherlei Informationen über die soziale Infrastruktur in Kuba zu entnehmen sind, erschöpfen sich die Erzählungen der Tochter Maria und des Schwiegersohns Pedro eher in Alltäglichkeiten. Dennoch sind sie bedeutsam, da sie Aufschluß darüber geben, wie stark die vorrevolutionären Traditionen sozialen Verhaltens bis in die Gegenwart fortwirken und gelegentlich mit Maximen des Fortschritts — wie Bildung und Rassenintegration — in Konflikt geraten. Eines jedoch ist allen vier Stenogrammen gemeinsam: sie beweisen — um Alves (18) selbst zu zitieren —, „daß die Kubaner vertrauten Umgang mit der Kritik haben. Sie sprechen über alles offen und freimütig. Vor allem aber sprechen sie von dem, was sie der Revolution verdanken und was Kubaner sein heute bedeutet.“ Während dieses eindrucksvolle Dokument, das hier und da an Ernesto Cardenas Reisebericht aus dem Jahre 1971 erinnert (vgl. *Das Argument* 88, 16. Jg. Dezember 1974, S. 1035 f.), weil es auch die Handschrift des intim mit den kubanischen Problemen vertrauten Lateinamerikaners erkennen läßt, die Revolution gewissermaßen von innen schildert, dokumentiert der Kuba-Band, den das Hamburger Institut für Iberoamerika-Kunde im Sommer 1975 vorlegte, die Entwicklung der vergangenen — speziell der siebziger — Jahre aus europäischer Sicht. Auch in der Form unterscheidet sich dieser Band von dem zuvor besprochenen Buch: denn es handelt sich um eine Sammlung von Daten und Materialien, die dem Leser, der sich eingehender — vielleicht wissenschaftlich — mit den politischen, wirtschaftlichen und außenpolitischen Aspekten der kubanischen Revolution befassen will, helfen soll, sich vorläufig zu

orientieren. Diesem propädeutischen Zweck dienen vor allem eine Sammlung geographischer, soziologischer, demographischer etc. Basisdaten, eine Chronologie, die die wichtigsten politischen und wirtschaftspolitischen Ereignisse seit 1959 synoptisch umfaßt und eine Auswahlbibliographie, die einen Großteil der neueren monographischen und Zeitschriftenliteratur über Kuba enthält. Obwohl darin einige Mängel und Fehler zu entdecken sind, wird selbst der Kuba-Spezialist diese Teile der Studie als überaus nützliche Hilfsmittel zu schätzen wissen. Weniger günstig fällt das Urteil über die beiden Textbeiträge, die als Erläuterungen zu der umfangreichen Pressedokumentation am Schluß des Bandes gedacht sind, und über diese selbst aus. Auch wenn die Autoren ausdrücklich betonen (2), daß es ihnen nicht um fundierte Analysen, sondern nur um einführende Kommentare geht, so ist dennoch der etwas oberflächliche Stil ihrer Beiträge zu monieren. Zwar gibt Wolfgang Grenz einen relativ systematischen Überblick über die „Veränderungen in den Außenbeziehungen Kubas“, der zeigt, wie die Inselrepublik während der letzten Jahre die ihr von den Vereinigten Staaten und der OAS aufgezwungene nahezu totale Isolation innerhalb der westlichen Hemisphäre durchbrach, ohne aber die Gründe dafür wirklich zu spezifizieren. Das Problem der „neuen Abhängigkeit“ Kubas vom „Ostblock“, das er anschnidet, läßt er — mit dem Diktum eines anderen Autors (17) — auf sich beruhen. Gravierender sind allerdings die Mängel, die der Beitrag von Rogelio Villegas über „Probleme, Strukturen und Entwicklungen der kubanischen Wirtschaft unter besonderer Berücksichtigung der Außenwirtschaft“ aufweist. Da der Autor die politische Ökonomie Kubas nicht unter dem Aspekt der Übergangsgesellschaft im allgemeinen betrachtet und die wirtschaftliche Entwicklung seit 1970 nicht unter den Vorzeichen der „revolutionären Offensive“ von 1968 und der „Gran Zafra“ von 1970 — im besonderen — sieht, frappt es kaum, daß seine Skizze den komplexen Zusammenhang von Planung, Produktion und Bewußtsein nur erahnen läßt, nicht aber diskursiv behandelt. Deshalb erfährt der Leser denn auch wenig oder gar nichts über die konkreten Probleme, die in diesem Kontext eine Rolle spielen: Planungsstruktur, Anreizsystem, Absentismus, Normen, Emulación (sozialistischer Wettbewerb), Lohnskalen, Produktivität, Partizipation der Arbeiter etc. Für Villegas stellt sich die jüngste kubanische Wirtschaftsgeschichte als linearer Prozeß dar, den es quantitativ zu erfassen und statistisch zu dokumentieren gilt. Wie wenig er die Dialektik dieses Prozesses und seine immanenten Widersprüche begreift — z. B. die Alternationen zwischen moralischen und materiellen Anreizen —, gibt er zu erkennen, wenn er den Übergang von der „Experimentier-“ zur „Konsolidierungsphase“ der siebziger Jahre folgendermaßen charakterisiert (32): „Die in den sechziger Jahren gemachten Erfahrungen und Teilerfolge, die abgesicherte neue ordnungspolitische Struktur Kubas (? , F. N.) und nicht zuletzt die veränderten Gegebenheiten in der Ost-West-Auseinandersetzung veranlaßten zu einer Neuorientierung, die langfristige Ziele anstreben konnte, eine Verbreiterung

orientieren. Diesem propädeutischen Zweck dienen vor allem eine Sammlung geographischer, soziologischer, demographischer etc. Basisdaten, eine Chronologie, die die wichtigsten politischen und wirtschaftspolitischen Ereignisse seit 1959 synoptisch umfaßt und eine Auswahlbibliographie, die einen Großteil der neueren monographischen und Zeitschriftenliteratur über Kuba enthält. Obwohl darin einige Mängel und Fehler zu entdecken sind, wird selbst der Kuba-Spezialist diese Teile der Studie als überaus nützliche Hilfsmittel zu schätzen wissen. Weniger günstig fällt das Urteil über die beiden Textbeiträge, die als Erläuterungen zu der umfangreichen Pressedokumentation am Schluß des Bandes gedacht sind, und über diese selbst aus. Auch wenn die Autoren ausdrücklich betonen (2), daß es ihnen nicht um fundierte Analysen, sondern nur um einführende Kommentare geht, so ist dennoch der etwas oberflächliche Stil ihrer Beiträge zu monieren. Zwar gibt Wolfgang Grenz einen relativ systematischen Überblick über die „Veränderungen in den Außenbeziehungen Kubas“, der zeigt, wie die Inselrepublik während der letzten Jahre die ihr von den Vereinigten Staaten und der OAS aufgezwungene nahezu totale Isolation innerhalb der westlichen Hemisphäre durchbrach, ohne aber die Gründe dafür wirklich zu spezifizieren. Das Problem der „neuen Abhängigkeit“ Kubas vom „Ostblock“, das er anschnidet, läßt er — mit dem Diktum eines anderen Autors (17) — auf sich beruhen. Gravierender sind allerdings die Mängel, die der Beitrag von Rogelio Villegas über „Probleme, Strukturen und Entwicklungen der kubanischen Wirtschaft unter besonderer Berücksichtigung der Außenwirtschaft“ aufweist. Da der Autor die politische Ökonomie Kubas nicht unter dem Aspekt der Übergangsgesellschaft im allgemeinen betrachtet und die wirtschaftliche Entwicklung seit 1970 nicht unter den Vorzeichen der „revolutionären Offensive“ von 1968 und der „Gran Zafra“ von 1970 — im besonderen — sieht, frappt es kaum, daß seine Skizze den komplexen Zusammenhang von Planung, Produktion und Bewußtsein nur erahnen läßt, nicht aber diskursiv behandelt. Deshalb erfährt der Leser denn auch wenig oder gar nichts über die konkreten Probleme, die in diesem Kontext eine Rolle spielen: Planungsstruktur, Anreizsystem, Absentismus, Normen, *Emulación* (sozialistischer Wettbewerb), Lohnskalen, Produktivität, Partizipation der Arbeiter etc. Für Villegas stellt sich die jüngste kubanische Wirtschaftsgeschichte als linearer Prozeß dar, den es quantitativ zu erfassen und statistisch zu dokumentieren gilt. Wie wenig er die Dialektik dieses Prozesses und seine immanenten Widersprüche begreift — z. B. die Alternationen zwischen moralischen und materiellen Anreizen —, gibt er zu erkennen, wenn er den Übergang von der „Experimentier-“ zur „Konsolidierungsphase“ der siebziger Jahre folgendermaßen charakterisiert (32): „Die in den sechziger Jahren gemachten Erfahrungen und Teilerfolge, die abgesicherte neue ordnungspolitische Struktur Kubas (? , F. N.) und nicht zuletzt die veränderten Gegebenheiten in der Ost-West-Auseinandersetzung veranlaßten zu einer Neuorientierung, die langfristige Ziele anstreben konnte, eine Verbreiterung

landwirtschaftliche Produktionspläne einbezogen sind und den Schülern zugleich intellektuelle und manuelle Leistungen abverlangen. Aber auch im Primarschul- und im universitären Bereich gibt es bereits vielversprechende Ansätze für eine solche Entwicklung (120 ff.). Allerdings machen die Autoren nicht nur auf diese Fortschritte, sondern auch auf die Tatsache aufmerksam, daß die Erziehung in Kuba noch immer ein widersprüchlicher Prozeß ist (7 f.), dessen Gründe letztlich in der Natur der Übergangsgesellschaft liegen. Diese Widersprüche dokumentieren sich nicht nur in der „Koexistenz“ von traditioneller und sozialistischer Schule. Wie sehr die sozialpsychischen Relikte und kulturellen Restriktionen der Vergangenheit bis heute nachwirken, zeigt sich zum Beispiel daran, daß die Effizienz des Schulsystems noch immer unter der „*désertion scolaire*“ (83) bzw. den „*retards scolaires*“ (85) leidet und daß die Jugendlichen ihre beruflichen Präferenzen ganz offensichtlich eher unter dem Aspekt des — am traditionellen Wertsystem orientierten — eigenen sozialen Status als dem des gesellschaftlichen Bedarfs entwickeln (95 ff.). Daß die kubanische Regierung diese Probleme nicht mit autoritären Mitteln, sondern durch Information und Aufklärung zu lösen sucht, erwähnen die Autoren mehrmals (96, 99, 101). Die Antwort auf all jene Fragen, die am Ende offen bleiben, machen sie von den politischen Optionen abhängig, für die sich die kubanische Revolution entscheidet (151). Inzwischen ist die Entscheidung für die Institutionalisierung und Demokratisierung des politischen Prozesses gefallen. Sie beginnt sich in der Praxis auszuwirken, und es ist anzunehmen, daß sich damit nicht nur für die Produktion, Verwaltung, staatliche Struktur und Massenorganisationen, sondern eben auch für den Bildungssektor neue Perspektiven eröffnen.

Frank Niess (Heidelberg)

Jura

Autorenkollektiv: Marxistisch-leninistische allgemeine Theorie des Staates und des Rechts. Grundlegende Institute und Begriffe. Band 1. Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1974 (504 S., Ln., 32,— DM).

Dieser Band gehört zu einem vierbändigen Werk, das von einem Autorenkollektiv (u.a. Chalfina, Nedbailo, Tschchikwadse) des Instituts für Staat und Recht der Akademie der Wissenschaften der UdSSR im Jahre 1970 in der SU erstmals publiziert wurde und inzwischen vollständig in deutscher Sprache erschienen ist. Es kann als repräsentativ für die dominierende sowjetische Rechtslehre gelten, die keineswegs aus einer völlig einheitlichen „Doktrin“ besteht und eine äußerst wechselhafte und partiell unmarxistische Geschichte hinter sich hat. Das voluminöse Werk ist eine späte Frucht der nachstalinistischen Rekonstruktion, die die sowjetische Rechtstheorie der zwanziger Jahre teilweise zu rehabilitieren versucht.

Einführend wird versucht, der Staats- und Rechtswissenschaft einen „selbständigen Platz“ (9) unter den Gesellschaftswissenschaften zuzuweisen, wenn auch auf der Grundlage der politischen Ökonomie, der Philosophie und des wissenschaftlichen Kommunismus. Die eigenständige Rolle der Staats- und Rechtswissenschaft wird aus der relativen Selbständigkeit von Staat und Recht und den Besonderheiten der Staats- und Rechtsformen abgeleitet. Die allgemeine Staats- und Rechtstheorie (Kap. 1, 35 ff.) habe sich mit den „allgemeinen Gesetzmäßigkeiten der Bewegung, des Aufbaus und der Wirkungsweise des staatlich-rechtlichen Überbaus“ (43) aller sozialhistorischen Typen zu befassen. Die Autoren heben permanent hervor, daß die Bedeutung von Staat und Recht nicht nur in kapitalistischen Gesellschaften, sondern auch im „entwickelten Sozialismus“ der Gegenwart ständig zunehme, wenn auch mit gegensätzlichen Funktionen. Im Sozialismus stünden deshalb der Staats- und Rechtswissenschaft noch „gewaltige Möglichkeiten“ (15) offen.

Zu Beginn des Hauptteils (118 ff.) skizzieren die Verfasser die Geschichte der sowjetischen Rechtstheorie in drei Abschnitten: die Übergangsgesellschaft bis Mitte der dreißiger Jahre, die erste Periode des „siegreichen Sozialismus“ bis Ende der fünfziger Jahre sowie die gegenwärtige Etappe. Das Autorenkollektiv kritisiert die in den ersten beiden Etappen begangenen Fehler (120 ff.) vom Standpunkt seines normativen Rechtsverständnisses, das zuerst von Krylenko (1924) entwickelt worden sei. Dieses zeichnet sich im Gegensatz zum soziologischen Rechtsbegriff dadurch aus, daß es nicht die wirklichen Rechtsbeziehungen in Ökonomie und Politik, sondern die Rechtsnormen (Gesetze) des Staates als bestimmend ansieht. Dementsprechend beginnt für die Autoren die Geschichte der Fehler schon mit der berühmten ersten sowjetischen Rechtsdefinition des russischen Volkskommissariats für Justiz von 1919, die Stutschka zugeschrieben wird: „Das Recht ist ein System (oder eine Ordnung) gesellschaftlicher Verhältnisse, das den Interessen der herrschenden Klasse entspricht und von ihrer organisierten Gewalt aufrechterhalten wird.“ Stutschka und insoweit auch Paschukanis (127 ff.) hätten verkannt, daß die gesellschaftlichen Verhältnisse der Produktion, des Austausches usw. nicht den Inhalt des Rechts ausmachten und die Rechtsnormen fälschlich zur subjektiven Seite des Rechts erklärt. Zu den Fehlern der Übergangsperiode zählen die Autoren u. a. die „groben rechtsopportunistischen Ausfälle gegen die Idee der Diktatur des Proletariats“, die den Interessen „der NÖP-Leute und Kulakenelemente“ gedient hätten, die trotzkistische „Leugnung der historischen Rolle der Diktatur des Proletariats“ (122), die ungenaue Interpretation der Klassikertexte über das Absterben des Staates im Sozialismus und den „Rechtsnihilismus“, der das Recht zusammen mit der bürgerlichen Gesellschaft zum Absterben verurteilte und kein sozialistisches Recht anerkannte.

Die zweite Entwicklungsetappe der SU wird überwiegend positiv beurteilt, weil der normative Rechtsbegriff und die Auffassung vom Staat als Hauptinstrument des sozialistischen Aufbaus sich endgültig

durchsetzen. Andererseits wird auf wenigen Zeilen angedeutet (Stalin bleibt ungenannt), daß der „Personenkult“ (132) und die stalinistische These der zu verstärkenden Klassenunterdrückung und die Überbetonung der Straffunktion des Staates (135) zu einem „normativistischen Drall“ (136) geführt hätten. Der stalinistische Rechtsbegriff (Wyschinski) akzeptierte nur den Klassenwillen der herrschenden Klasse und die ihr „vorteilhaften und genehmen“ Verhältnisse; er ignorierte die dazu im Widerspruch stehenden gesellschaftlichen Verhältnisse und besonders die Antagonismen im Recht (z. B. Streikrecht). Das Resümee der Verfasser ist letztlich positiv, denn die Fehler der ersten Etappen seien „ausgemerzt“ (125/138) worden. Die materialistische Erklärung der Fehler sucht man vergebens. Sie sollen bedingt sein durch die unpräzise Rezeption der Klassiker, nicht durch die ökonomische und politische Entwicklung, z. B. durch die Wiedereinführung von Privateigentum und Markt infolge der Neuen Ökonomischen Politik ab 1921, dem niedrigen Entwicklungsstand der Produktivkräfte usw. Diese Darstellung macht das geschichtlich korrigierte Logische (Engels) zum (philo-)logisch korrigierten Geschichtlichen.

Staat und Recht gehören nach Ansicht der Autoren in der Weise zusammen, daß kein Recht ohne den Staat existiert: „In der Gesellschaft ohne Staat hat es das Recht nicht gegeben und wird es das Recht nicht geben“ (151). Der normative Rechtsbegriff macht sich an der Rechtsnorm, dem Gesetz, fest. Das Wesen des Rechts sei das System der staatlich festgelegten Normen, die den Willen der herrschenden Klasse oder aller Werktätigen (im Sozialismus) ausdrücken, die gesellschaftlichen Verhältnisse regulieren und im Falle seiner Verletzung durch Zwang gewährleistet werden (273). Da der Überbau insgesamt und nicht nur das Recht ökonomisch bedingt sei, meinen die Autoren schlußfolgern zu dürfen, die „materielle Bedingtheit“ aus dem Rechtsbegriff ausklammern und an den Rand ihrer Überlegungen stellen zu können. Relativ kurz wird abgehandelt, daß der Staat aus der Klassenspaltung hervorgeht (147). Da der Staat der „entwickelten sozialistischen Gesellschaft“ der (erste) Staat des gesamten Volkes sei und keine Klassen mit entgegengesetzten Interessen kenne, könne die auf dem Klassenantagonismus aufbauende Leninsche Staatsdefinition nicht mehr angewendet werden (159). Die in der SU vertretene Meinung, daß ein allgemeiner, für alle Gesellschaftsformationen gültiger Staatsbegriff unmöglich sei, lehnt das Autorenkollektiv jedoch ab (160). Es klammert in seiner Definition bewußt aus, welche Klasse den Staatsapparat in Händen hält und mit welchen Mitteln die Staatsmacht ausgeübt wird (160). Insgesamt interessieren sich die Autoren wenig für die ökonomische Bedingtheit von Staat und Recht; größere Beachtung finden dagegen die relative Selbständigkeit und die Einwirkung von Staat und Recht auf die ökonomische Basis (vor allem 305 ff.). Einerseits bestimmen die Produktionsverhältnisse den juristischen Überbau, andererseits seien unterschiedliche Staats- und Rechtsformen bei gleichen Produktionsbedingungen in verschiedenen Ländern möglich (307). Insbesondere

das Klassenkräfteverhältnis bedinge die Spezifik der konkreten Form eines Staatstyps (172).

Die Beziehung der juristischen Überbauerscheinungen untereinander definieren die Verfasser so, daß die Rechtsnormen das Primäre gegenüber den Rechtsverhältnissen und der Rechtsideologie (Rechtsbewußtsein) seien, weil nur sie „jene formale Bestimmtheit“, „Organisiertheit, Ordnung und Disziplin“ (257) hätten. Dem Rechtsverhältnis komme nur die Bedeutung des Mittels zur Verwirklichung der Rechtsnormen zu. Die Konsequenz: Außerhalb des Regimes der „Gesetzlichkeit“ — Methode zur Realisierung der Gesetze / staatliche Leitungsmethode — sei keine Rechtsordnung denkbar (391). „Es kann und darf keine Rechtsverhältnisse geben, die der Gesetzlichkeit widersprechen“ (400); gibt es sie aber doch (394), so seien diese gesetzwidrige, „faktische Verhältnisse“. Die Aufspaltung des Rechts in zwei Kategorien ist die notwendige Konsequenz der normativ-juristischen Weltanschauung: hier die faktische Rechtsordnung, dort die nicht realisierte Rechtsordnung (392), die selbst, wenn sie nur auf dem Papier steht, noch die unterste Etage des Überbaus sein soll; werden die Rechtsnormen freiwillig erfüllt, so sollen sie dennoch ihren Zwangscharakter behalten (258). Solches Klassifizierungsdenken läßt die wesentlichen Fragen nach dem ökonomischen Inhalt der Rechtsverhältnisse und den Formen der Rechtsverhältnisse, Gesetze etc., die die bestimmten Produktionsformen notwendig hervorbringen müssen, fast verschwinden. Darüber hinaus unterschlägt die Verabsolutierung des Gesetzes u. a., daß die kapitalistischen Produktionsverhältnisse hauptsächlich vertraglich (z. B. Arbeits- und Tarifverträge) reguliert werden.

Der ahistorische Normativismus der Autoren beginnt mit dem Zugeständnis, daß das Proletariat unmittelbar nach der Oktoberrevolution sich „nicht nur von juristischen Normen leiten“ (127) ließ und endet mit dem Widerspruch, daß Staat und Recht im „entwickelten Sozialismus“ den objektiven und weitgehend den subjektiven Interessen des gesamten Volkes entsprechen und in ihrer Bedeutung ständig steigen sollen, andererseits aber, undiskutiert und floskelhaft, auf das Absterben von Staat und Recht in ferner Zukunft verwiesen wird.

Helmut D. Fangmann (Berlin/West)

Ökonomie

Smith, Adam: Der Wohlstand der Nationen. Eine Untersuchung seiner Natur und seiner Ursachen. Aus dem Englischen übertragen und mit einer Würdigung von Horst Claus Recktenwald. Verlag C. H. Beck, München 1974 (LXXIX u. 860 S., Ln., 88,— DM).

Recktenwald, Horst Claus: Adam Smith. Sein Leben und sein Werk. C. H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung, München 1976 (XVI u. 312 S., Ln., 68,— DM).

Die umfangreiche Würdigung des Werkes von Adam Smith, die Recktenwald seiner Neuübertragung der „Inquiry into the Nature

and Causes of the Wealth of Nations“ voranstellt, verdient aus zwei Gründen besondere Beachtung: a) Sie ist eine traurige Glanzleistung der Auseinandersetzung mit der Theorie von Marx und b) eine Bankrotterklärung der gegenwärtigen Nationalökonomie im Umgang mit der überlieferten ökonomischen Theorie. — Um „freiheitliche Ideen und Einsichten humaner Gelehrsamkeit auch in unserer Zeit lebendig zu erhalten“ (V, Würdigung), mußte schon bei der Textübertragung vom Herausgeber darauf geachtet werden, daß die deutsche Übersetzung möglichst keine marxistische Interpretation zuläßt, denn, so Recktenwald: „Bereits im ersten Satz würde ein Weglassen oder eine falsche Übersetzung des Wortes originally mit *letztlich* anstatt *ursprünglich*, im Sinne von am Anfang der Entwicklung eines Gemeinwesens oder einer Gesellschaft, zu jener irrigen Behauptung beitragen oder führen, Smith habe nur die Arbeit als wert- oder ertragssteigernd angesehen und somit die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen bei Wegnahme dieses Mehrwerts begründet, zu einem jener unausrottbaren Irrtümer, ja Verdrehungen, die heute, nach 2 Jahrhunderten Wohlstand der Nationen, noch immer weit verbreitet sind oder werden“ (VI, Würdigung). Daß die bisher einzige deutsche Übersetzung des *Wealth of Nations* aus der Feder eines Marxisten gerade dieses Wort nun doch mit „ursprünglich“ übersetzt, scheint Recktenwald entgangen zu sein (S. 5 in: A. Smith: Eine Untersuchung über das Wesen und den Reichtum der Nationen. Übersetzt und eingeleitet von Peter Thal, Berlin [DDR] 1973) und hat überdies die Marxisten nicht daran gehindert, mit Marx zu erklären: „Bei A. Smith aber ist es die allgemein gesellschaftliche Arbeit, . . ., die den Wert schafft“ (MEW 26, 1; S. 56).

Das „Irrige“ an dieser Behauptung fällt auf Smith selbst zurück, da er auf der Suche nach der Quelle des Warenwerts die Arbeit findet (28, 30/31, 33, 44, 161, Wohlstand der Nationen). Doch bekanntlich finden sich bei ihm auch Textstellen wie diese: „Lohn, Gewinn und Rente sind die drei Urquellen eines jeden Einkommens wie eines jeden Tauschwertes“ (46, Wohlstand der Nationen). Die Tendenz dieser Aussage vereinseitigend, glaubt Recktenwald, Smith zum Kronzeugen seiner eigenen nicht eben originellen „Kritik“ der Arbeitswerttheorie machen zu können: „Sobald nämlich Kapital und Boden ebenso produktiv wie Arbeit an der Wertschöpfung beteiligt sind, muß selbstverständlich der Wert der verfügbaren Güter den Wert der eingesetzten Arbeit um die Beiträge von Kapital und Boden, die ja zu *dritt den Mehrwert* bilden (!), übersteigen“ (LIV, Würdigung).

Marxens kritische Fortentwicklung der Arbeitswerttheorie zur Mehrwerttheorie wird von Recktenwald in einer Fußnote mit der Bemerkung erledigt: „Daraus eine Theorie der Ausbeutung des Arbeiters zu konstruieren, ist einfach unhaltbar“ (LV, Würdigung). Überhaupt, wer in der Ökonomie den Begriff Ausbeutung verwendet, hat es mit Recktenwald verdorben. So ergeht es beispielsweise Joan Robinson! — Über die dialektische Methode weiß Recktenwald zu berichten, daß sie „in der *Moral* das Inhumane zum ‚Gesetz‘“ erhebt, „Marx' absurde Zukunftsvision“ letztlich Folge dieser Me-

thode ist (LXXIII, Würdigung), „und was das Prinzip der Dialektik anlangt, so sieht *Smith*, . . . , durchaus Disharmonien und Interessenkonflikte im Menschen selbst und unter Menschen, *nur verabsolutiert er sie nicht*, und *er löst sie auch nicht inhuman* oder brutal, wie die dialektische Praxis, etwa durch Demütigung, Ausweisung, Mord, Strick und Galgen oder Konzentrationslager“ (47, A. Smith, Leben und Werk).

Wie ist nun das Werk von Smith im Sinne von Recktenwald zu verstehen? Es trägt „den Stempel eines angelsächsischen *Pragmatismus*“ (XVI, Würdigung). „Das entscheidende Motiv . . . ist das Streben des einzelnen nach Verbesserung seiner ökonomischen Lage und seines sozialen Rangs. . . . Es handelt sich dabei aber um einen *geläuterten*, einen *aufgeklärten* und einen sozialen und rechtlichen *Regeln unterworfenen Egoismus*“ (XLI, Würdigung). Dieses Verhalten wird in Schranken gehalten, a) ökonomisch durch die Konkurrenz, b) durch die *Sympathie*, die den Egoismus zügelt, c) durch die *freiwillige* Anerkennung von gemeinsamen Regeln der Ethik und Gerechtigkeit und d) durch ein System *positiver* Gesetze (Staat) (XLI, Würdigung). Nach Ansicht Recktenwalds führt Smith „den *Ursprung* der ethischen Gefühle auf Gott oder die Vorsehung zurück“. Dann hebt Recktenwald beschwörend die Arme: „*letztlich* ist es Gottes Weisheit, die unser Handeln lenkt“ (XLII, Würdigung). Folglich sieht er „auch hinter Smiths Idee des *Ausgleichs* im Menschen selbst und in seinem sozialen Verhalten, also der inneren und äußeren Selbststeuerung zu einem neuen Gleichgewicht hin, letztlich die Vorsehung, seine *Unsichtbare Hand*“ (LXXII, Würdigung). Dem Theoretiker des Kapitalismus wird ein ethisch-religiös verwurzelter Individualismus unterstellt und damit eine theoretische Kontinuität zu den Ideologen der „Sozialen Marktwirtschaft“ konstruiert (Eucken, Müller-Armack, Hayek) (LXXV, Würdigung, und 283, A. Smith, Leben und Werk).

In Recktenwalds Smith-Biographie, die dem Leser, außer einem Kapitel über Smith und die Deutschen, nur eine stellenweise aufpolierte und umgruppierete Fassung der Würdigung bietet (die dabei eingestreuten Epigramme und Zitate tragen nicht zum Verständnis des Werkes bei), muß Smiths Haltung zur Französischen Revolution „gegen überstürzte Reformen“ und gegen „den Doktrinarismus einer Partei“ erhalten, „*der überall sein Programm* durchzusetzen trachte, *koste es, was es wolle*, . . . Besser kann man die *Hauptursache* der wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten in der Bundesrepublik heute kaum erklären“ (287, A. Smith, Leben und Werk). Deshalb ermahnt Recktenwald seine Leser, „einzelne Grundwahrheiten Smiths niemals aus dem Auge“ zu verlieren. Dazu gehört u. a., „daß wir die Vernunft und natürlich die Logik nur als Menschen mit *beschränktem* Verstand gebrauchen können (auch als ‚Planer‘ . . .), daß *in aller Regel* der *einzelne* in Selbstverantwortung und nicht irgendein Kollektiv (auch nicht ein sozialistisches) am besten weiß, was ihm nützt und zuträglich ist, daß die Menschen *im Grunde* nicht umzuerziehen sind, am wenigsten von ideologischen Fanatikern und

elitären Genossen, ...“ (XII, A. Smith, *Leben und Werk*). Spätestens jetzt muß sich der Leser entscheiden: „Freiheit oder Sozialismus“. Um dieser christlich-sozialen Indoktrination zu entgehen, empfehle ich dem interessierten Leser des „Wealth of Nations“ den Band 2 der Glasgow Edition of the works and correspondence of Adam Smith (Clarendon Press, Oxford), oder die deutsche Übersetzung von Peter Thal im Akademie-Verlag (DDR) (Bd. 1, 1963; Bd. 2, 1975; Bd. 3 wird 1979 erscheinen). Diese Übersetzung will „die von Smith verwendeten wissenschaftlichen Begriffe in der Bedeutung wiedergeben, welche sie in der klassischen englischen Ökonomie tatsächlich besessen haben“ (LXV, Thal-Ausgabe). Hingegen hat Recktenwald bei der Textübertragung „wo nötig“, „Umschreibungen gewählt“ und Wiederholungen „im Englischen durchaus lesbar“, „durch Wechsel im Ausdruck gemildert...“ (V, Vorwort, Wohlstand). So liest man denn abwechselnd von einer „Schicht“, dann wieder von einer „Klasse“; Profit ist verbannt, „Gewinn“ heißt es jetzt; „Gut“ wechselt sich mit „Ware“ ab, Akkumulation wird zur „Kapitalbildung“ bzw. „-ansammlung“, und aus den „manufactures“ werden „Erwerbszweige“. „Auf der Basis derartiger Übersetzungen bietet sich bereits vom deutschen Wort her eine vulgärökonomische Interpretation Schmith'scher Gedankengänge an“ (LXV, Thal-Ausgabe).

Heinrich Krüger (Berlin/West)

Johnson, Harry G.: *Inflation — Theorie und Politik*. Vahlen, München 1975 (152 S., br., 22,80 DM).

Dieser Band — in der Reihe Internationale Lehrbücher erschienen — ist alles andere als ein Lehrbuch. Vielmehr handelt es sich um einzelne Beiträge des bekannten Geldtheoretikers zur Auseinandersetzung zwischen verschiedenen bürgerlichen Schulen der Inflationstheorie.

Johnson ist Monetarist, d. h. er sieht die Hauptursache für die Inflation in der verfehlten Geldpolitik, verfällt jedoch nicht in die Simplifizierungen der Chicago-Schule. In seinem Ausgangspunkt unterscheidet er sich nicht von anderen Monetaristen. Bekanntlich besteht nach keynesianischer Auffassung in der kapitalistischen Wirtschaft keine Tendenz zur Vollbeschäftigung, weshalb dem Staat die Verantwortung für den Beschäftigungsgrad zufallen müsse. Diese Auffassung wird von Johnson in zweierlei Weise attackiert:

1. Der Sinn des Vollbeschäftigungsziels wird in Frage gestellt. Der Vollbeschäftigung Vorrang einzuräumen, fuße auf dem Glauben, „daß das wirtschaftliche Nirwana jener Zustand ist, in dem jeder auf den ihm im Leben zugeteilten Platz vollbeschäftigt ist, was bedeutet, daß für Vollbeschäftigung kein Preis in Form anderer wirtschaftlicher Störungen zu hoch ist. Dies ist eine Einstellung, die nur zu gerne geteilt wird von der organisierten Arbeiterbewegung und von denen, die Sozialismus mit dem Eintreten für das konservative Eigeninteresse ‚der Arbeiter‘ gleichsetzen. ... ‚Stempeln gehen‘ be-

deutete in den 1930er Jahren im Norden Englands Not und Erniedrigung, in den 1960er Jahren erhielt es die Bedeutung der Freiheit und wirtschaftlichen Verantwortungslosigkeit des Hippietums in Kalifornien.“ (17)

2. Vorausgesetzt, daß die richtige Geldpolitik betrieben wird, tendiert nach Johnson das kapitalistische System sowieso zu Vollbeschäftigung und Stabilität, während die permanenten Staatseingriffe die Inflation erst ermöglichen. Arbeitet so Johnson richtig heraus, daß die keynesianische Auffassung für die Erklärung der Inflation der Nachkriegsphase keine Anhaltspunkte bietet, so befinden sich die Punkte 1 und 2 doch im Widerspruch. Denn wenn eine Tendenz zur Vollbeschäftigung tatsächlich besteht, dann gibt es keinen Grund zur Polemik gegen die Anhänger der Vollbeschäftigung. Nach Johnson impliziert jedoch die nachfrageorientierte Beschäftigungspolitik der Keynesianer, daß der Preis- und Lohnmechanismus außer Kraft gesetzt wird, da jede Preis- bzw. Lohnänderung monetär alimentiert werden muß. Nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik muß so zur Inflation führen, während ihr Beschäftigungseffekt aufgrund der steigenden Inflationserwartung verschwinden muß. Daß eine solche Wirtschaftspolitik dennoch betrieben wird, wobei das Ziel der Inflationsbekämpfung stets im Munde geführt wird, ist nach Johnson auf die Besonderheiten des politischen Systems zurückzuführen. Politiker wissen, daß „sie von der Öffentlichkeit für deren Erfahrungen mit Arbeitslosigkeit und Inflation verantwortlich gemacht werden“ (11), und tendieren deshalb dazu, wirtschaftspolitische Maßnahmen in erster Linie unter dem Gesichtspunkt ihrer Wiederwahl zu betrachten. Daher werden der Wirtschaft unangemessene Bedingungen gesetzt: „Wenn die Regierung in der gleichen Weise wie die Leitung der großen Industrie-, Handels- und Finanzunternehmen gehandelt würde, betriebe man wahrscheinlich viel mehr und viel intensivere langfristige Planung.“ (15)

Johnson führt schließlich die verschiedenen Ansätze der Inflationstheorie der Keynesianer ad absurdum. Das Versagen des keynesianischen Konzeptes wird nach seiner Ansicht aber vollends erst im Weltmaßstab deutlich. Die gegenwärtige weltweite Inflation führt er darauf zurück, daß im gegenwärtigen Weltwährungssystem die Ausdehnung der Währungsreserven die realen Wachstumsraten ständig übersteigt.

Johnson zerstört die Illusion eines durch Regierungseingriffe zu stabilisierenden Kapitalismus. Im Hintergrund steht dabei jedoch der Glaube an ein sich selbst stabilisierendes wirtschaftliches System, das durch die richtige Form der Geldpolitik herbeigeführt werden könnte. Daß der Kapitalismus zu seiner Zählung nur der richtigen Geldpolitik bedürfe, ist allerdings eine viel ältere und umso weniger glaubhaft zu machende Illusion. Die wenigen Bemerkungen, die Johnson diesem Problem in seinem Buch widmet, machen jedoch deutlich, daß das neoklassische Gleichgewichtsmodell seine geheime Ausgangsbasis darstellt. Der Versuch mit Hilfe eines Modells ohne Kapitalakkumulation und Monopolisierung und ohne Rekurs auf

nationale und internationale Interessenkonstellationen die weltweite Inflation erklären zu wollen, mutet naiv an und korrespondiert mit dem sich durch das Buch hindurchziehenden Zynismus und der deutlichen Politikfeindlichkeit des Verfassers, die schon immer darauf hinauslief, das Interesse der Herrschenden zum Naturgesetz zu erklären.

Wolfgang Pfaffenberger (Oldenburg)

Frank, Jürgen: Kritische Ökonomie. Einführung in Grundsätze und Kontroversen wirtschaftswissenschaftlicher Theoriebildung. Rowohlt Verlag, Reinbek 1976 (222 S., br., 12,80 DM).

Frank greift das von vielen Ökonomen stark empfundene Bedürfnis nach einer kritischen Durchleuchtung der Theorie- und Modellbildung der herrschenden Wirtschaftswissenschaft, insbesondere unter methodischem Aspekt auf: in einer breit angelegten Einleitung (15—76) referiert er die wissenschaftstheoretischen Positionen des logischen Positivismus, des kritischen Rationalismus, der Habermaschen Kritik an ihm, sowie der Kuhnschen Theorie der Paradigmenwechsel, um im Hauptteil das Paradigma der herrschenden Wirtschaftswissenschaft, die Neoklassik also, zu kritisieren. Den Zusammenhang zwischen Methodologie und Ökonomie demonstriert er anhand der Anwendungsvorschläge für wirtschaftswissenschaftliche Theorien (Wohlfahrts-Ökonomie, Poppers Stückwerk-Sozialtechnik und deren Weiterentwicklung von Dahl, Lindblohm u. a. zum „Inkrementalismus“), denen er nachweist, daß sie völlig unkritisch Klischee-Vorstellungen über die kapitalistische Gesellschaft übernehmen. — Nach einer Kritik des kritischen Rationalismus (127 ff.) entwickelt Frank eine alternative Konzeption: eine mehr oder weniger plausible Zusammentragung dessen, was Soziologen und Ökonomen der verschiedensten Richtungen in den letzten Jahren empirisch über Arbeiterbewußtsein, Konsum- und Freizeitverhalten erarbeiteten, wobei die theoretische Verarbeitung ziemlich eklektisch ist.

Nach der Lektüre dessen, was Frank für „eine theoretisch und empirisch begründete rationale Rekonstruktion“ des „Marxsche(n) Paradigma(s)“ hält (77) — man erfährt z. B., „daß auch die modernen Organisationsformen der Arbeit im kapitalistischen Betrieb durch Herrschaft gekennzeichnet sind“ (176); wer aber den Mehrwert produziert und wer ihn sich aneignet, darüber muß man sich in anderen Büchern informieren —, fragt man sich ratlos, was denn nun eigentlich aus der „Kritischen Ökonomie“ folgt. Denn es fehlen die sozialistische Perspektive und erst recht die Einsicht in Möglichkeit und Notwendigkeit der praktischen Veränderung der kapitalistischen Verhältnisse. Sie fehlen notwendig. Denn Franks Kritik an der herrschenden Wirtschaftswissenschaft läßt sich in dem einen Satz zusammenfassen: Die Theorie stimmt nicht mit der Realität überein. Diese Nichtübereinstimmung wird der Theorie angelastet, woraus sich die Notwendigkeit einer Veränderung der Theorie, nicht etwa der Realität ergibt.

Aber *warum* ist die Wirtschaftstheorie realitätsfern? Was veranlaßt sie z. B., in einer Realität, die von Ungleichgewicht zu Ungleichgewicht taumelt, nach Gleichgewichten zu suchen? Der aus dieser Realität objektiv sich ergebende Zwang und zugleich die Unmöglichkeit zur Planung: anstelle eines bewußten Planziels muß — unter der Herrschaft des Privaten — ein Zustand angestrebt werden, der lediglich implizit als Ziel definiert ist: eben ein Gleichgewicht. Wenn daher die Theorie nach Prämissen sucht, bei denen die Realität in diesem Sinn planbar ist, so folgt notwendig, daß diese Prämissen — angewandt auf eine prinzipiell nicht planbare Realität wie den Kapitalismus — empirisch falsch sein *müssen*. — Das gilt ebenso für die Behandlung des Gewinns in der Gleichgewichtstheorie: Frank kritisiert, daß er in ihr nicht die Rolle des kapitalistischen Profits, sondern „bloß eine Rolle als Regulans für den optimalen Einsatz der knappen Ressourcen zur Befriedigung der Bedürfnisse“ spiele (175). Klar, daß der Kapitalist nicht seinen Profit maximiert, um die Bedürfnisse der Konsumenten zu befriedigen — insofern ist die Theorie falsch. Andererseits: damit der Gewinn die ökonomischen Entscheidungsträger auf das Ziel „optimaler Einsatz der Ressourcen zur Befriedigung der Bedürfnisse“ (d. h. auf das Ziel einer sozialistischen Ökonomie) hin orientieren *soll, darf er nicht* kapitalistischer Gewinn sein.

Die Übereinstimmung der kapitalistischen Realität mit Planungs(ersatz)theorien wird nicht durch geänderte Theorien bewerkstelligt; umgekehrt: nur von einer geänderten Gesellschaft kann eine empirisch gehaltvolle Planungstheorie erarbeitet werden. — Es macht geradezu die Relevanz der „Planungs“-Theorien aus, daß sie in bezug auf einen nicht planbaren Objektbereich falsch sind. Die bürgerliche Theorie steht unter dem Zwang, Planungssurrogate für einen nicht planbaren Untersuchungs-Gegenstand zu produzieren; sie wird sich dadurch weder von dem verbal akzeptierten Falsifikatismus à la Popper abhalten lassen (sondern weiter den „Modellplatonismus“ praktizieren), noch von einer alternativen Theorie, die den — auch bürgerlichen Ökonomen und Methodologen bekannten — Widerspruch zwischen Theorie und Realität zugunsten einer etwas realitätsnäheren „kritischen“ Ökonomie auflöst, ohne zu begreifen, aus welchem Grund die herrschende ökonomische Theorie realitätsfern ist und sein muß.

Karl-Ernst Lohmann (Berlin/West)

Blätter für deutsche und internationale Politik

10 '76

Kommentare und Berichte

K. Unger: Zur Situation im südlichen Afrika

M. O. Hinz: Von Algier nach Colombo

A. Lind: Frauendemonstrationen in Nordirland

Hauptaufsätze

W. Abendroth; D. Albers; K. Bachmann; H. W. Bartsch; W. Frhr. v. Bredow; K. D. Bredthauer; I. Drewitz; W. Fabian; G. Fülberth; S. Herkommer; F. Hitzer; J. Hufschmid; U. Jaeggi; L. Knorr; W. Kreck; A. Maske u. G. Matthiesen; P. Neuhöffer; R. Opitz; W. Pfaffenberger; H. Schui; G. Stuby; R. Wahsner; G. Wallraff; E. Wulff: Stellungnahmen zur Situation nach der Bundestagswahl und zu den Aufgaben der demokratischen Bewegung

H. Gollwitzer: Die Bundesrepublik — Insel der Reaktion in Europa?

B. Greiner: Perspektiven der USAußenpolitik nach den Präsidentschaftswahlen

R. Hickel: Krise des Mittelstands — Mittelstandspolitik in der Krise

Dokumente zum Zeitgeschehen

Erklärung der Weltkonferenz für die Beendigung des Wettrüstens September 1976

21. Jahrgang, Oktober 1976, Heft 10

11 '76

Kommentare und Berichte

K. D. Bredthauer: Bundesrepublik und Menschenrechte

N. Ball: Milton Friedman

H.-H. Wüstenhagen: Brokdorf und die Privatarmee

P. Römer: Koexistenz und wissenschaftlicher Meinungsstreit

Hauptaufsätze

R. Kühnl: Die geistige Krise der kapitalistischen Gesellschaft

Z. Brzezinski: Amerika in einer feindlichen Welt

W. v. Bredow: Ursprünge und Aussichten der Ost-West-Entspannung. Zur Geschichtsschreibung und Politologie der Détente

Dokumente eines neuen McCarthyismus. Gedächtnisprotokoll von Einstellungsverhören christlicher und pazifistischer Lehramtsbewerber

J. Prokopczuk: Die Entwicklung der Dritten Welt (II). Hauptaspekte, Theorie und Praxis

Medienkritik

G. Giesenfeld: Hollywood für Intellektuelle. Zu Hark Bohms Film „Nordsee ist Mordsee“

Dokumente zum Zeitgeschehen

Erklärung des BdWi zur Lage an den Hochschulen zu Beginn des Wintersemesters 1976/77

Aufruf zum 30. Jahrestag der hessischen Verfassung am 1. 12. 1976

21. Jahrgang, November 1976, Heft 11

Erscheint monatlich. Einzelheft 5,— DM, im Jahresabo 3,50, für Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Ersatzdienstleistende 3,— DM. Bestellungen über Buchhandel oder Pahl-Rugenstein Verlag, Vorgebirgstr. 115, 5000 Köln 51

BEITRÄGE ZUM WISSENSCHAFTLICHEN SOZIALISMUS

Demokratische Erziehung

4 '76

Frankreich

Von de Gaulle zur Volksfront.
Machtwechsel in Frankreich?

Marxistische Theorie

Projekt Klassenanalyse: Die Krise
in der Theorie; Die akkumulationstheoretische Realanalyse
Internationalismus

F. Cohen: Die UdSSR nach dem
25. Parteitag der KPdSU

A. Gravert: Die Position der KP
Griechenland (Inland)

Literaturkritik

M. Kurbjuhn: Zum Subjektivismus
in der neueren Literatur.

Besprechungen von Kunzes „Wunderbare Jahre“ und Engelmanns
„Bundesverdienstkreuz“

2. Jahrgang, Dezember 1976, Heft 4

1 '77

England

Ökonomisch-politisches Review:
Von der Weltmacht zum Staatsbankrott.

Klassen und Klassenkämpfe in Großbritannien bis 1976
Marxistische Theorie

Projekt Klassenanalyse: Das Elend
der marxistischen Philosophie.
Kritik an Poulantzas' Klassentheorie

Internationalismus

G. Locke: Hintergründe der chinesischen
Kulturrevolution

Literaturkritik

Kritiken von H. Kipphardt, Max Frisch,
Peter Schneider, Peter Piwitt

3. Jahrgang, Februar 1977, Heft 1

Erscheint jährlich in 4 Heften. — Einzelheft 12,— DM, Jahresabo 44,— DM. — Bestellungen über Buchhandel oder VSA Verlag, Erkelenzdammm 7, 1000 Berlin 36

6 '76

Bildungspolitik

K.-H. Heinemann: Bildungspolitik
nach der Wahl

Stellungnahmen zur Oberstufenreform

R. Offergeld: Gewerkschaftliche
Bildungspolitik und Krise

K. C. Lingelbach: Rückkehr zum
staatsbürgerlichen Unterricht?

U. Diehl: Das Geschäft mit der
Nachhilfe

Sozialarbeit und Sozialpädagogik

R. Koch, G. Rocholl: Theorie und
Praxis in der Ausbildung

H. Karl: Zur Organisation von
Sozialarbeitern

H. Zander: Armut und Sozialarbeit

M. Höhn u. a.: Bürgerinitiative
im Ruhrgebiet

D. Danckwerts: Zum Zweiten Familienbericht
der Bundesregierung

Literaturverzeichnis

Diskussion

Rezensionen

Information und Dokumentation

2. Jahrgang, November 1976, Heft 6

Erscheint alle zwei Monate. — Einzelheft 5,— DM, im Jahresabo 3,50 DM, für Schüler, Studenten, Wehrpflicht- und Ersatzdienstleistende 3,— DM. — Bestellungen über Buchhandel oder Pahl-Rugenstein Verlag, Vorgebirgstr. 115, 5000 Köln 51

3. WELT MAGAZIN

forum ds

Zeitschrift für Theorie
und Praxis des demokratischen Sozialismus

11/12 '76

Goldene Worte des AA-Planungs-
chefs

R. Molteno: Sozialwissenschaft im
Einsatz gegen Befreiung (II)

C. Wauthier: Die Afrikastudien in
der Sowjetunion. Eine Interpretation von Kolonialismus, Rassismus und Entwicklung

A. Hürter: Tansanias parastaatliche Unternehmen

R. Witton: Ost-Timor — Das erste Jahr der Unabhängigkeit

Dokumente: EKD und KWU. Briefe um nukleare Zusammenarbeit mit Südafrika

M. Dialali, A. Blum: Opposition im Iran

A. Dastarc, R. Dersen: Belutschistan: Der unbekannte Krieg

Bericht eines Palästinensers aus syrischen Gefängnissen

K.-J. Schmidt: Zur Lage der laotischen Flüchtlinge in Thailand

C. Funke: Andenpakt gegen Demokratisierung in Lateinamerika

E. Reuter: Brasilien. Ein Situationsbericht

„Dat is'n Erfolg“ — Der deutsche Botschafter berichtet über unsere Luftschiffer in Ghana

2. Jahrgang, November/Dezember 1976, Heft 11/12

Erscheint in 12 Heften pro Jahr, z. T. in Mehrfachheften. — Jahresabo 36,— DM, für Schüler, Lehrlinge und Studenten 24,— DM. — Bestellungen über Buchhandel oder Verlag Progress Dritte Welt, Buschstr. 20, 5300 Bonn 1

2 '76

K. Kühne: Konjunkturtheorien und wirtschaftspolitische Praxis

G. Nennung: Wider den linken Pessimismus

J. Steffen: Die Krise, das System und wir

H. Elsenhans: Lohnerhöhungen, Wachstumschance für den Kapitalismus. Eine Kritik am Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate

G. K. Chaloupek: Sozialdemokratie zwischen Krisenmanagement und Strukturpolitik. Am Beispiel der Wirtschaftspolitik der SPÖ-Regierung

J. Strasser: Ökonomische Krise und Sinn-Krise

W. Däubler: Demokratischer Sozialismus verfassungswidrig? (Teil II)

USA: Präsidentschaftswahlkampf

S. Ronzani: Die Lage in Italien

Das neue Programm der schwedischen Arbeiterpartei

1. Jahrgang, November 1976, Heft 2

Erscheint halbjährlich. Einzelheft 9,— DM, im Abo 8,— DM + Versandkosten. — Bestellungen über Buchhandel oder forum ds-Verlag, Postfach 21 07 30, 7500 Karlsruhe 21

MARXISMUS DIGEST

Theoretische Beiträge
aus marxistischen
und antipersonalistischen
Zeitschriften

Verlegt von Institut für Marxistische Studien und Forschungen, Frankfurt/Main

MARXISTISCHE BLÄTTER

ZEITSCHRIFT FÜR PROBLEME
DER GESELLSCHAFT, WIRT-
SCHAFT UND POLITIK

28

Weltmarkt und internationale Wirtschaftsbeziehungen

W. Rymalow: Das kapitalistische Weltwirtschaftssystem (Versuch einer Analyse der Entwicklungstendenzen in der Nachkriegszeit)

E. Lüdemann: Tendenzen des kapitalistischen Welthandels seit dem zweiten Weltkrieg

G. Kohlmeier: Interregionaler und internationaler Handel: Trends und Strukturen

P. Chwoinik: Die internationalen Monopole und der internationale Handel

J. Judanov: Der Kapitalexport aus Westeuropa

H. Schilling: Die allgemeine Krise des Kapitalismus, ihre gegenwärtige Vertiefung und die Entwicklungsländer

Für 1977 in Vorbereitung:

Heft 29: Probleme der Emanzipation der Frau

Heft 30: Ökologie und Ökonomie

Heft 31: Kulturtheorie und Kulturpolitik

Heft 32: Staat und Monopole

7. Jahrgang, Oktober-Dezember 1976,
Heft 4

Erscheint vierteljährlich — Einzelheft 6,— DM, Jahresabo 22,— DM, für Studenten, Schüler, Lehrlinge, Wehrdienst- und Ersatzdienstleistende 18,— DM zuzüglich Porto. — Bestellungen über Buchhandel oder Institut für Marxistische Studien und Forschung, Liebigstr. 6, 6000 Frankfurt/M.

DAS ARGUMENT 100/1976

6 '76

Antikommunismus in der Gegenwart

Kommentare: Nach den Bundestagswahlen 1976 — Zum Tode Mao Tse-tungs — Befreiungskampf in Südafrika

H. Adamo: Ursachen und Erscheinungsformen des Antikommunismus in der Gegenwart

E. Siemantel: Antikommunismus bedroht Freiheit und Demokratie
W. Wöll: Geschichtliche Entwicklung des Antikommunismus

B. Hartmann: Bemerkungen zum Antisowjetismus

E. Weber: Die antikommunistische Entstellung der Wirklichkeit in der DDR

G. Weiß: Antikommunismus — die Sektendoktrin der maoistischen Gruppen

Totalitarismuskritik — Kernstück des Antikommunismus

Interview mit R. Steigerwald: Beharrlich an der Weiterentwicklung der MAB arbeiten

J.-L. Schmidt: Die Marxistische Arbeiterschule (1925—1933)

W. Gerns: Zu den Entwicklungsbedingungen von Klassenbewußtsein in der BRD

W. Cieslak: Zur Diskussion über ein neues Grundsatzprogramm des DGB

M. Mitzschke/K.-H. Opper: Zur Shell-Emnid Jugendstudie 1975

14. Jahrgang, November/Dezember
1976, Heft 6

Erscheint alle zwei Monate. — Einzelpreis 4,— DM; auch im Abo erhältlich. Bestellungen über Buchhandel oder Verlag Marxistische Blätter, Hedderheimer Landstr. 78a, 6000 Frankfurt/M. 50

mehr wert

beiträge zur kritik der politischen ökonomie

11

H. U. Foerderreuther:

Zur These vom objektiven Entwicklungscharakter des Sozialismus.

Warenproduktion, Planmäßigkeit und objektive ökonomische Gesetze des Sozialismus

1. Zur Abgrenzung der Übergangsgesellschaft vom Sozialismus als der ersten Phase der kommunistischen Gesellschaftsformation

2. Integration sozialökonomischer Unterschiede in das System der Produktionsverhältnisse des Sozialismus

3. Grundpositionen der „linken“ Kritik

4. Diskussion der dominanten sozialistischen Produktionsverhältnisse

— Die Objektivität der gesellschaftlichen Entwicklung

— Das ökonomische Ausgangsverhältnis des Sozialismus

— Das ökonomische Grundgesetz

5. Zur Aufgabe einer Politischen Ökonomie des Sozialismus

November 1976

Erscheint unregelmäßig. — Preis für Band 11: 9,— DM. — Bestellungen über Buchhandel oder Mehrwert, Salzburger Str. 8, 1000 Berlin 62

NEUES FORVM

INTERNATIONALE ZEITSCHRIFT
ENGAGIERTER CHRISTEN
UND SOZIALISTEN

275

Das blaue Auge der Roten

F. Geyrhofer: BRD: Keine Wahl

A. Moravia: Palme, warum haben Sie verloren? Ein Interview

G. Nenning: Palme, Europas Allende. Schwedische und bundesdeutsche Wahlen

Schule büßt Krise

U. Zimmermann: Kinderklassenkampf. Schule in einem Westberliner Arbeiterbezirk

J. Mende: Schulkrampf. Ohne einheitliche Gesamtschule geht es nicht

R. Sellner: 36 sind zuviel. Lehrerstopp tötet Schulreform

P. P. Zahl: Normalvollzug. Ein beschlagnahmter Text

Prozeß: Nestlé contra Arbeitsgruppe Dritte Welt

Mittelalter auf Düsen. Ein Geheimprotokoll aus dem Pentagon

H. Berger: Christen für den Sozialismus

K. Derksen: Personalunion Christ-Marxist

F. Geyrhofer: Das FORVM und die österreichische Literaturgeschichte

H. Pataki: Unter äußerstem Zwang. Roman der Schizophrenie

23. Jahrgang, November 1976, Heft 275

Erscheint in 12 Heften im Jahr, z. T. in Doppelheften. — Einzelheft 6,50 DM, 44,— 65, im Jahresabo 4,41 DM, 30,— 65. — Bestellungen über Buchhandel oder Neues Forum, Museumstr. 5, A 1070 Wien

psychologie heute

10 '76

Betrifft: Freiheit

Freiheit gibt es nicht, nur Befreiung. Gespräch mit I. A. Caruso

W. Kaufmann: Die Flucht vor Entscheidungen

S. D. Alinsky: Wählen allein genügt nicht

I. Steiner: Wen halten wir für frei?

J. M. Jellison, J. H. Harvey: Wann halten wir uns selbst für frei?

E. Eppler: Solidarität statt Egoismus

E. Fromm: Warum Besitz nicht befreit

D. Storz: Politische Psychiatrie

G. Petera: Wirtschaftspsychologie aus der Sicht der Verbraucher

L. E. Marks: Synästhesie

J. Horn: Geld als Liebesersatz

Beziehungsspiele. Gespräch mit P. Watzlawick

E. R. Koch: Psychochirurgie — Alternative oder Vabanquespiel

11 '76

Phantasie

J. L. Singer: Phantasie — Grundlage der Lebensfreude

„Männliche“ und „weibliche“ Phantasie

L. M. Giambra: Tagträume — Nachbrenner des menschlichen Geistes

J. Hall: Was gute Manager so gut macht

„Die Psychologisierung der Gesellschaft ist nicht aufzuhalten.“ Gespräch mit H. Enke

G. v. Carnap: Onanie — oder die Sehnsucht nach dem Partner

F. A. Kruse: Erinnerungen an den Mutterleib

J. Herron: Wie link sind Linkshänder?

E. Fromm: Hast Du was, dann bist Du noch lange nichts

I. Eibl-Eibesfeldt: Der Mensch ist in erster Linie ein Kulturwesen

Y. Bourdoiseau: Elf Menschen auf einem Floß

S. Genovés: Ergebnisse der Expedition „Acali“

3. Jahrgang, Oktober 1976, Heft 10

3. Jahrgang, November 1976, Heft 11

Erscheint monatlich. — Einzelheft 5,— DM + —,70 DM Versandkosten. Jahresabo 45,— DM. — Bestellungen über Buchhandel oder Beltz Verlag, Postfach 1120, 6940 Weinheim

tendenzen

Zeitschrift für engagierte Kunst

TEXT+KRITIK

108/109

Karikatur und Plakat

G. Zingerl: Bangemachen gilt nicht!

J. Hagen: Kulturarbeit in der „Fabrik K 14“ in Oberhausen

J. Hagen: Über Walter Kurowski

W. Will: Der Vietnamkrieg in der bürgerlichen Karikatur

U. Krempel: Zur Geschichte der Karikatur in Kuba

J. Scherkamp: Das politische Plakat in der Jugendarbeit

M. Deppner, J. Meyer: Zum fortschrittlichen Plakatschaffen

Realismus international

Beispiele aus Italien

S. Mayer: Der Maler Aurelio

R. Hiepe: Über K. Plattner

A. Cunhal: Zeichnungen aus dem Zuchthaus

V. Brockdorff: Der Grafiker J. T. Holbek

G. Sprigath: Eine Pariser Künstler-Kooperative

J. Scherkamp: Street-Art — Wandmalereien in den USA

U. Beier: Selbsthilfe und kulturelles Leben in Papua Neuguinea

17. Jahrgang, Juli-Oktober 1976,
Doppelheft 4/5

Erscheint alle zwei Monate. — Einzelheft 6,50 DM, Doppelheft 12,— DM, Jahresabo 35,— DM, Stud.-Abo 27,— DM. — Bestellungen über Buchhandel oder Damnitz Verlag, Hohenzollernstr. 144, 8000 München 40

52

Siegfried Lenz

M. Gregor-Dellin: Gespräch mit Siegfried Lenz

H. Pätzold: Zeitgeschichte und Zeitkritik im Werk von Siegfried Lenz

M. Bosch: Der Sitzplatz des Autors Lenz oder Schwierigkeiten beim Schreiben der Wahrheit

G. Schramm: Punkte auf Millimeterpapier. Einige Überlegungen zu frühen Romanen von Siegfried Lenz

N. Mecklenburg: Dorfgeschichten als Pseudorealismus

E. Lehmann: Mit Kanonen nach Spatzen geschossen

W. Hönes: Siegfried Lenz als Kritiker

H. Pätzold: Kommentierte Auswahlbibliographie zu Siegfried Lenz

Oktober 1976, Heft 52

Erscheint jährlich in vier Heften. — Einzelpreis der Hefte je nach Umfang. Jahresabo 24,— DM. Bestellungen über Buchhandel oder edition text + kritik, Levelingstr. 6a, 8000 München 80

DAS ARGUMENT – Gesamtverzeichnis

- 1–21 Argument-Reprint AS 1/1 u. AS 1/2
- 22 Emanzipation der Frau / Sexualität und Herrschaft (I)
- 23 Emanzipation der Frau / Sexualität und Herrschaft (II)
- 24 Sexualität und Herrschaft (III)
- 26 Probleme der Ästhetik (I)
- 28 Probleme der Ästhetik (II)
- 29 Schule und Erziehung (I)
- 30 Faschismus-Theorien (I)
- 31 Schule und Erziehung (II)
- 32 Faschismus-Theorien (II)
- 33 Faschismus-Theorien (III)
- 34 Probleme der Entwicklungsländer (I)
- 35 Sexualität und Herrschaft (IV)
- 36 Die Amerikaner in Vietnam / Probleme der Entwicklungsländer (II)
- 37 Theorien der Vergeblichkeit / Zur Ideologiekritik des Nihilismus
- 38 Probleme der Entwicklungsländer (III)
- 39 Wirtschaftsmodelle im Sozialismus
- 40 Politische Bildung / Schule und Erziehung (III)
- 41 Staat und Gesellschaft im Faschismus / Faschismus-Theorien (IV)
- 42 „Formierte“ Demokratie (I)
- 43 Wissenschaft als Politik (I)
- 44 Städtebau im Kapitalismus (I)
- 45 Dritte Welt und Opposition im Spätkapitalismus
- 46 Brecht/Lukács/Benjamin / Fragen der marxistischen Theorie (I)
- 47 Faschismus und Kapitalismus/Faschismus-Theorien (V) / Diskussion
- 48 Kalter Krieg und Neofaschismus in der BRD / Materialien zur „formierten Demokratie“ (II)
- 49 Kritik der bürgerlichen Germanistik / Wissenschaft als Politik (II)
- 50 Kritik der bürgerlichen Sozialwissenschaften
- 51 Zur Politischen Ökonomie des gegenwärtigen Imperialismus / Probleme der Entwicklungsländer (IV)
- 52 Entfremdung und Geschichte / Fragen der marxistischen Theorie (II)
- 53 Zur politischen Ökonomie des gegenwärtigen Imperialismus / Probleme der Entwicklungsländer (V)
- 54 Vom Bildungsbürgertum zur Funktionselite / Schule und Erziehung (IV)
- 55 Argument-Register / 1.–11. Jahrgang 1959–1969
- 56 Sexualität und Herrschaft (V) / Schule
- 57 Revolution und Konterrevolution in Griechenland
- 58 Faschismus-Theorien (VI) / Diskussion
- 59 Afrika zwischen Imperialismus und Sozialismus / Probleme der Entwicklungsländer (VI)
- 60 Kritik der bürgerlichen Medizin
- 61 Klassenstruktur und Klassenbewußtsein / Die Arbeiterklasse im Spätkapitalismus (I)
- 62 Klassenbewußtsein und Klassenkampf / Die Arbeiterklasse im Spätkapitalismus (II)

DAS ARGUMENT – Gesamtverzeichnis

- 63 Geschichte und Geschichtsschreibung der deutschen Arbeiterbewegung (I)
- 64 Probleme der Ästhetik (III)
- 65 Fragen der marxistischen Theorie (III)
- 66 Wissenschaft als Politik (III)
- 67 Emanzipation der Frau / Sexualität und Herrschaft (VI)
- 68 Ausländerbeschäftigung und Imperialismus / Die Arbeiterklasse im Spätkapitalismus (III)
- 69 Lohnarbeit und Medizin / Kritik der bürgerlichen Medizin (II)
- 70 Kritik der bürgerlichen Geschichtswissenschaft (I)
- 71 Argumente für eine soziale Medizin (III)
- 72 Probleme der Ästhetik (IV) / Literatur- und Sprachwissenschaft
- 73 Probleme der Produktivkraftentwicklung (I)
- 74 Fragen der marxistischen Theorie (IV)
- 75 Kritik der bürgerlichen Geschichtswissenschaft (II)
- 76 Entwicklungstendenzen der politischen Ökonomie in der DDR
- 77 Widerspiegelungstheorie und Ideologiekritik / Fragen der marxistischen Theorie (V)
- 78 Argumente für eine soziale Medizin (IV)
- 79 Kapitalistische Entwicklung und koloniale Unterentwicklung – Genese und Perspektive / Probleme der Entwicklungsländer (VII)
- 80 Schule und Erziehung (V)
- 81 Widerspiegelungs-Diskussion / Streitfragen materialistischer Dialektik (I)
- 82 Beiträge zu Theorie und Praxis des Sozialismus
- 83 Zur Kritik sozialwissenschaftlicher Theorien
- 84 Zum Verhältnis von Logischem und Historischem / Streitfragen materialistischer Dialektik (II)
- 85 Widerspiegelungs-Diskussion / Streitfragen materialistischer Dialektik (III)
- 86 Klassenkämpfe in der BRD / Die Arbeiterklasse im Spätkapitalismus (IV)
- 87 Faschismus – Entstehung/Verhinderung. Faschismus-Theorien (VII)
- 88 Naturwissenschaftliche Erkenntnis und gesellschaftliche Interessen (I)
- 89 Anti-Psychiatrie – Konservative Gehalte radikaler Entwürfe / Argumente für eine soziale Medizin (VI)
- 90 Widerspiegelungs-Diskussion: Literatur- und Kunsttheorie / Streitfragen materialistischer Dialektik (IV)
- 91 Diskussion von Verhaltenstherapie und Gruppendynamik / Kritische Psychologie (I)
- 92 Widerspiegelungs-Diskussion: Praxis / Streitfragen materialistischer Dialektik (V)
- 93 Umwelt – Zum Verhältnis von Gesellschaft und Natur
- 94 Antworten auf Althusser
- 95 Sprachwissenschaft und Sprachunterricht
- 96 Naturwissenschaftliche Erkenntnis und gesellschaftliche Interessen (II)
- 97 Marxismus und Kritische Theorie
- 98 Sozialismus-Diskussion (I)
- 99 Faust-Diskussion
- 100 Ideologischer Klassenkampf / Sozialismus-Diskussion (II)
- 101 Sozialismus-Diskussion (III)

ARGUMENT-SONDERBÄNDE – Gesamtverzeichnis

- 50 Kritik der bürgerlichen Sozialwissenschaften
60 Kritik der bürgerlichen Medizin
70 Kritik der bürgerlichen Geschichtswissenschaft (I)
75 Kritik der bürgerlichen Geschichtswissenschaft (II)
80 Schule und Erziehung (V)
AS 1/1 Argument-Reprint 1–17
AS 1/2 Argument-Reprint 18–21
AS 2 Gewerkschaften im Klassenkampf
Die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung in Westeuropa
2. verbesserte Auflage
AS 3 Vom Faustus bis Karl Valentin / Der Bürger in Geschichte und Literatur
AS 4 Entwicklung und Struktur des Gesundheitswesens / Argumente für eine
soziale Medizin (V)
AS 5 Hanns Eisler
AS 6 Zur Theorie des Monopols / Staat und Monopole (I)
AS 7 Projekt Automation und Qualifikation: Automation in der BRD
Probleme der Produktivkraftentwicklung (II)
2. verbesserte und erweiterte Auflage
AS 8 Jahrbuch für kritische Medizin, Band 1
AS 9 Gulliver. Deutsch-Englische Jahrbücher / German-English Yearbook,
Band 1
AS 10 Massen / Medien / Politik
AS 11 Brechts Tui-Kritik
AS 12 Lohnarbeit, Staat, Gesundheitswesen

im Februar 1977 erscheint:

DAS ARGUMENT 101

Beiträge zur materialistischen Soziologie

K. H. Tjaden

Naturevolution, Gesellschaftsformation, Weltgeschichte
Überlegungen zu einer gesellschaftswissenschaftlichen Entwicklungs-
theorie

Überlegungen zu einer gesellschaftswissenschaftlichen
Entwicklungstheorie

Fred Karl

Aktionsforschung – Gesellschaftstheoretische Defizite und politische
Illusionen

Johannes Berger

Kritik der Verhaltenstheorie in der Soziologie

Ursula Koch

Bericht über Soziologie in der DDR

und andere Beiträge

Kongreßbericht: 18. Deutscher Soziologentag

Diskussion: Kurnitzky: Replik auf Bornemann

Besprechungsschwerpunkt: u. a. Methodenfragen in der Soziologie



Verlag J. H. W. Dietz Nachf. GmbH
Berlin/Bonn-Bad Godesberg

Neu

Kritischer Rationalismus und Sozialdemokratie II

Diskussion und Kritik

Herausgegeben von Georg Lührs, Thilo Sarrazin,
Frithjof Spreer und Manfred Tietzel

(Internationale Bibliothek, Band 90)
392 Seiten, broschiert 25,— DM
ISBN 3—8012—1090—1

Inhalt:

Georg Lührs, Thilo Sarrazin, Frithjof Spreer, Manfred Tietzel: Einführung / Rolf Prim: Legitimationsschwächen des Kritischen Rationalismus in rollenkritischer Sicht / Karl Martin Bolte: Gesellschaftskritik / Lothar F. Neumann: Traktat über einige Unzulänglichkeiten des „Kritischen Rationalismus“ / Gerhard Weisser: Philosophischer Kritizismus, Kritischer Rationalismus, Kritische Theorie und Neomarxismus im Wettbewerb um die geistige Fundierung der Programmatik der SPD / Manfred Krüper: Kritischer Rationalismus und die ordnungspolitische Diskussion in der Bundesrepublik / Gerhard Kleinhenz: Zur Konzeption einer „Politischen Ökonomie“ auf der Grundlage des Kritischen Rationalismus / Werner Wilhelm Engelhardt: Politische Ökonomie und Utopie / John P. Mackintosh: Kann die Sozialdemokratie sich neuen politischen Erfordernissen anpassen? / Bryan Magee: Propheten des Untergangs / Fritz Rahmeyer: Kritik der Politikkonzeption des Kritischen Rationalismus / Hans-Peter Bank: Sozialdemokratie und Kritischer Rationalismus — Bemerkungen zu kritisch-rationaler Diskussion in der SPD / Peter Clever: Kritischer Rationalismus und Konservatismus / Udo Schlitzberger: Kritischer Rationalismus und Politik in der Bundesrepublik Deutschland

Verlag J. H. W. Dietz Nachf. GmbH
Kölner Straße 143 · 5300 Bonn-Bad Godesberg

ARGUMENT- SONDERBÄNDE AS 11

im Frühjahr 1977 erscheint:

AS 13

Kritik der Frankreichforschung Handbuch

Redaktion: Michael Nerlich

Zahlreiche Fachgelehrte des In- und Auslands stellen in diesem Band die verschiedenen Bereiche der Frankreichforschung dar. Den Hintergrund gibt der Abriss der deutsch-französischen Beziehungen seit 1871 (Gilbert Badié). Die deutsche Frankreich-Historiographie (kritisch dargestellt von Benseler, Haupt und Höhne) wird verglichen mit der Geschichte der sog. Landeskunde (Kolboom/Hinrichs). Die eigentliche romanistische Fachwissenschaft wird in den Bereichen Literatur- und Sprachwissenschaft untersucht (Beiträge u. a. von Hans-Heinz Baumann, B. Coenen-Menne-meier, A. Euler, Udo B. Figge, H. Grubitzsch, H. Hofer, U. Knoke). In Fortsetzung der fachkritischen Arbeiten von Victor Klemperer, Werner Krauss und Michael Nerlich (vgl. Argument 72) wird dabei nicht zuletzt die faschistische Vergangenheit des Faches aufgearbeitet. Im Wesentlichen aber geht es um die positiven Aspekte, also darum, den Studenten mit dem kritischen Überblick eine fortschrittliche Konzeption der Frankreichforschung an die Hand zu geben.

Adressaten: Romanistikstudenten und -Dozenten, Französischlehrer, Interessenten an französischer Kultur und Literatur und deutsch-französischen Beziehungen

im Frühjahr 1977 erscheint:

AS 14

„Humanisierung“ der Lohnarbeit? Zum Kampf um die Arbeitsbedingungen

Redaktion: Alfred Oppolzer

Vor allem für gewerkschaftliche Arbeit geht es in den Aufsätzen dieses Bandes darum, eine verwirrende Literaturlut und Diskussion zu durchleuchten und kritisch zu sichten: Welche Momente von „Humanisierungs“-Konzepten sind manipulativ, welche zielen auf reale Verbesserung von Arbeitsbedingungen?

Schwerpunkte:

- I. Geschichtliche und gesellschaftliche Entstehungsbedingungen der „Humanisierung der Arbeit“
- II. Gegenwärtige Ansätze einer „Humanisierung“ der industriellen Arbeitsorganisation
- III. „Humanisierung der Arbeit“ als Gegenstand von Klassenauseinandersetzungen
- IV. Diskussion zum politischen Stellenwert der Humanisierungsdebatte für die Gewerkschaften
- V. Sammelrezension zur „Humanisierung der Arbeit“

Adressaten: Gewerkschafter, Sozialisten, Sozialpolitiker, Soziologen

Ingeborg Maria Ullmann

**Psycholinguistik —
Psychosemiotik**

Dargestellt am Problem der Genese sprachlicher Bedeutungsrelation unter besonderer Berücksichtigung des Englischen.

1975. XXX, 886 Seiten mit 74 Abbildungen und 45 Tabellen, kart. DM 118,—

Die interdisziplinär angelegte Untersuchung führt anhand eines zentralen Problems, der Genese sprachlicher Bedeutungsrelation, in die Psycholinguistik ein und verarbeitet die einschlägigen Forschungen in Psychologie, Linguistik und Philologie. Das Ziel ist, die Vielfalt der Ansätze und Ergebnisse überschaubar zu machen, durch angemessene Konzeptualisierung zur Erkenntnis größerer Zusammenhänge beizutragen und Voraussetzungen für die Bildung einer Theorie zu schaffen, wie sie für die weitere empirische Arbeit gebraucht wird. Dabei wird die Psycholinguistik als Kerndisziplin eines neu zu konstituierenden Wissenschaftsbereichs aufgefaßt, der Psychosemiotik, und zugleich deren Bedeutung für Wissenschaft und Praxis aufgezeigt.

Vandenhoeck & Ruprecht
in Göttingen und Zürich

ARGUMENT-SONDERBÄNDE AS

Vorschau auf das Programm für 1977

AS 13

Kritik der Frankreichforschung

Handbuch

AS 14

„Humanisierung“ der Lohnarbeit?

Zum Kampf um die Arbeitsbedingungen

AS 15

Kritische Psychologie (II)

AS 16

Staat und Monopole (II)

Probleme der materialistischen Staatstheorie

AS 17

Jahrbuch für kritische Medizin

Band 2

AS 18

GULLIVER

Deutsch-englische Jahrbücher, Band 2

AS 19

Automationsarbeit (I): Methode

Projekt Automation und Qualifikation

AS 20

Argument-Register 1 – 100

weitere Projekte:

Schule und Erziehung (VI)

Massen / Kultur / Politik

Ansätze materialistischer Kulturtheorie und Kulturpraxis

Gesellschaftsformationen in der Geschichte

GULLIVER 3: USA

Erscheinungsweise, Preise und Bezugsmöglichkeiten:

1977 werden voraussichtlich 10 Argument-Sonderbände erscheinen, darunter auf jeden Fall die Bände AS 13 – AS 20 wie vorstehend angekündigt

Einzelpreise: jeweils 15,50 DM – Studenten und Schüler 11,– DM

Im Abonnement jeweils 12,– DM – Studenten und Schüler 9,– DM

Abo-Bedingungen: Das Abonnement verpflichtet zur Abnahme von drei Bänden nach eigener Wahl aus der AS-Produktion des jeweiligen Jahrgangs; es berechtigt darüber hinaus zum Bezug auch der übrigen Bände des Jahrgangs zum Abo-Preis.

Neuerscheinung:



Vereinigungskongreß in Gotha 1875, Gemälde von Hermann Kohlmann, 1953

Dieter Fricke

DIE DEUTSCHE ARBEITERBEWEGUNG 1869 - 1914

Ein Handbuch über ihre Organisation und Tätigkeit im Klassenkampf

1. Auflage - Dezember 1976

Etwa 900 Seiten, Leinen, DM 24,--

Diese Arbeit vermittelt einen geschlossenen Überblick über wichtige Grundfragen der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Das vielfältige in den Text eingearbeitete oder in Form von Tabellen und Statistiken übersichtlich angeordnete Fakten- und Zahlenmaterial, das umfassende Quellen- und Literaturverzeichnis und der Registerteil verleihen der Publikation den Charakter eines Nachschlage- und Überblickswerks, das sowohl für den Lehrer als auch für den Studierenden eine wesentliche Hilfe ist.

deb verlag
das
europäische
buch

1 Berlin 12, Knesebeckstraße 3

Philosophie

- Feuerbach, Ludwig*: Werke in sechs Bänden (*J.-M. Ripalda*) . . . 1012
Narski, I. S.: Dialektischer Widerspruch und Erkenntnislogik
(*H. Boehme*) 1014
Sorg, Richard: Ideologietheorien (*W. F. Haug*) 1015

Sprach- und Literaturwissenschaft

- Budilowa, J. A.*: Philosophische Probleme in der sowjetischen
Psychologie (*J. Ellerbrock u. a.*) 1017
Leontiev, Alexej: Psycholinguistik und Sprachunterricht
(*J. Ellerbrock u. a.*) 1017
Probleme der Psycholinguistik (*J. Ellerbrock u. a.*) 1017
Ulmann, Gisela: Sprache und Wahrnehmung (*J. Ellerbrock u. a.*) 1017
Polenz, Peter: Geschichte der deutschen Sprache (*G. Voigt*) . . 1020
Fishman, Joshua A.: Soziologie der Sprache (*N. Dittmar*) . . . 1022
Szondi, Peter: Das lyrische Drama des Fin de siècle (*H. Stenzel*) 1025
Schmitt, Hans-Jürgen: Einführung in Theorie, Geschichte und
Funktion der DDR-Literatur (*G. Friedrich*) 1027
Maase, Kaspar: Leseinteressen der Arbeiter in der BRD
(*S. Zielinski*) 1029
Mattenklott, Gert, und Klaus Scherpe (Hrsg.): Demokratisch-
revolutionäre Literatur in Deutschland. Vormärz (*A. Kawa*) . . 1031

Soziologie

- Kern, Horst, u. a.*: Neue Formen betrieblicher Arbeitsgestal-
tung (*H. Gottschalch*) 1034
Lutz, Burkhardt, u. Guido Kammerer: Das Ende des graduier-
ten Ingenieurs? (*N. Beckenbach*) 1036
Ahlberg, René: Das Proletariat (*J. Prott*) 1038
Schütz, Alfred, u. Thomas Luckmann: Strukturen der Lebens-
welt (*T. Schöffthaler*) 1040

Erziehungswissenschaft

- Feidel-Mertz, Hildegard*: Erwachsenenbildung seit 1945
(*U. Ropohl u. W. Sommer*) 1042
Geißler, Karlheinz A.: Berufserziehung und kritische Kompe-
tenz (*P. Faulstich*) 1044
Hilligen, Wolfgang: Zur Didaktik des politischen Unterrichts I
(*T. Berger*) 1046

Psychologie

- Groskurth, Peter, u. Walter Volpert*: Lohnarbeitspsychologie
(*I. Schütte*) 1047
Lorenzer, Alfred: Zur Begründung einer materialistischen So-
zialisierungstheorie (*H. Ziesmer*) 1051
Sikora, Joachim: Handbuch der Kreativ-Methoden
(*K.-D. Lenzen*) 1053

Medizin

- Richter, Horst-Eberhard: Flüchten oder Standhalten (C. Gaedt) 1054
Abholz, Heinz-Harald: Krankheit und soziale Lage (M. Regus) 1057

Geschichte

- Kühnl, Reinhard (Hrsg.): Texte zur Faschismuskussion I
(B. Keller) 1059
Beckenbach, Ralf: Der Staat im Faschismus (N. Steinborn) 1061
Faust, Anselm: Der Nationalsozialistische Deutsche Studenten-
bund (J. Petzold) 1063

Soziale Bewegung und Politik

- Abendroth, Wolfgang: Arbeiterklasse, Staat und Verfassung
(D. Krause) 1064
Gonzalez, Edward: Cuba unter Castro (F. Niess) 1068
Alves, Marcio M.: Erster beim Sterben, letzter beim Essen
(F. Niess) 1068
Kuba, Politik — Wirtschaft — Außenbeziehungen 1959—1975
(F. Niess) 1068
Huteau, Michel, u. Jacques Lautrey: L'éducation à Cuba
(F. Niess) 1068

Jura

- Autorenkollektiv: Marxistisch-leninistische allgemeine Theorie
des Staates und des Rechts, Band 1 (H. D. Fangmann) 1073

Ökonomie

- Smith, Adam: Der Wohlstand der Nationen (H. Krüger) 1076
Recktenwald, Horst Claus: Adam Smith (H. Krüger) 1076
Johnson, Harry G.: Inflation — Theorie und Politik
(W. Pfaffenberger) 1079
Frank, Jürgen: Kritische Ökonomie (K.-E. Lohmann) 1081

Berichtigung

In Argument-Sonderband AS 11, „Brechts Tui-Kritik“,
ist in den „Zeitungsgeschichten“ von W. F. Haug auf
S. 281, 15. Zeile von unten, der Satz folgendermaßen
zu ergänzen:

„... daß es nicht um die Alternative Ausdruck oder
Nichtausdruck, sondern nur um die Alternative moder-
ner oder veralteter Ausdruck ging ...“